



10 | 2013

66. Jg., 21.–22. KW, 29. Mai 2013

## ifo Schnelldienst

### Zur Diskussion gestellt

*Jürgen Matthes, Horst Löchel, Uwe Vollmer, Oliver Landmann*

- Führt die Geldpolitik der japanischen Zentralbank zu einem Währungskrieg?

### Forschungsergebnisse

*Björn Kauder und Niklas Potrafke*

- Regierungsideologie und Studiengebühren in den deutschen Bundesländern

*Jens Ruhose*

- Bildungsleistungen von Migranten und deren Determinanten: Teil II: Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich

*Ulrich van Suntum*

- Prognos-Studie kann negative Folgen einer Rückkehr zur D-Mark nicht belegen

*Tim Oliver Berg und Kai Carstensen*

- Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion?

### Daten und Prognosen

*Gernot Nerb und Johanna Plenk*

- ifo Weltwirtschaftsklima: Leichte Verbesserung

*Christian Breuer*

- Steuerschätzung vom Mai 2013: Gefährden die aktuellen Mindereinnahmen den Konsolidierungskurs?

### Im Blickpunkt

*Jana Lippelt*

- Kurz zum Klima: Neue Frischluft für Europa

**ifo** Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München e.V.

**ifo Schnelldienst** ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

### Zur Diskussion gestellt

#### Führt die Geldpolitik der japanischen Zentralbank zu einem Währungskrieg?

3

Beginnt die japanische Notenbank mit ihrer lockeren Geldpolitik einen Abwertungswettlauf? *Jürgen Matthes*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, vertritt die These, dass derzeit nicht von einem echten Währungskrieg die Rede sein kann, dass es jedoch gewisse Anzeichen für eine mögliche Verschärfung der Situation gibt. Zudem könnte der Euro mittelfristig unter erheblichen Aufwertungsdruck und die EZB damit in konfliktreiches Fahrwasser geraten. *Horst Löchel*, Frankfurt School of Finance & Management, ist der Ansicht, dass aus Perspektive der entwickelten Volkswirtschaften Japan keinen Währungskrieg führt, denn auch die Fed und die EZB fluten im Rahmen ihrer Krisenpolitik seit Jahren die Märkte mit billigem Geld. Anders sei aber die japanische Geldpolitik aus der Perspektive der aufstrebenden Volkswirtschaften zu beurteilen. Für sie folge aus dem Kurs der japanischen Geldpolitik, dass noch mehr Kapital in ihre Länder fließe, was mit der Gefahr der Bildung von Vermögensblasen, einer Kreditschwemme, steigender Inflationsraten und steigender Wechselkurse einhergehe. *Uwe Vollmer*, Universität Leipzig, hält den Begriff Währungskrieg für übertrieben. Anders als andere Länder halte sich Japan bislang an die internationalen Spielregeln, verzichte auf die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und verfolge auch kein explizites Wechselkursziel. Und auch *Oliver Landmann*, Universität Freiburg, hält »das Gespenst eines drohenden Währungskriegs« für »einen Mythos«.

### Forschungsergebnisse

#### Regierungsideologie und Studiengebühren in den deutschen Bundesländern

19

*Björn Kauder und Niklas Potrafke*

Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren zu erheben. Den Landesregierungen wurde somit ein bislang nicht verfügbares bildungspolitisches Instrument an die Hand gegeben. Im Rahmen eines solchen natürlichen Experiments lässt sich die in der Politischen Ökonomie bedeutsame Partisanenhypothese testen, inwieweit linke und rechte Regierungen unterschiedliche Politiken betreiben. Die Ergebnisse zeigen, dass nur rechte Landesregierungen Studiengebühren erhoben haben.

#### Bildungsleistungen von Migranten und deren Determinanten – Teil II: Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich

25

*Jens Ruhose*

Der Beitrag diskutiert anhand eines Literaturüberblicks mögliche Determinanten des Schulerfolgs von Kindern mit Migrationshintergrund. Während im ersten Teil (ifo Schnelldienst 9/2013) der Vorschulbereich thematisiert wurde, befasst sich dieser zweite Teil mit den späteren Bildungsstufen. Zunächst werden länderübergreifende Studien im Primar- bzw. Sekundarbereich vorgestellt. Anschließend erfolgt ein Überblick über Studien im Hochschulbereich.

#### Prognos-Studie kann negative Folgen einer Rückkehr zur D-Mark nicht belegen

39

*Ulrich van Suntum*

Kürzlich wurde eine Prognos-Studie publiziert, welche die Vorteile eines Verbleibs Deutschlands im Euroraum zu berechnen versucht. Die Autoren gelangen zu dem Ergebnis, diese seien weitaus größer als die Nachteile, etwa die deutsche Haftung

für die Schulden anderer Euroländer. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Exportüberschüsse, die sich aus der realen Abwertung für Deutschland aus der Euroeinführung ergeben haben. *Ulrich van Suntum*, Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Münster, setzt sich kritisch mit dieser Studie auseinander und überprüft anhand eines außenhandelstheoretischen Modells, inwieweit die reale Aufwertung einer Währung schädlich für Wohlstand und Arbeitsmarkt des betreffenden Landes ist. Er kommt zu dem Ergebnis, dass dies nicht der Fall ist.

### Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion?

50

*Tim Oliver Berg und Kai Carstensen*

In einer jüngst veröffentlichten Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung gelangt die Prognos AG zu dem Fazit, dass Deutschland erhebliche Vorteile durch den Euro hat. Um dies zu zeigen, prognostizieren die Autoren der Studie die Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2013 bis 2025 bei Verbleib in der Währungsunion und unter dem hypothetischen Szenario einer Wiedereinführung der D-Mark im Jahr 2013. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt nach einer Rückkehr zu einer eigenen Währung pro Jahr um rund 0,5 Prozentpunkte langsamer expandieren würde als beim Verbleib im Euro. Der Beitrag setzt sich mit den Annahmen und den Ergebnissen der Studie kritisch auseinander.

## Daten und Prognosen

### ifo Weltwirtschaftsklima leicht verbessert

55

*Gernot Nerb und Johanna Plenk*

Der ifo-Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist weiter gestiegen, wenn auch nur leicht. Sowohl die Beurteilung zur aktuellen Lage als auch der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate haben sich im Vergleich zum Vorquartal geringfügig verbessert. Es mehren sich die Anzeichen für eine Stabilisierung der Weltkonjunktur.

### Gefährden die aktuellen Mindereinnahmen den Konsolidierungskurs?

68

Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2013

*Christian Breuer*

Nach den Ergebnissen der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« werden im Vergleich zur Prognose vom November 2012 Mindereinnahmen erwartet. Ähnlich wie der konjunkturelle Verlauf blieben auch die Steuereinnahmen des Staates bereits im vierten Quartal 2012 hinter den Erwartungen zurück. Zudem dämpfen Steuersenkungen das Aufkommen. Das erneut niedriger eingeschätzte Produktionspotenzial führt auch zu einer strukturellen Verschlechterung der Haushaltslage.

## Im Blickpunkt

### Kurz zum Klima: Neue Frischluft für Europa

75

*Jana Lippelt*

Die EU-Kommission hat das Jahr 2013 zum Jahr der Luft erklärt, um damit auf die Bedeutung sauberer Luft aufmerksam zu machen und verschiedene bisherige und künftige Anstrengungen für saubere Luft in den Vordergrund zu stellen. Der Beitrag gibt einen Überblick zu der gegenwärtigen Situation und den Neuerungen in der europäischen Gesetzgebung, die zu Ende des Jahres erwartet werden, um die Luftqualität zu verbessern.

Beginnt die japanische Notenbank mit ihrer lockeren Geldpolitik einen Abwertungswettlauf zulas-  
ten anderer Länder?

## Währungskrieg-Debatte: Derzeit überzogen, aber ...

Die Debatte über einen vermeintlichen globalen Währungskrieg ist mit der sehr expansiven Geldpolitik Japans und der USA wieder aufgeflammt. So wiederholte der brasilianische Finanzminister Mantega schon im Herbst 2012 – anlässlich des dritten Aufkaufprogramms für Staatsanleihen der US-Notenbank – seinen schon im September 2010 erhobenen Vorwurf eines globalen Währungskrieges. Jüngst hat der Schwenk des neuen japanischen Notenbankchefs Kuroda hin zu einer extrem expansiven Geldpolitik international viel Kritik auf sich gezogen – aus den USA und von der EZB ebenso wie von der russischen Notenbank. Aus Frankreich kamen im Zuge dieser Debatte bereits Forderungen nach einer aktiven Wechselkurspolitik für Europa, weil der Euro gegenüber dem Yen zuletzt stark aufwertete. In der Folge fand sich das Thema Währungskrieg auch auf der Agenda der jüngsten Tagungen der G-7- und G-20-Staaten.

Was ist von diesen Vorwürfen und Vorschlägen zu halten? Dieser Beitrag vertritt die These, dass derzeit nicht von einem echten Währungskrieg die Rede sein kann, dass es jedoch gewisse Anzeichen für eine mögliche Verschärfung der Situation gibt. Zudem könnte der Euro mittelfristig unter erheblichen Aufwertungsdruck und die EZB damit in konfliktreiches Fahrwasser geraten.

## Kein Währungskrieg im eigentlichen Sinne

Zunächst einmal ist festzuhalten: Derzeit handelt es sich sicherlich nicht um einen globalen Währungskrieg im eigentlichen Sinne (vgl. Bird und Willett 2011). Denn die großen Industrienationen lassen marktbasierter flexible Wechselkurse zu und versuchen in aller Regel nicht, ihre Währungen durch Devisenmarktinterven-

tionen abzuwerten.<sup>1</sup> Dagegen würde man die gleichzeitige Anwendung einer Wechselkursabwertungsstrategie durch zahlreiche Länder als Währungskrieg bezeichnen. Denn im Zuge einer solchen *Beggary-Neighbour*-Politik kann ein Staat seine Handelsbilanz verbessern und so zulasten anderer Länder globale Nachfrage auf sich ziehen (Arbeitslosigkeit exportieren).<sup>2</sup>

Obwohl ein Währungskrieg unter den großen Industrieländern in diesem Sinne derzeit nicht existiert, gibt es doch indirekte Ansätze dazu. Denn bei flexiblen Wechselkursen bewirken unterschiedliche Ausrichtungen makroökonomischer Politik zwischen Ländern Wechselkursveränderungen, die durch starke Kapitalströme zu einem temporären Überschießen gebracht werden können. Unerwünschte realwirtschaftliche Allokationsverzerrungen können die Folge sein.

## Vorwürfe gegenüber Japan weit überzogen

Gleichwohl kann mit Blick auf die japanische Geldpolitik derzeit nicht ernsthaft von einer *Beggary-Neighbour*-Politik, geschweige denn von einem Währungskrieg gesprochen werden. Als Indiz für die aktuellen Vorwürfe gegen Japan wird die



Jürgen Matthes\*

\* Jürgen Matthes ist Leiter des Kompetenzfelds Internationale Wirtschaftsordnung am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

<sup>1</sup> Dies gilt nicht für viele Schwellenländer vor allem in Asien, allen voran China. Die Debatte über einen möglichen Währungskrieg, die noch auf das Verhältnis zwischen den USA und China fokussierte, wurde vor allem in den Jahren 2010 und 2011 aktiv geführt (vgl. etwa Darvas und Pisany-Ferry 2010; ifo Schnelldienst 2010; Klein und Teng 2010; Dadush und Eidelmann 2011; Schnabl 2011).

<sup>2</sup> Mit Blick auf den Abwertungswettlauf der 1930er Jahre, der mit einem sukzessiven Verlassen des Goldstandards durch einzelne Länder einherging, verweist Eichengreen (2012) allerdings auf positive Effekte dieser unkooperativen Abwertungsstrategie. Demnach sei auf diese Weise eine Reflationspolitik möglich geworden, die als Antwort auf einen symmetrischen deflationären Schock sinnvoll gewesen sei. Eine Kooperation innerhalb des Goldstandards wäre die erstbeste Lösung gewesen, doch sei sie damals nicht zustande gekommen.

mehr als 23%ige Yen-Abwertung gegenüber dem US-Dollar und dem Euro allein seit September 2012 angeführt. Zwar ist nicht definitiv auszuschließen, dass die neue geldpolitische Strategie – trotz aller Beteuerungen des Gegenteils – auch eine Abwertung des Yen bewirken soll. Doch scheint die Politik der Bank of Japan vorwiegend von dem auf nationaler Ebene legitimen Ziel dominiert, die Deflation in Japan zu überwinden.<sup>3</sup> Zudem hat die japanische Notenbank – anders als vereinzelt in den Jahren 2010 und 2011 – in den vergangenen Monaten offenbar nicht am Devisenmarkt interveniert, um den Yen-Kurs zu drücken.

Auch die entscheidende Frage, ob sich Japan mit der Yen-Abwertung »unfaire« Vorteile verschafft hat, ist derzeit klar mit Nein zu beantworten. Denn vor der Yen-Abwertung hatte die japanische Währung im Zuge der Finanz- und der Euro-Schuldenkrise deutlich aufgewertet – seit Ende Juni 2007 in der Spitze gegenüber dem US-Dollar um mehr als 60% und gegenüber dem Euro um weit mehr als 70% (vgl. Abb. 1. Japan hat hier offenbar für die internationalen Anleger als *safe haven* agiert (vgl. Erber 2013). Auch der reale effektive Wechselkurs auf Basis von Verbraucherpreisen ist im Zeitvergleich seit 2000 nicht besonders niedrig.

Vor allem aber wird die These, Japan betriebe eine *Beggarthy-neighbour*-Politik dadurch relativiert, dass Japans Handelsbilanz in den vergangenen beiden Jahren ein zunehmendes Defizit aufwies. Zuvor hatte Japan seit dem Jahr 2000 durchweg deutliche Exportüberschüsse im Warenhandel erwirtschaftet. Die jüngste Abwertung des Yen dürfte also dazu beitragen, die japanische Handelsbilanz wieder zu verbessern. Ein gewisser Exportüberschuss erscheint in Japan aufgrund der starken demographischen Alterung im Sinne des intertemporalen Leistungsbilanzausgleichs angebracht.

Sollte die Abwertung allerdings so weit gehen, dass erneut deutliche Überschüsse entstehen, wäre diese Entwicklung deutlich kritischer zu sehen. Das gilt ebenfalls für den Fall,

dass die japanische Notenbank nicht nur heimische, sondern auch gezielt ausländische Wertpapiere kaufen würde, wie zeitweilig in Japan offenbar diskutiert wurde. Weil sie im Zuge derartiger Geschäfte Yen am Devisenmarkt anböte, würde dies einer indirekten Wechselkursmanipulation gleichkommen und hätte das Potenzial, einen echten Währungskrieg auszulösen.

### Aufwertungsdruck in Brasilien nicht außer Kontrolle

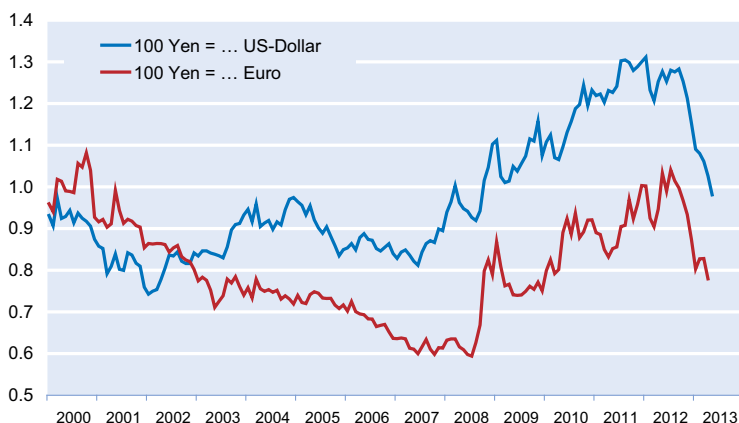
Auch die Warnung aus Brasilien vor einem Währungskrieg ist differenziert zu bewerten – und gerade am aktuellen Rand aus Sicht Brasiliens mit einem Fragezeichen zu versehen.

Auf den ersten Blick scheinen einige grundsätzliche Überlegungen und empirische Indizien dem brasilianischen Finanzminister Recht zu geben, zumindest in der längerfristigen Rückschau. So fließt in den vergangenen Jahren und auch derzeit – nicht zuletzt im Zuge von Carry Trades – sehr viel Geld in die Schwellenländer. Dort sind die Zinsen deutlich höher als in den Industrieländern, wo die kurzfristigen Notenbankzinsen nahe null liegen und Staatsanleihekäufe auch die langfristigen Zinsen sehr niedrig halten. Tatsächlich zeigen die Zahlen des Institute for International Finance, dass die privaten Kapitalströme in die Schwellenländer seit 2010 wieder nahezu auf einem historischen Höchststand von über 1 000 Mrd. US-Dollar pro Jahr sind (IIF 2013). Dahinter stehen zwar auch Fundamentaldaten wie die guten Wachstumsperspektiven der Schwellenländer. Zudem ermöglichen die Kapitalzuflüsse in den Schwellenländern mehr Investitionen. Doch trifft die große Liquidität im internationalen Finanzmarkt in den Schwellenländern auf teils recht eng begrenzte Währungs- und Finanzmärkte. So können zum einem überzogene Währungsaufwertungen resultieren und zum anderen Blasenbildungen an den nationalen Finanzmärkten, wovon zuletzt beispielsweise die Asian Development Bank mit Nachdruck gewarnt hat (ADB 2013).

Auf den zweiten Blick allerdings erscheint der Aufwertungsdruck in Brasilien nicht übermäßig gravierend. Abbildung 2 zeigt zwar, dass es in Brasilien seit 2003 bis vor der Finanzkrise zu einer erheblichen realen Aufwertung gekommen ist. Ursächlich dafür war aber sehr wahrscheinlich der steigende Handelsbilanzüberschuss, der vor al-

Abb. 1

#### Japanischer Wechselkurs gegenüber dem Euro und dem US-Dollar



Quelle: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

<sup>3</sup> Evenett (2013) verweist allerdings darauf, dass der Rückzug auf die Erklärung zu kurz greift, es ginge nur um nationale geldpolitische Ziele, die im Rahmen des Mandats der jeweiligen Zentralbanken liegen. Denn die ökonomischen Rückwirkungen auf andere Länder (Spillovers) dürften nicht ignoriert werden.

lem auf starke Exportzuwächse wegen erheblich gestiegener Rohstoffpreise zurückzuführen war. Zudem wurde bislang mit der längerfristigen Aufwertung lediglich der Handelsbilanzüberschuss verringert. Seit 2011 ist die Aufwertungstendenz darüber hinaus abgeflaut. Das gilt trotz des noch expansiveren geldpolitischen Kurses in Japan und den USA seit dem Herbst 2012 auch für den aktuellen Rand.<sup>4</sup>

Gleichwohl hat Brasilien der Aufwertungstendenz eine (zunehmende) Besteuerung von kurzfristigen Kapitalzuflüssen (vgl. Forbes et al. 2012) und Devisenmarktinterventionen entgegengesetzt. Darauf deutet hin, dass die Devisenreserven der brasilianischen Notenbank vor allem in Phasen der Aufwertung deutlich zunahm (vgl. Abb. 3).<sup>5</sup>

In der wirtschaftspolitischen Bewertung erscheint diese Strategie vertretbar, da Brasilien nachweisbar Spillovers der expansiven Geldpolitik in den Industrieländern zu spüren bekommt und die Aufwertungstendenz andernfalls möglicherweise wesentlich größer gewesen wäre.

- Die grundsätzliche Rechtfertigung gilt zunächst für die moderaten Devisenmarktinterventionen. Denn Brasilien steht auf den Gütermärkten mit China und anderen asiatischen Ländern im scharfen Wettbewerb, und diese halten Staaten ihre Währungen künstlich niedrig (was auf Ebene der G-20-Staaten offenbar letztlich hingenommen wird).
- Auch die gezielte und moderate Besteuerung von kurzfristigen Kapitalzuflüssen gilt inzwischen – selbst beim IWF(IMF 2012) – als in Grenzen akzeptabel.<sup>6</sup>

Problematischer ist hingegen, dass Brasilien auch eine Reihe von handelsprotektionistischen Maßnahmen ergriffen hat. So wurden auf breiter Front die Zölle erhöht, etwa auf Autos, Stahlbleche und Papier.

Dieses Überspringen von Kapital- auf Warenimporten darf sich nicht weiter verschärfen. Denn andernfalls droht ein Szenario wie in den 1930er Jahren, als kompetitive Wäh-

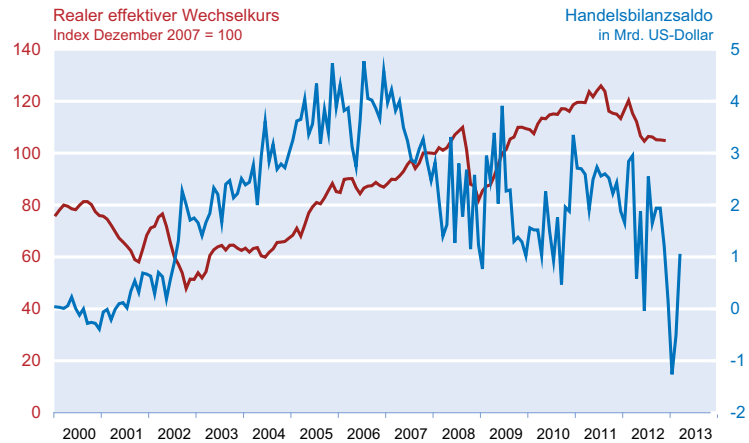
<sup>4</sup> Die Daten für den realen Wechselkurs reichen zwar nur bis November 2012, doch auch beim Blick auf das Austauschverhältnis zum US-Dollar zeigt sich bis ins Frühjahr keine merkliche Aufwertungstendenz.

<sup>5</sup> Insgesamt stiegen die Devisenreserven zwischen Anfang 2006 und Ende März 2013 von knapp 60 Mrd. auf über 360 Mrd. US-Dollar.

<sup>6</sup> Allerdings ist zu bedenken, dass von der Kapitalimportbesteuerung wiederum Spillovers auf andere Länder ausgehen, weil Kapitalströme umgelenkt werden (vgl. Forbes et al. 2012).

Abb. 2

**Brasilien: Handelsbilanz und internationale Wettbewerbsfähigkeit**



Quelle: Bruegel; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

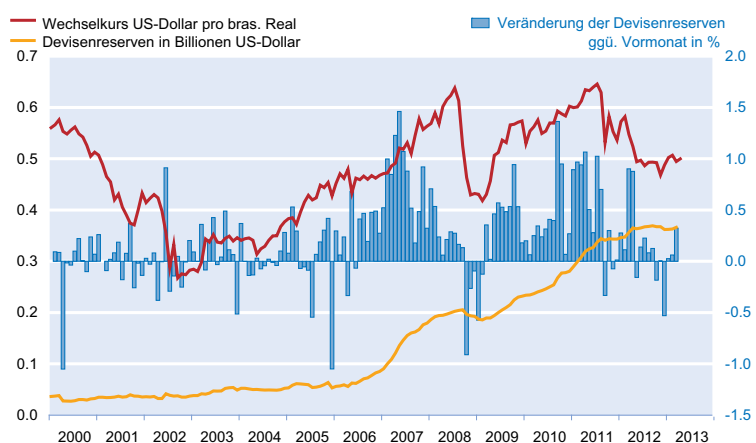
rungsabwertungen zu einem massiven Anstieg des Handelsprotektionismus führten. Dafür gibt es zwar derzeit noch keine größeren Anzeichen, dennoch erscheint der Protektionismus vor allem in den Schwellenländern zuletzt deutlich im Vormarsch – zuweilen unter dem Deckmantel der Verteidigung gegen ein überzogenes Währungskriegsszenario. Hier gilt es also, wachsam zu bleiben und die Instrumente der WTO und die Koordination auf der G-20-Ebene konsequenter als bisher zu nutzen.

**Eurozone: Kurzfristige Sorgen überzogen, ...**

Ähnlich kritisch ist die Forderung aus Frankreich zu sehen, die Eurozone solle angesichts des vermeintlich drohenden Währungskrieges eine aktive Wechselkurspolitik einführen. Vor allem aus zwei Gründen ist Skepsis angebracht: Erstens würden potenzielle Devisenmarktinterventionen der EZB den

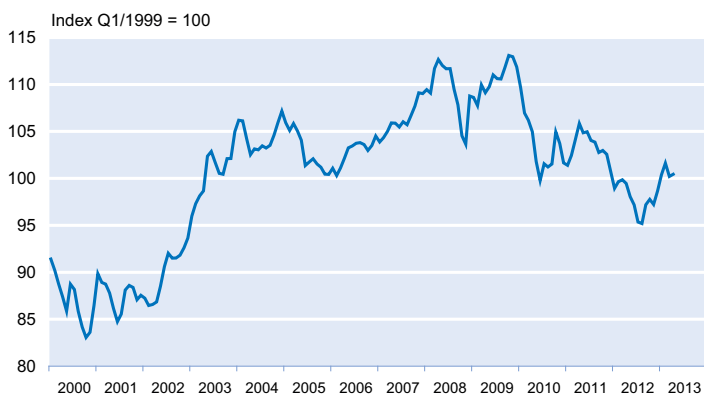
Abb. 3

**Indizien für Brasiliens *dirty floating***



Quelle: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

**Abb. 4**  
**Nominaler effektiver Wechselkurs der Eurozone gegenüber wichtigen Handelspartnern**



Quelle: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

weitgehenden Konsens zwischen den großen Industrieländern aufkündigen, den Markt die Wechselkurse bestimmen zu lassen. Wegen möglicher Vergeltungsmaßnahmen anderer Staaten könnte so die Gefahr eines echten Währungskrieges aufkommen. Zweitens ist der Euro derzeit keineswegs überbewertet, so dass aus diesem Grund Sorgen über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Eurozone angebracht wären.

Zwar hat der japanische Yen im Zuge der starken Zunahme des geldpolitischen Expansionskurses Japans seit dem letzten Herbst wie erwähnt mit über 20% stark abwertet. Gegenwärtig erscheint die Aufwertungstendenz für die Eurozone insgesamt jedoch nicht übermäßig. Vielmehr zeigen Daten der EZB (vgl. Abb. 4), dass es seit Mitte 2012 zwar zu einer gewissen Aufwertung des nominalen effektiven Wechselkurses der Eurozone insgesamt gekommen ist, damit aber im zeitlichen Vergleich seit Anfang 2000 bislang kein besonders hohes Niveau erreicht wurde.

Noch eindeutiger ist das Bild beim realen effektiven Wechselkurs der Eurozone (vgl. Abb. 5). Demnach hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone seit dem Jahr 2009 deutlich zugenommen (der reale effektive Wechselkurs ist gesunken).<sup>7</sup> Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Yen hat im vierten Quartal 2012 (jüngere Daten sind nicht verfügbar) bislang lediglich zu einer geringfügigen Gegenbewegung beigetragen. Seitdem dürfte es vermutlich zu einer weiteren leichten realen Aufwertung gekommen sein, die jedoch in Grenzen verkraftbar erscheint.

<sup>7</sup> Dahinter dürften die stärkere Lohnzurückhaltung und die schwache Preissteigerung im Rahmen der Anpassungsprozesse stehen, die durch die Euro-Schuldenkrise angestoßen wurden.

Denn die Warenhandelsbilanz der Eurozone wies im Jahr 2012 erstmals seit 2004 wieder einen Überschuss in der Größenordnung von 100 Mrd. Euro auf.

**... aber längerfristig möglicher Aufwertungsdruck und Gefahren für die EZB**

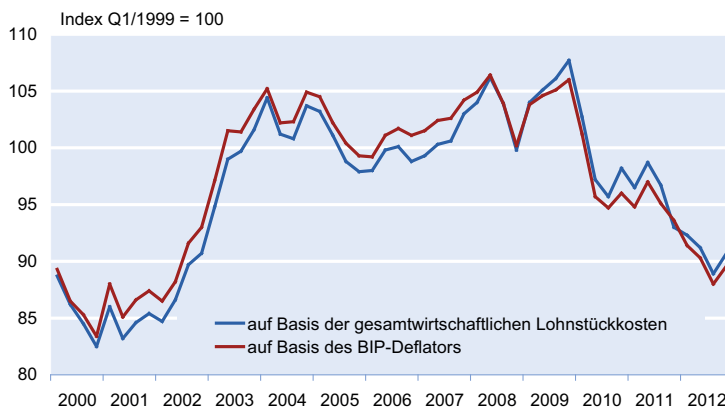
Mit Blick auf die längere Frist mag sich jedoch ein deutlicher Aufwertungsdruck für den Euro ergeben. Hauptursache dafür könnte eine neue grundsätzliche und längerfristige makroökonomische Divergenz zwischen den großen Industrieländern sein. Seit etwa 30 Jahren herrschte hier ein weitgehender Konsens in der Geldpolitik: Eine

(idealerweise unabhängige) Notenbank hat demnach das Ziel, Inflation zu bekämpfen und mit einer hohen Glaubwürdigkeit ihrer Politik die Inflationserwartungen niedrig zu halten.

Möglicherweise hat sich dieser Grundkonsens inzwischen verändert. Während die EZB hieran weiterhin festzuhalten scheint, mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Notenbanken der USA, Japans und des Vereinigten Königreichs toleranter gegenüber höheren Inflationsraten werden.<sup>8</sup> Es

<sup>8</sup> Die FED in den USA hat ungewöhnlicher Weise angekündigt, die Zinsen solange (und möglicherweise noch darüber hinaus) auf dem sehr niedrigen derzeitigen Stand zu belassen, bis die Arbeitslosenquote wieder auf unter 6,5% gesunken ist. Zudem ist derzeit das dritte Ankaufprogramm von Anleihen des Staates und anderer Institutionen aktiv, das möglicherweise noch weiter ausgedehnt wird. Die japanische Notenbank, deren Unabhängigkeit von der Regierung inzwischen angezweifelt werden kann, will mit einer massiv expansiven Geldpolitik explizit Inflation generieren, um Japan aus der Deflation herauszuführen. Die Bank of England könnte unter neuer Führung möglicherweise in naher Zukunft ein nominales BIP-Ziel annehmen.

**Abb. 5**  
**Realer effektiver Wechselkurs der Eurozone gegenüber 20 wichtigen Handelspartnern**



Quelle: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



erscheint nicht ausgeschlossen, dass in diesen Ländern Inflation und finanzielle Repression sogar gezielt zum Abbau der hohen Staatsverschuldung eingesetzt werden sollen. Eine solche grundlegende Divergenz in der Geldpolitik, die im folgenden Szenario angenommen wird, würde vermutlich dazu führen, dass der Eurokurs mittelfristig einem nachhaltigen Aufwertungsdruck unterliegt.

Einige Argumente sprechen in diesem Szenario für ein mögliches Überschießen der Wechselkursänderung und damit zumindest zeitweise für eine merkliche reale Aufwertung, bei der die nominale Aufwertung die Inflationsunterschiede überschreitet.

- Finanzmärkte reagieren in der Regel schneller als Gütermärkte. In der Folge dominiert in der Regel die Zinsparitätentheorie vorübergehend die Kaufkraftparitätentheorie der Wechselkurse (vgl. Husted und Melvin 2009).
- Dieser Effekt kann durch oft trendorientierte chart-technische Anlagestrategien, durch Carry Trades aufgrund der Erwartung anhaltender Zinsdivergenzen oder durch ein mögliches Herdenverhalten am Devisenmarkt noch merklich verstärkt werden.<sup>9</sup>
- Die immense Liquidität im internationalen Finanzmarkt ermöglicht Kapitalströme, die selbst die großen Devisen- und Finanzmärkte der Eurozone erheblich beeinflussen können. Die teilweise rapiden Änderungen der Wechselkursrelationen in der jüngeren Vergangenheit – wie beispielsweise die jüngste starke Yen-Abwertung – sind ein Indiz dafür.
- Die Tendenz zu einer finanziellen Repression in den USA, Japan und dem Vereinigten Königreich könnte die Kapitalzuflüsse noch verstärken. Denn Finanzinvestoren haben bei finanzieller Repression aus Sorge vor drohenden Realwertverlusten starke Anreize, ihre Anlagen aus dem betreffenden Land abzuziehen.

Alles in allem erscheint daher die Gefahr einer zeitweisen deutlichen realen Euro-Aufwertung im geschilderten Szenario nicht unplausibel.

<sup>9</sup> Menkhoff und Taylor (2007) geben in ihrem Übersichtsartikel an, dass zwischen etwa 30 und 50% der Devisenmarktakteure ihre Entscheidungen mittels technischer Analyse und nicht geleitet von Fundamentaldaten treffen. Mit Blick auf Carry Trades stellt die Deutsche Bundesbank (2004, S. 45) fest, dass sie »Wechselkurausschläge in möglicherweise unerwünschter Weise verstärken« können. Spronk et al. (2013) weisen nach, dass Carry Trades eine wichtige Rolle an den Devisenmärkten spielen und ihr Einbau im Modell die Realität besser reproduzierbar macht. Zudem stellen sie heraus, dass Wechselkursbewegungen durch das Zusammenspiel von Carry Tradern und chart-technischen Anlegern verstärkt werden können, etwa wenn trendorientierte Investoren die Wechselkursimpulse aufgreifen, die von Carry Trades ausgelöst werden. Wenn Investoren zudem vor allem das Verhalten anderer Anleger antizipieren, kann ein Herdenverhalten aufgrund sich gegenseitig verstärkender Anlagestrategien entstehen. So können Wechselkurse ebenfalls von ihren fundamental gerechtfertigten Werten weggetrieben werden. Längerfristig dürfte es zwar zu einer Bewegung zurück zu den Fundamentaldaten kommen, doch in der Zwischenzeit kann es zu problematischen realwirtschaftlichen Allokationswirkungen kommen.

Man könnte einwenden, dies sei nicht sehr problematisch, weil der Außenhandel mit dem Dollarraum auch für die Euroländer nur eine begrenzte gesamtwirtschaftliche Relevanz hat (vgl. Pisany-Ferry 2013). Zudem verbessert eine Aufwertung die Terms of Trade und verbilligt die Importe von Konsumgütern und Vorleistungen. Doch erscheint diese Relativierung in der aktuellen Lage etwas kurz gegriffen. Denn im Zuge der Euro-Schuldenkrise ist der Anteil des Handels mit dem Dollarraum merklich gestiegen und wird dies wohl auch in naher Zukunft weiter tun. Zudem befinden sich die Euroländer mit einer hohen Verschuldung von Staat und Privatwirtschaft in einer fragilen ökonomischen Lage. Da sie weiterhin Schulden abbauen müssen, sind sie in diesem Prozess des Deleveraging mehr denn je auf konjunkturelle Impulse aus dem Außenhandel angewiesen. Die tiefen Rezessionen und die hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten, aber auch die schwächelnde Binnenkonjunktur in anderen Euroländern machen die Eurozone insgesamt deutlich verletzlich gegenüber einer möglichen deutlichen realen Aufwertung.<sup>10</sup>

Im Szenario deutlich höherer Inflationsraten in den USA, Japan und dem Vereinigten Königreich droht die Eurozone Opfer des Trilemmas der internationalen Währungspolitik zu werden (vgl. Fleming 1962; Mundell 1963). Denn wenn die EZB auf ihrer geldpolitischen Autonomie beharrt und weiterhin konsequent auf Geldwertstabilität setzt und wenn sie zudem (realistischerweise) keine Devisenmarktinterventionen und Kapitalverkehrskontrollen nutzt, würde der Euro vermutlich deutlich aufwerten und könnte dabei wie erläutert potenziell überschießen.<sup>11</sup>

Ein solches Szenario hätte in mehrfacher Hinsicht hohe politische Brisanz.

- Es würde der Europäischen Zentralbank wohl noch schwerer als ohnehin schon absehbar fallen, bei wieder erstarkender Konjunktur und aufkommenden Inflationsgefahren aus der sehr expansiven Geldpolitik auszustei-gen, wenn ein solcher Schwenk zu einer deutlichen Euro-Aufwertung führen würde. Die EZB könnte dann Zielscheibe massiver Kritik werden, den beginnenden Aufschwung mit vermeintlich verfrühten Zinserhöhungen wieder abzuwürgen.

<sup>10</sup> Auch in Deutschland dürften – wie in der jüngeren Vergangenheit geschehen – schnell warnende Stimmen laut werden, falls der Eurokurs die Schwelle von 1,50 US-Dollar deutlich überschreiten würde (ohne dass es schon zu Inflationsdivergenzen gekommen ist, in deren Zuge die USA, Japan und UK im betrachteten Szenario mittelfristig an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren dürften).

<sup>11</sup> Eine gewisse Relativierung dieses Konflikts ergibt sich dadurch, dass eine Aufwertung die Importe verbilligt und so das Potenzial hat, die Preissteigerung – und so die Notwendigkeit einer restriktiveren Geldpolitik – zu dämpfen. Doch sind gewisse Zweifel angebracht, ob niedrigere Importpreise auch an die Endverbraucher weitergegeben werden, da die Wettbewerbsintensität auf den Produktmärkten vieler Eurostaaten und vor allem der Krisenstaaten teilweise recht gering ist.

- Damit geriete die EZB möglicherweise in einen für ihr Image gefährlichen Konflikt. Falls sie es an rechtzeitiger Konsequenz mangeln ließe, könnten erhebliche Inflationsgefahren aufkommen. Das Vertrauen in die EZB und den Euro würde dann wohl gerade in Nordeuropa und in Deutschland (noch mehr) leiden. Sollte die EZB dagegen bei einem beginnenden Aufschwung frühzeitig mit einer restriktiven Geldpolitik reagieren, würde sie wohl den Unmut des Südens auf sich ziehen. Und auch im Norden dürfte die industrielle Wirtschaft alles andere als begeistert über eine dann wahrscheinliche starke Euro-Aufwertung sein.

Je mehr im betrachteten Szenario der Konflikt zwischen Inflationsbekämpfung und Aufwertungsverhinderung zutage tritt, desto eher könnten Forderungen nach Kapitalverkehrseinschränkungen und Devisenmarktinterventionen aufkommen – und desto mehr würde die Gefahr eines echten Währungskrieges entstehen.

## Literatur

ADB (2012), »Flows into Asia Bond Markets Raise Risk of Asset Price Bubbles«, Pressemitteilung, 18. März 2013, online verfügbar unter: <http://www.adb.org/news/flows-asia-bond-markets-raise-risk-asset-price-bubbles>, aufgerufen am 16. Mai 2013.

Bird, G. und T.D. Willett (2011), »Currency Wars«, *World Economics* 12(4), 121–136.

Deutsche Bundesbank (2005), »Wechselkurs und Zinsdifferenz: jüngere Entwicklungen seit Einführung des Euro«, *Monatsbericht*, Juli, 29–45.

Dadush, U. und V. Eidelmann (2011), »Currency War's«, online verfügbar unter: <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/7016>, 27. September.

Darvas, Z. und J. Pisani-Ferry (2010), »The Threat of 'Currency Wars': A European Perspective«, *Bruegel Policy Contribution*, 2010/2012, 2–17.

Eichengreen, B. (2013), »Currency War or International Policy Coordination?«, online verfügbar unter: [http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDcQFjAA&url=http%3A%2F%2Femlab.berkeley.edu%2F~eichengr%2Fcurr\\_war\\_JPM\\_2013.pdf&ei=PfCZUeWSJuLa4ASar4CYAQ&usq=AFQjCNHR9SCXp2Y5AKFFeUBjdp\\_fX9nmjQ&bvm=bv.46751780,d.bGE&cad=rja](http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDcQFjAA&url=http%3A%2F%2Femlab.berkeley.edu%2F~eichengr%2Fcurr_war_JPM_2013.pdf&ei=PfCZUeWSJuLa4ASar4CYAQ&usq=AFQjCNHR9SCXp2Y5AKFFeUBjdp_fX9nmjQ&bvm=bv.46751780,d.bGE&cad=rja), 14. Mai.

Erber, G. (2013), »Währungskrieg und Bretton Woods II«, *Ökonomenstimme*, online verfügbar unter: <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2013/02/waehrungskrieg-und-br>, 12. März 2013.

Evenett, S. (2013), »Root Causes of Currency Wars«, *VoxEU*, online verfügbar unter: <http://www.voxeu.org/print/8997>, 18. Februar 2013.

Fleming, M. (1962), »Domestic Financial Policies under Fixed and Floating Exchange Rates«, *IMF Staff Papers* 9, 369–379.

Forbes, K., M. Fratzscher, T. Kostka und R. Straub (2012), »Bubble Thy Neighbor: Portfolio Effects and Externalities from Capital Controls«, NBER Working Paper No. 18052

Husted, S. und M. Melvin (2009), *International Economics*, 8. Aufl., Prentice Hall, New Jersey.

IIF, Institute for International Finance (2013), »Capital Flows to Emerging Market Economies«, online verfügbar unter: <http://www.iif.com/download.php?id=PAYGLZZ1+BQ>, 16. Mai 2013.

ifo Schnelldienst (2010), »USA, China, Indien: Droht ein globaler Abwertungswettlauf?«, 63(22), 3–17.

IMF (2012), »IMF Adopts Institutional View on Capital Flows, IMF Survey online«, online verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/POL120312A.htm>, 16. Mai 2013.

Klein, M. und F. Teng (2010), »Währungskrieg: Schlagwort oder reale Bedrohung?«, Working Papers on Global Financial Markets No. 14, 2–15.

Menkhoff, L. und M.P. Taylor (2007), »The Obstinate Passion of Foreign Exchange Professionals: Technical Analysis«, *Journal of Economic Literature* XLV, 936–972.

Mundell, R. (1963), »Capital Mobility and Stabilization Policy under Fixed and Flexible Exchange Rates«, *The Canadian Journal of Economics and Political Science* 29(4), 475–485.

Pisani-Ferry, J. (2013), »Von falschen Ängsten«, Handelsblatt, online verfügbar unter: [http://www.wirtschaftspresse.biz/pshb/fr/reihbi/sfn/biz\\_getblob/SH/4c0703742372ad8b065c39dcd772a3/rid/1335798/db/HB/cmd/PDFHB20130220048.pdf/scode/OA63E8A0BB9C190D443238EA755E0F9076C90EE2/index.pdf](http://www.wirtschaftspresse.biz/pshb/fr/reihbi/sfn/biz_getblob/SH/4c0703742372ad8b065c39dcd772a3/rid/1335798/db/HB/cmd/PDFHB20130220048.pdf/scode/OA63E8A0BB9C190D443238EA755E0F9076C90EE2/index.pdf), 17. Mai 2013.

Schnabl, G. (2011), »Strukturelle Verzerrungen im Währungskrieg«, *Wirtschaftsdienst* (2), 102–106.

Spronk, R., W.F.C. Verschoor und R.C.J. Zwinkels (2013), »Carry Trade and Foreign Exchange Puzzles«, *European Economic Review* 60(3), 17–31.



Horst Löchel\*

## Don't Mention the War

### Zur Kontroverse um die japanische Geldpolitik

Im Januar dieses Jahres hat die japanische Zentralbank, die Bank of Japan (BoJ), auf Druck der neuen japanischen Regierung unter Ministerpräsident Shinzo Abe ihr Inflationsziel von 1 auf 2% angehoben und massive Anleihenkäufe angekündigt. Jeden Monat sollen Anleihen im Wert von etwa 13 Billionen Yen gekauft werden, um die Geldbasis von derzeit rund 140 Billionen Yen bis Jahresende 2014 zu verdoppeln.

Parallel dazu setzt die Regierung Japans erneut auf expansive Fiskalpolitik. Ungeachtet der hohen Staatsverschuldung Japans von gegenwärtigen 235% des Bruttoinlandsprodukts sind jährliche Mehrausgaben von 15 Billionen Yen geplant sowie eine Anhebung der Mehrwertsteuer von derzeit 5 auf 10% im Jahr 2015. Dieser Mix aus aggressiver Geld- und Fiskalpolitik wird mittlerweile als »Abenomics« bezeichnet.

Allerdings setzt die Regierung Abe nicht nur einseitig auf Nachfrage-, sondern auch auf Angebotspolitik. Entsprechende Maßnahmen zielen dabei unter anderem auf eine Erhöhung der Erwerbsquote, insbesondere der Frauen, ebenso wie auf die Deregulierung und Liberalisierung des Gesundheitswesens, des Energiesektors und der Infrastruktur und spiegeln sich auch in der Ankündigung einer Intensivierung der Freihandelsgespräche in Asien wider.

Insgesamt erhofft man sich von der neuen Politik, dass sie Japan aus dem Tal der Tränen herausführen wird und die langjährige schleichende Deflation begleitet von niedrigen Wachstumsraten beendet (vgl. OECD 2013). Seit dem Platzen der Immobilienblase Ende der 1980er Jahre leidet das Land fast durchgehend an Deflation, einer negativen Pro-

duktionslücke, aber auch unter dem hohen Außenwert des Yen (vgl. Nishizaki et al. 2012). So hat beispielsweise der reale effektive Wechselkurs Japans seit der Finanzkrise um 30% aufgewertet.

### Abenomics wirkt

Bisher wirkt Abenomics so erfolgreich, wie im Lehrbuch beschrieben: Die steigende Geldmenge führt zu sinkenden Zinsen im Inland, die eine Kapitalflucht ins Ausland und damit einhergehend eine Abwertung des nominalen Außenwerts des Yen herbeiführen, was letztlich eine Verbesserung der Leistungsbilanz und damit des inländischen Wachstums begünstigt. Dass sich die japanische Leistungsbilanz zunächst einmal verschlechtert hat, steht dazu nicht im Widerspruch, denn es braucht Zeit, bis die Mengeneffekte steigender Exporte und sinkender Importe die Preiseffekte steigender Importpreise einer abwertenden Währung überwiegen.

Zu den Fakten: Der Außenwert des Yen hat Mitte Mai dieses Jahres den niedrigsten Stand seit vier Jahren erreicht. Seit April dieses Jahres kaufen japanische Investoren mehr ausländische Wertpapiere, als sie verkaufen. Neben den höheren Zinsen im Ausland winken bei einer weiteren Abwertung des Yen auch Währungsgewinne. Im Inland steigen die Gewinne der Exporteure genauso wie das Konsumentenvertrauen und die Einzelhandelsumsätze. Der Nikkei-Index boomt, und die Immobilienpreise ziehen erstmals seit Jahren wieder an.

Die BoJ hat auf diese Entwicklung jüngst bereits mit einer Anhebung ihrer Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf knapp 3% reagiert. Im Jahresvergleich ist Japans Wirtschaft im ersten Quartal um 3,5% gewachsen. Ein vielversprechendes Anzeichen für einen bevorstehenden Aufschwung ist der Anstieg der Kreditvergabe, der im April mit 2,1% den höchsten Wert seit vier Jahren erreicht hat. Tatsächlich scheint Japan im Begriff zu sein, seine langwierige Deflationsphase zu überwinden und in einen Kreislauf von steigender Inflation, stärkerer Nachfrage und schließlich stärkeren Wachstums und höheren Staatseinnahmen einzutreten. Dass im Zuge dieses Prozesses auch die Nominallöhne zu steigen beginnen, kann verschmerzt werden, wenn diese nicht über den Anstieg der Inflation hinauschießen, d.h. die Reallöhne nicht steigen.

Natürlich birgt diese Politik auch Potenzial für Rückschläge. Die größten Risiken liegen dabei sicherlich in der hohen Staatsverschuldung. Es ist keine Strategie erkennbar, wie die Staatsschuldenquote mittelfristig reduziert werden soll, beispielsweise durch eine Schuldenbremse nach europäischem Vorbild oder die Verpflichtung, den prozentualen

\* Prof. Dr. Horst Löchel ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Frankfurt School of Finance & Management und Honorarprofessor an der China Europe International Business School (CEIBS) in Shanghai.

Anstieg der Staatsverschuldung unterhalb des Anstiegs des Bruttoinlandsproduktes zu halten.

### *Beggar thy neighbor* oder Spillover-Effekte?

Den Begriff des *currency war* prägte der brasilianische Finanzminister Guido Mantega im Herbst 2010 in seiner an die US-amerikanische Zentralbank Fed gerichtete Anschuldigung, mit der Politik des *quantitative easing* die Erholung der USA auf Kosten der aufstrebenden Volkswirtschaften voranzutreiben. Konkret beklagte er, dass die Politik des billigen Geldes zu einer Kapitalflucht in die aufstrebenden Volkswirtschaften führe, was dort die Entwicklung von Inflation und Vermögenspreisen anheize, die Wechselkurse erhöhe und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder vermindere.

Im Zusammenhang mit dem Politikwechsel der BoJ wurde dieser Vorwurf vom Vizepräsidenten der russischen Zentralbank, Aleksej Ulzukaev, erneuert. In den Chor der Kritiker reihte sich auch die Bundesregierung mit ihrer Mahnung ein, dass sich kein Staat durch das Instrument der Geldpolitik Exportvorteile verschaffen dürfe. Schließlich wies der neue US-amerikanische Finanzminister, Jacob Lew, auf dem jüngsten G-7-Treffen im Mai darauf hin, dass Politiken, die darauf zielen, Wechselkurse zu beeinflussen nicht mehr innerhalb der Grenzen liegen, die die internationale Gemeinschaft für angebracht hält (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 2013). Und C. Fred Bergsten, der ehemalige Chef des renommierten Peterson Institute for International Economics spricht davon, dass »currency wars pose a clear and present danger to the world economy on a scale not seen since the breakup of the trading system that led to the Great Depression in the 1930s« (Bergsten 2013, S. 4).

Von einem Währungskrieg kann im Falle Japans für die entwickelten Volkswirtschaften allerdings nicht wirklich die Rede sein. Tatsächlich betreibt nicht nur die BoJ, sondern auch die Fed und die EZB eine seit Ausbruch der Finanzkrise eine extrem akkommodierende Geldpolitik. Möglicherweise lässt sich sogar umgekehrt argumentieren, dass Abenomics das Wachstum der Weltwirtschaft stärkt (vgl. The Economist 2013). Wenn nämlich die Realzinsen in Japan aufgrund steigender Inflationsraten sinken, hat dies einen positiven Effekt auf die inländische Nachfrage nach Konsum und Investitionen. Dies, insbesondere in Verbindung mit einer expansiven Fiskalpolitik wie in Japan gegeben, stärkt die Nachfrage nach Importen und trägt somit positiv zum Wachstum der Volkswirtschaften der Handelspartnerstaaten bei. Dass dieser Effekt überkompensiert wird durch steigende Exporte aufgrund eines sinkenden Wechselkurses, ist a priori nicht ausgemacht. Ein höheres Preisniveau im Inland verteuert Japans Exporte auf dem Weltmarkt. Der reale Wechselkurs des Yen dürfte mittelfristig eher aufwerten. Tatsäch-

lich wurden die positiven Spillover-Effekte einer aggressiven Geldpolitik für den Fall der USA frühzeitig vom Internationalen Währungsfonds (IWF) bestätigt (vgl. IWF 2011).

Zu einem gleichsam interessanten Ergebnis kommt eine jüngere Analyse von Barry Eichengreen (2013), der solche Spillover-Effekte im Zusammenhang mit der einseitigen Aufhebung des Goldstandards durch Großbritannien in den 1930er Jahren untersucht hat. Der US-Ökonom kommt zu dem Schluss, dass sich die Spillover-Effekte der Abwertungs politik Großbritanniens durchweg negativ auf jene Staaten auswirkten, die zunächst am Goldstandard festhielten, jedoch mit protektionistischen Maßnahmen auf den Vorstoß Großbritanniens reagierten. Staaten hingegen, die eine Abkehr vom Goldstandard mittrugen und von protektionistischen Maßnahmen absahen, profitierten tendenziell von der Politik Großbritanniens. Übertragen auf den Fall Japans, lautet die Botschaft daher, dass die japanische Geldpolitik keine Gefahr für die westlichen Volkswirtschaften darstellt, zumindest nicht, solange diese nicht mit einem Handelskrieg reagieren und ihre expansive Geldpolitik ebenfalls beibehalten.

Anders sind die Maßnahmen Japans zu beurteilen, betrachtet man die Situation aufstrebender Volkswirtschaften, die nicht unter schwachem Wachstum und Deflation leiden. Für sie gilt in der Tat die *Beggar-thy-neighbor*-Hypothese. Ein entfesselter Kapitalstrom aus dem Westen und Japan strömt in die aufstrebenden Volkswirtschaften im Süden und Osten dieser Welt und führt dort zu steigenden Inflationsraten, Blasenbildung bei den Vermögenspreisen und einer Aufwertung der heimischen Währung mit negativen Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Leistungsbilanzen dieser Staaten. Und in der Tat sind die gegenwärtigen Kapitalverkehrskontrollen und Devisenmarktinterventionen der aufstrebenden Volkswirtschaften als das heutige Pendant zum Protektionismus der 1930er Jahre zu betrachten.

Das eigentliche Problem, das mit Abenomics einhergeht, ist jedoch ein anderes. Das grundsätzliche Risiko der japanischen Geldpolitik besteht darin, dass sich die inländischen Inflationserwartungen verselbständigen und damit die Inflationsrate weit über das Maß hinaus zu steigen beginnt, das sich die japanische Politik zum Ziel gesetzt hat und, weit aus problematischer, über einen Wert ansteigt, der für die japanische Wirtschaft angemessen ist.

### Ist die BoJ noch unabhängig?

Jens Weidmann, der Präsident der Deutschen Bundesbank, hat diesen Punkt frühzeitig angesprochen. Auf dem Neujahrsempfang der Deutschen Börse sprach er von einer Politisierung der Zentralbanken und fügte hinzu: »Womög-

lich kommt die unabhängige Notenbank aus der Mode« (vgl. Süddeutsche Zeitung, 22. Januar 2013).

Der enge Zusammenhang von Zentralbankautonomie, Inflationserwartungen und Inflation ist seit langem anerkannt (vgl. Alesina und Summers 1993). In seinem neuesten World Economic Outlook zeigt der IWF nun, dass, gerechnet für den Durchschnitt der Industriestaaten, die Standard-Phillips-Kurve, die die Inflationsrate als die Summe aus Inflationserwartungen und gewichteter konjunktureller Arbeitslosigkeit bestimmt, im Zeitraum zwischen Mitte der 1970er Jahre und heute immer flacher geworden ist (vgl. IWF 2013). Für die Zeit von 1995 bis 2012 ist die Kurve praktisch horizontal. Dies bedeutet, dass die konjunkturelle Arbeitslosigkeit im positiven wie im negativen Sinne keinen Einfluss mehr auf die Inflationsrate nimmt, sondern die Inflationserwartungen dominieren.<sup>1</sup>

Dieses Ergebnis ist vor allem deshalb interessant, weil die Inflationserwartungen wesentlich von den Zentralbanken gesteuert werden. Diesen Interpretationsansatz untermauert der IWF mit einer Fallstudie, die die Entwicklung der Inflationsraten in Deutschland und den USA im Zuge der Erdölkrise der 1970er Jahre vergleicht und zu dem Schluss kommt, dass die Bundesbank bessere Ergebnisse, d.h. niedrigere Inflationsraten erzielen konnte als die Fed, weil die Inflationserwartungen in Deutschland weitestgehend verankert blieben. Letzteres kann auf die höhere politische Unabhängigkeit der Bundesbank im Vergleich zur Fed zurückgeführt werden.

Das Resultat der IWF-Studie enthält eine gute und eine schlechte Nachricht in Bezug auf die Politik der japanischen Zentralbank. Die gute ist, dass Japan durch eine von der Zentralbank gesteuerte Erhöhung der Inflationserwartungen in der Tat die Deflationsfalle überwinden kann. Die schlechte Nachricht ist jedoch, dass die Gefahr besteht, dass sich die Inflationserwartungen verselbständigen und somit die Inflationsrate deutlich über das gewünschte Maß hinauschießt.

Die Gefahr einer Entankerung der Inflationserwartungen besteht umso mehr, je stärker Märkte und Öffentlichkeit die japanische Zentralbank als einen reinen Erfüllungsgehilfen der japanischen Regierung betrachten, wodurch das Vertrauen in die Zentralbank nachhaltig erschüttert wird. Ist dies erst einmal geschehen, kann die Inflation ungebremst steigen, denn in der Welt des Papiergelds gibt es nur ein einziges Instrument, um die Inflation in Schach zu halten: Das Vertrauen in die Fähigkeit der Zentralbank, den Geldwert stabil zu halten.

<sup>1</sup> Diese vom IWF favorisierte Interpretation erscheint etwas verkürzt, da Angebotsschocks nicht berücksichtigt werden. Beispielsweise ließe sich auch argumentieren, dass der Eintritt der aufstrebenden Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft nach der großen weltpolitischen Wende 1989 die Konsumgüterpreise stark gesenkt haben.

## Zusammenfassung

Die Frage »Führt Japan einen Währungskrieg?« muss mehrdimensional beantwortet werden. Aus Perspektive der entwickelten Volkswirtschaften führt Japan keinen Währungskrieg, denn auch Fed und EZB fluten im Rahmen ihrer Krisenpolitik seit Jahren die Märkte mit billigem Geld. Ein Ende dieser akkommodierenden Geldpolitik ist nicht absehbar. Auch angesichts des starken realen Wechselkurses Japans über die letzten Jahre kann von einer gezielten Abwertungs politik nicht die Rede sein. Vielmehr reagiert Japan auf die Dollarflut, die Kapital aus den USA nach Japan umgeleitet hat – mit entsprechenden Folgen für den Wechselkurs und die inländische Wirtschaft. Möglicherweise besteht sogar die Chance, dass Japans Politik zur Erholung der Weltwirtschaft beiträgt, dann nämlich, wenn – ausgelöst durch das inländische Wachstum – die Importe stärker als die Exporte steigen und Kapitalströme aus Japan zudem in den anderen Industriestaaten die Zinsen weiter senken und die Vermögenspreise steigen lassen.

Ganz anders ist die japanische Geldpolitik aus der Perspektive der aufstrebenden Volkswirtschaften zu beurteilen, die weder unter Deflation noch schwachem Wachstum leiden. Für sie folgt aus dem Kurs der japanischen Geldpolitik, dass noch mehr Kapital in ihre Länder fließt, was mit der Gefahr der Bildung von Vermögensblasen, einer Kreditschwemme, steigender Inflationsraten und steigender Wechselkurse einhergeht. Hier beschwört die japanische Zentralbank in der Tat das Risiko eines Handelskriegs in Form von protektionistischen Gegenmaßnahmen herauf, wie wir ihn in den 1930er Jahren gesehen haben.

Die größte Gefahr, die von der derzeitigen Politik der BoJ ausgeht, betrifft die Inflationsentwicklung im eigenen Land. Mangelndes Vertrauen in die Fähigkeit der eigenen Zentralbank, Preisstabilität zu gewährleisten, führt unweigerlich zu einer Entankerung der Inflationserwartungen und steigenden Inflationsraten, deren Folgen und Kosten möglicherweise die der gegenwärtigen Krise Japans bei weitem übersteigen. Dies ist das eigentliche Risiko, das von Abenomics ausgeht: Die Aufhebung der Unabhängigkeit der japanischen Zentralbank.

## Literatur

Alesina, A. und L. Summers (1993), »Central Banks Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence«, *Journal of Money, Credit, and Banking* 25(2), 151–162.

Bergsten, C.F. (2013), »Currency Wars, the Economy of the United States and Reform of the International Monetary System«, Stavros Niarchos Foundation Lecture, 16. Mai, online verfügbar unter: <http://www.piie.com/publications/papers/bergsten201305.pdf>.

Eichengreen, B. (2013), »Currency War or International Coordination?«, Working Paper, University of California, online verfügbar unter: [http://emlab.berkeley.edu/~eichengr/curr\\_war\\_JPM\\_2013.pdf](http://emlab.berkeley.edu/~eichengr/curr_war_JPM_2013.pdf).

*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2013), »Schäuble: Euro-Krise nicht mehr größtes Risiko für die Weltwirtschaft«, 11. Mai, online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/g7-treffen-in-grossbritannien-schaeuble-euro-krise-nicht-mehr-groesstes-risiko-fuer-die-weltwirtschaft-12179441.html>.

IMF (2011), *The United States Spill Over Report*, IMF Country Reports Nr. 11/203, Washington.

IMF (2013), *The Dog that didn't Bark: Has Inflation Been Muzzled or Was It just Sleeping?*, World Economic Outlook, Kap. 3, April, Washington.

Nishiyaki, K., T. Sekine und Y. Ueno (2012), »Chronic Deflation in Japan«, Bank of Japan Working Paper Series, No. 12, Tokyo.

OECD (2013), »OECD Economic Survey Japan«, Paris, online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/eco/surveys/japan-2013.htm>.

*Süddeutsche Zeitung* (2013), »Gefährliches Spiel mit den Notenbanken«, 22. Januar, online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/politik-vs-waerungshueter-gefaehrliches-spiel-mit-den-notenbanken-1.1580578>.

*The Economist* (2013), »Positive-sum Currency Wars«, 14. Februar, online verfügbar unter: <http://www.economist.com/blogs/freeexchange/2013/02/what-qe-means-world>.



Uwe Vollmer\*

## Japan steigt nicht in einen Währungskrieg ein

Am 4. April 2013 hat die Bank of Japan (BoJ) einen geldpolitischen Strategiewechsel vollzogen und beschlossen, die Basisgeldmenge innerhalb der nächsten zwei Jahre zu verdoppeln und alles zu tun, um die Inflationsrate mittelfristig auf 2% p.a. zu steigern. Dieser Beschluss nährt Befürchtungen, dass Japan künftig eine monetäre Haushaltsfinanzierung betreiben will und versucht wird, durch eine laxen Geldpolitik den Yen zu schwächen. Einige Beobachter sehen sogar die Gefahr eines Währungskriegs zwischen den wichtigen Weltwährungen, bei dem Notenbanken ihre Geldmärkte fluten, um über Abwertungen Wettbewerbsvorteile für ihre eigenen Volkswirtschaften zu generieren. Was ist davon zu halten?

### Geldpolitischer Strategiewechsel

Traditionell betreibt die BoJ Geldpolitik, indem sie – anders als das Eurosystem – vor allem inländische Staatsanleihen (JGBs) auf Sekundärmärkten gegen Primärgeld ankauft. Mit diesen Offenmarktgeschäften versuchte sie bislang, den am Geldmarkt gezahlten Zinssatz für unbesicherte Interbankkredite (*overnight call rate*) zu steuern, der als geldpolitische Zwischenzielgröße fungierte und bis Ende 2012 auf einen Wert zwischen 0% und 0,1% abgesenkt worden war. Um nicht in den Verdacht einer monetären Staatsschuldenfinanzierung zu geraten, beachtete die BoJ bisher eine von ihr selbst gesetzte *banknote rule*, wonach der Bestand an langfristigen JGBs im Portfolio der BoJ den Banknotenumlauf (als wesentlicher Teil der Geldbasis) nicht übersteigen durfte. Da der Banknotenumlauf durch die Bargeldnachfrage von Haushalten und Unternehmen determiniert ist, war diese wesentliche Entstehungskomponente der Primärgeldmenge bisher durch die BoJ nicht kontrollierbar. Zudem war die Laufzeit der von der BoJ gehaltenen Staatsschuldentitel

\* Prof. Dr. Uwe Vollmer leitet das Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig.

auf maximal drei Jahre begrenzt, so dass die BoJ »am langen Ende« der Zinsstrukturkurve nicht intervenieren durfte. All dies bedeutete, dass die Bank of Japan bislang über einen nur geringen geldpolitischen Handlungsspielraum verfügte.

Mit den jüngsten geldpolitischen Beschlüssen sind diese Beschränkungen (zumindest vorübergehend) entfallen, und die BoJ wird künftig die Basisgeldmenge anstelle des Zinssatzes für ungesicherte Interbankkredite als Zwischenzielgröße verwenden. Die Basisgeldmenge ist in Japan definiert als die Summe aus Bargeldumlauf und Sichteinlagen der Finanzinstitute bei der Notenbank. Es ist angekündigt, die Geldbasis in den kommenden beiden Jahren um jeweils 60 bis 70 Billionen Yen (etwa 600 Mrd. US-Dollar) auszuweiten und von 139 Billionen Yen Ende 2010 auf 270 Billionen Yen zum Ende 2014 nahezu zu verdoppeln, wobei der Großteil des Anstiegs in die Reservehaltung der Geschäftsbanken gehen wird. Dazu sollen weiterhin JGBs mit unterschiedlichen Restlaufzeiten angekauft werden, deren Bestand im Portfolio der BoJ von 89 Billionen Yen auf 190 Billionen Yen Ende 2014 ansteigen und somit mehr als verdoppelt werden soll. Das Ankaufprogramm umfasst Staatsanleihen mit allen Laufzeiten von bis zu 40 Jahren, so dass die durchschnittliche Restlaufzeit der Staatsanleihen im Bestand der Notenbank von derzeit etwas mehr als drei Jahre auf etwa sieben Jahre anwachsen wird (vgl. Bank of Japan 2013).

### Erwünschte Effekte der Lockerungspolitik

Erklärtes Anliegen des jetzt vollzogenen Strategiewechsels ist es, den seit 15 Jahren anhaltenden Deflationstrend in Japan zu brechen. Die BoJ will dies über drei Kanäle erreichen. Erstens erhofft man sich einen »Guidance-Effekt« und einen Anstieg der Inflationserwartungen als Folge der Ankündigung, die quantitative Lockerung unbegrenzt und unbefristet fortzuführen, bis das Inflationsziel von 2% p.a. erreicht ist. Die steigenden Inflationserwartungen stimulieren die binnenwirtschaftliche Güternachfrage. Zweitens erwartet die BoJ einen Portfolioeffekt für Geschäftsbanken, die bei sinkenden Marktzinsen vermehrt Unternehmensdarlehen vergeben, anstatt JGBs nachzufragen, was die Kreditversorgung vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen verbessern soll. Drittens bedingt die qualitative Lockerung einen Zinssenkungseffekt am langen Ende der Zinsstrukturkurve, das für Investitionsentscheidungen besonders bedeutsam ist.

Nicht intendiert ist eine bewusste Beeinflussung des Wechselkurses des Yens gegenüber anderen Weltwährungen. Zwar räumt die BoJ (z.B. Kuroda 2013) ein, dass der eingeleitete geldpolitische Wechsel auch Auswirkungen auf den Wechselkurs haben und durch eine Yen-Abwertung die Aus-

landsnachfrage anregen kann. Zwar sei dieser Wechselkurseffekt ein willkommener Nebeneffekt einer geldpolitischen Lockerung, die allerdings allein aus binnenwirtschaftlichen Gründen ergriffen worden sei und nur auf den Binnenwert des Yen abstelle. Es werde kein Wechselkursziel verfolgt, so dass auch kein Verstoß gegen die G-20-Beschlüsse vom März 2013 in Moskau vorliegt, wonach die Weltwährungsländer auf Wechselkursmanipulationen verzichten wollen. Es scheint, dass Japan weder als Verursacher noch als Teilnehmer an einem Weltwährungskrieg gelten möchte. Zu Recht?

### Wechselkursentwicklung vom japanischen Yen

Die jüngste Wechselkursentwicklung des JPY weckt daran auf dem ersten Blick Zweifel. Dies zeigt die letzte Zeile der nachfolgenden Tabelle 1, wonach hat sich der Yen bereits seit November 2011 (also noch vor Amtsantritt der Regierung Abe) gegenüber den wichtigsten Weltwährungen (mit Ausnahme des Euros und des an ihm gekoppelten Schweizer Franken) um fast 4% abgewertet hat. Die Tabelle zeigt aber auch, dass der Yen nach Ausbruch der Subprime-Krise (und vor allem zwischen November 2007 und 2011) einem beträchtlichen Aufwertungsdruck unterlag, und der effektive Wechselkurs in diesem Zeitraum um nahezu 30% angestiegen war. Besonders stark war der Anstieg gegenüber dem Euro und dem Koreanischen Won (KRW), etwas schwächer gegenüber dem Australischen Dollar (AUD), dem chinesischen Yuan/Renminbi (CNY) und dem Schweizer Franken (SFR). Vor allem infolge dieser beträchtlichen Yen-Aufwertung sank der Leistungsbilanzüberschuss Japans, das über den Wechselkurs von der Weltfinanzkrise betroffen wurde, obwohl japanische Banken nur sehr verhalten in Subprime-Papiere investiert waren (vgl. Bebenroth und Vollmer 2012).

Zwei Ansätze erklären diese erheblichen Wechselkurschwankungen. Der erste Ansatz sieht die Yen-Aufwertung nach 2007 als Folge von Portfolioumschichtungen privater und öffentlicher Anleger, die sich nach Ausbruch der Subprime-Krise aus den Krisenländern zurückgezogen haben und trotz niedriger Zinssätze in sichere Anlagen außerhalb der USA und Europas gegangen sind; Zielländer waren vor allem die Schweiz und Japan, die schon immer als safe haven galten (vgl. z.B. Renaldo und Söderling 2010). Im Lichte dieser Erklärung ist die seit Ende 2011 einsetzende Abwertung des JPY gegenüber dem US-Dollar lediglich Ausdruck einer Kurskorrektur in Richtung zurück auf das Gleichgewicht und Folge eines Rückflusses von Kapital in die USA, wo die Finanzmarktkrise inzwischen abzuklingen beginnt. Selbst die seit 2011 nur noch moderate Aufwertung des Yen gegenüber dem EUR ist Indiz dafür, dass auch die Europäer die Staatsschuldenkrise allmählich in den Griff zu bekommen scheinen.

Tab. 1

**Durchschnittliche Änderungsraten nominaler Wechselkurse ausgewählter Währungen gegenüber JPY**  
(in v.H.; – = Aufwertung des JPY)

Periode	USD	EUR	KRW	CNY	SFR	AUD	Effektiver Wechselkurs
Nov. 2002–Nov. 2007	– 8,6	33,7	20,4	1,9	19,0	45,9	9,0
Nov. 2007–Nov. 2012	– 27,6	– 36,9	– 38,9	– 13,8	– 13,7	– 16,1	– 26,5
Nov. 2007–Nov. 2011	– 30,2	– 35,4	– 43,5	– 18,5	– 13,5	– 21,4	– 29,3
Nov. 2011–Nov. 2012	3,8	– 2,2	8,1	5,7	– 0,2	6,8	3,9

Quelle: Shirakawa (2012).

### Beggar-thy-neighbor-Effekte geldpolitischer Sondermaßnahmen

Der alternative Erklärungsansatz sieht die Wechselkursvolatilität der letzten sechs Jahre als Folge der in den USA, in Großbritannien und – mit Einschränkungen – im Euroraum seit 2007 betriebenen quantitativen Lockerung, wodurch sich die Bilanzvolumina der Notenbanken vervielfacht haben. Anlass für die geldpolitische Lockerungen in den USA und in Europa waren Funktionsstörungen auf den Interbankenmärkten und in der geldpolitischen Transmission, wodurch die Notenbanken gezwungen waren, als *lender of last resort* und als *market maker* für liquiditätssuchende Geschäftsbanken zu fungieren. Trotz der genannten Funktionsstörungen bestehen Zweifel, ob die vollzogene Lockerung den gestiegenen Liquiditätsbedarf nicht übertroffen hat: Ein wesentlicher Teil der von den Notenbanken im Zuge ihrer unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen geschaffenen Liquidität verblieb nicht auf Konten der Geschäftsbanken bei der US-Fed, der Bank of England oder des Eurosystems, sondern ist in sicheren Anlagen außerhalb der USA und Europas investiert worden. Carry Trades infolge niedriger Notenbankzinsen haben dabei eine wichtige Rolle gespielt, von denen neben Japan auch einige südamerikanische Länder, wie Brasilien, betroffen waren. Aus dieser Sicht ist die Yen-Aufwertung seit 2007 Folge der geldpolitischen Lockerung in den USA und im Euroraum, und deren Wechselkurswirkung wird jetzt teilweise durch eine ebenfalls expansive Geldpolitik in Japan korrigiert.

Die empirische Evidenz spricht eher für den zweiten Erklärungsansatz. Für die USA schätzt beispielsweise die Federal Reserve Bank of St. Louis, dass die Veränderung des effektiven Dollarkurses seit Anfang 2009 wesentlich auf die quantitative Lockerung der Fed zurückgeht; vor allem die zweite Runde der quantitativen Lockerung, bei der die Fed 2010 begann, Staatsschuldtitel im Volumen von 600 Mrd. US-Dollar anzukaufen, hatte eine signifikante Dollarabwertung zur Folge. Ähnliches gilt auch für die quantitative Lockerung der Bank of England, die zu einer Abwertung des britischen Pfunds um 4% führte (zu allen Angaben vgl. Portes 2010). Weil solche Wechselkurseffekte zu *Beggar-thy-*

*neighbor*-Effekten führen, sind Gegenmaßnahmen der Handelspartner zu befürchten, und es besteht die Gefahr, dass eine allein auf die heimische Wirtschaft abzielende geldpolitische Lockerung internationale Implikationen hat, auf die andere Notenbanken reagieren.

### Denkbare Politikreaktionen

Drei Gruppen von Politikreaktionen sind denkbar (vgl. Darvas und Pisani-Ferry 2010): Die schärfste Reaktion ist die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, wie sie jüngst beispielsweise in Brasilien (aber auch von Thailand, Indonesien oder Südafrika) beschlossen wurden, wo eine Transaktionssteuer für Kapitalimporte eingeführt wurde (vgl. Pereira da Silva 2013). Die weniger scharfe Form sind Wechselkursziele und direkte Interventionen der Notenbanken an den Devisenmärkten, wie beispielsweise von Südkorea, aber auch der Schweiz praktiziert, oder die Ankündigung, im Bedarfsfall auf Devisenmärkten einzugreifen. Die mildeste Form ist, bei einem System flexibler Wechselkurse zu verbleiben, aber auf die geldpolitische Lockerung im Ausland selbst mit einer eigenen geldpolitischen Lockerung zu reagieren.

Japan geht mit seinem angekündigten Strategiewechsel allenfalls diesen letzten Weg und wählt damit eine moderate Reaktion auf die geldpolitische Lockerungen in den USA und in Europa, für die der Begriff *Währungskrieg* eher übertrieben erscheint. Anders als die anderen oben genannten Länder, hält sich Japan bislang an die internationalen Spielregeln, d.h. verzichtet auf die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, und verfolgt auch kein explizites Wechselkursziel. Insofern sind die eingangs genannten Befürchtungen übertrieben, die Geldpolitik der BoJ löse einen Währungskrieg zwischen den wichtigen Weltwährungen aus. Dafür spricht auch, dass die expansive Geldpolitik von einer expansiven Fiskalpolitik begleitet wird, die zu einer Aufwertungstendenz des Yen führt. Hinzu kommt, dass das von der japanischen Notenbank gewählte Inflationsziel von 2% p.a. nicht übermäßig hoch ist, sondern durchaus als mit Preisstabilität vereinbar angesehen werden kann. Auch das



Eurosystem strebt bekanntlich mittelfristig eine Inflationsrate in genau derselben Höhe an, ohne dem Vorwurf der Wechselkursmanipulation ausgesetzt zu sein. Damit scheint sich die BoJ auch nicht an einem Abwertungswettlauf zwischen den Weltwirtschaftsnationen zu beteiligen, der über Wechselkursänderungen versucht, Wettbewerbsvorteile für die heimische Wirtschaft zu generieren.

## Literatur

Bank of Japan (2013), *Introduction of the 'Quantitative and Qualitative Monetary Easing'*, Tokyo, 3. April.

Bebenroth, R. und U. Vollmer (2012), »The Financial Crisis in Japan: Causes and Policy Reactions by the Bank of Japan«, *European Journal of Comparative Economics* 9, 155–181.

Darvas, Z. und J. Pisani-Ferry (2010), »The Threat of Currency Wars: A European Perspective«, European Parliament, Directorate General for International Policies, IP/A/ECON/FWC/2009\_040/C1, Brussels.

Kuroda, H. (2013), »Quantitative and Qualitative Monetary Easing«, Vortrag bei einem Treffen der Yomiuri International Economic Society, Tokyo, 12. April 2013, online verfügbar unter: <http://www.bis.org/review/r130412b.pdf>.

Pereira da Silva, L. A. (2013), »From Currency Wars to Policy Peace under the G-20«, Lunch Panel Session der Conference at the Peterson Institute for International Economics (PIIE) »Currency Wars and the G-20's Goal of Strong, Sustainable, and Balanced Growth«, 2. April 2013.

Portes, R. (2010), »Currency Wars and the Emerging Market Countries«, *VoxEU*, 4. November, online verfügbar unter: <http://www.voxeu.org/article/currency-wars-and-emerging-markets>.

Renaldo, A. und P. Söderling (2010), »Safe Haven Economies«, *Review of Finance* 14, 385–407.

Shirakawa, M. (2012), »Path toward Overcoming Deflation«, Vortrag bei einem Treffen mit Geschäftsführern, Nagoya, 26. November 2012, online verfügbar unter: <http://www.bis.org/review/r121127e.pdf>.



Oliver Landmann\*

## Japan und der Mythos des drohenden Währungskriegs

### Der Kurswechsel der japanischen Geldpolitik

Seit dem Platzen der großen Immobilien- und Börsenblase der frühen 1990er Jahre ist die japanische Wirtschaft in einer nominalen Stagnation gefangen. Ein schwaches reales Wachstum und ein leicht sinkender Trend des Preisniveaus halten sich gerade etwa die Waage. Auch ein Zinsniveau, das hart an der Nullprozentgrenze verharret, vermochte daran nichts zu ändern. Wiederholte halbherzige Versuche der fiskalpolitischen Stimulierung haben im Verbund mit dem ausbleibenden Wachstum die Staatsschuld unaufhaltsam auf über 200% des Bruttoinlandsprodukts ansteigen lassen.

Nun ist aber seit der Wahl von Ministerpräsident Shinzo Abe im Jahr 2012 Bewegung in die Dinge gekommen. Unter dem Druck der neu gewählten Regierung hat die japanische Zentralbank, die Bank of Japan, ihren bisherigen zurückhaltenden Kurs verlassen und ein explizites Inflationsziel von 2% angekündigt, das sie mit einer massiven Ausdehnung ihrer Staatsanleihenkäufe erreichen will. In weniger als zwei Jahren soll sich hierdurch die Zentralbankgeldmenge verdoppeln. Zum Vergleich: In den USA hatte die Politik der »quantitativen Lockerung« zwar eine ähnliche Dimension; sie setzte nach der Finanzkrise von 2008 aber schneller ein und erstreckte sich über einen längeren Zeitraum.

Auf den Finanzmärkten hat der angekündigte Kurswechsel Japans seine Wirkung nicht verfehlt. Sowohl Devisenmarkt als auch Aktienbörse reagierten lehrbuchmäßig mit signifikanten Kurssprüngen. Der Yen hat sich in den sechs Monaten seit Herbst 2012 gegenüber dem Euro um 30% abgeschwächt, derweil der Nikkei-Index der japanischen Aktienkurse im gleichen Zeitraum um 65% zugelegt hat. Bei-

\* Prof. Dr. Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br.

des ist geeignet, der japanischen Wirtschaft Auftrieb zu verleihen. Auch wenn das angestrebte Inflationsziel noch in weiter Ferne liegt, weisen diese Signale doch schon einmal in die gewünschte Richtung.

### Japan auf dem währungspolitischen Kriegspfad?

International hagelte es jedoch Kritik. Der Vorwurf: Mit seiner aggressiven Abwertung des Yen löst Japan seine Probleme auf Kosten seiner Handelspartner und beschwört damit das Risiko eines Währungskriegs herauf. Diese Kritik an Japan unterschlägt zunächst einmal, dass der Yen seit der Finanzkrise von 2008 eine substanzielle Aufwertung erfahren hatte, die Japans Erholung von der schweren Rezession im Gefolge der Finanzkrise behinderte, und die durch die jüngste Abwertung erst zum Teil wieder wettgemacht wurde. Insofern korrigiert sich hier ein Höhenflug des Yen, der in den zurückliegenden Jahren nicht zuletzt dadurch gestützt worden war, dass Japan mit dem Expansionsgrad seiner Geldpolitik vorerst noch hinter den USA und Europa zurückblieb.

Hiervon unbeeindruckt argumentieren Japans Kritiker, dass eine Politik, die über den Wechselkurs der eigenen Exportindustrie künstliche Wettbewerbsvorteile im globalen Kampf um Marktanteile zu verschaffen versuche, andere Länder dazu provoziere, mit derselben Waffe zurückzuschlagen. Wenn aber mehr und mehr Länder versuchen, die eigene Währung zu drücken, führe dies am Ende in einen »Abwertungswettkampf, der nur Verlierer kennen wird«, wie es Bundesbankpräsident Weidmann (2013) auf den Punkt gebracht hat. Als abschreckendes Beispiel ist schnell die Weltwirtschaftskrise von 1930–1933 zur Hand, die in der Tat in einen Abwertungswettkampf mündete. Aus jener Ära stammt auch der Begriff der *beggar-thy-neighbor policy*. Darunter wird eine Politik verstanden, die nur darauf aus ist, Nachfrageströme zulasten der Handelspartner in Richtung der eigenen Wirtschaft umzulenken.

Aber stimmt die Diagnose? Stimmt die Parallele zur Weltwirtschaftskrise? Stimmt es, dass kompetitive Abwertungen nur Verlierer kennen? Ist Japans neue Geldpolitik eine *beggar-thy-neighbor policy*? Droht ein Währungskrieg?

### Missverstandene Weltwirtschaftskrise

In der als abschreckendes Beispiel so gerne zitierten Weltwirtschaftskrise griffen die Regierungen im Ringen um ihre Anteile an den rapide schrumpfenden Märkten nicht nur zum Instrument der Abwertung, sondern sie schotteten auch ihre Märkte mit protektionistischen Handelsbarrieren gegen ausländische Konkurrenz ab und machten sich dadurch ihre Exportmärkte gegenseitig kaputt. Das

Ergebnis war ein Zusammenbruch des Welthandels. Es sollte Jahrzehnte dauern, bis die Scherben wieder gekittet waren.

Es gilt aber, aus diesem historischen Lehrstück die richtigen Schlüsse zu ziehen. Was die Weltwirtschaftskrise verschärfte, waren nicht die Abwertungen, sondern war der protektionistische Handelskrieg. Eine Abwertung lenkt Handelsströme nur um. Zölle und Importbeschränkungen dagegen vernichten Handelsströme. Die Abwertungen bedeuteten, dass sich ein Land nach dem anderen vom Goldstandard abwandte, der sich in der Zwischenkriegszeit mehr und mehr zu einer eigentlichen Deflationsmaschine entwickelt hatte. Diese Zusammenhänge sind empirisch und theoretisch gut erforscht (vgl. Eichengreen und Sachs 1985; 1986). Drei Befunde sind im aktuellen Zusammenhang von Bedeutung:

1. Je früher ein Land die Bindung ans Gold löste, desto schneller überwand es in der Folge die Krise.
2. Je länger ein Land dagegen die Fesselung seiner Geldpolitik durch den Goldstandard hinnahm, desto eher griff es stattdessen in den Giftschränk der protektionistischen Marktabschottung.
3. Je mehr Länder den Goldstandard aufgegeben hatten, desto mehr Auftrieb erfuhr die Weltwirtschaft, weil nicht nur die protektionistischen Anreize schwächer wurden, sondern auch die Spielräume für eine expansivere Geldpolitik größer wurden.

Die verbreitete Deutung der Weltwirtschaftskrise als exemplarischer Fallstudie eines zerstörerischen Währungskrieges erweist sich in der nüchternen historischen Analyse somit als Mythos. Was folgt hieraus für die Analyse der Situation heute?

### Missverstandene Geldpolitik

Es gehört zu den robustesten Erkenntnissen der Geldtheorie, dass die Geldpolitik sehr schnell auf den Wechselkurs durchschlägt – und zwar auch dann, wenn sie nicht, wie derzeit etwa in der Schweiz, eine explizite Wechselkursstrategie verfolgt. Die Yen-Abwertung ist die jüngste Bestätigung dieser Erkenntnis. Die Geldpolitik entfaltet somit auch ihre Wirkungen zu einem bedeutenden Teil über die Wechselkursempfindlichkeit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Es ist unvermeidlich, dass hiervon auch externe Effekte auf andere Länder ausgehen. Wechselkursbedingte Wettbewerbsvorteile eines Landes finden ihre Entsprechung in Wettbewerbsnachteilen anderer Länder. Es ist daher wenig überraschend, dass Kritik an Japan vor allem dort laut wurde, wo gewichtige Exportinteressen im Wettbewerb mit Japans Industrie stehen, wie etwa bei Japans Nachbarn in Südostasien, aber auch in Deutschland.

Ebenso klar ist, dass die wechsellkursbedingten Wettbewerbseffekte, die durch die unilaterale Expansionspolitik einer Zentralbank ausgelöst werden, andere Zentralbanken, deren Währungen im Gegenzug unter Aufwertungsdruck geraten sind, unter Druck setzen, zu reagieren. In der Tat lässt sich zeigen, dass die über die Wechselkurse laufenden negativen Spillover-Effekte eine positive Rückkoppelung – einen »Wettlauf« – sukzessiver Lockerungsschritte der Zentralbanken erzeugen (vgl. Taylor 2013). So erhöht sich der Expansionsgrad der Geldpolitik auf breiter Front.

Wenn dies »Währungskrieg« ist, warum sollten wir ihn dann fürchten? Richtig ist, dass wenn andere Zentralbanken auf die expansivere Politik Japans mit ähnlichen Maßnahmen reagieren, der Wechselkurseffekt abgeschwächt wird. Denn es sind ja nicht die monetären Impulse an sich, die den Wechselkurs treiben, sondern es ist die internationale Asymmetrie der Impulse. Hieraus folgt jedoch nicht, wie vielfach argumentiert wird, dass dann der beabsichtigte monetäre Stimulus ins Leere läuft. Denn die Geldpolitik ist kein Nullsummenspiel. Ein solches wäre sie nur dann, wenn sie ihre Wirkung ausschließlich über den Wechselkurs entfaltet. Aber dies ist nicht der Fall. Das Spektrum der Wirkungskanäle, über die die Ankündigung eines Inflationsziels und die Politik der quantitativen Lockerung auf Konjunktur und Inflationsrate durchschlagen, ist viel breiter und umfasst insbesondere auch Vermögenspreise, auf die die Binnennachfrage anspricht. Die dynamische Entwicklung des japanischen Aktienmarkts, die zeitgleich mit der Neuausrichtung der Geldpolitik eingesetzt hat, unterstreicht dies sehr deutlich.

Daher ist es auch falsch zu behaupten, der Erfolg des japanischen Experiments sei darauf angewiesen, dass andere Zentralbanken nicht auf die Operationen der Bank of Japan reagieren. Noch weniger trifft zu, dass wenn es denn zu einer Kettenreaktion monetärer Lockerungen in den großen Währungsräumen der Welt käme, dies »derselbe Typ von Reaktion wäre, den eine Zollerhöhung provoziert – mit den aus den 1930er Jahren bekannten Konsequenzen für die Weltwirtschaft« (vgl. Bini Smaghi 2013). Tatsache ist vielmehr, dass ein Abwertungswettlauf aus den oben erläuterten Gründen für die Weltwirtschaft auf dasselbe hinausliefere wie eine konzertierte monetäre Expansionspolitik, also die gegenteilige Wirkung eines Zollkriegs hätte. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Situation heute nicht grundsätzlich von derjenigen in der Weltwirtschaftskrise.

### Wirkungen und Nebenwirkungen der monetären Medizin

Es bleibt die für Japan zentrale Frage, ob die neue geldpolitische Medizin überhaupt wirken wird, und falls ja, mit welchen Nebenwirkungen zu rechnen ist. Ein Opfer hat die ja-

panische Geldpolitik bereits mit Sicherheit gefordert: die Unabhängigkeit der Zentralbank. Weltweit haben Kritiker das brachiale Vorgehen der japanischen Regierung beklagt, die ihre Zentralbank unter faktischer Missachtung der gesetzlich garantierten Unabhängigkeit gleichsam gezwungen hat, ihren bis anhin eher vorsichtigen Kurs aufzugeben. Für Zentralbanker ist die Unabhängigkeit ein hohes Gut. Empirisch ist die Korrelation zwischen der Zentralbankunabhängigkeit und der Geldwertstabilität robust. Aber da hat Premierminister Abe die Logik möglicherweise auf seiner Seite. Denn wenn es tatsächlich eine kleine Dosis Inflation und die entsprechenden Inflationserwartungen sind, die Japans Wirtschaft benötigt, um aus ihrer Stagnation ausbrechen zu können, dann ist die Unabhängigkeit einer auf Inflationsverhinderung eingeschworenen Zentralbank vielleicht eher das Problem als die Lösung.

Kontrovers sind auch die Rückwirkungen der Expansionspolitik auf die Staatsfinanzen. Insbesondere wird befürchtet, dass sich ein Inflationsziel noch als Zeitbombe für den hoch verschuldeten japanischen Staat entpuppen könnte, wenn die Inhaber der Staatsanleihen in Erwartung inflationsbedingter Wertverluste in den Streik treten bzw. die Flucht ergreifen. Diese Kritik verkennt die Rolle und die Wirkungsweise der Geldpolitik. Die Geldpolitik kann die strukturellen Probleme des japanischen Staatshaushalts nicht lösen. Aber sie kann die Zinsen tief halten, bis das angestrebte Inflationsziel erreicht ist. Dies bedeutet, dass wenn sich die Investoren in der Zwischenzeit von Staatsanleihen abwenden, die Konsequenz nicht eine Verteuerung der Refinanzierung des Staates ist, sondern ein Preisanstieg jener Finanz- und Realaktiva (Aktien, Devisen, Immobilien), auf die der Transmissionsprozess der Geldpolitik setzt.

Wenn das Inflationsziel erreicht wird und die höhere Inflationsrate in einem langfristigen Gleichgewicht tatsächlich eins zu eins in den Nominalzinsen abgebildet ist, dann ist das Finanzierungsproblem des Staates real im schlechtesten Fall unverändert geblieben. Im besten Fall jedoch hat die Geldpolitik in der Zwischenzeit Wachstumskräfte geweckt, die für eine nachhaltige Rückführung der Staatsverschuldung nur nützlich sind.

### Fazit

Ob Japans geldpolitisches Experiment gelingen wird, lässt sich heute noch nicht sagen. Dass die Maßnahmen zu schwach wirken, ist möglich. Dass sie zu stark wirken, ist möglich. Dass die Zentralbank den Zeitpunkt des Ausstiegs verpasst und übers Ziel hinausschießt, ist ebenfalls möglich. Dass die Yen-Abwertung Rückwirkungen auf andere Volkswirtschaften hat, die mit Japan vernetzt sind, ist nicht nur möglich, sondern gewiss. Wo dies der Fall ist, können die betreffenden Zentralbanken ihre Stellschrauben gege-

benenfalls neu adjustieren. Nichts hindert sie daran, ihren jeweiligen Währungsraum auf denjenigen monetären Expansions- oder Restriktionsgrad einzustellen, den sie im Lichte der makroökonomischen Lage für angemessen halten. Schwierige internationale Konflikte müssen sie hierfür nicht lösen. Das Gespenst eines drohenden Währungskriegs ist ein Mythos.

### Literatur

Bini Smaghi, L. (2013), »Kuroda's Move Will Unleash Copycat Loosening«, *Financial Times*, 6. April.

Eichengreen, B. und J. Sachs (1985), »Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s«, *The Journal of Economic History* 45, 925–946.

Eichengreen, B. und J. Sachs (1986), »Competitive Devaluation and the Great Depression«, *Economic Letters* 22, 67–71.

Taylor, J.B. (2013), »International Monetary Coordination and the Great Deviation«, NBER Working Paper Nr. 18716, Januar.

Weidmann, J. (2013), »Krisenmanagement und Ordnungspolitik«, Walter-Eucken-Vorlesung, Freiburg, 11. Januar, online verfügbar unter: [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2013/2013\\_02\\_11\\_weidmann.htm](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2013/2013_02_11_weidmann.htm).

**Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren zu erheben. Den Landesregierungen wurde somit ein bislang nicht verfügbares bildungspolitisches Instrument an die Hand gegeben. Im Rahmen eines solchen natürlichen Experiments lässt sich die in der Politischen Ökonomie bedeutsame Partisanenhypothese testen, inwieweit linke und rechte Regierungen unterschiedliche Politiken betreiben. Die Ergebnisse unserer neuen Studie zeigen, dass nur rechte Landesregierungen in den deutschen Bundesländern Studiengebühren erhoben haben. Linke Regierungen haben nie Studiengebühren erhoben, und wenn sie wie in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf rechte Regierungen gefolgt sind, haben sie die Studiengebühren sofort abgeschafft. Die Politik rund um Studiengebühren in den deutschen Bundesländern war ein Paradebeispiel für Politikunterschiede zwischen den beiden Parteienlagern. Studiengebühren haben allerdings an Zustimmung in der Bevölkerung verloren. Auch rechte bzw. marktorientierte Politikerinnen und Politiker fürchten deshalb, in Zukunft keine Mehrheiten bei Wahlen zu erzielen, wenn sie an Studiengebühren festhalten. Deshalb sind die Studiengebühren in allen Bundesländern wieder abgeschafft worden.**

Die Politikunterschiede zwischen SPD- und CDU/CSU-geführten Regierungen drohen gänzlich zu verschwimmen. Viele Wählerinnen und Wähler haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass gerade die schwarz-gelbe Bundesregierung den Atomausstieg besiegelt hat, sich nicht resolut gegen Rettungspakete in der Schulden- und Finanzkrise stemmt und sich zunehmend mit dem Gedanken von flächendeckenden Mindestlöhnen in Deutschland anfreundet. Diese Entwicklung scheint der Befürchtung der Politikerinnen und Politiker von CDU, CSU und FDP geschuldet zu sein, nicht wiedergewählt zu werden, wenn sie eine Politik betreiben, die zu weit rechts vom deutschen Medianwähler liegt.

Wissenschaftliche Studien haben in der Tat gezeigt, dass die parteipolitische Zusammensetzung deutscher Bundesregierungen in den letzten 60 Jahren kaum einen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik hatte (vgl. De Haan und Zelhorst 1993; Berger und Woitek 1997; Potrafke 2012). Eine Ausnahme waren die 1970er und 1980er Jahre. In diesem Zeitraum wurde eine ideologisch motivierte Wirtschaftspolitik umgesetzt. Die Sozialdemokraten bauten in den 1970er Jahren den Sozialstaat großzügig aus und erhöhten die Staatsverschuldung. Nach dem Regierungswechsel 1982 schlugen die konservativen Bundesregierungen dann einen deutlich restriktiveren wirtschaftspolitischen Kurs ein, die Staats-

tätigkeit wurde wieder zurückgefahren und die Haushalte saniert. Mit der Wiedervereinigung verschwammen dann jegliche parteipolitische Unterscheidungslinien wieder.

Auf Landesebene ist das anders: Linke und rechte Landesregierungen haben sehr wohl eine unterschiedliche Politik betrieben. Bundesländer, die länger von der CDU/CSU/FDP regiert worden sind, haben beispielsweise größere ökonomische Freiheit genossen (vgl. Potrafke 2013). Im Einklang mit den Erwartungen zu Politikunterschieden steht auch, dass rechte Landesregierungen mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt haben als linke Landesregierungen (vgl. Tepe und Vanhuyse 2013). In der Bildungspolitik haben SPD- und CDU/CSU-geführte Landesregierungen ebenso unterschiedliche politische Maßnahmen ergriffen. Beispielsweise haben rechte Regierungen mehr für Hochschulen und linke Regierungen etwas mehr für Schulen ausgegeben (vgl. Oberndorfer und Steiner 2007; Wolf 2007; Potrafke 2011a).

Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren zu erheben. Den Landesregierungen wurde somit ein bislang nicht verfügbares bildungspolitisches Instrument an die Hand gegeben. Im Rahmen eines solchen natürlichen Experiments lässt sich die in der Politischen Ökonomie bedeutsame Partisanenhypo-

these testen, inwieweit linke und rechte Regierungen eine unterschiedliche Politik betreiben. In unserer neuen Studie sind wir dieser Frage nachgegangen (vgl. für weitere Informationen Kauder und Potrafke 2013).

### Regierungsideologie und Bildungspolitik: Theoretischer Hintergrund und empirische Evidenz

Die Regierungsideologie beeinflusst die Bildungspolitik. Üblicherweise wird angenommen, dass linke Regierungen mehr für Bildung ausgeben als rechte Regierungen. Gemäß der Partisanentheorie bedienen politische Parteien ihre Klientel, wobei linke Regierungen von der Arbeiterklasse und Geringverdienern gewählt werden. Da sich die Arbeiterklasse und Geringverdiener keine selbst zu finanzierende Bildung, wie bspw. Studiengebühren, leisten können, wird von linken Regierungen eine öffentliche Bildungsfinanzierung erwartet. Die Bindekraft von Parteien hat sich jedoch verringert, und die Positionen der Parteien haben sich verschoben. So vertreten linke Regierungen nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern zunehmend die Mittelschicht. Es erscheint denkbar, dass Politikerinnen und Politiker ihre Klientel durch Bildungsausgaben bedienen.

Von linken Regierungen werden höhere Bildungsausgaben erwartet als von rechten Regierungen, weil sie öffentliche Bildungssysteme vorziehen, während eher rechtsgerichtete Regierungen private Bildungssysteme präferieren (vgl. Busemeyer 2009). In der Schweiz haben sich beispielsweise sozialdemokratische Wähler gegen eine Bildungsprivatisierung ausgesprochen (vgl. Merzyn und Ursprung 2005). Zahlreiche Autoren haben den Einfluss von Regierungsideologie auf Bildungsausgaben untersucht und belegen für OECD-Länder höhere Bildungsausgaben unter linken Regierungen (vgl. Boix 1997; Schmidt 2007; Busemeyer 2007; 2009; Ansell 2008; Potrafke 2011b). Demgegenüber sprechen die Ergebnisse von Jensen (2011) nicht dafür, dass die Bildungsausgaben zwischen 1980 und 2000 in OECD-Ländern unter linken Regierungen höher waren.

Ideologisch motivierte Politiken mögen sich über die Bildungsbereiche unterscheiden. So könnten linke Regierungen die Ausgaben für primäre und sekundäre Bildung erhöhen sowie die Ausgaben für tertiäre Bildung senken. Die Klientel linker Parteien profitiert stärker von Ausgaben im primären und sekundären Bildungsbereich als von Ausgaben im tertiären Bildungsbereich.

<sup>1</sup> Fisher et al. (2009) diskutieren die Politische Ökonomie der post-sekundären Bildung in drei kanadischen Provinzen.

<sup>2</sup> Krause (2008) analysiert den politischen Diskurs vor dem Verfassungsgerichtsurteil.

Der Anteil an Studentinnen und Studenten mit einem sozialdemokratischen Familienhintergrund ist nach wie vor relativ klein. Entsprechend profitiert die sozialdemokratische Klientel stärker von Bildungsausgaben, wenn diese bspw. in den Schulbereich fließen. Ansell (2008) zeigt, dass rechte Regierungen häufig höhere Ausgaben für Universitäten befürworten. In den kanadischen Provinzen stehen linke Parteien für niedrigere Studiengebühren als rechte Parteien (vgl. Neill 2009).<sup>1</sup> In Schottland hingegen sprach sich die Labour-Partei für Studiengebühren aus, während die anderen Parteien Studiengebühren ablehnten (vgl. Hassan und Warhurst 2001). Im britischen Unterhaus waren die Labour-Partei-Mitglieder vom rechten Parteiflügel weniger stark geneigt, die von der Labour-Partei geplante Einführung von Studiengebühren abzulehnen als andere Parteimitglieder (vgl. Benedetto und Hix 2007). In Ungarn haben sich sowohl die Parlamentsmitglieder als auch die Wählerinnen und Wähler der linken MSZP-Partei stärker für Studiengebühren ausgesprochen als Parlamentsmitglieder und Wählerinnen und Wähler der rechten Fidesz-MPP-Partei (vgl. Todosijevic 2005). Es bleibt eine empirische Frage, inwieweit die Regierungsideologie das Einführen von Studiengebühren beeinflusst.

### Empirische Analyse und Ergebnisse

Das Bildungswesen gehört zu den wenigen Politikfeldern, in denen die deutschen Landesregierungen Entscheidungsverantwortung tragen. Es ist daher umso erstaunlicher, dass die Bundesregierung 1970 Studiengebühren abgeschafft hat. Im Jahr 2003 haben sechs Bundesländer mit rechten Regierungen das Bundesverfassungsgericht angerufen, um ihre Verantwortung für Studiengebühren zu erstreiten. Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht die Verantwortlichkeiten geklärt: Den Bundesländern wurde das Einführen von Studiengebühren erlaubt.<sup>2</sup>

Tabelle 1 zeigt, dass die meisten Bundesländer Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester eingeführt

**Tab. 1**  
**Höhe der Studiengebühren in den Ländern**

	Studiengebühren pro Semester (in Euro)	
	Universitäten	Fachhochschulen
Baden-Württemberg	500	500
Bayern	300–500	100–500
Hamburg	500/375*	500/375*
Hessen	500	500
Niedersachsen	500	500
Nordrhein-Westfalen	bis zu 500	bis zu 500
Saarland	300/500**	300/500**

In Bayern und Nordrhein-Westfalen können/konnten die Universitäten die Studiengebühren im angegebenen Bereich festlegen. – \* Senkung auf 375 Euro beschlossen am 17. September 2008 und wirksam seit dem Wintersemester 2008/2009. – \*\* Anstieg auf 500 Euro im dritten Semester des Studiums.

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

**Tab. 2**  
Nur rechte Regierungen führten Studiengebühren ein

	Einführung			Abschaffung		
	Gesetzesbeschluss	Wirksamkeit	Regierung	Gesetzesbeschluss	Wirksamkeit	Regierung
Baden-Württemberg	15. Dezember 2005	SS 2007	CDU/FDP	21. Dezember 2011	SS 2012	Grüne/SPD
Bayern	18. Mai 2006	SS 2007	CSU	15. Dezember 2011	WS 2012/2013	SPD
Hamburg	28. Juni 2006	SS 2007	CDU			
Hessen	5. Oktober 2006	WS 2007/2008	CDU	17. Juni 2008	WS 2008/2009	*
Niedersachsen	9. Dezember 2005	WS 2006/2007	CDU/FDP	24. Februar 2011	WS 2011/2012	SPD/Grüne**
Nordrhein-Westfalen	16. März 2006	WS 2006/2007	CDU/FDP			
Saarland	12. Juli 2006	WS 2007/2008	CDU			
				10. Februar 2010	SS 2010	CDU/FDP/Grüne

SS = Sommersemester, WS = Wintersemester. – \* Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei mit (kommissarischem) CDU-Ministerpräsident. – \*\* Minderheitsregierung toleriert durch die Linken.

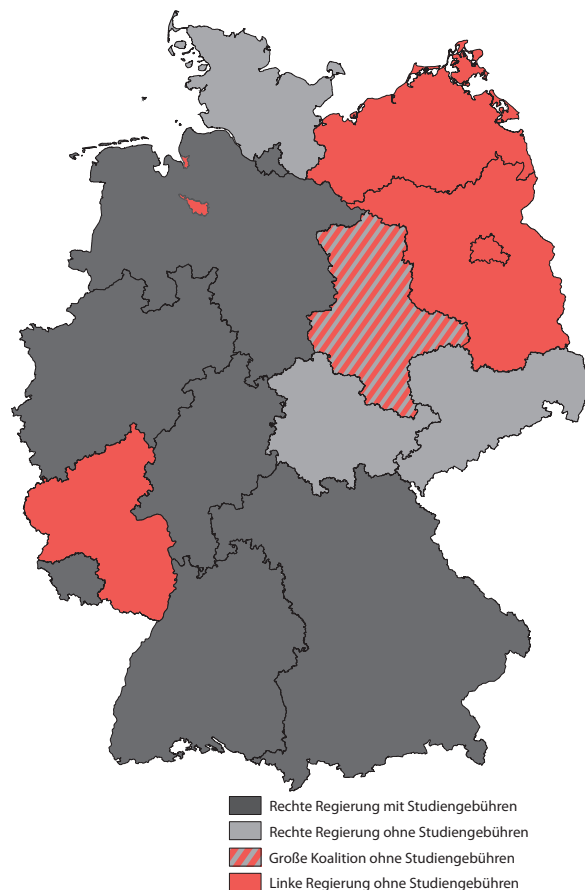
Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

haben. Bayern und Nordrhein-Westfalen erlaubten ihren Universitäten, einen Betrag von weniger als 500 Euro zu erheben. Hamburg reduzierte im Jahr 2008 die Gebühr von 500 auf 375 Euro. Im Saarland stieg die Gebühr im dritten Studiensemester von 300 auf 500 Euro. Zahlreiche Bundesländer haben Ausnahmen eingeführt, bspw. für Studentinnen und Studenten mit speziellem Familienhintergrund oder hohem Potenzial. Landesbanken und die KfW bieten Studentenkredite zu nichtmarktlichen Konditionen an, zudem sind Studienkredite von privaten Banken verfügbar.<sup>3</sup>

Tabelle 2 zeigt, welche Landesregierungen Studiengebühren eingeführt haben.<sup>4</sup> Im Dezember 2005 beschlossen die ersten (rechten) Landesregierungen – in Niedersachsen und Baden-Württemberg – das Einführen von Studiengebühren. Weitere Bundesländer mit rechten Regierungen folgten 2006. Erstmals erhoben wurden Studiengebühren im Wintersemester 2006/2007 (in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen), im Sommersemester 2007 (in Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg) und im Wintersemester 2007/2008 (im Saarland und Hessen). Abbildung 1 zeigt, dass alle westdeutschen Bundesländer mit rechten Regierungen, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Studiengebühren eingeführt haben. Weder westdeutsche Bundesländer mit linken Regierungen noch ostdeutsche Bundesländer führten Studiengebühren ein (vgl. Tab. 3). Somit haben also auch die rechten Regierungen in den neuen Bundesländern davon abgesehen Studiengebühren einzuführen. Für die neuen Bundesländer wurde gezeigt, dass die Ideologie von Regierungen keinen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik hat: Vermutlich konnten die Parteien in den

neuen Bundesländern nicht auf etablierte Parteitraktionen bauen (vgl. Potrafke 2013). Zudem sind die Wählerinnen und Wähler in den neuen Bundesländern durch die sozia-

**Abb. 1**  
Studiengebühren und Regierungsideologie in den Bundesländern: Wintersemester 2007/2008



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

<sup>3</sup> Ebcinoglu (2006) diskutiert verschiedene Studiengebührenmodelle, Hoffmann (2011) diskutiert Studiengebühren in Großbritannien.

<sup>4</sup> Bis 1970 haben die meisten Universitäten Hörergelder in Höhe von 150 DM erhoben.

**Tab. 3**  
**Bundesländer ohne Studiengebühren-Vergangenheit**

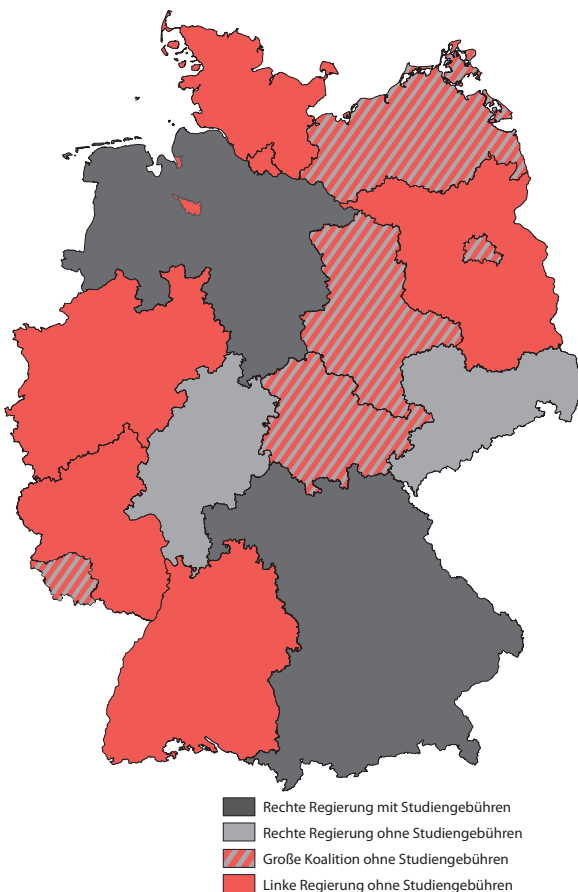
	Regierungen seit 2005*		
Berlin	SPD/Linke	SPD/CDU	
Brandenburg	SPD/CDU	SPD/Linke	
Bremen	SPD/CDU	SPD/Grüne	
Mecklenburg-Vorpommern	SPD/Linke	SPD/CDU	
Rheinland-Pfalz	SPD/FDP	SPD	SPD/Grüne
Sachsen	CDU/SPD	CDU/FDP	
Sachsen-Anhalt	CDU/FDP	CDU/SPD	
Schleswig-Holstein	SPD/Grüne	CDU/SPD	CDU/FDP
Thüringen	CDU	CDU/SPD	

\* Koalitionen mit mehreren Legislaturperioden in einem Land werden nur einmal gezeigt.

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

listische Vergangenheit geprägt, so dass sie aufgrund der Erfahrung »freien« Universitätszugangs in der DDR Studiengebühren ablehnen könnten. Große Koalitionen haben weder in den alten noch in den neuen Bundesländern Studiengebühren eingeführt.

**Abb. 2**  
**Studiengebühren und Regierungsideologie in den Bundesländern: Wintersemester 2012**



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Die Landtage in Hessen und dem Saarland haben die Studiengebühren in den Jahren 2008 bzw. 2010 wieder abgeschafft. In Hessen entschied die linke Parlamentsmehrheit nach der gescheiterten Ypsilanti-Wahl, die Studiengebühren mit Beginn des Wintersemesters 2008/2009 abzuschaffen. Im Saarland schuf die »Jamaika-Koalition«, bestehend aus CDU, FDP und Grünen, die Studiengebühren als Zugeständnis an die Grünen mit Beginn des Sommersemesters 2010 ab.

Im betrachteten Zeithorizont gab es drei Wechsel von rechten zu linken Regierungen und einen Wechsel von einer schwarz-grünen zu einer SPD-Regierung. In Schleswig-Holstein folgte 2012 eine rot-grüne auf eine schwarz-gelbe Regierung, beide sahen jedoch von dem Einführen von Studiengebühren ab. In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg wurden die Regierungen aus CDU und FDP bzw. CDU und Grünen in den Jahren 2010 und 2011 abgewählt. Die nachfolgenden linken Regierungen schafften die Studiengebühren umgehend ab (zum Wintersemester 2011/2012, dem Sommersemester 2012 bzw. dem Wintersemester 2012/2013). Im Wintersemester 2012/2013 erhoben nur noch die rechten Regierungen in Bayern und Niedersachsen Studiengebühren. Die Politikänderungen nach dem Wintersemester 2012/2013 betrachten wir im Fazit. Abbildung 2 zeigt, dass alle Bundesländer mit neugewählten linken Regierungen Studiengebühren umgehend abschafften. Somit sind Studiengebühren ein Musterbeispiel für ideologiegetriebene Politik auf Bundesländer-Ebene.

Dieser Befund wird durch Regressionsanalysen bestätigt. Wir schätzen ein Paneldatenmodell mit fixen Ländereffekten und nutzen dabei die Variation von Regierungswechseln innerhalb der Bundesländer. Dazu nutzen wir Daten zur Höhe der Studiengebühren und zur Regierungsideologie der 16 Bundesländer auf Semesterebene für den Zeitraum vom Sommersemester 2005 bis zum Wintersemester 2012/2013 (16 Beobachtungen pro Land). Den Unterschied zwischen linken und rechten Regierungen testen wir mit Hilfe einer Ideologievariable mit folgender Kodierung: Der Wert beträgt 1 im Falle einer SPD-Alleinregierung oder bei einer Koalition der SPD mit einer anderen linken Partei (Grüne, Linkspartei, SSW oder eine Kombination) oder der FDP. Der Wert beträgt 0,5 im Fall einer Koalition der CDU mit einer linken Partei (große Koalitionen, Koalitionen mit den Grünen oder Koalitionen mit den Grünen und der FDP). Der Wert beträgt 0 für CDU/CSU-Alleinregierungen oder Koalitionen der CDU/CSU mit der FDP. Im Fall großer Koalitionen unterscheiden wir nicht zwischen SPD- und CDU-geführten Koalitionen. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung beim Umsetzen politischer Maßnahmen betrachten wir die Regierungsideologie mit einer Verzögerung von einem, zwei oder



drei Semestern.<sup>5</sup> In unseren Regressionen kontrollieren wir ebenso für Wählerpräferenzen und rechnen den Einfluss von Stimmenanteilen für rechte bzw. linke Parteien heraus.

Im Rahmen eines alternativen Vorgehens schätzen wir das Modell auch auf Basis von Legislaturperioden sowie auf Basis von Regierungsperioden. Dabei betrachten wir den Einfluss der Ideologie auf die Höhe der Studiengebühren am Ende der entsprechenden Legislaturperiode bzw. Regierung. Während der Beginn einer Legislaturperiode durch den Tag der Landtagswahl bestimmt ist, liegt der Beginn einer Regierung im Zeitpunkt der Wahl der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten. Aufgrund der Wahl neuer Ministerpräsidentinnen bzw. neuer Ministerpräsidenten innerhalb von Legislaturperioden liegt in unserem Datensatz die Zahl der Regierungsperioden um zehn höher als die Zahl der Legislaturperioden.

Unsere Regressionsergebnisse zeigen, dass linke Regierungen Studiengebühren reduzierten. Die Ergebnisse variieren in Abhängigkeit von verschiedenen Verzögerungen beim Implementieren der Politik und von dem Einbeziehen fixer Zeiteffekte. Rein linke Regierungen wählten im Vergleich zu rein rechten Regierungen um 91 bis 180 Euro niedrigere Studiengebühren. Die Effekte sind statistisch signifikant zum 5%- oder 1%-Niveau.

Die Effekte werden bestätigt, wenn wir Legislaturperioden anstelle von Semestern betrachten. In Legislaturperioden rein linker Regierungen waren die Studiengebühren um 255 bis 266 Euro niedriger als in Legislaturperioden rein rechter Regierungen. Die Effekte sind statistisch signifikant zum 1%-Niveau. Die Größenordnung der Effekte ist auch auf Ebene von Regierungen vergleichbar. Hier zeigen rein linke Regierungen um 233 bis 243 Euro niedrigere Studiengebühren als rein rechte Regierungen. Die Effekte sind signifikant zum 5%- oder 1%-Niveau.

**Fazit**

Die Einführung von Studiengebühren ist ein Musterbeispiel für ideologiegetriebene Bildungspolitik in den deutschen Bundesländern. Während zahlreiche rechte Regierungen Studiengebühren eingeführt haben, führten linke Regierungen nie Studiengebühren ein und schufen die von rechten Regierungen eingeführten Studiengebühren nach einem Regierungswechsel direkt wieder ab. Dies ist ein aufschlussreiches Ergebnis, da die Ideologie von Regierungen eine zunehmend geringere Rolle in der Politik spielt. Das ideologiegetriebene Einführen

bzw. Abschaffen von Studiengebühren bestätigt die Partisanentheorie und zeigt politische Polarisierung. Unsere Analyse basiert auf Daten bis zum Wintersemester 2012/2013. Im Januar 2013 hat die schwarz-gelbe Regierung in Niedersachsen die Landtagswahlen verloren. Die neugewählte rot-grüne Regierung beschloss umgehend die Abschaffung der Studiengebühren. Im Wahlkampf gab es hierbei eine starke Polarisierung zwischen dem linken und dem rechten Lager. Während CDU und FDP für das Beibehalten der Studiengebühren warben, sprachen sich SPD und Grüne gegen Studiengebühren aus. Die Evidenz zeigt ideologiegetriebene Studiengebührenpolitik und zudem, dass die Parteien ihre Stammwählerinnen und Stammwähler durch das Einführen bzw. Abschaffen von Studiengebühren bedient haben.

Doch warum verfolgen linke und rechte Regierungen eine unterschiedliche Politik? Wir haben die Parteiprogramme von SPD, CDU/CSU, FDP, den Grünen und der Linkspartei in den einzelnen Bundesländern betrachtet. Tabelle 4 zeigt, dass die linken Parteien Studiengebühren als sozial ungerecht bezeichnet haben und diese in allen 16 Bundesländern ablehnten. Demgegenüber glaubten CDU/CSU und FDP, dass Studiengebühren anreizkompatibel seien. Die FDP trat in allen Bundesländern außer Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt für Studiengebühren ein, wobei die FDP Studiengebühren auch in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt nicht für sozial ungerecht hielt. Die CDU lehnte Studiengebühren in neun Bundesländern ab (in Hessen seit 2008 und im Saarland seit 2010). Nur die Parteiprogramme der CDU in Rheinland-Pfalz und Sachsen nannten Studiengebühren ungerecht. Die CDU lehnte das Einführen von Studiengebühren auch im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2012 ab.

Da der deutsche Medianwähler nicht zuletzt durch die Finanzkrise nach links gerückt ist, befürchteten einige CDU/CSU-Politikerinnen und -Politiker, mit dem Eintreten für Studiengebühren Wählerstimmen zu verlieren. Das Zurückweichen von Studiengebühren hat sich seit 2012 verstärkt. Im Februar 2013 entschied sich die CSU-geführte Landesregierung, die Studiengebühren in Bayern abzuschaffen, nachdem sie diese erst sechs Jahre zuvor eingeführt hatte. Dies dürfte durch die anstehenden Landtagswahlen

**Tab. 4**  
Zahl der Parteiprogramme, die sich gegen Studiengebühren aussprechen und Studiengebühren als sozial ungerecht bezeichnen

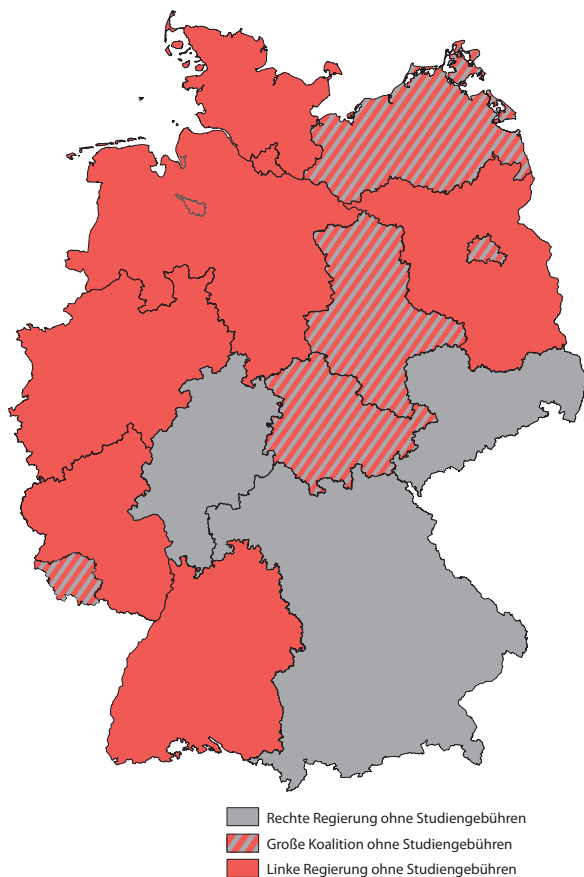
	Gegen Studiengebühren	Studiengebühren sind sozial ungerecht
SPD	16	16
Grüne	16	16
Linke	16	16
CDU/CSU	9	2
FDP	2	0

In Hessen war die CDU bis 2008 für Studiengebühren. Im Saarland war die CDU bis 2010 für Studiengebühren (Stand: Sommer 2012).

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

<sup>5</sup> Wir betrachten die Regierungsideologie zum Beginn des entsprechenden Semesters.

**Abb. 3**  
**Studiengebühren und Regierungsideologie in den Bundesländern: Wintersemester 2014/15 (unter Regierungsideologie des Frühjahrs 2013)**



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

im September 2013 begründet sein, bei der das rechte Lager um seine Mehrheit fürchten muss. Bis zum Ende des Jahres 2014 werden Studiengebühren in Deutschland Geschichte sein (vgl. Abb. 3). Wiederwahlmotive scheinen den ideologischen Antrieb in der Bildungspolitik zu überschatten (vgl. Downs 1957).

## Literatur

- Ansell, B.W. (2008), »University Challenges Explaining Institutional Change in Higher Education«, *World Politics* 60, 189–230.
- Benedetto, G. und S. Hix (2007), »The Rejected, the Ejected, and the Dejected: Explaining Government Rebels in the 2001–2005 British House of Commons«, *Comparative Political Studies* 40, 755–781.
- Berger, H. und U. Woitek (1997), »Searching for Political Business Cycles in Germany«, *Public Choice* 91, 179–197.
- Boix, C. (1997), »Political Parties and the Supply Side of the Economy: The Provision of Physical and Human Capital in Advanced Economies, 1960–90«, *American Journal of Political Science* 41, 814–845.
- Bussemeyer, M.R. (2007), »Determinants of Public Education Spending in 21 OECD Democracies, 1980–2001«, *Journal of European Public Policy* 14, 582–610.

Bussemeyer, M.R. (2009), »Social Democrats and the New Partisan Politics of Public Investment in Education«, *Journal of European Public Policy* 16, 107–126.

De Haan, J. und D. Zelhorst (1993), »Positive Theories of Public Debt: Some Evidence for Germany«, in: H.A.A. Verbon und F.A.A.M. van Winden (Hrsg.), *The Political Economy of Government Debt*, Elsevier Science Publishers B. V., Amsterdam, 295–306.

Downs, A. (1957), *An Economic Theory of Democracy*, Harper and Row Publishers, New York.

Ebcinoglu, F. (2006), »Die Einführung allgemeiner Studiengebühren in Deutschland«, *Hochschul-Informationssystem, Kurzinformation A 4*.

Fisher, D., K. Rubenson, G. Jones und T. Shanahan (2009), »The Political Economy of Post-Secondary Education: A Comparison of British Columbia, Ontario and Québec«, *Higher Education* 57, 549–566.

Hassan, G. und C. Warhurst (2001), »New Scotland? Policy, Parties and Institutions«, *The Political Quarterly* 72, 213–226.

Hoffmann, N. (2011), »Die Neuordnung der Studienfinanzierung in Großbritannien«, *ifo Schnelldienst* 64(9), 60–63.

Jensen, C. (2011), »Capitalist Systems, De-Industrialization, and the Politics of Public Education«, *Comparative Political Studies* 44, 412–435.

Kauder, B. und N. Potrafke (2013), »Government Ideology and Tuition Fee Policy: Evidence from the German States«, *CESifo Economic Studies*, im Erscheinen.

Krause, N. (2008), *Die Debatte um Studiengebühren: Systematische Rekonstruktion eines rapiden Meinungswandels*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Merzlyn, W. und H.W. Ursprung (2005), »Voter Support for Privatizing Education: Evidence on Self-Interest and Ideology«, *European Journal of Political Economy* 25, 33–58.

Neill, C. (2009), »Tuition Fees and the Demand for University Places«, *Economics of Education Review* 28, 561–570.

Oberndorfer, U. und V. Steiner (2007), »Generationen- oder Parteienkonflikt? Eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8, 165–183.

Potrafke, N. (2011a), »Public Expenditures on Education and Cultural Affairs in the West German States: Does Government Ideology Influence the Budget Composition?«, *German Economic Review* 12, 124–145.

Potrafke, N. (2011b), »Does Government Ideology Influence Budget Composition? Empirical Evidence from OECD Countries«, *Economics of Governance* 12, 101–134.

Potrafke, N. (2012), »Is German Domestic Social Policy Politically Controversial?«, *Public Choice* 153, 393–418.

Potrafke, N. (2013), »Economic Freedom and Government Ideology across the German States«, *Regional Studies* 47, 433–449.

Schmidt, M.G. (2007), »Testing the Retrenchment Hypothesis: Education Spending, 1960–2002«, in: F.G. Castles (Hrsg.), *The Disappearing State? Retrenchment Realities in an Age of Globalization*, Edward Elgar, Cheltenham, 159–183.

Tepe, M. und P. Vanhuyse (2013), »Cops for Hire? The Political Economy of Police Employment in the German States«, *Journal of Public Policy*, im Erscheinen.

Todosijevic, B. (2005), »Issues and Party Preferences in Hungary: A Comparison of Directional and Proximity Models«, *Party Politics* 11, 109–126.

Wolf, F. (2007), »Die Bildungsausgaben der Bundesländer: Bestimmungsfaktoren und sozialpolitische Relevanz«, *Zeitschrift für Sozialreform* 53, 31–56.

Der geringe Schulerfolg von Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland ist weitgehend bekannt. In diesem Literaturüberblick werden mögliche Determinanten des Schulerfolgs von Kindern mit Migrationshintergrund diskutiert. Während im ersten Teil des Literaturüberblicks (ifo Schnelldienst 9/2013) der Vorschulbereich thematisiert wurde, befasst sich dieser zweite Teil mit den späteren Bildungsstufen. Zunächst werden länderübergreifende Studien im Primar- bzw. Sekundarbereich vorgestellt. Diese Studien zeigen, dass Migranten in einigen Ländern recht gut abschneiden, in anderen Ländern hingegen sehr schlecht. Somit kann ein Land von den Erfahrungen anderer Länder lernen und, wenn notwendig, Politikentscheidungen anpassen. Anschließend werden die Ergebnisse länderspezifischer Studien vorgestellt. Diese berücksichtigen gewöhnlich mehr Details des jeweiligen Landes und können daher weitere Wirkungsmechanismen für den Bildungserfolg aufzeigen. Anschließend erfolgt ein Überblick über Studien im Hochschulbereich. Der Artikel schließt mit einer Zusammenfassung sowie einer Bewertung der Befunde.

## Primar- und Sekundarschulbereich

### Komparative Länderstudien

Die meisten internationalen Studien zu den Determinanten des Schulerfolgs von Kindern mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> vergleichen die Schülerkompetenzen in den international durchgeführten Bildungstests wie z.B. PISA (*Programme for International Student Assessment*), TIMSS (*Trends in International Mathematics and Science Study*) und IGLU (*Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung*).<sup>2</sup> Der Vorteil dabei liegt in den vergleichbaren Bildungsergebnissen, die einen Vergleich über Ländergrenzen hinweg erlauben. Allerdings beschränken sich diese Studien auf Bildungskompetenzen als Maß für den Bildungserfolg eines Kindes. Eine Analyse nach dem höchsten Bildungsabschluss ist in der Regel international nicht möglich, da Zensusdaten aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen nur schwer vergleichbar sind.

### Status quo

Im Fokus des Status quo liegt zunächst das Abbilden der aktuellen Situation des durchschnittlichen Bildungsstandes von Migranten. Es wird dabei die Leistung von Migranten im Verhältnis zu Nicht-Migranten beschrieben. Darüber hinaus wird ein Verweis zur Assimilation von Migranten gegeben. Dies beschreibt die Entwicklung des Bildungserfolgs von Migranten von der ersten zur zweiten Generation.

Ein Ergebnis fast aller komparativer Länderstudien für Europa ist, dass Migranten einen signifikanten Bildungsnachteil gegenüber Einheimischen aufweisen (vgl. u.a. Algan et al. 2012; Dustmann et al. 2012). Allerdings ist dieser Nachteil nicht in allen europäischen Ländern gleich stark ausgeprägt. Entorf und Minoiu (2005) finden zum Beispiel, dass der Bildungsnachteil der am stärksten benachteiligten Migrantengruppe im Vergleich zu einheimischen Kindern in Deutschland mit 106 PISA-Punkten am größten ist. Länder wie Frankreich mit 84, Schweden mit 64 Punkten oder England mit einer Lücke von nur 27 Punkten zeigen eine starke Variabilität der Integration von Migranten innerhalb der EU.<sup>3</sup> Ein weiteres Indiz dafür bieten Algan et al. (2010). Im Gegensatz zu den meisten anderen Studien nutzen

<sup>1</sup> Im weiteren Verlauf wird der Begriff »Person mit Migrationshintergrund« und »Migrant« synonym verwendet. Dabei stützt sich die Definition auf die Definition des Statistischen Bundesamtes, die zur Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten zählt sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

<sup>2</sup> Vgl. Heath et al. (2008) sowie Crul und Vermeulen (2003) für Übersichtsartikel.

<sup>3</sup> Die Werte für klassische Länder mit gezielter Einwanderungspolitik, wie z.B. die USA (70) und insbesondere Kanada (26) und Australien (28), sind im Vergleich zu europäischen Ländern relativ klein.

sie Zensusdaten aus Frankreich, England und Deutschland<sup>4</sup> und finden, dass der Bildungsunterschied zwischen Migranten der ersten Generation und Nicht-Migranten am stärksten in England ist. Allerdings finden sie auch, dass gerade in England das relative Bildungsniveau der zweiten Generation am stärksten ansteigt.

Der Unterschied in den Testdaten ist aber umso größer, wenn man englischsprachige Länder berücksichtigt. Schnepf (2007) untersucht IGLU-, PISA- und TIMSS-Daten und kommt zu dem Ergebnis, dass die englischsprachigen Länder eine wesentlich bessere Integration von Migranten, d.h. geringere Differenzen in den Testresultaten zwischen Migranten und Nicht-Migranten, aufzeigen als kontinentaleuropäische Länder. Die Resultate werden unterstützt von Huang (2000), der sich explizit die Bildungserfolge von Migranten mittels TIMSS-Daten in englischsprachigen Ländern anschaut und für Australien und Neuseeland keine Unterschiede zu Einheimischen feststellen kann. Nur in den USA, England und Kanada sind die Migranten im Nachteil. Dustmann und Glitz (2011) nutzen PISA-Daten und stellen fest, dass die Ergebnisse zwischen Migranten und Einheimischen in Australien, Kanada sowie in England vergleichbar sind.

Die meisten Studien gehen auch der Frage der Assimilation von der ersten zur zweiten Generation nach. Einheitlich stellen die Studien fest, dass die zweite Generation höhere Bildungsabschlüsse erlangt als die erste Generation. Allerdings scheint eine komplette Assimilation aus Bildungssicht in den meisten Ländern nicht stattzufinden (vgl. Algan et al. 2010; Huang 2000; Gang 1997). Dieses Thema wird im Teil der länderspezifischen Studien weiter vertieft.

### **Bestimmungsfaktoren**

Die in den internationalen Studien untersuchten Bestimmungsfaktoren für den Integrationserfolg von Migranten liegen vor allem in den sozioökonomischen Unterschieden von Migrantenfamilien und Nicht-Migrantenfamilien, unterschiedlichen Bildungsinstitutionen, Problemen von Migranten mit der jeweiligen Landessprache sowie Peergroup-Effekten. Alle vier Punkte werden im Folgenden näher erläutert.

### **Sozioökonomische Unterschiede**

In den Studien werden als Gründe für die unterschiedlichen Leistungen von Migranten und Nicht-Migranten vor allem sozioökonomische Unterschiede angeführt. So erklärt in den meisten Ländern die Herkunft, gemessen anhand der Bildung der Eltern, wie das Kind in der Schule abschneidet.

<sup>4</sup> Gang (1997) verwendet Zensusdaten aus Deutschland, Ungarn und den früheren Sowjetrepubliken. Er findet ein gewisses Maß an Assimilation von der ersten zur zweiten Generation, allerdings keine komplette Angleichung an die einheimischen Bildungsniveaus. Ebenfalls findet er starke Ursprungsländereffekte sowie Effekte bedingt durch die ethnische Herkunft.

Da die meisten Eltern über weniger Bildung verfügen, erklärt dies auch einen großen Teil der Benachteiligung (vgl. Fuchs und Wößmann 2007; Dustmann et al. 2012; Entorf und Minoiu 2005; Levels und Dronkers 2008; Marks 2006). Die Erklärungskraft der elterlichen Herkunft ist allerdings von Land zu Land unterschiedlich. So erklärt sie einen höheren Anteil des Bildungsnachteils in Deutschland, England und den USA, aber wesentlich weniger in skandinavischen Ländern und Kanada (vgl. Entorf und Minoiu 2005). Dustmann et al. (2012) finden, dass der Bildungsnachteil der Migranten für manche Länder komplett erklärt wird, sobald man für die elterliche Bildung kontrolliert. Allerdings ist dies gerade in Deutschland nicht der Fall.

### **Bildungsinstitutionen**

Auch der institutionelle Rahmen ist von großer Bedeutung für die Assimilationsmöglichkeiten von Migranten. Buchmann und Parrado (2006) argumentieren, dass die Integration von Migranten generell von der Haltung des Landes gegenüber dieser Gruppe abhängt. Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene Systeme entwickelt, die Integration entweder hemmen (»exclusionary immigration regime«) oder fördern (»inclusionary immigration regime«). Beispiele für die erstgenannten Länder sind u.a. Deutschland, Schweiz, Österreich und die nordischen Länder, Schweden und Norwegen. Hingegen werden die USA, Kanada und Australien als eher *inclusionary* bezeichnet. Als ein Beispiel für die Sortierung von Ländern nach diesem Schema führen die Autoren die Art der Einbürgerung an. So wird in den USA die Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsort gewährt. In Deutschland ist hier die Staatsbürgerschaft der Eltern entscheidend. Und in der Tat finden Buchmann und Parrado (2006) anhand von TIMSS-Daten, dass Länder mit einem »exclusionary immigration regime«, d.h. einem System, das Migranten eher von der Integration abhält, geringere Bildungserfolge für die Zugewanderten bereithalten, als Länder mit »inclusionary immigration regimes«.

Neben diesen sehr allgemeinen institutionellen Formen, wie dem Umgang mit der Einbürgerungsfrage, steht auf der Ebene der Bildungsinstitutionen ein sehr viel pragmatischeres Instrument der Integrationsförderung bereit. So ist ein besonderes Augenmerk auf die Schule zu richten, da dort, neben dem familiären Umfeld, der Großteil der Bildung vermittelt wird. Obwohl das Schulsystem teilweise bereits innerhalb eines Landes variiert, kann man im internationalen Kontext einige gemeinsame Determinanten des Assimilationserfolgs feststellen, auch wenn manche Autoren die Bedeutung sozioökonomischer Faktoren als wichtiger erachten (vgl. Marks 2006; Schnepf 2007). So geht beispielsweise ein frühzeitiger Eintritt in die Schule des Einwanderungslandes, und somit ein längerer Aufenthalt im Schulsystem des aufnehmenden Landes, mit sinkenden Leistungsunterschieden einher (vgl. Schneeweis 2011). Ebenso profitieren

Migranten von zentralen Abschlussprüfungen (vgl. Schneeweis 2011) sowie von einer späteren Aufteilung in die weiterführenden Schularten (vgl. Lüdemann und Schwerdt 2013; Entorf und Lauk 2008).

### *Sprache*

Ein weiterer entscheidender Faktor, der länderübergreifend gefunden wurde, ist die Beherrschung der Sprache des Ziellandes als Erfolgskriterium, die teils sogar als das Erfolgskriterium für eine erfolgreiche Assimilation bezeichnet wird (vgl. Dustmann und Glitz 2011; Entorf und Minoiu 2005; Huang 2000; Schneeweis 2011). Limbird und Stanat (2006) stellen im Bereich der Sprachförderung bzw. der Unterstützung von Migranten bei der Spracherlernung fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich Aufholbedarf hat.<sup>5</sup> Im nächsten Abschnitt (länderspezifische Studien) wird ausführlicher auf die Bedeutung der Beherrschung der Sprache des Ziellandes als wichtige Determinante für den Bildungserfolg eingegangen.

### *Peergroup-Effekte*

Auch Peergroup-Effekte, also der Einfluss von Mitschülerinnen und Mitschülern<sup>6</sup> auf die individuelle schulische Leistung, und die Segregation von Schülern nach ethnischer Herkunft haben Auswirkungen auf die Integrationswahrscheinlichkeit und wurden länderübergreifend als wichtige Determinanten für den Schulerfolg beschrieben. Schnepf (2007) findet z.B., dass die Segregation innerhalb der Schule einen Teil der Leistungsunterschiede zwischen Migranten und Einheimischen erklären kann. Außer in Australien, Kanada und in den USA führt eine stärkere Segregation zu größeren Bildungsunterschieden zwischen den beiden Gruppen.

### **Länderspezifische Studien**

Im Gegensatz zu internationalen Vergleichsstudien liefern länderspezifische Studien ein umfassenderes Bild der Wirkungsmechanismen, da sie die institutionellen und sozialen Begebenheiten eines Landes in der Regel detaillierter beleuchten (können). Der Fokus liegt hier wiederum vor allem auf deutschen Studien, die mit Ergebnissen für andere Länder verglichen werden.

### *Status quo*

Auch hier wird zunächst der Frage nachgegangen, wie die Einschätzung über Migranten im Vergleich zu Nicht-Migran-

ten zum heutigen Zeitpunkt ausfällt. Im nächsten Unterabschnitt wird dann die Assimilation, d.h. die Veränderung der Leistungserfolge von der ersten zur zweiten Generation, abgebildet.

### *Aktueller Stand der Integration von Migranten*

Die existierenden Studien über den Integrationserfolg von Migranten in Deutschland ergeben ein überwiegend negatives Bild. So haben Migranten eine niedrigere Wahrscheinlichkeit das Gymnasium zu besuchen (vgl. Frick und Wagner 2001; Büchel und Wagner 1996; Kristen 2002; Segeritz et al. 2010; Relikowski et al. 2010; Haisken-DeNew et al. 1997; Ditton et al. 2005), erreichen weniger Schuljahre (vgl. Gang und Zimmermann 2000), haben niedrigere Mathematik- und Leseleistungen (vgl. Segeritz et al. 2010; Ammermüller 2007; Lüdemann und Schwerdt 2013; Kiss 2011) sowie niedrigere Schulabschlüsse (vgl. Riphahn 2003; 2005; Gang und Zimmermann 2000; Kristen und Granato 2007; Luthra 2010a). Besonders schwierig scheint die Integration von Mitbürgern mit türkischer Abstammung zu sein, was unter anderem daran liegen könnte, dass Deutschland für Türken das bevorzugteste Auswanderungsziel ist, auch wenn andere europäische Länder bezüglich der räumlichen und kulturellen Distanz günstigere Charakteristika aufweisen (vgl. Grogger und Hanson 2011). Ähnliche Befunde wie für Deutschland liegen auch für das europäische Ausland vor.<sup>7</sup>

Allerdings gibt es auch, je nach Land und Herkunft der Migranten, große Unterschiede. So sind beispielsweise in Schweden Migranten unter den guten Schülern überrepräsentiert (vgl. Westin 2003). In Norwegen weisen indische Migranten ein höheres Bildungsniveau auf als Einheimische (vgl. Fekjær 2007). Sonderstellungen in der Integration von Migranten nehmen auch Kanada und England ein. In Kanada sind französische, italienische, polnische und ukrainische Einwanderer unterdurchschnittlich gebildet. Jüdische und britische Migranten hingegen übertreffen die kanadische Bevölkerung, und gebürtige Deutsche sowie Skandinavier erreichen ein ähnliches Bildungsniveau wie die Kanadier (vgl. Shamai 1992). In England sind Migranten im Durchschnitt sogar besser ausgebildet als Einheimische (vgl. Dustmann und Theodoropoulos 2010), was vor allem an der Komposition der Migrantenpopulation liegt (vgl. Bell 1997).

<sup>5</sup> Vgl. ebenfalls Limbird und Stanat (2006) für eine Diskussion zur Wirksamkeit von Sprachförderung bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

<sup>6</sup> Im weiteren Verlauf wird ausschließlich der neutrale Begriff »Schüler« verwendet, der sich durchgehend auf beide Geschlechter bezieht.

<sup>7</sup> Studien für die Niederlande (vgl. van Ours und Veenman 2003; Crul und Doornik 2003; Van De Werfhorst und Van Tubergen 2007), Schweden (vgl. Westin 2003), Frankreich (vgl. Simon 2003; Vallet und Caille 1999; Brinbaum und Cebolla-Boado 2007), Belgien (vgl. Timmerman et al. 2003; Phalet et al. 2007), Norwegen (vgl. Fekjær 2007), Österreich (vgl. Herzog-Punzenberger 2003; Kogan 2007), Finnland (vgl. Kilpi-Jakonen 2011), Dänemark (vgl. Colding 2006; Jakobsen und Smith 2003), die Schweiz (vgl. Beck et al. 2010) und England (vgl. Dustmann et al. 2010; Bell 1997) zeigen, dass Migranten in der Regel ein Bildungsniveau aufweisen, welches unterhalb dem der Einheimischen liegt.

Frühe Studien für die USA bestätigen ebenfalls, dass der durchschnittliche Migrant schlechter ausgebildet ist als der durchschnittliche Nicht-Migrant (vgl. Schultz 1984; Chiswick 1988). Dabei beziehen sich die Untersuchungen zumeist auf den ethnischen Hintergrund, wobei vor allem Amerikaner mit mexikanischem, afro-amerikanischem, philippinischem oder indianischem Hintergrund schlecht abschneiden. Aber auch neuere Studien finden besonders für die letztgenannten Bevölkerungsgruppen Bildungsnachteile (vgl. Glick und White 2003; Harris et al. 2008; Cohen et al. 1997). Hingegen gehören tendenziell asiatische Migranten, Migranten mit einem jüdischen Hintergrund und Migranten aus Europa zur Bevölkerungsgruppe mit hohen Bildungsabschlüssen. Sie haben meistens bessere Noten (vgl. Fuligni 1997; Harris et al. 2008; Fejgin 1995), höhere High School-Abschlussraten (vgl. Harris et al. 2008) sowie mehr absolvierte Schuljahre (vgl. Smith 2006; Cohen et al. 1997).<sup>8</sup> Dies führt dazu, dass Migranten in den USA sowohl in der untersten als auch in der obersten Bildungverteilung überrepräsentiert sind (vgl. Smith 2006).

#### *Verlauf der Assimilation von Migranten*

Wie bereits oben angedeutet, ist die Assimilation von Migranten in Deutschland als nicht zufriedenstellend einzuordnen. So holen die meisten Migranten der zweiten Generation gegenüber deutschen Kindern zwar auf (vgl. Gang und Zimmermann 2000; Worbs 2003; Segeritz et al. 2010; Frick und Wagner 2001; Kalter und Granato 2007), erreichen allerdings nicht das Bildungsniveau der einheimischen Kinder (vgl. Segeritz et al. 2010; Riphahn 2003).<sup>9</sup>

Österreich und Kanada sind in ihren Assimilationstendenzen mit Deutschland vergleichbar. In Österreich haben insbesondere türkische Migranten Probleme mit der sozialen Aufwärtsmobilität (vgl. Herzog-Punzenberger 2003; Kogan 2007). Auch in Kanada sind relativ wenig Assimilationsbewegungen zu erkennen (vgl. Sweetman und Dicks; Shamaï 1992). Dies kann aber auch daran liegen, dass Kanada bereits jetzt schon gute Integrationserfolge vorweisen kann. In den Niederlanden findet eine gewisse Assimilation von der ersten zur zweiten Generation statt (vgl. Crul und Doomernik 2003; van Ours und Veenman 2003; Tolstma et al. 2007). Belgien verzeichnet starke Aufwärtstendenzen unter den marokkanischen Migranten (vgl. Timmerman et al. 2003).

Die bereits erwähnte gute Integration für England ist vermutlich durch sehr gute Assimilationswerte zu erklären. Bell

(1997) stellt gerade in der Gruppe der Migranten mit dunkler Hautfarbe Assimilationstendenzen fest. Auch Dustmann und Theodoropoulos (2010) bestätigen höhere Bildungsniveaus der zweiten Generation im Vergleich zur ersten Generation und auch im Vergleich zu Einheimischen. Generell scheint in England der Bildungsnachteil von Migrantenkindern bereits in sehr jungen Jahren sehr schnell zu verschwinden. Bereits am Ende der Schulzeit findet man kaum noch Unterschiede bei den meisten Migrantengruppen zu den Einheimischen (vgl. Dustmann et al. 2010; Sammons 1995).

Ein ähnliches Bild zeigt sich für die USA. Auch hier ist generell eine Assimilationstendenz von der ersten zur zweiten Generation erkennbar (vgl. Schultz 1984; Betts und Lofstrom 2000; Perreira et al. 2006; Cortes 2006; Smith 2003; Borjas 1994a; Alba et al. 2001; Borjas 2001). Aufgrund der sehr heterogenen Zusammensetzung der Migrantenpopulation ergeben sich aber unterschiedliche Assimilationsbewegungen. Kao und Tienda (1995) und Hirschman (2001) finden z.B. Belege für eine segmentierte Assimilation sowie Belege für die »immigrant optimism« Hypothese, wonach Migrantenkinder sehr gute Bildungsergebnisse erzielen, da die Eltern überdurchschnittlich motiviert sind sowie die Kinder durch den frühen Schulbesuch keine Sprachschwierigkeiten aufweisen. Sie schneiden dementsprechend besser ab als ihre Eltern, aber vermutlich auch besser als die jeweilige einheimische Vergleichsgruppe. Bestätigung findet dies ebenfalls bei Perreira et al. (2006) und Landale et al. (1998), die finden, dass die Kinder der Migranten bildungsmäßig gegenüber Nicht-Migranten aufholen, die nächste Generation sich allerdings tendenziell wieder dem Niveau der ethnischen Kommune anpasst. Die Anpassung wird dadurch erklärt, dass die Eltern der dritten Einwanderergeneration nicht mehr die hohe Motivation zeigen, wie dies bei ihren Eltern der Fall gewesen ist. Eine direkte Assimilationstendenz kann deshalb für die USA verworfen werden.

#### *Bestimmungsfaktoren*

Wie schon bei den komparativen Länderstudien identifiziert die Literatur vier Hauptdeterminanten der Leistungsdifferenz zwischen Migranten und Nicht-Migranten: sozioökonomische Unterschiede, Auswirkungen von Bildungsinstitutionen, mangelnde Sprachfähigkeit der Sprache des Ziellandes sowie Peergroup-Effekte. Ferner fasst der letzte Abschnitt einige Evidenz zur Diskriminierung von Migranten in der Schule zusammen.

#### *Sozioökonomische Unterschiede*

Unterschiede in den verfügbaren Ressourcen zwischen Migrantenfamilien und deutschen Familien, wie etwa die Bildung der Eltern, bilden eines der entscheidenden Kriterien für den Integrations(miss)erfolg. Generell kann der familiäre Hinter-

<sup>8</sup> Hirschman und Wong (1986) führen als einen Punkt für die bessere Bildung die starke positive Selektion der asiatischen Migranten nach dem jeweiligen Bildungsabschluss an. So wurden hauptsächlich Migranten mit Qualifikationen aufgenommen, die teilweise erheblich über denen der Nicht-Migranten lagen.

<sup>9</sup> Für Übersichtsartikel über die Assimilation von Migranten in den USA vgl. Schmid (2001); Kao und Thompson (2003) und Zhou (1997).

grund des Migrantenkindes einen wesentlichen Teil der Bildungslücke erklären (vgl. Büchel und Wagner 1996; Ammermüller 2007; Schnepf 2002; Gang und Zimmermann 2000). Die Literatur ist aber nicht eindeutig, wie viel Prozent des Bildungsunterschiedes erklärt werden können. Der überwiegende Teil der Arbeiten für Deutschland findet aber, dass eine Leistungslücke auch nach der Kontrolle für den sozioökonomischen Hintergrund bestehen bleibt (vgl. Becker und Biedinger 2006; Alba et al. 1994; Worbs 2003; Kristen und Granato 2007; Müller und Stanat 2006). Daneben gibt es aber auch eine Reihe von Studien, die feststellen, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen verbleiben (vgl. Schnepf 2002) bzw. die Migranten die Einheimischen in ihren Leistungen sogar übertreffen (vgl. Relikowski et al. 2010; Luthra 2010a; Kristen und Granato 2007), sobald man für den familiären Hintergrund kontrolliert.

Der Erklärungsgehalt sozioökonomischer Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen ist im internationalen Vergleich relativ heterogen. Einheitlich kann aber festgehalten werden, dass auch in anderen Ländern der Faktor Familienhintergrund einen wesentlichen Bestandteil des Bildungsunterschieds ausmacht. In den Niederlanden kann z.B. keine Differenz mehr zwischen den Gruppen festgestellt werden, sobald die Bildung der Eltern als erklärende Variable mit aufgenommen wird (vgl. van Ours und Veenman 2003; Van De Werfhorst und Van Tubergen 2007). In Belgien (vgl. Phaet et al. 2007) und Norwegen (vgl. Fekjæer 2007) spielen der sozioökonomische Hintergrund ebenfalls eine starke Rolle. So ist der Effekt der sozialen Herkunft in Belgien teilweise stärker als der Effekt der ethnischen Herkunft. In Norwegen spielt dieser hingegen hauptsächlich für türkische und pakistanische Migranten eine Rolle. Indische Migranten, die bereits relativ gut abschneiden, profitieren von einer besseren sozioökonomischen Herkunft weniger als die zuvor genannten Gruppen. In Frankreich zeigen Migranten höhere Leistungen nach Kontrolle für den familiären Hintergrund (vgl. Vallet und Caille 1999) oder zumindest keine Unterschiede mehr (vgl. Brinbaum und Cebolla-Boado 2007). Auch Schulabbrecherquoten in Finnland (vgl. Kilpi-Jakonen 2011) und niedrigere Eintrittsquoten in den Sekundarbereich in Dänemark (vgl. Colding 2006) und in der Schweiz (vgl. Beck et al. 2010) lassen sich durch den sozioökonomischen Hintergrund von Migranten und Nicht-Migranten erklären. Zudem findet Rothon (2007) die Zugehörigkeit der sozialen Klasse als einen erklärenden Faktor für Leistungsunterschiede in England. Die Eltern und der sozioökonomische Hintergrund spielen auch in den USA eine entscheidende Rolle (vgl. Roscigno 2000). So kann die soziale Herkunft einen Großteil, wenn nicht sogar die gesamte Leistungsdifferenz zwischen Migranten und Nicht-Migranten im High-School-Abschluss (vgl. Lutz 2007), absolvierte Schuljahre (vgl. Schultz 1984) sowie Kompetenzen in Mathematik und Lesen (vgl. Portes und MacLeod 1996) erklären.

Die unterschiedlichen Ergebnisse begründen sich teilweise aus ungleichen Charakteristika der Einwanderergruppen. So scheinen sich in Deutschland gerade Spanier und Griechen, gegeben einen vergleichbaren sozioökonomischen Hintergrund wie deutsche Kinder, sehr gut zu integrieren (vgl. Kristen und Granato 2007; Alba et al. 1994). Dagegen befinden sich Türken auch nach Kontrolle für den familiären Hintergrund im Nachteil (vgl. Dustmann et al. 2012).

Ein Erklärungsansatz für höhere Bildungserfolge von Familien mit vergleichbarem sozioökonomischem Status könnten höhere Bildungsaspirationen sein. Ditton et al. (2005) zeigt beispielsweise, dass Migrantenfamilien in der Tat relativ hohe Bildungserwartungen für ihre Kinder haben, die allerdings entgegengesetzt der Einschätzung der Lehrer verläuft. Die Autoren setzen aber die Aspiration der Eltern nicht in das Verhältnis von Bildungsaspirationen deutscher Eltern. Aber auch Becker (2011) kann keine Indizien dafür finden, dass kulturelle Differenzen, z.B. ausgedrückt durch unterschiedliche Bildungserwartungen, die Leistungsunterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten erklären können.

Im französischen Bildungssystem erzielen Kinder von Migranten mit vergleichbarem Hintergrund zur einheimischen Bevölkerung einen höheren Bildungserfolg, der u.a. auf höhere Bildungsaspirationen zurückgeführt wird (vgl. Vallet und Caille 1999; Brinbaum und Cebolla-Boada 2007). Ähnliche Ergebnisse finden Kao und Tienda (1995) sowie Ainsworth und Downey (1998) für die USA. Hao und Bonstead-Bruns (1998) argumentieren, dass der höhere Bildungserfolg von asiatischen Einwanderern gegenüber dem relativen Misserfolg der mexikanischen Migranten zum Teil von den höheren Erwartungen der asiatischen Eltern und Kindern getrieben wird. In den Niederlanden findet man, dass unter sonst vergleichbaren familiären Verhältnissen Migrantenkinder aus der Türkei, Marokko, Surinam und den Antillen höhere Schulzweige in der holländischen Sekundarstufe besuchen als Kinder von Nicht-Migranten (vgl. Van De Werfhorst und Van Tubergen 2007). Vergleichbares kann man in Finnland feststellen. Dort, ebenfalls nach Kontrolle der sozioökonomischen Verhältnisse, sieht man, dass Migranten eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, den allgemeinbildenden Teil der Sekundarstufe zu besuchen als den berufsbildenden Teil (vgl. Kilpi-Jakonen 2011).

Ein letzter Grund für die Leistungsdifferenz zwischen Migranten und Nicht-Migranten am Ende der Sekundarstufe könnte sein, dass Migrantenkinder bereits beim Eintritt in die Grundschule ein Leistungsdefizit gegenüber deutschen Kindern aufzeigen (vgl. Becker und Biedinger 2006). Dieses könnte auf eine negative Selektion der Migranten hinweisen, wonach eher Familien mit geringeren Fähigkeiten nach Deutschland einwandern würden. Luthra (2010b) zeigt aber anhand von PISA-Daten, dass Migrantenkinder in Deutsch-

land die jeweilige Schüler-Vergleichsgruppe im vormaligen Heimatland leistungsmäßig übertreffen. Diese Befunde deuten eher auf eine positive Selektion gepaart mit schlechter Integration in Deutschland hin.<sup>10</sup>

### *Bildungsinstitutionen*

In Deutschland spielt das mehrgliedrige Schulsystem eine wichtige Rolle bei der Festlegung der individuellen Lebenschancen (vgl. Schnepf 2002).<sup>11</sup> Für eine wichtige Rolle der Schule kann man aber auch Belege in England finden. So schreibt Tomlinson (1991), dass Schuleffekte vermutlich wichtiger für den Bildungserfolg sind als die ethnische Herkunft. Dagegen schreibt Roscigno (2000), dass vermutlich die Familie der entscheidende Faktor in den USA ist.

Migrantenkinder haben in Deutschland eine niedrigere Wahrscheinlichkeit, einen höheren Sekundarschultyp zu besuchen als Nicht-Migrantenkinder (siehe Teil I dieses Literaturüberblicks im ifo Schnelldienst 9/2013). Eine kontinuierliche Schulausbildung in Deutschland kann aber die Wahrscheinlichkeit eines Hauptschulbesuchs verringern (vgl. Alba et al. 1994). Gerade die frühzeitige Aufteilung der Schüler nach ihren Leistungen auf verschiedene Schulzweige kann die langfristigen Aufstiegschancen und damit die Integration hemmen. Lüdemann und Schwerdt (2013) untersuchen in diesen Zusammenhang, ob es einen doppelten Nachteil für Migranten gibt, d.h. ob niedrigere Schulnoten zu niedrigeren Schulpfehlungen für den Übertritt in die Sekundarstufe führen. Im Einklang mit der Literatur finden sie, dass Migranten zwar schlechter benotet werden als einheimische Kinder (vgl. auch Kiss 2011), dies aber wiederum nicht zwangsläufig dazu führt, dass die Kinder eine Empfehlung für einen niedrigeren Schulzweig erhalten. Hier spielt der sozioökonomische Hintergrund eine stärkere Rolle.

Hao und Pong (2008) weisen darauf hin, dass der soziale Aufstieg von Migranten in den USA maßgeblich von der Schule beeinflusst wird. Sie finden etwa, dass Kinder mit mexikanischem Hintergrund eine niedrigere Wahrscheinlichkeit haben, eine Schule mit einer guten Schulumgebung zu besuchen und sie deshalb niedrigere Bildungserfolge erzielen. Roscigno (2000) kann darüber hinaus für die USA eine positive Korrelation eines Besuchs von Privatschulen mit dem Bildungserfolg von Migranten herstellen. Aber auch hier muss eine dif-

ferenzierte Sicht nach der Herkunft des Kindes eingenommen werden. So zeigen Portes und MacLeod (1996), dass der Schulkontext eher eine Auswirkung auf relativ benachteiligte haitianische und mexikanische Schüler hat als auf relativ bevorteilte kubanische und vietnamesische Schüler.

### *Sprache*

Wie bereits erwähnt, kommt der Beherrschung der Landessprache eine entscheidende Rolle zu.<sup>12</sup> So ist der ökonomische Erfolg eines Migranten maßgeblich durch seine Sprachfähigkeit bestimmt (vgl. Dustmann und Van Soest 2002; Casey und Dustmann 2008; Aldashev et al. 2009; Chiswick und Miller 2010). Aber auch die Schulleistungen werden negativ beeinflusst, wenn das Kind eine andere Sprache zu Hause spricht (vgl. Ammermüller 2007). Eine positive Korrelation zwischen Bildung und Sprachfähigkeit ist einfach herzustellen (vgl. McManus et al. 1983). Wang und Goldschmidt (1999) zeigen für Kalifornien, dass Schüler mit geringeren Englischkenntnissen schlechter in Mathematik abschneiden. Gleichwohl ist die Literatur wesentlich aufschlussreicher im Hinblick auf die Effekte der Sprache auf Löhne und Arbeitsmarktmöglichkeiten als auf den Bildungserfolg.

Im Folgenden werden die wesentlichen Determinanten für einen erfolgreichen Spracherwerb beschrieben. Generell hängt das Erlernen einer neuen Sprache nach Esser (2006) von vier entscheidenden Faktoren ab: Erstens ist dies die *Motivation*, die Sprache zu lernen. Nach Chiswick und Miller (1995) spielen hier vor allem die ökonomischen Anreize einer höheren Entlohnung eine Rolle. Der zweite Punkt ist der *Kontakt* mit der Fremdsprache. Der Lernende muss als drittes aber auch die *Fähigkeit* besitzen, die Sprache aufzunehmen und zu verarbeiten. Als letzter Punkt spielen noch die Kosten des Spracherwerbs eine Rolle. Die Punkte drei und vier können auch generell als *Effizienz* des Spracherwerbs zusammengefasst werden. Chiswick und Miller (1995) zeigen, dass die Sprachfähigkeit mit dem Kontakt sowie mit der Effizienz der Verarbeitung zunimmt. Becker (2007) zeigt für Deutschland, und Chiswick (1991) für die USA, eine Komplementarität zwischen Kontakt und Effizienz auf. D.h. der reine Kontakt zur Fremdsprache hat kaum Auswirkungen auf die Sprachfähigkeit, wenn der Migrant nicht in der Lage ist, die Sprache zu erfassen. Espenshade und Fu (1997) bestätigen für die USA, dass das Bildungsniveau, gleich ob in den USA oder im Ausland erworben, für das Sprachniveau des Migranten förderlich ist. Die US-basierte Bildung hat aber einen größeren Einfluss.

<sup>10</sup> Borjas (1987) würde dies damit erklären, dass die Fertigkeiten zwischen Deutschland und der Türkei nicht oder nur sehr schwer übertragbar sind. So kann der türkische Einwanderer etwa der oberen Leistungsverteilung in der Türkei angehören, findet sich in Deutschland aber am unteren Ende der Leistungsverteilung wieder, da er seine erworbenen Fähigkeiten in der neuen Heimat nicht effektiv anwenden kann.

<sup>11</sup> In Österreich identifiziert Herzog-Punzenberger (2003) das selektive Schulsystem als einen Grund für die sehr langsame Assimilation der zweiten Generation bezüglich der Bildungsabschlüsse.

<sup>12</sup> Vgl. Stanat und Edele (2011) und insbesondere Esser (2006) zur Bedeutung des Spracherwerbs und zum Zusammenhang zwischen Integration und Sprache sowie außerdem Limbird und Stanat (2006) für eine Diskussion der Wirksamkeit von Sprachförderung bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.



Einhergehend mit der bereits erwähnten sinkenden Qualität an Einwanderern in die USA, beobachtet Carliner (2000), dass auch die Sprachfähigkeit der Migranten von 1980 bis 1990 abgenommen hat. Für Deutschland kann eine ähnliche Tendenz weder bestätigt noch widerlegt werden. Es kann aber gezeigt werden, dass die zweite Generation üblicherweise über bessere Sprachkenntnisse verfügt als die erste Generation (vgl. Haug 2005). Türken haben aber die geringsten Deutschkenntnisse unter allen Migrantengruppen (vgl. Dustmann 1994; Haug 2005).

Ein strittiges Thema ist, ob Bilingualismus einen positiven Effekt auf den Bildungserfolg ausübt oder nicht. Die Frage ist also, ob neben der fremden Sprache, die unweigerlich positive Effekte hat, die Muttersprache ebenfalls weiter verfolgt werden sollte. Die Theorie sagt hierzu, dass die Fremdsprache abhängig von der Muttersprache sein kann, so dass die Beherrschung der Muttersprache eine Voraussetzung für die Beherrschung der Fremdsprache ist oder diese zumindest vereinfacht (vgl. Cummins 1979; Verhoeven 1994). Für Deutschland gibt es hier kaum Befunde. Für die USA zeigt sich, dass Bilingualismus entweder nur sehr geringe (vgl. Mouw und Xie 1999; Kamphoefner 1994) oder positive Effekte (vgl. Fernandez und Nielsen 1986) auf das Bildungsniveau oder zukünftige Arbeitsmarktchancen des Kindes hat. Mouw und Xie (1999) argumentieren dabei, dass das Erlernen der Muttersprache nur einen kurzfristigen positiven Effekt hat, und zwar nur solange, bis die Eltern noch nicht in der neuen Sprache geschult sind. In diesem Fall kann ein effektiverer Austausch zwischen Kind und Eltern stattfinden. Portes und Schnauffler (1994) finden ohnehin, dass das Beibehalten der Heimatsprache im Zeitablauf unwahrscheinlicher wird. Dennoch argumentieren sie, dass Bilingualismus eine intellektuelle und kulturelle Ressource ist.

### Peergroup-Effekte

Zuletzt wird der Einfluss von Peergroups auf den Bildungserfolg beschrieben. Theoretisch können Peergroups negativ oder positiv auf den Bildungserfolg wirken. Negative Effekte würde man erwarten, wenn die Peers eine geringere Qualität aufweisen oder eine Behinderung für die Assimilation, z.B. durch Verhinderung des Erlernens der Sprache, bedeuten würden. Positive Effekte durch eine größere Peergroup würden sich dann einstellen, wenn diese Gruppe wertvolle Unterstützungsleistungen, z.B. durch Hilfe in der Übergangsphase direkt nach der Einwanderung, erbringen würden.

Für Deutschland finden Danzer und Yaman (2010) sowie Dustmann (1997) einen kleinen, aber statistisch signifikanten negativen Effekt der ethnischen Konzentration auf den Spracherwerb von Migranten. Ähnliche Effekte finden sich auch für Australien (vgl. Chiswick und Miller 1996), England (vgl. Dustmann und Fabbri 2003) und die USA (vgl. Chiswick und Miller 2005).

Peergroup-Effekte im Schulbereich auf die Bildungsleistungen von Migranten in Deutschland wurden z.B. von Stanat (2006), Kristen (2002) und Schnepf (2007) gefunden. Stanat (2006) beobachtet einen negativen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Schüler, deren Familiensprache nicht Deutsch ist, und der Lesekompetenz. Der Effekt ist für Migranten – sowie für Nicht – Migrantenkinder vergleichbar. Sie nutzt für ihre Analysen die detaillierten PISA-Daten für Deutschland. Das Ergebnis wird ebenfalls von Schnepf (2007) mit TIMSS- und IGLU-Daten bestätigt. Ein höherer Migrantenanteil in der Klasse führt ebenfalls zu geringeren Übergangsraten in höhere Stufen der Sekundarschulen (vgl. Kristen 2002).<sup>13</sup> Kristen (2008) untersucht den Zusammenhang zwischen Schulwahl und ethnischer Schulsegregation in Essen. Sie findet, dass türkische Migranten eher Grundschulen auswählen, die bereits eine hohe Migrantenquote besitzen. Dies liegt aber vor allem an einer räumlichen Segregation, die dann zu einer Segregation im Schulbereich führt. Gegenüber negativen Segregationseffekten in der Schule beobachten Gang und Zimmermann (2000) ebenfalls für Deutschland positive Effekte eines größeren sozialen Netzwerks in der Gesellschaft für den Bildungserfolg.

Sweetman und Dicks (1999) können für Kanada einen positiven Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Bildungsstand der eigenen ethnischen Gruppe und dem Bildungserfolg der nächsten Generation herstellen. Dennoch scheint eine ethnische Segregation in den Schulen, wenn überhaupt, einen negativen Effekt auf den Bildungserfolg zu haben. So finden Cebolla-Boado (2007) für Frankreich und Fekjæer und Birkelund (2007) für Norwegen keine robust signifikanten Auswirkungen von Migrantenkonzentrationen in Schulen oder Klassen der Sekundarstufe auf den Bildungserfolg. Für Belgien hingegen bestätigen Timmerman et al. (2003), dass Schulen mit hohem Migrantenanteil ebenfalls hohe Schulabbrecherquoten verzeichnen.

Für die USA schreibt Roscigno (1998), dass Schüler, die Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit dunkler Hautfarbe besuchen, generell weniger Leistung zeigen als Schüler in Schulen mit mehrheitlich Schülern heller Hautfarbe. Caldas und Bankston (1998) finden ebenfalls, dass die Schulsegregation negative Effekte auf den Schulerfolg hat. Dies tritt allerdings erst signifikant bei Schulen mit einem relativ großen Anteil an Kindern aus Minderheitspopulationen auf.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Es ist aber festzuhalten, dass der negative Einfluss einer erhöhten Migrantenkonzentration in der Schule nicht primär ein Problem einer Migrantenkonzentration per se ist, sondern sich eher als ein Problem einer Konzentration von Schülern mit ungünstigen Lernvoraussetzungen darstellt (vgl. Ditton und Aulinger 2011).

<sup>14</sup> Weitere Schulstudien finden sich bei Entwisle und Alexander (1992) und Rumberger und Willms (1992) mit ähnlichen Ergebnissen, d.h. ein positiver Zusammenhang von Desegregation mit höheren Leistungen aller Schüler.

Hingegen finden Portes und MacLeod (1996), dass mehr Schüler mit einem hispanischen Hintergrund zu besseren Ergebnissen von mexikanischen Schülern führt. Die Autoren erklären dies damit, dass die höhere Anzahl an hispanischen Schülern zu weniger Wettbewerb führt. Eine homogenere Umgebung scheint die Leistungen der mexikanischen Schüler also zu fördern. Für asiatische Schüler, die traditionell bessere Leistungen zeigen als einheimische Schüler, führt allerdings ein größerer Anteil von asiatischen Schülern in der Schule zu niedrigeren Ergebnissen (vgl. Portes und Hao 2004). Die Autoren erklären dies wiederum über einen Wettbewerbseffekt, der nun in die entgegengesetzte Richtung wirkt. So führe eine höhere Anzahl von ähnlich fähigen Schülern zu mehr Druck in der Schule, der sich wiederum negativ auf die Schulleistung auswirkt.

Ein weiterer wichtiger Beitrag findet sich bei Borjas (1992), der den Effekt einer ethnischen Gruppe auf das Bildungsniveau des Einzelnen formalisierte. Er nennt diese Determinante des Bildungserfolgs das *ethnische Kapital* und operationalisiert dies durch das durchschnittliche Bildungsniveau einer ethnischen Gruppe. Seine Befunde zeigen, dass höheres ethnische Kapital zu höheren Bildungsleistungen führt. Weiterhin führt er aus, dass diese Externalität über längere Zeiträume bestehen bleiben könnte und schließlich dazu führt, dass die Bildungsniveaus der einzelnen ethnischen Gruppen niemals konvergieren. Davon losgelöst betrachtet er die Verbindung von ethnischem Kapital und räumlicher Segregation (vgl. Borjas 1995). Er findet eine direkte Verbindung zwischen beiden und führt dies darauf zurück, dass das ethnische Kapital einen Teil des sozioökonomischen Hintergrundes der Nachbarschaft abbildet.

Daran anknüpfend beschreiben Perreira et al. (2006), dass das Leben in einer Region mit Menschen gleicher Herkunft zu leicht höheren Schulabbrucherraten führt. Die fehlenden starken Effekte lassen sich eventuell durch das Ergebnis von Kasinitz et al. (2002) erklären, die festhalten, dass die zweite Generation sich nicht mehr so stark in Regionen konzentriert wie die erste Generation. Dies trägt dann auch zur Assimilation bei. Lazear (1999) beschreibt beispielsweise, dass Migranten von kleinen Minderheiten sich schneller assimilieren als Migranten von größeren Minderheiten.<sup>15</sup>

### Diskriminierung

Ein weiterer Erklärungsansatz für die unterschiedlichen Bildungserfolge von Migranten und Einheimischen kann auch die systematische Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund sein.<sup>16</sup> Da sich Diskriminierung in der Regel nur sehr schwer nachweisen lässt, kommt die vorliegende

Literatur zu keinen eindeutigen Ergebnissen für oder gegen diesen Erklärungsansatz. Kiss (2011) z.B. findet, dass ein Migrantenkind zweiter Generation in der Grundschule schlechter benotet wird als ein deutsches Kind, das die gleichen sozioökonomischen Merkmale und die gleichen Les- und Mathematikkompetenzen aufweist. Für Schüler in der Sekundarstufe bestehen aber keine signifikanten Unterschiede in der Benotung.

Diskriminierung kann aber auch für die Übergangsempfehlungen zur Sekundarschule bedeutsam sein. Kristen (2006) findet allerdings keine unterschiedlichen Empfehlungen für vergleichbare Kinder in sechs Mannheimer Grundschulen, sobald für kognitive Fähigkeiten mittels Klausurnoten kontrolliert wird. Ähnliche Ergebnisse ergeben auch Studien von Kristen (2002) für Grundschulen in Baden-Württemberg und von Schnepf (2002) mit TIMSS- und PISA-Daten. Diskriminierung als treibender Faktor der Bildungungleichheit in Deutschland wird auch von Becker (2011) eher verneint. Einen direkten Test der Diskriminierung von türkischen Schülern führte Sprietsma (2009) durch, indem sie identische Aufsätze mit deutschen bzw. türkischen Schülernamen an verschiedene Lehrer verschickte. Aufsätze, die einen türkischen Namen trugen, wurden signifikant schlechter benotet als solche mit deutschen Namen. Allerdings wurde das Resultat nur von wenigen Lehrern getrieben, wohingegen die meisten Lehrer keine signifikant unterschiedlichen Noten vergaben.<sup>17</sup>

### Tertiärbereich

Wie aus den vorhergehenden Abschnitten deutlich wurde, haben Migranten in den meisten Ländern generell Schwierigkeiten, in das Hochschulsystem zu gelangen. Deshalb ist die Literatur über den Erfolg von Migranten im Tertiärbereich sehr dünn. Einige Studien behandeln dies implizit, wenn sie als Ergebnisvariable den höchsten erreichten Schulabschluss oder die absolvierten Schuljahre heranziehen (vgl. z.B. Gang und Zimmermann 2000). Allerdings ist dann eine spezifische Aussage für die einzelnen Schulstufen nicht mehr möglich.

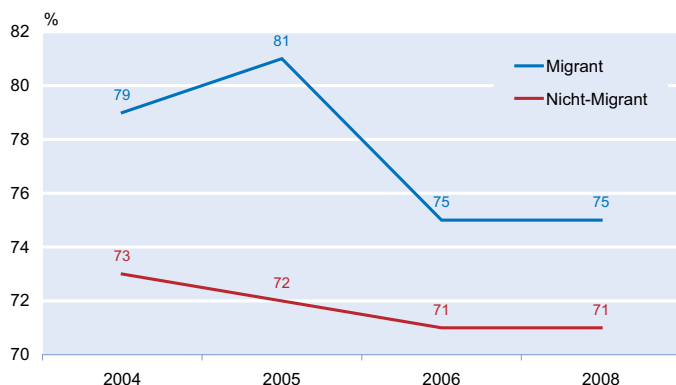
Interessanterweise zeigt Abbildung 1, dass die Quote der Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen, für Personen mit Migrationshintergrund höher ist als für Abiturienten ohne Migrationshintergrund. Kristen et al. (2008) zeigen ebenfalls, dass die Wahrscheinlichkeit, sich in einer Universität einzuschreiben, unter türkischen Personen mit Abitur gut dreimal so hoch ist wie unter Deutschen mit Abitur. Als

<sup>15</sup> Vgl. Cutler und Glaeser (1997), Cutler et al. (2008), Leon (2005) und Krosnberg (2006) für weitere Segregationsstudien, die überwiegend ebenfalls einen negativen Effekt von Enklaven oder erhöhter Segregation auf die Bildungsleistung feststellen.

<sup>16</sup> Gillborn (1997) findet Rassismus als einen erklärenden Faktor der Bildungsungleichheit zwischen Minderheiten und Einheimischen in England.

<sup>17</sup> Vgl. Bertrand und Mullainathan (2004) und Carlsson und Rooth (2007) für ähnliche Namensexperimente im Arbeitsmarkt und Dee (2005) und van Ewijk (2011) für weitere Diskriminierungsstudien über Lehrer.

Abb. 1

**Übergangsquoten<sup>a)</sup> in die Hochschule nach Migrationshintergrund, 2004–2008**

<sup>a)</sup> Anteil der Studienberechtigten, die ein Studium an einer Hochschule begonnen haben.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 289 auf Grundlage des HIS-Studienberechtigtenpanels (einfache Mittelwerte aus den angegebenen Intervallwerten).

Grund führen die Autoren die fehlenden Kenntnisse der türkischen Eltern über das deutsche duale Ausbildungssystem an, weshalb es auch seltener gewählt wird. Darüber hinaus besuchen türkische Migranten überdurchschnittlich oft Universitäten im Vergleich zu den eher praktisch ausgerichteten Fachhochschulen.

Migranten wählen auch in Schweden häufiger eine Universitätskarriere als die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung (vgl. Jonsson und Rudolphi 2011). In den Niederlanden ist es hingegen eher der Fall, dass die Universität mehr von Einheimischen besucht wird (vgl. Tolsma et al. 2007). In England sind ethnische Minderheiten unterrepräsentiert in Studienfächern, die in Richtung des Lehrerberufs oder der Forschung abzielen, aber nicht in den Masterstudiengängen, die auf den Beruf vorbereiten (vgl. Wakeling 2009). Dort sind es vor allem asiatische Studenten sowie Studenten mit einer dunklen Hautfarbe, die in der Hochschule überrepräsentiert sind. Die gleichen Befunde können auch für die USA festgehalten werden (vgl. Harris et al. 2008; Bennett und Xie 2003).

Diese Erkenntnisse lassen aber keine Schlüsse über das Abschlussverhalten von Studenten mit Migrationshintergrund zu, auch wenn Tarvenkorn (2011) generell einen Anstieg der Absolventenquoten von ausländischen Studenten feststellt. So stieg der Anteil ausländischer Absolventen an Universitäten von ca. 4% im Jahre 1975 auf knapp unter 12% im Jahre 2005. Der Absolventenanteil von Ausländern in den Fachhochschulen stieg wesentlich langsamer und lag im Jahre 2005 bei nur 6%. Der Autor führt aber diesen Anstieg zu einem großen Teil auch auf Bildungsausländer, d.h. ausländische Studenten, die nur zum Zwecke des Studiums eingereist sind, zurück. Abbildung 5 in Teil I dieses Literaturüberblicks aus dem ifo Schnelldienstartikel (Nr. 9/2013) impliziert wesentlich geringere Abschlussquoten für Perso-

nen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben. Dies stützt die These von Tarvenkorn (2011), dass seine Zahlen stark durch Bildungsausländer getrieben sind. Eine erfolgreiche Integration ist aus diesen Werten nicht (direkt) abzuleiten. Eine aussagekräftigere Studie von Fekjæer (2007) untersucht explizit Abschlusswahrscheinlichkeiten von Migranten in Norwegen. Sie findet, dass türkische und pakistanische Kinder unterdurchschnittliche Abschlussraten aufweisen. Dies kann aber zu einem großen Teil durch den sozioökonomischen Hintergrund erklärt werden. Hingegen gehören in Norwegen die indischen Migranten zu den Studenten mit überdurchschnittlichem Erfolg. In diesem Fall ist die soziale Herkunft weniger gut als Prädiktor geeignet.

## Zusammenfassung und Diskussion

Die Integration von Migranten in Deutschland beschäftigt in zunehmendem Maße sowohl die Politik als auch die Wissenschaft. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sowie des Geburtenrückgangs ist eine gelungene Integration unabdingbar für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme. Für Deutschland lässt sich festhalten, dass es einen beträchtlichen Leistungsunterschied zwischen Migranten und Nicht-Migranten gibt. So haben Migrantenkinder bereits im Vorschulalter einen signifikanten Nachteil gegenüber Nicht-Migranten, welcher sich in einem höheren Förderbedarf in Deutsch sowie geringeren kognitiven Kompetenzen niederschlägt. Auch in der Primar- und Sekundarstufe schneiden Migrantenkinder schlechter ab: Sie erzielen weniger Punkte in internationalen Schülervergleichstests, verzeichnen höhere Abbrecherquoten und erhalten weniger Empfehlungen für das Gymnasium. Nur im Tertiärbereich ist die Studierendenzahl unter den Migranten höher als unter den Nicht-Migranten. Allerdings hat vor dem Tertiärbereich bereits ein starker Selektionsprozess stattgefunden. Auch wenn es gerade türkische Migranten sind, die höhere Studierendenzahlen als Anteil an den Studienberechtigten aufweisen, so ist es gerade diese Migrantengruppe, die in Deutschland seltener eine Studienberechtigung erreicht. Probleme der Integration sind im europäischen Ausland ähnlich gelagert. Nur die englischsprachigen Länder, wie England, die USA, Kanada und auch Australien haben einen relativ guten Integrationserfolg vorzuweisen, der aber teilweise durch die selektivere Migrantenwahl erreicht wird. Es darf auch nicht verschwiegen werden, dass auch dort ethnische Minderheiten mit erheblichen Integrationsproblemen existieren. Ein Beispiel ist die hispanische und insbesondere die mexikanische Bevölkerung innerhalb der USA.

Nur geringer Handlungsbedarf würde für die Politik bestehen, wenn eine automatische Assimilation in das neue Heimatland stattfinden würde. Dies kann für Deutschland nicht festgestellt werden. Wenn es das Ziel ist, den Bildungsnachteil der in Deutschland lebenden Migranten und deren Kinder in Zukunft zu verringern, besteht daher Handlungsbedarf für Politik und Gesellschaft.

Die Literatur zeigt mehrere mögliche Ursachen für den Bildungsnachteil von Migranten auf:

1. **Sprache:** Die wohl wichtigste Determinante für den Integrationserfolg ist das Erlernen der Landessprache. Ohne solide Sprachkenntnisse ist eine erfolgreiche Teilnahme am gemeinschaftlichen und beruflichen Leben nicht möglich.
2. **Sozioökonomische Unterschiede:** Nicht weniger bedeutsam sind Unterschiede in der sozialen Herkunft der Kinder. Wichtige Determinanten sind insbesondere die Bildung und der Beruf bzw. die Arbeitsmarktpartizipation der Eltern. Die Integration der Kinder wird also hochgradig durch die Integration der Eltern beeinflusst.
3. **Institutionen:** Kindergarten und sonstige vorschulische Maßnahmen sind sehr effektive Instrumente zur Bekämpfung der Bildungsnachteile der Migranten. Aber auch im späteren Lebenslauf zeigt sich, dass die Schule wesentlich zur Integration beitragen kann. So ist insbesondere die frühe Aufteilung in die Hauptschule, Realschule oder Gymnasium ein Problem für Migranten in Deutschland.
4. **Ethnische Konzentration:** Ethnische Konzentrationen im Wohngebiet wie auch in der Schule zeigen überwiegend negative Auswirkungen auf die schulischen Erfolge von Migranten. Auch hat ein interkultureller Austausch mit Nicht-Migranten im Kindesalter auf den späteren Schulerfolg positive Effekte. Generell gilt, dass kleine Minderheiten sich wesentlich besser und schneller integrieren.
5. **Diskriminierung:** Diskriminierung ist generell sehr schwer zu messen und nachzuweisen. Allerdings scheint eine spezifische Diskriminierung von Migranten nur eine untergeordnete Rolle für den Bildungserfolg von Migranten einzunehmen.

Allerdings muss bei der Interpretation dieser in der empirischen Literatur aufgezeigten möglichen Ursachen immer bedacht werden, dass es nicht in allen Bereichen der Migrationsforschung gelungen ist, die Kausalitätsbeziehungen zu identifizieren. Inwiefern die aufgezeigten Korrelationszusammenhänge tatsächlich mögliche Wirkungskanäle politischer Maßnahmen wiedergeben, muss daher beim derzeitigen Stand der Forschung oftmals als offen gelten.

Das Problem der Bildungsungleichheit zwischen Migranten und Nicht-Migranten setzt sich auch auf dem Arbeitsmarkt fort.<sup>18</sup> Migranten erhalten üblicherweise einen geringeren Lohn und besetzen schlechtere Positionen in schlechteren Berufen. Als Erklärung können neben Unterschieden in der Bildung wiederum größtenteils die oben genannten Determinanten herangezogen werden. Eine Verbesserung entlang der genannten Dimensionen würde somit auch tendenziell den Arbeitsmarkterfolg von Migranten verbessern.

Verfügbare Datenquellen zeigen allerdings einige Schwächen der Migrationsforschung auf. So sammeln die meisten Befragungen nur sehr inkonsistent Daten über das Geburtsland. Häufig wird nur die Nationalität genannt, die nicht zwingend mit dem Geburtsland übereinstimmen muss (vgl. Kerr und Kerr 2011). Ein verwandtes Problem ist, dass viele Befragungen nicht das Ursprungsland erfragen (vgl. Buchmann und Parrado 2006). Die Abbildung der Migrationshistorie, d.h. z.B. mehrmalige Einreise in ein Land, ist häufig nur unzureichend dokumentiert, kann aber in den Schätzung zu erheblichen Verzerrungen führen, für den Fall, dass dieser Migrant als neuer Einwanderer gewertet wird. Eine Unterscheidung zwischen erster und zweiter Generation, bzw. dem Generationenstatus generell, ist ebenfalls sehr schwierig zu erzielen (vgl. Riphahn 2003).

Schließlich muss konstatiert werden, dass über viele weitere mögliche Determinanten der Bildungsnachteile von Migranten derzeit empirisch wenig bekannt ist. Dies gilt insbesondere für deutsche Evidenz zu gezielten politischen Maßnahmen wie z.B. Sprachförderprogramme im frühkindlichen Stadium bis hin zum Elternbereich, Mentoring, Ausgestaltung von Bildungsprozessen und Lehrinhalten sowie Maßnahmen der Lehreraus- und -fortbildung. In diesen Bereichen besteht erheblicher Forschungsbedarf, um die Ursachen und möglichen Maßnahmen zur Verringerung der Bildungsnachteile von Migranten besser zu verstehen.

## Literatur

Ainsworth-Darnell, J.W. und D.B. Downey (1998), »Assessing the Oppositional Culture Explanation for Racial/Ethnic Differences in School Performance«, *American Sociological Review* 63(4), 536–553.

Alba, R.D., J. Handl und W. Müller (1994), »Ethnische Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46(2), 209–237.

Alba, R.D., A. Lutz und E. Vesselinov (2001), »How Enduring Were the Inequalities among European Immigrant Groups in the United States?«, *Demography* 38(3), 349–356.

Aldashev, A., J. Gernandt und S.L. Thomsen (2009), »Language Usage, Participation, Employment and Earnings: Evidence for Foreigners in West Germany with Multiple Sources of Selection«, *Labour Economics* 16(3), 330–341.

Algan, Y., C. Dustmann, A. Glitz und A. Manning (2010), »The Economic Situation of First- and Second-Generation Immigrants in France, Germany, and the UK«, *Economic Journal* 120(542), F4–F3.

<sup>18</sup> Zum Arbeitsmarkterfolg von Migranten, vgl. die folgenden Übersichtsartikel: Kerr und Kerr (2011); Heath et al. (2008); Dustmann et al. (2008); Borjas (1994b; 1999).

- Ammermüller, A. (2007), »Poor Background or Low Returns? Why Immigrant Students in Germany Perform so Poorly in PISA«, *Education Economics* 15(2), 215–230.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), *Bildung in Deutschland 2010*, Bertelsmann Verlag, Bielefeld.
- Beck, M., F. Jäpel und R. Becker (2010), »Determinanten des Bildungserfolgs von Migranten«, in G. Quenzel und K. Hurrelmann (Hrsg.), *Bildungsverlierer*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 313–337.
- Becker, B. (2006), »Der Einfluss des Kindergartens als Kontext zum Erwerb der deutschen Sprache bei Migrantenkindern«, *Zeitschrift für Soziologie* 35(6), 449–464.
- Becker, B. (2007), »Exposure is not Enough: The Interaction of Exposure and Efficiency in the Second Language Acquisition Process«, *International Journal of Language Society and Culture* 23, 1–9.
- Becker, B. und N. Biedinger (2006), »Ethnische Bildungsungleichheit zu Schulbeginn«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58(4), 660–684.
- Becker, R. (2011), »Integration von Migranten durch Bildung und Ausbildung – theoretische Erklärungen und empirische Befunde«, in: R. Becker (Hrsg.), *Integration durch Bildung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 11–36.
- Bell, B.D. (1997), »The Performance of Immigrants in the United Kingdom: Evidence from the GHS«, *Economic Journal* 107(441), 333–344.
- Bennett, P.R. und Y. Xie (2003), »Revisiting Racial Differences in College Attendance: The Role of Historically Black Colleges and Universities«, *American Sociological Review* 68(4), 567–580.
- Bertrand, M. und S. Mullainathan (2004), »Are Emily and Greg More Employable Than Lakisha and Jamal? A Field Experiment on Labor Market Discrimination«, *American Economic Review* 94(4), 991–1013.
- Betts, J.R. und M. Lofstrom (2000), »The Educational Attainment of Immigrants: Trends and Implications«, in: G.J. Borjas (Hrsg.), *Issues in the Economics of Immigration*, NBER und University of Chicago Press, Chicago, 51–116.
- Borjas, G.J. (1982), »The Earnings of Male Hispanic Immigrants in the United States«, *Industrial and Labor Relations Review* 35(3), 343–353.
- Borjas, G.J. (1987), »Self-Selection and the Earnings of Immigrants«, *American Economic Review* 77(4), 531–553.
- Borjas, G.J. (1992), »Ethnic Capital and Intergenerational Mobility«, *Quarterly Journal of Economics* 107(1), 123–150.
- Borjas, G.J. (1994a), »Long-Run Convergence of Ethnic Skill Differentials: The Children and Grandchildren of the Great Migration«, *Industrial and Labor Relations Review* 47(4), 553–573.
- Borjas, G.J. (1994b), »The Economics of Immigration«, *Journal of Economic Literature* 32(4), 1667–1717.
- Borjas, G.J. (1995), »Ethnicity, Neighborhoods, and Human-Capital Externalities«, *American Economic Review* 85(3), 365–390.
- Borjas, G.J. (1999), »The Economic Analysis of Immigration«, in: O.C. Ashenfelter und D. Card (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics*, Vol 3, Part A, Elsevier, 1697–1760.
- Borjas, G.J. (2001), »Long-Run Convergence of Ethnic Skill Differentials, Revisited«, *Demography* 38(3), 357–361.
- Brinbaum, Y. und H. Cebolla-Boado (2007), »The School Careers of Ethnic Minority Youth in France. Success or Disillusion?«, *Ethnicities* 7(3), 445–474.
- Buchmann, C. und E.A. Parrado (2006), »Educational Achievement of Immigrant-Origin and Native Students: A Comparative Analysis Informed by Institutional Theory«, in: D.P. Baker und A.W. Wiseman (Hrsg.), *The Impact of Comparative Education Research on Institutional Theory*, Elsevier Ltd., 345–377.
- Büchel, F. und G.G. Wagner (1996), »Soziale Differenzen der Bildungschancen in Westdeutschland – unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern«, in: W. Zapf, J. Schupp und R. Habich (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*, Campus, Frankfurt a.M., 80–96.
- Caldas, S.J. und C. Bankston (1998), »The Inequality of Separation: Racial Composition of Schools and Academic Achievement«, *Educational Administration Quarterly* 34(4), 533–557.
- Carliner, G. (2000), »The Language Ability of U.S. Immigrants: Assimilation and Cohort Effects«, *International Migration Review* 34(1), 158–182.
- Carlsson, M. und D.-O. Rooth (2007), »Evidence of Ethnic Discrimination in the Swedish Labor Market Using Experimental Data«, *Labor Economics* 14(4), 716–729.
- Casey, T. und C. Dustmann (2008), »Intergenerational Transmission of Language Capital and Economic Outcomes«, *Journal of Human Resources* 43(3), 660–687.
- Cebolla-Boado, H. (2007), »Immigrant Concentration in Schools: Peer Pressures in Place?«, *European Sociological Review* 23(3), 341–356.
- Chiswick, B.R. (1988), »Differences in Education and Earnings Across Racial and Ethnic Groups: Tastes, Discrimination, and Investments in Child Quality«, *Quarterly Journal of Economics* 103(3), 571–597.
- Chiswick, B.R. (1991), »Speaking, Reading, and Earnings among Low-Skilled Immigrants«, *Journal of Labor Economics* 9(2), 149–170.
- Chiswick, B.R. und P.W. Miller (1994), »The Determinants of Post-Immigration Investments in Education«, *Economics of Education Review* 13(2), 163–177.
- Chiswick, B.R. und P.W. Miller (1995), »The Endogeneity between Language and Earnings: International Analyses«, *Journal of Labor Economics* 13(2), 246–288.
- Chiswick, B.R. und P.W. Miller (1996), »Ethnic Networks and Language Proficiency among Immigrants«, *Journal of Population Economics* 9(1), 19–35.
- Chiswick, B.R. und P.W. Miller (2005), »Do Enclaves Matter in Immigrant Adjustment?«, *City and Community* 4(1), 5–35.
- Chiswick, B.R. und P.W. Miller (2010), »Occupational Language Requirements and the Value of English in the US Labor Market«, *Journal of Population Economics* 23(1), 353–372.
- Cohen, Y., T. Zach und B.R. Chiswick (1997), »The Educational Attainment of Immigrants: Changes over Time«, *Quarterly Review of Economics and Finance* 37 (Special Issue), 229–243.
- Colding, B. (2006), »A Dynamic Analysis of Educational Progression of Children of Immigrants«, *Labour Economics* 13(4), 479–492.
- Cortes, K.E. (2006), »The Effects of Age at Arrival and Enclave Schools on the Academic Performance of Immigrant Children«, *Economics of Education Review* 25(2), 121–132.
- Crul, M. und J. Doornik (2003), »The Turkish and Moroccan Second Generation in the Netherlands: Divergent Trends between and Polarization within the Two Groups«, *International Migration Review* 37(4), 1039–1064.
- Crul, M. und H. Vermeulen (2003), »The Second Generation in Europe«, *International Migration Review*, 37(4), 965–986.
- Cummins, J. (1979), »Linguistic Interdependence and the Educational Development of Bilingual Children«, *Review of Educational Research* 49(2), 222–251.
- Cutler, D.M. und E.L. Glaeser (1997), »Are Ghettos Good or Bad?«, *Quarterly Journal of Economics* 112(3), 827–872.
- Cutler, D.M., E.L. Glaeser und J.L. Vigdor (2008), »When Are Ghettos Bad? Lessons from Immigrant Segregation in the United States«, *Journal of Urban Economics* 63(3), 759–774.
- Danzer, A.M. und F. Yaman (2010), »Ethnic Concentration and Language Fluency of Immigrants in Germany«. IZA Discussion Paper No. 4742.

- Dee, T.S. (2005), »A Teacher Like Me: Does Race, Ethnicity, or Gender Matter?«, *American Economic Review* 95(2), 158–165.
- Ditton, H. und J. Aulinger (2011), »Schuleffekte und institutionelle Diskriminierung – eine kritische Auseinandersetzung mit Mythen und Legenden in der Schulforschung«, in: R. Becker (Hrsg.), *Integration durch Bildung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 95–119.
- Ditton, H., J. Krüsken und M. Schauenberg (2005), »Bildungsungleichheit – der Beitrag von Familie und Schule«, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 8(2), 285–304.
- Duleep, H.O. und M.C. Regets (1999), »Immigrants and Human-Capital Investment«, *American Economic Review* 89(2), 186–191.
- Dustmann, C. (1994), »Speaking Fluency, Writing Fluency and Earnings of Migrants«, *Journal of Population Economics* 7(2), 133–156.
- Dustmann, C. (1997), »The Effects of Education, Parental Background and Ethnic Concentration on Language«, *Quarterly Review of Economics and Finance* 37, 245–262.
- Dustmann, C. und F. Fabbri (2003), »Language Proficiency and Labour Market Performance of Immigrants in the UK«, *Economic Journal* 113(489), 695–717.
- Dustmann, C. und A. Glitzi (2011), »Migration and Education«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 4, Elsevier, 327–439.
- Dustmann, C. und N. Theodoropoulos (2010), »Ethnic Minority Immigrants and their Children in Britain«, *Oxford Economic Papers* 62(2), 209–233.
- Dustmann, C. und A. Van Soest (2002), »Language and the Earnings of Immigrants«, *Industrial and Labor Relations Review* 55(3), 473–492.
- Dustmann, C., T. Frattini und G. Lanzara (2012), »Educational Achievement of Second Generation Immigrants: An International Comparison«, *Economic Policy* 27(69), 143–185.
- Dustmann, C., A. Glitz und T. Frattini (2008), »The Labour Market Impact of Immigration«, *Oxford Review of Economic Policy* 24(3), 477–494.
- Dustmann, C., S. Machin und U. Schönberg (2010), »Ethnicity and Educational Achievement in Compulsory Schooling«, *The Economic Journal* 120(546), F272–F297.
- Entorf, H. und M. Lauk (2008), »Peer Effects, Social Multipliers and Migrants at School: An International Comparison«, *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34(4), 633–654.
- Entorf, H. und N. Minoiu (2005), »What a Difference Immigration Policy Makes: A Comparison of PISA Scores in Europe and Traditional Countries of Immigration«, *German Economic Review* 6(3), 355–376.
- Entwisle, D.R. und K.L. Alexander (1992), »Summer Setback: Race, Poverty, School Composition, and Mathematics Achievement in the First Two Years of School«, *American Sociological Review* 57(1), 72–84.
- Espenshade, T.J. und H. Fu (1997), »An Analysis of English-Language Proficiency among U.S. Immigrants«, *American Sociological Review* 62(2), 288–305.
- Esser, H. (2006), *Migration, Language and Integration*, AKI Research Review 4. Programme on Intercultural Conflicts and Societal Integration (AKI) Social Science Research Center Berlin.
- Fejgin, N. (1995), »Factors Contributing to the Academic Excellence of American Jewish and Asian Students«, *Sociology of Education* 68(1), 18–30.
- Fekjær, S.N. (2007), »New Differences, Old Explanations. Can Educational Differences between Ethnic Groups in Norway be Explained by Social Background?«, *Ethnicities* 7(3), 367–389.
- Fekjær, S.N. und G.E. Birkelund (2007), »Does the Ethnic Composition of Upper Secondary Schools Influence Educational Achievement and Attainment? A Multilevel Analysis of the Norwegian Case«, *European Sociological Review* 23(3), 309–323.
- Fernandez, R.M. und F. Nielsen (1986), »Bilingualism and Hispanic Scholastic Achievement: Some Baseline Results«, *Social Science Research* 15(1), 43–70.
- Frick, J.R. und G.G. Wagner (2001), »Economic and Social Perspectives of Immigrant Children in Germany«, IZA Discussion Paper No. 301.
- Fuchs, T. und L. Wößmann (2007), »What Accounts for International Differences in Student Performance? A Re-Examination Using PISA Data«, *Empirical Economics* 32, 433–464.
- Fulgini, A.J. (1997), »The Academic Achievement of Adolescents from Immigrant Families: The Roles of Family Background, Attitudes, and Behavior«, *Child Development* 68(2), 351–363.
- Gang, I.N. (1997), »Schooling, Parents and Country«, *Quarterly Journal of Economic Research* 66(1), 180–186.
- Gang, I.N. und K.F. Zimmermann (2000), »Is Child like Parent? Educational Attainment and Ethnic Origin«, *Journal of Human Resources* 35(3), 550–569.
- Gillborn, D. (1997), »Ethnicity and Educational Performance in the United Kingdom: Racism, Ethnicity, and Variability in Achievement«, *Anthropology & Education Quarterly* 28(3), 375–393.
- Glick, J.E. und M.J. White (2003), »The Academic Trajectories of Immigrant Youths: Analysis within and across Cohorts«, *Demography* 40(4), 759–783.
- Grogger, J. und G.H. Hanson (2011), »Income Maximization and the Selection and Sorting of International Migrants«, *Journal of Development Economics* 95(1), 42–57.
- Haisken-DeNew, J.P., F. Büchel und G.G. Wagner (1997), »Assimilation and other Determinants of School Attainment in Germany Do Immigrant Children Perform as well as Germans?«, *Quarterly Journal of Economic Research* 66(1), 169–179.
- Hao, L. und M. Bonstead-Bruns (1998), »Parent-Child Differences in Educational Expectations and the Academic Achievement of Immigrant and Native Students«, *Sociology of Education* 71(3), 175–198.
- Hao, L. und S.-L. Pong (2008), »The Role of School in the Upward Mobility of Disadvantaged Immigrants' Children«, *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 620(1), 62–89.
- Harris, A.L., K.M. Jamison und M.H. Trujillo (2008), »Disparities in the Educational Success of Immigrants: An Assessment of the Immigrant Effect for Asians and Latinos«, *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 620(1), 90–114.
- Haug, S. (2005), »Zum Verlauf des Zweitspracherwerbs im Migrationskontext«, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 8(2), 263–284.
- Heath, A.F., C. Rethon und E. Kilpi (2008), »The Second Generation in Western Europe: Education, Unemployment, and Occupational Attainment«, *Annual Review of Sociology* 34, 211–235.
- Herzog-Punzenberger, B. (2003), »Ethnic Segmentation in School and Labor Market: 40 Year Legacy of Austrian Guestworker«, *International Migration Review* 37(4), 1120–1144.
- Hirschman, C. (2001), »The Educational Enrollment of Immigrant Youth: A Test of the Segmented-Assimilation Hypothesis«, *Demography* 38(3), 317–336.
- Hirschman, C. und M.G. Wong (1986), »The Extraordinary Educational Attainment of Asian-Americans: A Search for Historical Evidence and Explanations«, *Social Forces* 65(1), 1–27.
- Huang, G.G. (2000), »Mathematics Achievement by Immigrant Children: A Comparison of Five English-speaking Countries«, *Education Policy Analysis Archives* 8(25), 1–14.
- Jakobsen, V. und N. Smith (2003), »The Educational Attainment of the Children of the Danish 'Guest Worker' Immigrants«, IZA Discussion Paper No. 749.
- Jonsson, J.O. und F. Rudolphi (2011), »Weak Performance-Strong Determination: School Achievement and Educational Choice among Children of Immigrants in Sweden«, *European Sociological Review* 27(4), 487–508.

- Kalter, F. und N. Granato (2007), »Educational Hurdles on the Way to Structural Assimilation in Germany«, in: A.F. Heath und S.Y. Cheung (Hrsg.), *Unequal Chances: Ethnic Minorities in Western Labour Markets*, Oxford University Press, Oxford, 271–319.
- Kamphoefner, W.D. (1994), »German American Bilingualism: cui malo? Mother Tongue and Socioeconomic Status among the Second Generation in 1940«, *International Migration Review* 28(4), 846–864.
- Kao, G. und J.S. Thompson (2003), »Racial and Ethnic Stratification in Educational Achievement and Attainment«, *Annual Review of Sociology* 29(1), 417–442.
- Kao, G. und M. Tienda (1995), »Optimism and Achievement: The Educational Performance of Immigrant Youth«, *Social Science Quarterly*, 76(1), 1–19.
- Kasinitz, P., J. Mollenkopf und M.C. Waters (2002), »Becoming American/ Becoming New Yorkers: Immigrant Incorporation in a Majority Minority City«, *International Migration* 36(4), 1020–1036.
- Kerr, S.P. und W.R. Kerr (2011), »Economic Impacts of Immigration: A Survey«, *Finnish Economic Papers* 24(1), 1–32.
- Khan, A.H. (1997), »Post-Migration Investment in Education by Immigrants in the United States«, *Quarterly Review of Economics and Finance* 37 (Special Issue), 285–313.
- Kilpi-Jakonen, E. (2011), »Continuation to Upper Secondary Education in Finland: Children of Immigrants and the Majority Compared«, *Acta Sociologica* 54(1), 77–106.
- Kiss, D. (2011), »Are Immigrants and Girls Graded Worse? Results of a Matching Approach«, *Education Economics*, im Erscheinen.
- Kogan, I. (2007), »Continuing Ethnic Segmentation in Austria«, in: A.F. Heath und S.Y. Cheung (Hrsg.), *Unequal Chances: Ethnic Minorities in Western Labour Markets*, Oxford University Press, Oxford, 103–141.
- Kristen, C. (2002), »Hauptschule, Realschule oder Gymnasium? Ethnische Unterschiede am ersten Bildungsübergang«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(3), 534–552.
- Kristen, C. (2006), »Ethnische Diskriminierung in der Grundschule? Die Vergabe von Noten und Bildungsempfehlungen«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58(1), 79–97.
- Kristen, C. (2008), »Primary School Choice and Ethnic School Segregation in German Elementary Schools«, *European Sociological Review* 24(4), 495–510.
- Kristen, C. und N. Granato (2007), »The Educational Attainment of the Second Generation in Germany: Social Origins and Ethnic Inequality«, *Ethnicities* 7(3), 343–366.
- Kristen, C., D. Reimer und I. Kogan (2008), »Higher Education Entry of Turkish Immigrant Youth in Germany«, *International Journal of Comparative Sociology* 49(2–3), 127–151.
- Kroneberg, C. (2008), »Ethnic Communities and School Performance among the New Second Generation in the United States: Testing the Theory of Segmented Assimilation«, *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 620(1), 138–160.
- Landale, N.S., R.S. Oropesa und D. Llanes (1998), »Schooling, Work, and Idleness among Mexican and Non-Latino White Adolescents«, *Social Science Research* 27(4), 457–480.
- Lazear, E.P. (1999), »Culture and Language«, *Journal of Political Economy* 107(S6), S95–S126.
- León, A. (2005), »Does »Ethnic Capital« Matter? Identifying Peer Effects in the Intergenerational Transmission«, unpublished Manuscript, MIT.
- Levels, M. und J. Dronkers (2008), »Educational Performance of Native and Immigrant Children from Various Countries of Origin«, *Ethnic and Racial Studies* 31(8), 1404–1425.
- Limbird, C. und P. Stanat (2006), »Sprachförderung bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund: Ansätze und ihre Wirksamkeit«, in: J. Baumert, P. Stanat und R. Watermann (Hrsg.), *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 257–307.
- Lüdemann, E. und G. Schwerdt (2013), »Migration Background and Educational Tracking: Is there a Double Disadvantage for Second-Generation Immigrants?«, *Journal of Population Economics* 26(2), 455–481.
- Luthra, R.R. (2010a), »Assimilation in a New Context: Educational Attainment of the Immigrant Second Generation in Germany«, ISER Working Paper No. 2010-21.
- Luthra, R.R. (2010b), »Intergenerational Returns to Migration? Comparing Educational Performance on Both Sides of the German Border«, ISER Working Paper No. 2010-34.
- Lutz, A. (2007), »Barriers to High-School Completion among Immigrant and Later-Generation Latinos in the USA: Language, Ethnicity and Socioeconomic Status«, *Ethnicities* 7(3), 323–342.
- Marks, G.N. (2006), »Ethnic and Racial Studies Accounting for Immigrant Non-Immigrant Differences in Reading and Mathematics in Twenty Countries«, *Ethnic and Racial Studies* 28(5), 925–946.
- McManus, W., W. Gould und F. Welch (1983), »Earnings of Hispanic Men: The Role of English Language Proficiency«, *Journal of Labor Economics* 1(2), 101–130.
- Mouw, T. und Y. Xie (1999), »Bilingualism and the Academic Achievement of First- and Second-Generation Asian Americans: Accommodation with or without Assimilation?«, *American Sociological Review* 64(2), 232–252.
- Müller, A.G. und P. Stanat (2006), »Schulischer Erfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund: Analysen zur Situation von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion und aus der Türkei«, in: J. Baumert, P. Stanat und R. Watermann (Hrsg.) *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 221–255.
- Perreira, K.M., K.M. Harris und D. Lee (2006), »Making it in America: High School Completion by Immigrant and Native Youth«, *Demography* 43(3), 511–536.
- Phalet, K., P. Deboosere und V. Bastiaenssen (2007), »Old and New Inequalities in Educational Attainment. Ethnic Minorities in the Belgian Census 1991–2001«, *Ethnicities* 7(3), 390–415.
- Portes, A. und L. Hao (2004), »The Schooling of Children of Immigrants: Contextual Effects on the Educational Attainment of the Second Generation«, *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 101(33), 11920–11927.
- Portes, A. und D. MacLeod (1996), »Educational Progress of Children of Immigrants: The Roles of Class, Ethnicity, and School Context«, *Sociology of Education* 69(4), 255–275.
- Portes, A. und R. Schauffler (1994), »Language and the Second Generation: Bilingualism Yesterday and Today«, *International Migration Review* 28(4), 640–661.
- Relikowski, I., T. Schneider und H.-P. Blossfeld (2010), »Primäre und sekundäre Herkunftseffekte beim Übergang in das gegliederte Schulsystem: Welche Rolle spielen soziale Klasse und Bildungsstatus in Familien mit Migrationshintergrund?«, in: T. Beckers, K. Birkelbach, J. Hagenah und U. Rosar (Hrsg.), *Komparative empirische Sozialforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 143–167.
- Riphahn, R.T. (2003), »Cohort Effects in the Educational Attainment of Second Generation Immigrants in Germany: An Analysis of Census Data«, *Journal of Population Economics* 16(4), 711–737.
- Riphahn, R.T. (2005), »Are there Diverging Time Trends in the Educational Attainment of Nationals and Second Generation Immigrants?«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 225(3), 325–346.
- Roscigno, V.J. (1998), »Race and the Reproduction of Educational Disadvantage«, *Social Forces* 76(3), 1033–1061.
- Roscigno, V.J. (2000), »Family/School Inequality and African-American/Hispanic Achievement«, *Social Problems* 47(2), 266–290.

- Rothon, C. (2007), »Can Achievement Differentials be Explained by Social Class Alone?: An Examination of Minority Ethnic Educational Performance in England and Wales at the End of Compulsory Schooling«, *Ethnicities* 7(3), 306–322.
- Rumberger, R.W. und J.D. Willms (1992), »The Impact of Racial and Ethnic Segregation on the Achievement Gap in California High Schools«, *Educational Evaluation and Policy Analysis* 14(4), 377–396.
- Sammons, P. (1995), »Gender, Ethnic and Socio-Economic Differences in Attainment and Progress: A Longitudinal Analysis of Student Achievement over 9 Years«, *British Educational Research Journal* 21(4), 465–485.
- Schmid, C.L. (2001), »Educational Achievement, Language-Minority Students, and the New Second Generation«, *Sociology of Education* 74 (Extra Issue), 71–87.
- Schneeweis, N. (2011), »Educational Institutions and the Integration of Migrants«, *Journal of Population Economics* 24(4), 1281–1308.
- Schnepf, S.V. (2002), »A Sorting Hat that Fails? The Transition from Primary to Secondary School in Germany«, Innocenti Working Paper No. 92.
- Schnepf, S.V. (2007), »Immigrants' Educational Disadvantage: An Examination across Ten Countries and Three Surveys«, *Journal of Population Economics* 20(3), 527–545.
- Schultz, T.P. (1984), »The Schooling and Health of Children of US Immigrants and Natives«, *Research in Population Economics* 5, 251–288.
- Segeritz, M., O. Walter und P. Stanat (2010), »Muster des schulischen Erfolgs von jugendlichen Migranten in Deutschland: Evidenz für segmentierte Assimilation?«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62(1), 113–138.
- Shamai, S. (1992), »Ethnicity and Educational Achievement in Canada – 1941–1981«, *Canadian Ethnic Studies* 24(1), 43–57.
- Simon, P. (2003), »France and the Unknown Second Generation: Preliminary Results on Social Mobility«, *International Migration Review* 37(4), 1091–1119.
- Smith, J.P. (2006), »Immigrants and the Labor Market«, *Journal of Labor Economics* 24(2), 203–234.
- Sprietsma, M. (2009), »Discrimination in Grading?: Experimental Evidence from Primary School«, ZEW Discussion Paper No. 09-074.
- Stanat, P. (2006), »Schulleistungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Die Rolle der Zusammensetzung der Schülerschaft«, in: J. Baumert, P. Stanat und R. Watermann (Hrsg.), *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 189–219.
- Sweetman, A. und G. Dicks (1999), »Education and Ethnicity in Canada: An Intergenerational Perspective«, *Journal of Human Resources*, 34(4), 668–696.
- Tarvenkorn, A. (2011), »Migranten in Deutschland. Ihre Rolle in der Gesellschaft und im deutschen Schul- und Ausbildungssystem«, in: R. Becker (Hrsg.), *Integration durch Bildung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 39–56.
- Timmerman, C., E. Vanderwaeren und M. Crul (2003), »The Second Generation in Belgium«, *International Migration Review* 37(4), 1065–1090.
- Tolsma, J., M. Coenders und M. Lubbers (2007), »Trends in Ethnic Educational Inequalities in the Netherlands: A Cohort Design«, *European Sociological Review* 23(3), 325–339.
- Tomlinson, S. (1991), »Ethnicity and Educational Attainment in England: An Overview«, *Anthropology & Education Quarterly* 22(2), 121–139.
- Vallet, L.-A. und J.-P. Caille (1999), »Migration and Integration in France. Academic Careers of Immigrants' Children in Lower and Upper Secondary Schools«, Paper präsentiert bei der ISA RC28 Conference in Libourne, France.
- Van De Werfhorst, H.G. und F. Van Tubergen (2007), »Ethnicity, Schooling, and Merit in the Netherlands«, *Ethnicities* 7(3), 416–444.
- van Ewijk, R. (2011), »Same Work, Lower Grade? Student Ethnicity and Teachers' Subjective Assessments«, *Economics of Education Review* 30(5), 1045–1058.
- van Ours, J.C. und J. Veenman (2003), »The Educational Attainment of Second-Generation Immigrants in The Netherlands«, *Journal of Population Economics* 16(4), 739–753.
- Verhoeven, L.T. (1994), »Transfer in Bilingual Development: The Linguistic Interdependence Hypothesis Revisited«, *Language Learning* 44(3), 381–415.
- Wakeling, P. (2009), »Are Ethnic Minorities Underrepresented in UK Postgraduate Study?«, *Higher Education Quarterly* 63(1), 86–111.
- Wang, J. und P. Goldschmidt (1999), »Opportunity to Learn, Language Proficiency, and Immigrant Status Effects on Mathematics Achievement«, *Journal of Educational Research* 93(2), 101–111.
- Westin, C. (2003), »Young People of Migrant Origin in Sweden«, *International Migration Review* 37(4), 987–1010.
- Worbs, S. (2003), »The Second Generation in Germany: Between School and Labor Market«, *International Migration Review* 37(4), 1011–1038.
- Zhou, M. (1997), »Segmented Assimilation: Issues, Controversies, and Recent Research on the New Second Generation«, *International Migration Review* 31(4), 975–1008.



Kürzlich wurde eine Prognos-Studie publiziert, welche die Vorteile eines Verbleibs Deutschlands im Euroraum zu berechnen versucht. Die Autoren gelangen zu dem Ergebnis, diese seien weitaus größer als die Nachteile, etwa die deutsche Haftung für die Schulden anderer Euroländer. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Exportüberschüsse, die sich aus der realen Abwertung für Deutschland aus der Euroeinführung ergeben haben. Der erste Teil dieses Beitrags setzt sich kritisch mit dieser Studie auseinander. Der zweite Teil des Beitrags ist grundsätzlicheren Inhalts. Anhand eines einfachen außenhandelstheoretischen Modells wird geprüft, inwieweit die reale Aufwertung einer Währung tatsächlich schädlich für Wohlstand und Arbeitsmarkt des betreffenden Landes ist. Das Ergebnis lautet, dass dies nicht der Fall ist. Eine reale Aufwertung bewirkt vielmehr grundsätzlich einen Wohlstandsgewinn für das aufwertende Land. Das gilt auch dann, wenn die Aufwertung allein aus den Finanzmärkten resultiert, der Wechselkurs also gewissermaßen »überschießt«. Der Grund für den Wohlstandsgewinn ist der Terms-of-Trade-Effekt: Den Exporteinbußen stehen nämlich sinkende Importpreise gegenüber, welche das Realeinkommen und damit die Inlandsnachfrage des aufwertenden Landes erhöhen. Es wird gezeigt, dass dadurch unter plausiblen Annahmen die Beschäftigungseinbußen im Export vollständig kompensiert werden, bei insgesamt höherem Wohlstandsniveau.

## Inhalt und Kritik der Prognos-Studie

Ende April 2013 erschien eine von Prognos erstellte Studie mit dem Titel »Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland« (Bertelsmann Stiftung 2013a). Demnach profitiere Deutschland »in erheblichem Maße« vom Euro, selbst wenn bis zu 60% der Forderungen gegenüber den vier südeuropäischen Krisenländern Griechenland, Portugal, Spanien und Italien abgeschrieben werden müssten. »Eine Rückkehr zur D-Mark würde erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Die Deutschen würden Einkommen und Arbeitsplätze verlieren«, heißt es dazu in einer Presseerklärung. Im Einzelnen wird ein langfristig um 0,5 Prozentpunkte niedrigeres Wachstum des BIP prognostiziert, verbunden mit dem Verlust von 200 000 Arbeitsplätzen. Dagegen ergebe sich bei Beibehaltung des Euro ein »Gewinn« von fast 1,2 Billionen Euro (aufaddiert für die Jahre 2013 bis 2025). Werde dieser Betrag auf alle Bundesbürger verteilt, so heißt es weiter, ergebe dies für den Fall eines Euroaustritts »einen kumulierten Einkommensverlust von 14 000 Euro pro Bundesbürger« (Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 1). Und weiter: »Verlasse Deutschland den Euro, würde die Währungsunion mit hoher Wahr-

scheinlichkeit vollständig zusammenbrechen. Die Folgen wären unkalkulierbar« (Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 4).

In der Öffentlichkeit haben diese Aussagen hohe Aufmerksamkeit erfahren. Sie sind auch für den Bundestagswahlkampf von hoher Relevanz, denn es gibt mit der *Alternative für Deutschland* zumindest eine ernstzunehmende Partei, welche sich explizit für eine geordnete Auflösung des Euroraums ausspricht. Im Folgenden wird geprüft, inwieweit sich für die oben zitierten Thesen tatsächlich Belege in der Studie finden und wie die wissenschaftliche Vorgehensweise einzuschätzen ist.

### *Berechnungsmodell ist nicht dokumentiert*

Es handelt sich hier um kein umfassendes Gutachten, sondern um eine lediglich 40 Seiten umfassende »Kurzstudie«, die keine detaillierten Angaben zu den Berechnungsmethoden enthält. Die zentralen Ergebnisse wurden mit Hilfe eines Prognos-eigenen, sogenannten VIEW-Modells ermittelt. Dazu wird lediglich mitgeteilt, es handele sich um ein »umfassendes makroökonomisches Modell, das 42 Länder und damit 90% der Weltwirt-

\* Prof. Dr. Ulrich van Suntum ist Geschäftsführender Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Münster, CAWM.

schaft« abdecke. Es behandle »neben der Entstehung und Verwendung der produzierten Güter und Dienstleistungen auch den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen und verbindet dabei alle beteiligten Länder systematisch über Exporte, Importe, Wechselkurse etc. miteinander« (Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 8). Weder im Quellenverzeichnis noch im Text noch auf der Prognos-Website finden sich nähere Angaben zu diesem VIEW-Modell. Es handelt sich insoweit bei dem zentralen Baustein der Studie um eine Black Box, die keiner wissenschaftlichen Beurteilung zugänglich ist. Es ist auch nicht erkennbar, ob das Modell überwiegend auf keynesianischen Multiplikatoren beruht oder ob es auch angebots- und zahlungsbilanztheoretische Zusammenhänge wie die Substituierbarkeit von Exporten durch inländische Investitionen enthält, obwohl dies für die Beurteilung der Ergebnisse von entscheidender Bedeutung ist.

Während in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, die Studie behandle die Folgen einer Rückkehr zur D-Mark, stellt sich bei näherer Lektüre heraus, dass dies gar nicht der Fall ist.<sup>1</sup> Dazu heißt es vielmehr, diese könnten »nicht seriös geschätzt« werden, da es dann »mit hoher Wahrscheinlichkeit« zu einem Zusammenbruch des Eurosystems insgesamt komme mit »unkalkulierbar(en)« Folgen (Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 4). Keine dieser Aussagen wird jedoch belegt, weder mit eigenen Berechnungen noch mit Verweis auf andere Studien. Es handelt sich offenbar um reine Mutmaßungen, die keinen Zusammenhang mit dem eigentlichen Inhalt der Studie haben. Dieser bezieht sich nämlich ausdrücklich nur auf die langfristigen Vorteile des Euro für Deutschland, und zwar für den Zeitraum bis 2025. Problematisch ist dabei die Verwendung des doppeldeutigen Begriffs »unkalkulierbar«, der sowohl »immens hoch« als auch »nicht seriös berechenbar« bedeuten kann. Während sich die Autoren der Studie offenbar auf die zweite Interpretation beziehen, ist in der Öffentlichkeit überwiegend die erste Interpretation angekommen, mit erheblichem Effekt auf die politische Diskussion.

#### *Teilweise nicht nachvollziehbare Berechnung der Vorteile des Euro*

Was die Studie tatsächlich behandelt, sind Langfristszenarien, zum einen mit Beibehaltung des Euro, zum anderen unter der Hypothese, dass es den Euro gar nicht gebe. Die Verfasser beziehen sich hier methodisch und inhaltlich ausdrücklich auf entsprechende Untersuchungen u.a. des BDI und des Sachverständigenrates, welche vor Einführung des Euro erstellt wurden. Dabei stellen sie drei Vorteile einer gemeinsamen Währung in den Vordergrund:

<sup>1</sup> Darauf wird sowohl in der Studie (Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 4) als auch im Policy Brief (Bertelsmann Stiftung 2013b, S.3) zwar ausdrücklich hingewiesen, es ist aber in der öffentlichen Wahrnehmung überwiegend nicht angekommen.

- Der Euro senkt die Transaktionskosten für Verbraucher und Unternehmen, da die Kosten und Mühen der Währungsumrechnung innerhalb des Euroraums entfallen. Dieser ohne weiteres plausible und jedermann einsichtige Effekt wird unter Bezugnahme auf ältere Studien mit 0,5% des BIP bzw. 12 Mrd. Euro pro im Jahr 2013 angesetzt. Das mag in der Größenordnung plausibel sein, ergibt sich aber nicht aus eigenen Berechnungen, sondern geht als reine Setzung in das Modell ein (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 10).
- Als zweiten Vorteil nennen die Autoren den vermutlich geringeren Wechselkurs des Euro gegenüber anderen Währungen, verglichen mit der D-Mark. Erwartet wird eine reale Aufwertung der D-Mark um 23%, während für den Euro eine reale Abwertung von 7% angenommen wird. Mithin werde der deutsche Export durch den Euro begünstigt, und dies scheint auch der wesentliche Wirkungskanal zu sein, der dann im VIEW-Modell zu den erwähnten Wachstums- und Arbeitsplatzeffekten führt.
- Ein dritter Vorteil der Währungsunion wird darin gesehen, dass die internationale Preistransparenz und Wettbewerbsintensität dadurch steige. Das ist ein quantitativ schwer zu ermittelnder und wahrscheinlich minder bedeutsamer Effekt, zumal den höheren Konsumentenpreisen entsprechende Mehreinnahmen der Unternehmen gegenüberstehen, worauf auch hingewiesen wird. Es ist den Autoren zwar zuzustimmen, dass unter dem Strich daraus ein volkswirtschaftlicher Nachteil verbleibt. Der Preissteigerungseffekt wird aber im Modell nicht berechnet, sondern ist durch einfache Setzung eines Preisaufschlages bzw. Mark-ups (in nicht genannter Höhe) von außen eingefügt worden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 10).

Ergänzend wird noch die These aufgestellt, eine (reale) Aufwertung der wiedereingeführten D-Mark führe zu Verlusten bei den in Euro nominierten Auslandsvermögen der Deutschen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 11). Das ist jedoch ein Denkfehler, da es nur auf den Wert der Auslandsforderungen in realen Gütereinheiten ankommt. Dieser aber bleibt bei einer realen Aufwertung der D-Mark unverändert, so dass dieses Argument zu Recht offenbar keinen weiteren Eingang in die Berechnungen (wohl aber öffentliche Aufmerksamkeit) gefunden hat.<sup>2</sup>

Insgesamt werden die Vorteile der gemeinsamen Währung in der Studie zwar qualitativ überwiegend zutreffend beschrieben. Die Quantifizierung beruht jedoch mit Ausnahme der verhältnismäßig geringen Transaktionskostenspar-

<sup>2</sup> Den Zusammenhang verdeutlicht folgendes Beispiel: Anfangs sei 1 DM = 1 Euro, dann werde die D-Mark um 25% auf, d.h. 100 Euro nominales Auslandsvermögen sind nur noch 80 DM wert. Da es sich um eine reale, d.h. nicht durch Inflationsdifferenzen bewirkte Aufwertung handeln soll, kann man aber für 80 DM immer noch die gleiche Gütermenge kaufen wie für 100 Euro. Es ist also durch die Aufwertung kein realer Verlust eingetreten.

nisse überwiegend auf kaum nachvollziehbaren Setzungen. So wird der erwartete (langfristige!) Aufwertungseffekt der D-Mark wie folgt abgeleitet (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 11):

»Zur Abschätzung des hypothetischen Wechselkurses einer heutigen D-Mark greifen wir auf die historische Entwicklung des realen Wechselkurses seit 1999 zurück. Seit Einführung der Gemeinschaftswährung fiel der reale Wechselkurs Deutschlands um 23%. Der reale Wechselkurs des übrigen Euroraums als Aggregat wertete hingegen um 7% auf. Würde eine eigene deutsche Währung entsprechend aufwerten und der Euro (ohne Deutschland) entsprechend abwerten, wäre das reale Wechselkursniveau von 1999 wieder erreicht.«

Hier wird also einfach die Preisniveaumentwicklung von Deutschland bzw. dem übrigen Euroraum seit 1999 als Prognose für die vermutete reale D-Mark-Aufwertung genommen. Eine nähere Begründung oder ökonomische Berechnung wird dafür nicht geliefert. Zwar kann man für eine plötzliche Rückkehr zur D-Mark durchaus ein erhebliches Überschießen ihres Wechselkurses gegenüber den Inflationsdifferenzen vermuten. Aber dieser Effekt müsste völlig anders abgeschätzt werden und steht zudem hier gar nicht zur Debatte, da es in der Studie ja gerade um langfristige Wirkungen gehen soll. Damit erweist sich eine zentrale Annahme für die weiteren Prognos-Berechnungen als unmotiviert.

#### ***Vernachlässigung zentraler zahlungsbilanztheoretischer Zusammenhänge***

Wie bereits erwähnt, resultieren die behaupteten Wachstumseinbußen von 0,5 Prozentpunkten pro Jahr offenbar hauptsächlich aus Exportrückgängen infolge einer aufwertenden D-Mark. Die Autoren erwähnen zwar die berechtigte Kritik etwa von Hans-Werner Sinn an dieser Sichtweise, dass nämlich die Finanzierung von Exportüberschüssen inländisches Kapital bindet, welches ebenso gut in Inlandsinvestitionen fließen könnte und vielleicht sogar sollte. Dann käme es aber keineswegs zwangsläufig zu Arbeitsplatzverlusten, das Inland würde vielmehr die von ihm produzierten Güter vermehrt selbst verbrauchen und wohlstandsmäßig im Zweifel dabei sogar besser stehen. Das gilt insbesondere auch dann, wenn der Gegenwert der Exportüberschüsse in bloßen Target-Salden ohne reale Einlösbarkeit besteht (vgl. Sinn 2010). Zudem weist Sinn völlig zu Recht auf den wohlfahrtssteigernden Effekt sinkender Importpreise im Falle einer realen Aufwertung hin.

Die Verfasser zitieren zwar diese Kritik, relativieren sie aber sofort als wissenschaftlich umstritten, wobei als einziger Beleg dafür eine Publikation des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung ange-

führt wird (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 11). Vor allem aber haben diese von Sinn völlig zu Recht betonten zahlungsbilanztheoretischen Zusammenhänge offenbar keine Berücksichtigung in den Berechnungen des VIEW-Modells gefunden.<sup>3</sup>

Berücksichtigt wird lediglich ein anderer Effekt zugunsten der D-Mark, nämlich das dann vermutlich niedrigere Zinsniveau in Deutschland gegenüber dem Euroscenario. Dieser Effekt führt sogar zu einem kurzfristigen Wachstumsschub im VIEW-Modell, tritt dann aber zugunsten der negativen Wirkungen des Exportrückgangs stark zurück. Warum das so ist und welche Vorgänge sich in dieser zentralen Frage in diesem Modell abspielen, bleibt leider unerläutert. Ebenso werden keinerlei Sensitivitätsrechnungen vorgelegt, man erfährt auch nichts über die im Modell verwendeten Gleichungen, Parameter und Wirkungskanäle. Angesichts der politischen Bedeutung der Ergebnisse sind das unverzeihliche Versäumnisse. Die Ergebnisse eines nirgendwo dokumentierten Modells sind wissenschaftlich ohne jede Aussagekraft.

#### ***Verwechslung von brutto und netto, Umsatz und Gewinn***

In mehrfacher Hinsicht fehlerhaft ist auch die Berechnung der Vorteile, welche sich nach der Studie für den einzelnen Bürger aus dem Euro ergeben sollen. So wird für das Prognoseendjahr 2013 ein um rund 2 200 Euro höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ausgewiesen als im D-Mark-Fall. Kommentiert wird dies wie folgt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 23):

»Im Jahr 2025 stehen einem durchschnittlichen Bundesbürger in der Basisprognose im Durchschnitt rund 2 200 Euro mehr an jährlichem Einkommen zur Verfügung als im D-Mark-Szenario.«

Hier wird zum einen brutto mit netto und zum anderen Produktion mit verfügbarem Einkommen verwechselt. Denn das BIP gibt lediglich die inländische Bruttonproduktion (d.h. vor Abschreibungen) an und nicht das verfügbare Einkommen, schon gar nicht das der privaten Haushalte. Ein Blick in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt, dass z.B. für 2012 dem BIP in Höhe von 2 644 Euro ein verfügbares Einkommen der privaten Haushalte von nur 1 697 (= 64% des BIP) gegenübersteht, das verfügbare Einkommen der Gesamtwirtschaft betrug 2 262 Euro (= 86% des BIP). Daher wären die ausgewiesenen Einkommensvorteile, sofern sie denn überhaupt existieren, entsprechend zu kürzen gewesen.

Darüber hinaus ist die Rechnung aber auch deswegen schief, weil für diese Einkommenszuwächse ja auch gearbeitet und

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch den zweiten Teil des vorliegenden Beitrags.

gespart werden muss. Sie können also z.B. nicht einfach gegen die Verluste aufgerechnet werden, welche aus Forderungsausfällen gegenüber den Problemländern oder aus der Entwertung von Ersparnissen durch finanzielle Repression infolge der aktuellen Niedrigzinspolitik resultieren. Einfach ausgedrückt: Wenn der deutsche Bäcker 1 000 Euro seines Vermögens für die Rettung von Griechenland verliert, wird dies nicht schon dadurch kompensiert, dass er dann vielleicht auch für 1 000 Euro mehr Brötchen an griechische Kunden verkaufen kann.

Es kommt hinzu, dass die errechneten Einkommenszuwächse überwiegend erst in künftigen Jahren anfallen und dementsprechend abgezinst werden müssen. In der Studie findet sich aber kein Hinweis darauf, dass eine Abdiskontierung erfolgt wäre. Das hat erheblichen Einfluss auf die Größenordnungen. So sind die für 2025 genannten 2 200 Euro pro Bundesbürger selbst bei vorsichtiger Abzinsung mit lediglich 3% pro Jahr aus heutiger Sicht nur mit 1 543 Euro bzw. rund 70% ihres Nominalwertes anzusetzen.

Insgesamt sind schon allein diese handwerklichen Fehler ausreichend, um die in der Studie angegebenen Zahlenangaben zu disqualifizieren.

#### *Nicht-Berücksichtigung zentraler Nachteile des Euro*

Die Prognos-Studie stellt den behaupteten Vorteilen des Euro auch einige vermeintliche Nachteile gegenüber. Insbesondere wird ein Schuldenschnitt von 60% für die privaten und öffentlichen Forderungen der vier Problem-Euroländer Griechenland, Portugal, Spanien und Italien angenommen und berechnet, was zu entsprechenden Abschreibungen der deutschen privaten und öffentlichen Gläubiger führe. Diese Abschreibungen werden dann aber nicht als Vermögensverlust verbucht, sondern es werden lediglich ihre indirekten Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum berücksichtigt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 27). Letztere sind ausweislich der Berechnungen vernachlässigbar gering und relativieren daher kaum die positiven Wirkungen eines Verbleibs im Euroraum.

Dieses Vorgehen ist aus mehreren Gründen fehlerhaft:

- Einerseits müsste man Abschreibungen auf Auslandsforderungen, wenn man sie schon als Kosten des Euro interpretiert, mit dem vollen Abschreibungsbetrag ansetzen, denn es handelt sich um reale Vermögensverluste.
- Andererseits fallen diese Abschreibungen aber auch dann an, wenn Deutschland zur D-Mark zurückkehrt, so dass sie eigentlich wenig mit der in der Studie behandelten Frage zu tun haben.
- Allerdings wäre es ohne den Euro und die damit verbundenen, billigen Verschuldungsmöglichkeiten der früheren Schwachwährungsländer vermutlich gar nicht zu der

Staatsschuldenkrise in Europa gekommen. Die Rückkehr zur D-Mark kann an dem bereits eingetretenen Schaden zwar nichts mehr ändern, wohl aber zukünftige Schäden zumindest für Deutschland begrenzen.

Die wichtigsten ökonomischen Argumente der Befürworter einer Rückkehr zur D-Mark werden in der Prognos-Studie dagegen gar nicht behandelt:

- So gäbe eine eigene Währung der Deutschen Bundesbank die Kontrolle über die deutschen Zinsen und die deutsche Inflationsrate zurück. Die schleichende Enteignung der Sparer durch künstlich erzeugte Niedrigzinsen, welche nicht einmal die Inflationsrate kompensieren, könnte damit zumindest in Deutschland beendet werden.
- Der Kauf deutscher Produkte durch andere Länder mit inflationär vermehrten Euro im Austausch gegen marode Schuldpapiere wäre bei Wiedereinführung einer eigenen Währung nicht mehr möglich. Auch der Gefahr eines deutlichen Anstiegs der Inflationsrate aufgrund der aufgeblähten Euro-Geldmenge könnte dadurch entgegengewirkt werden.
- Die Erpressbarkeit Deutschlands für immer neue Rettungsaktionen über ESM, EFSF und EZB würde abnehmen. Zugleich würde der Weg für andere Euroländer, durch Einführung eigener Währungen wieder wettbewerbsfähiger zu werden, erleichtert.

Auf die Frage, wie denn eine Rückkehr zur D-Mark konkret aussehen könnte, geht die Studie nicht ein. Für die Aufwertungseffekte macht es aber einen entscheidenden Unterschied, ob ein solcher Schritt abrupt oder verteilt über viele Jahre erfolgen würde, etwa durch Einführung der D-Mark zunächst als Parallelwährung (vgl. van Suntum 2012). Damit geht die Prognos-Studie an den wirklich entscheidenden Fragen vorbei.

#### *Fazit zur Prognos-Studie*

Die Prognos-Studie ist nicht geeignet, zur Diskussion um die Rückkehr zur D-Mark Relevantes beizutragen. Zum einen hat sie eine solche Rückkehr gar nicht zum Inhalt, sondern beschränkt sich ausdrücklich auf eine allgemeine Berechnung der langfristigen Vorteile der gemeinsamen Währung in Europa. Zum zweiten sind diese Vorteile nicht in wissenschaftlich nachvollziehbarer Weise dokumentiert, sondern beruhen entweder auf reinen Setzungen oder auf nicht überprüfbaren Berechnungen eines undokumentierten makroökonomischen Modells. Die dabei unterstellten Wirkungskanäle werden weder genannt noch kritisch diskutiert. Sie beruhen offensichtlich auf einem recht kruden keynesianischen Denken, das zentrale Zahlungsbilanzzusammenhänge negiert. Zudem gibt es weder Sensitivitätsberechnungen noch eine Dokumentation der verwendeten Daten und Parameter. Hinzu kommen handwerkliche Feh-

ler wie die Verwechslung von Bruttoinlandsprodukt und Verfügbarem Einkommen und das Versäumen, künftige Erträge abzuzinsen. Das ist umso bedenklicher, als die publizistische und politische Resonanz der Studie beträchtlich gewesen ist.

**Warum dauerhafte Exportüberschüsse unseren Wohlstand mindern und eine reale Aufwertung keine Arbeitsplätze kostet**

Im Folgenden werden anhand eines einfachen Außenhandelsmodells<sup>4</sup> einige grundsätzliche Zusammenhänge zwischen Wechselkurs, Leistungsbilanzsaldo und Wohlstand aufgezeigt. Obwohl sie für die hier behandelte Thematik von zentraler Bedeutung und überwiegend außenhandelstheoretisches Allgemeingut sind, werden sie in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet. Dies führt zu gänzlich falschen Schlussfolgerungen, was etwa die Auswirkungen eines Exportrückgangs infolge einer Aufwertung betrifft.

Wir betrachten zwei Länder, z.B. Deutschland (Land 1) und Italien (Land 2). Jedes Land produziert jeweils ein eigenes Güterbündel (X bzw. Y), konsumiert jedoch beide Güterbündel, so dass es zu Außenhandel kommt. Jedes Land hat jeweils eine eigene Währung (DM bzw. Euro), wobei der Fall der Währungsunion durch einen festen Wechselkurs von 1 dargestellt werden kann. Beide Länder setzen Arbeit (A) als Produktionsfaktor ein, die anderen Produktionsfaktoren werden nicht explizit betrachtet. Der nationale Nominallohnsatz (w) bestimmt gemäß der Grenzproduktivitätstheorie das nationale Beschäftigungsniveau.

Wir behandeln die zentrale Frage, wie sich eine Erhöhung des realen Wechselkurses der DM auf das Lohnniveau, die Warenströme und den Wohlstand der beiden Länder auswirkt. Wir nehmen dabei zunächst – ganz im Sinne der Kritiker einer Rückkehr zur D-Mark – an, dass der reale Wechselkurs im Modell exogen ist, da er vor allem von den Finanzmärkten abhängt. So wird ja für den Fall einer Rückkehr zur D-Mark eine starke reale Aufwertung befürchtet, weil die Finanzmärkte der D-Mark mehr vertrauen als dem Euro.<sup>5</sup>

Wir unterstellen folgende einfache Produktionsfunktion für Deutschland (1) bzw. Italien (2):

$$(1; 1) X = a_1 A_1^\alpha$$

$$(1; 2) Y = a_2 A_2^\beta$$

wobei die Exponenten jeweils zwischen 0 und 1 liegen und die eingesetzten Arbeitsmengen A vom Lohnsatz abhängen. Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass hierfür nur der Preis des jeweils im Inland erstellten Gutes eine Rolle spielt, denn nur dieser bestimmt das Grenzwertprodukt und damit die maximal tragbaren realen Arbeitskosten:

$$(2; 1) \frac{w_1}{p_x} = \frac{\partial X}{\partial A_1} = \alpha a_1 A_1^{\alpha-1}$$

$$(2; 2) \frac{w_2}{p_y} = \frac{\partial Y}{\partial A_2} = \beta a_2 A_2^{\beta-1}$$

Bei gegebener Produktionstechnologie ist der vollbeschäftigungskonforme *Produzentenreallohn* daher konstant. Dagegen geht in den für den Lebensstandard der Beschäftigten *Konsumentenreallohn* auch der Preis des Importgutes mit ein. Da bei einer realen Aufwertung der Inlandswährung die Importpreise sinken, steigen somit die für den Wohlstand relevanten Konsumentenreallöhne, während gleichzeitig die für die Beschäftigung relevanten Produzentenreallöhne unverändert bleiben. Dieser häufig übersehene Unterschied ist der Schlüssel zum Verständnis der im Folgenden abgeleiteten Ergebnisse.

Wir definieren den nominalen Wechselkurs als

$$k \equiv DM / Euro$$

d.h. er gibt den Preis eines Euro in DM an. Die von den beiden Ländern jeweils konsumierten Gütereinheiten bezeichnen wir mit den entsprechenden Kleinbuchstaben, d.h.  $y_1$  ist z.B. die Menge des von Deutschen konsumierten Importgutes aus Italien. Die Budgetbeschränkung für die Gesamtheit der Bürger (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) der beiden Länder lautet dann wie folgt:

$$(3; 1) p_x X = p_x x_1 + k p_y y_1 + S_1$$

$$(3; 2) p_y Y = \frac{p_x}{k} x_2 + p_y y_2 + S_2$$

Dabei ist die Budgetbeschränkung für Deutschland in DM, diejenige für Italien in Euro ausgedrückt. Die Preise  $p_x$  bzw.  $p_y$  sind jeweils in Landeswährung (also DM bzw. Euro) definiert.  $s_1$  bzw.  $s_2$  sind die Leistungsbilanzsalden der beiden Länder, die natürlich spiegelbildlich sein müssen. Dabei ist aber die unterschiedliche Währungseinheit zu beachten, d.h. es gilt

$$(4) S_1 = -k S_2$$

Die Nachfrage nach den beiden Gütern hängt in beiden Ländern vom Preisverhältnis ab, wobei wiederum der Wechselkurs zur Umrechnung des jeweiligen Importgutpreises in

<sup>4</sup> Das Modell kann als Excel-Datei auf der Homepage des CAWM heruntergeladen werden: (www.cawm.de).  
<sup>5</sup> Der reale Wechselkurs kann auch realwirtschaftlich bedingt steigen, z.B. weil die Beliebtheit deutscher Produkte zunimmt. Dann gelten alle im Folgenden abgeleiteten Zusammenhänge in verstärktem Maße.

die Landeswährung benötigt wird. In Übereinstimmung mit der gängigen Konsumtheorie nehmen wir folgende Nachfragestruktur an:<sup>6</sup>

$$(5; 1) \frac{x_1}{y_1} = b_1 \frac{kp_y}{p_x}$$

$$(5; 2) \frac{x_2}{y_2} = b_2 \frac{kp_y}{p_x}$$

Dabei geben die Parameter  $b$  an, wie stark die Konsumenten jeweils das (deutsche) Gut  $X$  gegenüber dem (italienischen) Gut  $Y$  prafieren. Es ist plausibel anzunehmen, dass die Konsumenten bei gleichem Preis jeweils die Güter des eigenen Landes bevorzugen, d.h. es gilt  $0 < b_2 < 1 < b_1$ .

Durch Einsetzen der Gleichungen (5) in die Budgetgleichungen (3) erhält man für die nachgefragten Gütermengen des (in Italien produzierten) Gutes  $Y$ :

$$(6; 1) y_1 = \frac{p_x X - S_1}{kp_y(1 + b_1)}$$

$$(6; 2) y_2 = \frac{p_y Y - S_2}{p_y(1 + b_2)}$$

Analog erhält man für die nachgefragten Mengen des deutschen Gutes  $X$ :

$$(7; 1) x_1 = \frac{p_x X - S_1}{p_x(1 + 1/b_1)}$$

$$(7; 2) x_2 = \frac{p_y Y - S_2}{p_y(1 + 1/b_2)}$$

Aus der Verbindung von Produktions- und Nachfrageseite kann man nun den jeweiligen nominalen Wechselkurs  $k$  sowie die (realen) Leistungsbilanzsaldo der beiden Länder errechnen. Wie zu zeigen sein wird, hängen letztere vom realen Wechselkurs ab.

Die nachgefragten Gütermengen müssen der Summe der jeweiligen Produktionsmengen entsprechen, d.h.

$$(8; 1) X = x_1 + x_2$$

$$(8; 2) Y = y_1 + y_2$$

Durch Einsetzen der Gleichungen (6) in (8; 1) erhält man unter Beachtung von (4) für den *nominalen* Leistungsbilanzsaldo Deutschlands (in DM) schließlich:

$$(9) S_1 = \frac{Ykp_y(1 + b_1)b_2 - p_x X(1 + b_2)}{(b_1 - b_1)}$$

Der für Beschäftigung und Wohlstand entscheidende *reale* Leistungsbilanzsaldo (in deutschen Gütereinheiten gemessen) ergibt sich daraus als

$$(10) \frac{S_1}{p_x} = \frac{Y \frac{kp_y}{p_x} (1 + b_1)b_2 - X(1 + b_2)}{(b_1 - b_1)} \\ = \frac{Y}{k_{r,DM}} (1 + b_1)b_2 - X(1 + b_2) \\ = \frac{Y}{k_{r,DM}} (b_1 - b_1)$$

Wie man an dem unteren Term in (10) sofort erkennt, hängt der deutsche Leistungsbilanzsaldo eindeutig negativ vom realen Wechselkurs der DM ab, denn letzterer ist wie folgt definiert:

$$(11) k_{r,DM} \equiv \frac{p_x}{kp_y}$$

Der reale Wechselkurs entspricht also dem Preisverhältnis des deutschen zu dem italienischen Gut, jeweils ausgedrückt in der gleichen Währung (hier in DM). Er bezeichnet damit hier nichts anderes als die Terms of Trade, also das Preisverhältnis unserer Exportgüter zu den von uns importierten Gütern.

Es liegt auf der Hand, dass der deutsche Leistungsbilanzsaldo ( $S_1$ ) umso kleiner (und ggfs. sogar negativ) wird, je teurer unser Gut gegenüber dem ausländischen Konkurrenzgut wird, so wie es aus (10) auch hervorgeht. Genau dies ist die Sorge derjenigen, die vor einer Rückkehr zur DM und der damit erwarteten Aufwertungstendenz warnen. Dann würden nach dieser gängigen Auffassung also entweder Beschäftigungseinbußen oder Lohnneinbuen hingenommen werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.

Scheinbar bzw. auf den ersten Blick bestätigt unser Modell also diese Sorge. In Wahrheit sagt es aber das genaue Gegenteil aus! Denn was die Kritiker einer realen Aufwertung in aller Regel übersehen, ist die wohlstandsfordernde Wirkung der sinkenden Importpreise. Dieser Effekt ist unausweichlich mit einer realen Aufwertung verbunden, denn eine Verbesserung der Terms of Trade bedeutet gemäß (11) definitionsgemäß, dass das von uns importierte Gut gegenüber dem von uns exportierten Gut billiger wird. Wenn wir also z.B. vorher für ein Kilo italienische Tomaten ein Kilo Kartoffeln bezahlen mussten, dann kosten sie uns nach

<sup>6</sup> Eine solche Nachfragefunktion ergibt sich z.B. bei Annahme einer Cobb-Douglas-Nutzenfunktion.

der DM-Aufwertung eben z.B. nur noch ein halbes Kilo Kartoffeln. Das ist offenbar wohlstandssteigernd für Deutschland insgesamt.

Aber gilt das auch für Beschäftigungschancen und Reallohn der Arbeitnehmer? Die Antwort lautet ja. Halten wir zur Veranschaulichung den DM-Preis des Inlandsgutes<sup>7</sup> konstant, z.B. bei  $p_x = 1$ . Dann folgt aus einer realen Aufwertung der DM gemäß (11), dass der in DM gemessene Preis des Importgutes sinkt. Da der Preis des Inlandsgutes konstant bleibt, gilt dies auch für den vollbeschäftigungskonformen Produzentenreallohn gemäß (2). Also können und werden auch die Nominallöhne im Inland unverändert bleiben, ohne dass die Beschäftigung sinkt. Das aber heißt, dass das Reallohniveau der deutschen Konsumenten steigt, denn der Preis der Importgüter sinkt bei unverändertem Preis des Inlandsgutes und unverändertem Nominallohn.

Es kommt zwar tatsächlich zu einem Rückgang der von Deutschland exportierten Gütermenge. Aber wegen des gestiegenen Reallohniveaus können und werden die deutschen Konsumenten entsprechend mehr inländische Güter kaufen. Dies wiederum sichert die Beschäftigung in der deutschen Wirtschaft, die jetzt vermehrt für das Inland und weniger stark für das Ausland produziert. Zwar wirkt der

<sup>7</sup> Die nominalen Preise der beiden Güter in Landeswährung können in diesem Modell frei gewählt werden, sie beeinflussen nur den nominalen Wechselkurs, nicht aber den realen Wechselkurs oder irgendwelche anderen realen Variablen wie Beschäftigung und Wohlstandsniveau in Gütereinheiten.

Substitutionseffekt in beiden Ländern zulasten des teurer gewordenen (deutschen) Gutes, aber die Realeinkommensumverteilung zwischen den beiden Ländern wirkt in die gegenteilige Richtung: Da die (ärmer gewordenen) Italiener das italienische Gut, die (reicher gewordenen) Deutschen aber das deutsche Gut bevorzugen, ergibt sich daraus ein Nachfrageplus zugunsten des deutschen Gutes, der den Substitutionseffekt bei gegebenem Reallohn gerade kompensiert (s.u.).

Der ganze Vorgang ist insoweit eindeutig wohlfahrtssteigernd für Deutschland, nicht jedoch für das (nur scheinbar durch die Euro-Abwertung begünstigte) Ausland. Oder wie es in der FAZ einmal ausgedrückt wurde: Nach einer realen Aufwertung produzieren wir nicht weniger Porsches als vorher, wir fahren sie nur jetzt auch selbst.<sup>8</sup>

**Beispiel 1:**  
*Reale Aufwertung der DM aufgrund des Finanzmarktes*

Tabelle 1 zeigt ein Beispiel, das mit Hilfe des hier vorgestellten Modells berechnet wurde und die soeben beschriebenen Zusammenhänge illustriert. In den ersten beiden Zahlenspalten ist die Situation Deutschlands und Italiens im gemeinsamen Währungsraum beispielhaft dargestellt: Es gibt anfangs keinen Wechselkursunterschied zwischen DM und Euro, da annahmegemäß eine Währungsunion besteht.

<sup>8</sup> Angeblich soll dagegen derzeit Athen die europäische Hauptstadt mit der größten Dichte von Porsche-Cayenne pro Einwohner sein, weit vor vergleichbaren deutschen Metropolen.

**Tab. 1**  
**Beispiel 1: Reale Aufwertung der DM aufgrund des Finanzmarktes**

	Vor realer DM-Aufwertung		Nach realer DM-Aufwertung	
	Deutschland (DM = Euro)	Italien (Euro)	Deutschland (DM)	Italien (Euro)
Realer Wechselkurs $(p_x)/(k \cdot p_y)$ bzw. $p_y \cdot k / p_x$	0,67	1,50	1,00	1,00
Produktionsparameter $a$	10,00	10,00	10,00	10,00
Nachfragestrukturparameter $b$	2,00	0,50	2,00	0,50
Exponenten $\alpha$ bzw. $\beta$	0,50	0,50	0,50	0,50
Güterpreise in Landeswährung $p_x$ bzw. $p_y$	1,00	1,50	1,00	1,50
Nominaler Wechselkurs $k_{DM} = \text{DM/Euro}$ bzw. $k_{\text{€}} = \text{Euro/DM}$	1,00	1,00	0,67	1,50
Leistungsbilanzsaldo in Landeswährung $S_1$ bzw. $S_2$	70,71	- 70,71	0,00	0,00
Leistungsbilanzsaldo real $(S_1/p_x$ bzw. $S_2/p_y)$	70,71	- 47,14	0,00	0,00
Nachgefragte Gütermengen $x_1$ bzw. $x_2$	47,14	94,28	94,28	47,14
Nachgefragte Gütermengen $y_1$ bzw. $y_2$	15,71	125,71	47,14	94,28
Produzierte Gütermengen $X$ bzw. $Y$	141,42	141,42	141,42	141,42
Beschäftigte Arbeitskräfte $A_1$ bzw. $A_2$	200,00	200,00	200,00	200,00
Nominallohn $w$ (in jeweils eigener Währung)	0,35	0,53	0,35	0,53
Reallohn in eigenen Preisen $w_1/P_x$ bzw. $w_2/P_y$	0,35	0,35	0,35	0,35
Reallohn in Importpreisen $w_1/P_y$ bzw. $w_2/P_x$	0,24	0,53	0,35	0,35

Blau = exogene, schwarz = endogene Variable.

Quelle: Berechnungen des Autors.

Aber aufgrund des höheren Preisniveaus in Italien hat Deutschland einen Exportüberschuss in Höhe von  $S_1 = 70,71$ , während Italien ein entsprechendes Leistungsbilanzdefizit aufweist (vgl. Zeile 7). In beiden Ländern werden jeweils 200 Beschäftigte eingesetzt (Zeile 13), der Reallohn in inländischem Preisniveau gemessen ist in beiden Ländern gleich hoch (Zeile 14). Der Lebensstandard der Konsumenten ist in Italien jedoch wegen der aus Deutschland zuffließenden Importgüter höher, abzulesen am höheren Reallohn in Importgütereinheiten in Zeile 15.<sup>9</sup>

Der »reale Wechselkurs«, der dem Preisverhältnis der beiden Güter in einheitlicher Währung entspricht<sup>10</sup>, entspricht für Deutschland in der Ausgangslage gemäß Gleichung (11) dem Wert 0,67 und für Italien dem reziproken Wert 1,5 (vgl. Zeile 1).

In den beiden rechten Spalten ist nun der Fall dargestellt, dass Deutschland die DM wieder einführt und diese aufgrund des ihr entgegengebrachten Vertrauensvorschlusses real aufwertet, hier von ursprünglich 0,67 auf den Wert 1. Das Beispiel ist so gewählt, dass dadurch gemäß Gleichung (10) der ursprüngliche Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands völlig verschwindet (Zeile 8). Wie man an den nachgefragten Gütermengen in Zeile 9 sieht, geht dabei der deutsche Export nach Italien tatsächlich stark zurück, von vormals 94,28 auf nunmehr nur noch 47,14 Gütereinheiten. Gleichzeitig steigt die deutsche Nachfrage nach italienischen Importgütern von vormals 15,71 auf nunmehr 47,14 Gütereinheiten (Zeile 10). Dies entspricht der üblicherweise gegen einen Euro-Austritt vorgebrachten Befürchtung.

Wie man aber in der Tabelle ebenfalls sieht, nimmt spiegelbildlich dazu die Inlandsnachfrage Deutschlands nach seinen eigenen Gütern zu, nämlich von vormals 47,14 auf nunmehr 94,28 Gütereinheiten (Zeile 9). Die rückläufige Exportnachfrage aus Italien wird dadurch exakt kompensiert. Zudem können die deutschen Konsumenten gleichzeitig auch ihren Konsum italienischer Güter steigern, von vormals 15,71 auf nunmehr 47,14 Gütereinheiten (Zeile 10). Dies ist Folge des oben beschriebenen Realeinkommensgewinns aufgrund der gesunkenen Importgüterpreise. Im Endeffekt wird insgesamt genauso viel produziert und konsumiert wie zuvor (Zeile 11), auch die Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte sowohl in Deutschland als auch in Italien ändert sich durch die reale Aufwertung der DM nicht (Zeile 12).

<sup>9</sup> Allerdings geht dies auf Kosten einer wachsenden Verschuldung Italiens gegenüber Deutschland, da den Leistungsbilanzdefiziten eine entsprechende Kreditgewährung Deutschlands gegenübersteht, siehe dazu weiter unten.

<sup>10</sup> Insofern ist die Bezeichnung »Wechselkurs« eigentlich irreführend, aber sie hat sich nun einmal eingebürgert.

In der Wohlstandsbetrachtung erweist sich aber Deutschland als eindeutiger Gewinner der DM-Aufwertung, wie man an den letzten Zeilen der Tabelle sieht. Während nämlich der Reallohn in Preisen des Inlandsgutes gemessen (Zeile 14) konstant bleibt (und darum auch keine negativen Beschäftigungswirkungen hat!), ändert er sich in Importpreisen gemessen: Und zwar steigt der in Importgüterpreisen gemessene Reallohn in Deutschland von vormals 0,24 auf 0,35, während er in Italien von vormals 0,53 auf nunmehr 0,35 sinkt (Zeile 15). Das kann auch gar nicht anders sein, denn die Austauschverhältnisse der gehandelten Güter (die Terms of Trade) verbessern sich ja bei einer realen Aufwertung der DM zugunsten Deutschlands (Zeile 1).

#### *Beispiel 2:*

##### *Reale Aufwertung der DM aufgrund realer Ursachen*

Eine reale Aufwertung kann auch reale Ursachen haben, etwa die wachsende Beliebtheit des inländischen Gutes auf den Absatzmärkten. Dieser Fall lässt sich im Modell gemäß Gleichung (5) durch eine Variation der Nachfrageparameter  $b$  simulieren. Wir unterstellen dabei, dass beide Länder weiter Mitglied in der Währungsunion sind. Der nominale Wechselkurs ist also definitionsgemäß gleich 1, während der »reale Wechselkurs« (der ja in Wahrheit nur das Verhältnis der Preisniveaus in beiden Ländern angibt), davon abweichen kann.

In Tabelle 2 ist in den beiden rechten Spalten eine Verschiebung der Nachfragepräferenzen zugunsten des deutschen Gutes sowohl bei den deutschen als auch bei den italienischen Konsumenten angenommen: Der entsprechende Parameter  $b$  erhöht sich hier gegenüber der Ausgangssituation von 2 auf 3 in Deutschland und von 0,5 auf 0,75 in Italien (Zeile 3). Dies führt zu einer »realen Aufwertung« im Sinne verbesserter Terms of Trade für Deutschland, welche hier so gewählt ist, dass der ursprüngliche Leistungsbilanzsaldo (in deutschen Gütereinheiten gerechnet) erhalten bleibt (Zeile 1 bzw. Zeile 8).

Man erkennt sofort, dass auch in diesem Fall ein Wohlfahrtsgewinn für Deutschland resultiert, abzulesen am gestiegenen Reallohn (in Importgüterpreisen gemessen) von vormals 0,24 auf nunmehr 0,37 (Zeile 15). Dagegen muss Italien eine Wohlfahrtseinbuße hinnehmen, sein Reallohn in Importgütereinheiten sinkt von 0,53 auf 0,34 (Zeile 15). Anders als im Fall einer finanzmarktbedingten realen Aufwertung muss Deutschland für diesen Vorteil nicht einmal einen Rückgang seines Leistungsbilanzsaldos hinnehmen.

Dies entspricht auch der volkswirtschaftlichen Intuition: Wenn die Güter eines Landes stärker nachgefragt werden in der Welt, kann dies für das Land eben nur von Vorteil sein. Auch deshalb widerspricht die von keynesianischen Ökonomen



**Tab. 2**  
**Beispiel 2: Reale Aufwertung der DM aufgrund realer Ursachen**

	Vor Präferenzänderung		Nach Präferenzänderung	
	Deutschland (Euro)	Italien (Euro)	Deutschland (Euro)	Italien (Euro)
Realer Wechselkurs $(p_x)/(k \cdot p_y)$ bzw. $p_y \cdot k / p_x$	0,67	1,50	1,04	0,96
Produktionsparameter $a$	10,00	10,00	10,00	10,00
Nachfragestrukturparameter $b$	2,00	0,50	3,00	0,75
Exponenten $\alpha$ bzw. $\beta$	0,50	0,50	0,50	0,50
Güterpreise in Landeswährung $p_x$ bzw. $p_y$	1,00	1,50	1,00	0,96
Nominaler Wechselkurs $k_{DM} = DM/Euro$ bzw. $k_{\epsilon} = Euro/DM$	1,00	1,00	1,00	1,00
Leistungsbilanzsaldo in Landeswährung $S_1$ bzw. $S_2$	70,71	-70,71	70,71	-70,71
Leistungsbilanzsaldo real $(S_1/p_x$ bzw. $S_2/p_y)$	70,71	-47,14	70,71	-73,79
Nachgefragte Gütermengen $x_1$ bzw. $x_2$	47,14	94,28	53,03	88,39
Nachgefragte Gütermengen $y_1$ bzw. $y_2$	15,71	125,71	18,45	122,98
Produzierte Gütermengen $X$ bzw. $Y$	141,42	141,42	141,42	141,42
Beschäftigte Arbeitskräfte $A_1$ bzw. $A_2$	200,00	200,00	200,00	200,00
Nominallohn $w$ (in jeweils eigener Währung)	0,35	0,53	0,35	0,34
Reallohn in eigenen Preisen $w_1/P_x$ bzw. $w_2/P_y$	0,35	0,35	0,35	0,35
Reallohn in Importpreisen $w_1/P_y$ bzw. $w_2/P_x$	0,24	0,53	0,37	0,34

Blau = exogene, schwarz = endogene Variable.

Quelle: Berechnungen des Autors.

oft gedankenlos vorgenommene Identifikation einer realen Aufwertung mit nachlassender Wettbewerbsfähigkeit oder gar Wohlstandsverlusten oft diametral den tatsächlichen Zusammenhängen.

**Beispiel 3:**  
**Expansive Lohnpolitik zum Zweck des Leistungsbilanzausgleichs?**

Schließlich sei noch die oft gegebene Empfehlung bzw. Forderung an Deutschland diskutiert, durch expansive Lohnpolitik zum Abbau der Zahlungsbilanzungleichgewichte beizutragen. Dies könnte theoretisch tatsächlich funktionieren, wie Tabelle 3 zeigt. Dort ist angenommen, dass die Nominallöhne (Zeile 13) und die Güterpreise (Zeile 5) in Deutschland steigen, während sie in Italien konstant bleiben. Beide Länder sind in der Währungsunion, weswegen sich die deutschen Exportüberschüsse zurückbilden, hier exakt auf einen Leistungsbilanzsaldo von null.

Trotzdem kommt es nicht zu Beschäftigungseinbußen in Deutschland, wenn (wie hier angenommen) der Produzentenreallohn unverändert bleibt (die deutschen Preise also ebenso stark steigen wie die deutschen Löhne). Der Konsumentenreallohn in Deutschland steigt sogar, weil die italienischen Güter jetzt relativ zum deutschen Lohn- und Preisniveau billiger geworden sind (Zeile 15). Wir erzielen also den gleichen Effekt wie bei einem Euroaustritt mit anschließender realer Aufwertung der D-Mark, nämlich ein höheres Wohlstandsniveau in Deutschland durch Abbau der Exportüberschüsse.

Allerdings hat dieser Weg einen entscheidenden Nachteil, denn das steigende Preisniveau in Deutschland entwertet die inländischen Ersparnisse. Dagegen bietet das weiter oben in Tabelle 1 dargestellte Szenario eines Austritts aus dem Euroraum mit anschließender Aufwertung der neu eingeführten DM die gleichen Handelsvorteile, schützt aber zugleich die deutschen Sparer vor Enteignung durch Inflation bzw. finanzielle Repression. Zudem ist mit einer Lohnerhöhungsstrategie immer die Gefahr (und meist auch die Intention) verbunden, dass das Reallohnniveau auch in deutschen Preisen gemessen steigt. Dann aber würde es zu Beschäftigungseinbußen sowohl im Modell als auch in der Realität kommen, so dass man auch aus diesem Grund von der Lohnerhöhungsstrategie besser die Finger lässt.

**Kernaussagen und Grenzen des Modells**

Das vorstehend beschriebene Modell ist zwar sehr einfach, aber dennoch aussagekräftig genug, um wichtige wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen daraus ziehen zu können. Insbesondere enthält es – im Gegensatz zu einfachen keynesianischen Multiplikatoransätzen – neben der Nachfrage- auch die Angebotsseite, und das Verhalten von Produzenten und Konsumenten ist – im Einklang mit gängiger ökonomischer Theorie – mikroökonomisch fundiert. Vor allem aber werden die relevanten Zusammenhänge der Zahlungsbilanztheorie explizit berücksichtigt.

Es konnte gezeigt werden, dass eine reale Aufwertung nichts anderes bedeutet als eine Verbesserung der Terms

Tab. 3

**Beispiel 3: Expansive Lohnpolitik zum Zweck des Leistungsbilanzausgleichs**

	Vor deutscher Lohnerhöhung		Nach deutscher Lohnerhöhung	
	Deutschland (Euro)	Italien (Euro)	Deutschland (Euro)	Italien (Euro)
Realer Wechselkurs $(p_x)/(k \cdot p_y)$ bzw. $p_y \cdot k / p_x$	0,67	1,50	1,00	1,00
Produktionsparameter $a$	10,00	10,00	10,00	10,00
Nachfragestrukturparameter $b$	2,00	0,50	2,00	0,50
Exponenten $\alpha$ bzw. $\beta$	0,50	0,50	0,50	0,50
Güterpreise in Landeswährung $p_x$ bzw. $p_y$	1,00	1,50	1,44	1,50
Nominaler Wechselkurs $k_{DM} = \text{DM}/\text{Euro}$ bzw. $k_{\text{€}} = \text{Euro}/\text{DM}$	1,00	1,00	0,96	1,04
Leistungsbilanzsaldo in Landeswährung $S_1$ bzw. $S_2$	70,71	-70,71	0,00	0,00
Leistungsbilanzsaldo real $(S_1/p_x$ bzw. $S_2/p_y)$	70,71	-47,14	0,00	0,00
Nachgefragte Gütermengen $x_1$ bzw. $x_2$	47,14	94,28	94,28	47,14
Nachgefragte Gütermengen $y_1$ bzw. $y_2$	15,71	125,71	47,14	94,28
Produzierte Gütermengen $X$ bzw. $Y$	141,42	141,42	141,42	141,42
Beschäftigte Arbeitskräfte $A_1$ bzw. $A_2$	200,00	200,00	200,00	200,00
Nominallohn $w$ (in jeweils eigener Währung)	0,35	0,53	0,51	0,53
Reallohn in eigenen Preisen $w_1/P_x$ bzw. $w_2/P_y$	0,35	0,35	0,35	0,35
Reallohn in Importpreisen $w_1/P_y$ bzw. $w_2/P_x$	0,24	0,53	0,37	0,35

Blau = exogene, schwarz = endogene Variable.

Quelle: Berechnungen des Autors.

of Trade für die aufwertende Volkswirtschaft und somit ihren Wohlstand erhöht. Die Sorge um nachlassende »preisliche Wettbewerbsfähigkeit« und daraus resultierende Beschäftigungseinbußen mag für einzelne Sektoren zutreffen, ist aber für die Volkswirtschaft insgesamt unbegründet. Denn den Exporteinbußen stehen höhere Realeinkommen im Inland aufgrund der Importverbilligung gegenüber, welche zu entsprechend erhöhter Inlandsnachfrage führen. Während sich die Arbeitsmarktwirkungen bei gegebenem Produzentenreallohn gerade ausgleichen, verbleibt darüber hinaus ein Wohlfahrtsgewinn für die aufwertende Volkswirtschaft aufgrund des steigenden Konsumentenreallohns. Zumindest solange die Aufwertung nicht zu einem Umschlagen der Leistungsbilanz in ein Defizit (und damit zur Verschuldung des Inlands) führt, ist sie daher grundsätzlich positiv für die aufwertende Volkswirtschaft.

Damit ist zugleich gezeigt, dass zumindest dauerhafte Exportüberschüsse nicht im Interesse des exportierenden Landes sind. Solange diese Überschüsse anhalten, verzichtet das Exportland auf realen Wohlstand zugunsten der importierenden Länder. Es erhält zwar dafür im Austausch Ansprüche auf zukünftiges Sozialprodukt der Importländer, da die Exportüberschüsse ja im Allgemeinen nicht verschenkt, sondern gegen Kredit gewährt werden. Eine zeitweilige Exportstrategie kann also im Prinzip sinnvoll sein z.B. für ein Land mit alternder Bevölkerung, das später sein auf diese Weise gebildetes Auslandsvermögen wieder abrufen möchte. Niemals aber gilt das für dauerhafte Exportüberschüsse.

Ob die Rückzahlung der Kreditgewährung an das Ausland tatsächlich gelingt, ist zudem umso fraglicher, je länger die Exportüberschüsse anhalten und je größer die Verschuldung des Auslandes somit wird. Das Ausland hat nämlich starke Anreize und auch Möglichkeiten, die Rückzahlung zu verringern oder sogar ganz zu vermeiden:

- Wenn die ausländische Währung inflationiert wird, werden die Ansprüche des Exportlandes dadurch nachträglich entwertet. So ist es geschehen etwa im Fixkurssystem der 1950er und 1960er Jahre, als Deutschland Dollarreserven im Austausch gegen seine Exportüberschüsse bilden musste, die sich nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems als stark wertgemindert erwiesen.
- Wenn sich das importierende Land für bankrott erklärt, steht die Einlösung der Exporterlöse in reale Güter ebenfalls in Frage. Das gleiche gilt, wenn das exportstarke Land Rettungsmaßnahmen zugunsten der Staatsfinanzen des importierenden Landes finanzieren muss. Dann verdient zwar nach wie vor die Exportindustrie, aber die inländischen Konsumenten, Steuerzahler und Sparer zahlen einen Teil dieser Erlöse praktisch selbst.
- Derzeit liegt ein großer Teil der deutschen Exporterlöse der Vergangenheit als sogenannte Target-Salden bei der EZB, kann aber nicht zur Einlösung gegen reale Güter verwendet werden.

In keinem Fall aber können dauerhafte Exportüberschüsse sinnvoll sein, da es ja dann niemals zu einem realen Rückfluss der dem Ausland gegebenen Kredite kommt. Es kann

also keine Rede davon sein, dass der Wohlstand Deutschlands durch einen Rückgang seiner sehr hohen und schon seit vielen Jahren anhaltenden Exportüberschüsse gefährdet würde. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, es wird höchste Zeit, den ständigen Ressourcentransfer in kaum noch zahlungsfähige Defizitländer zu stoppen.

Warum wird dann trotzdem immer wieder vor einer realen Aufwertung gewarnt? Hier sind vor allem drei Gründe ausschlaggebend:

- Zum einen gibt es, anders als in unserem einfachen Modell, innerhalb eines Landes nicht nur ein einziges produziertes Gut, sondern viele verschiedene Güter. Daher führt jede Veränderung des realen Wechselkurses zu Bedarf an Strukturwandel, der im Falle einer Aufwertung vor allem zulasten der Exportindustrie geht. Diese aber ist mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften meist schlagkräftig organisiert, während die Wohlstandsgewinne durch Importpreissenkungen eher diffus und oft unbemerkt bei einer Vielzahl von Konsumenten und Vorleistungsexporturen anfallen. Auch wenn in der Summe letztlich ein Wohlstandsgewinn dabei anfällt, wie oben gezeigt wurde, setzen sich deshalb dennoch oft die Partikularinteressen der Aufwertungsgegner durch.
- Zum anderen darf man natürlich nicht übersehen, dass jeder Strukturwandel auch reale Anpassungskosten verursacht, vor allem wenn er plötzlich und stark ausfällt. Dann können sogar negative dynamische Effekte entstehen, die das Erreichen des neuen, wohlstandsoptimalen Gleichgewichts zumindest stark verzögern, wenn nicht gar verhindern.<sup>11</sup> Daher kann es durchaus rational sein, eine fällige Aufwertung zumindest zeitlich etwas zu strecken. Das sollte aber eben nicht dazu verleiten, auf Dauer gegen die Aufwertung der eigenen Währung zu intervenieren, denn dies bedeutet praktisch den Verzicht auf günstige Austauschrelationen im Außenhandel und damit auf Wohlstand zugunsten anderer Länder.
- Der dritte Grund für die verbreitete Angst vor einer Aufwertung ist sehr einfacher Natur: Er liegt schlicht in der Unkenntnis der hier dargestellten Zusammenhänge.

## Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013a), *Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion. Szenarienrechnungen bis zum Jahr 2025*. Gütersloh, online verfügbar unter: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2A24B24D-12FC0829/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_37726\\_37727\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2A24B24D-12FC0829/bst/xcms_bst_dms_37726_37727_2.pdf).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013b), »Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland«, *Policy Brief* (1).

Sinn, H.-W. (2010), »Eurokrise«, *ifo Schnelldienst* 63(10), Sonderausgabe.

van Suntum, U. (2012), »Führt die DM wieder ein«, *Financial Times Deutschland*, 9. August, S. 24.

<sup>11</sup> So könnte es z.B. in der schrumpfenden Exportindustrie zu Entlassungen kommen, die nicht sofort durch die steigende Nachfrage nach Inlandsgütern kompensiert werden und dadurch zu negativen Multiplikatoreffekten führen.

Ob und in welchem Maße Deutschland von der Mitgliedschaft in der europäischen Währungsunion profitiert, ist angesichts der Eurokrise und der daraus erwachsenden Risiken von aktuellem Interesse. In einer jüngst veröffentlichten Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung gelangt die Prognos AG zu dem Fazit, dass Deutschland erhebliche Vorteile durch den Euro hat.<sup>1</sup> Um dies zu zeigen, prognostizieren die Autoren der Studie die Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2013 bis 2025 bei Verbleib in der Währungsunion und unter dem hypothetischen Szenario einer Wiedereinführung der D-Mark im Jahr 2013. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt nach einer Rückkehr zu einer eigenen Währung pro Jahr um rund 0,5 Prozentpunkte langsamer expandieren würde als beim Verbleib im Euro. Summiert über den gesamten Prognosezeitraum errechnen die Verfasser daraus einen wirtschaftlichen Nutzen aus der Euro-Mitgliedschaft in Höhe von 1,2 Billionen Euro bzw. 14 000 Euro pro Einwohner. Dieser Vorteil überwiege auch dann, wenn es in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zu einem öffentlichen Schuldenschnitt von 60% käme, der die privaten Investoren sowie über die europäischen Rettungspakete direkt die deutschen Staatsfinanzen belaste. Eine Rückkehr zur D-Mark sei daher unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu empfehlen. Der folgende Beitrag setzt sich mit den Annahmen und den Ergebnissen der Studie kritisch auseinander.

## Vor- und Nachteile des Euro in der Literatur

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive überrascht die Eindeutigkeit des Ergebnisses. Denn das Ausmaß der Vor- und Nachteile einer Währungsunion wurde vor und nach Einführung des Euro in der einschlägigen Literatur kontrovers diskutiert. Zu den Pluspunkten zählen die Effizienz- und Wachstumsgewinne, die aus dem Wegfall der bei flexiblen Wechselkursen anfallenden Umtausch- und Absicherungskosten sowie aus der Erhöhung der Preistransparenz resultieren. Gerade deutsche Urlauber und Exporteure profitieren davon ganz zweifellos, wenn auch das genaue Ausmaß nicht leicht zu quantifizieren ist. Auch könnten der grenzüberschreitende Handel und damit die wohlfahrtssteigernde internationale Arbeitsteilung zugenommen haben. Demgegenüber ist im Zuge der Eurokrise sehr deutlich geworden, dass mit der Fixierung des Wechselkurses ein wichtiges Instrument der wirtschaftlichen Anpassung aus der Hand gegeben wurde. Darüber hinaus ist die seinerzeit geäußerte Befürchtung, selbst gut gemeinte institutionelle Vorkehrungen wie der

Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Nichtbeistandsklausel könnten einen Anstieg der öffentlichen Verschuldung nicht wirksam beschränken und eine Haftungsübernahme zwischen den Mitgliedsländern nicht verhindern, mittlerweile Realität. Und auch die Europäische Zentralbank interpretiert ihre Rolle neuerdings ganz anders als ursprünglich intendiert. Wiederum sind die – diesmal negativen – Auswirkungen auf die Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstands nur schwer zu messen. Denn sie erschöpfen sich nicht darin, dass infolge eines Schuldenschnitts einmalig Vermögenstransfers zwischen Ländern oder Akteuren (z.B. von Sparern zu Schuldnern) stattfinden. Mittelfristig viel bedeutsamer könnten die daraus abgeleiteten Erwartungs- und Anreizeffekte sein, die zu einer verzerrten Kapitalallokation führen und letztlich erhebliche Auswirkungen auf das Produktionspotenzial haben dürften. Schließlich ist zu fragen, ob der Boom-Bust-Zyklus der Krisenländer wirklich ein ökonomischer Sonderfall war oder ob er nicht doch Ausdruck des Problems ist, dass – bei gegebenen Barrieren für die Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den Ländern – eine einheitliche Geldpolitik überfordert ist, wenn sie mit ganz unterschiedlichen nationalen Wirtschaftslagen konfrontiert wird. Sollte dies der Fall sein, so könnten vergleichbare

<sup>1</sup> Vgl. Michael Böhrer, Jan Limbers und Johann Weiß (2013), »Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion – Szenarienrechnungen bis zum Jahr 2025«, Bertelsmann Stiftung.

Krisen erneut auftreten oder gar den Regelfall der Währungsunion darstellen.

### Die Studie von Bertelsmann und Prognos

Eine Analyse, die ernsthaft die Vorteile Deutschlands aus dem Verbleib in der Währungsunion erweisen möchte, sollte all diese und weitere in der Literatur formulierte Punkte aufgreifen und sorgfältig diskutieren. Die Studie von Bertelsmann und Prognos beschränkt sich dagegen auf einzelne Aspekte. Durch Forschungsergebnisse begründet ist die dort getroffene Annahme, dass die Wiedereinführung der D-Mark zu höheren Transaktionskosten in Höhe von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts führt.<sup>2</sup> Allerdings ist diese Setzung keineswegs unumstritten.<sup>3</sup> Das gleiche gilt für die – in der Studie nicht weiter quantifizierte – Annahme, dass der Gewinnaufschlag der deutschen Unternehmen auf die Herstellungskosten im Euro niedriger ist als bei einer eigenständigen Währung, da Wechselkursschwankungen die internationale Preistransparenz reduzieren würden. Aus theoretischer Sicht ist dieser Zusammenhang alles andere als eindeutig, sondern hängt z.B. von den Preissetzungsstrategien der Firmen ab. Und empirische Untersuchungen kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Dies mag nicht verwundern, gingen doch die Vertiefung des europäischen Binnenmarkts und die Vorbereitungen zur Währungsunion Hand in Hand, und dies in einem Umfeld der Globalisierung, die ohnehin zu mehr Wettbewerb zwischen handelbaren Gütern führte, so dass es schwer fällt, den Effekt der Euroeinführung genau zu identifizieren. Zudem ist nicht klar, dass die Preistransparenz mit Wiedereinführung der D-Mark auf den Stand vor 1999 zurückkehrt.

Änderungen bei den Transaktionskosten und der Preistransparenz treten jedoch nur einmalig mit der hypothetischen Wiedereinführung der D-Mark auf und können die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nur vorübergehend beeinflussen, bis sich ein neues Gleichgewichtsniveau eingependelt hat. Selbst wenn also die diskutierten Annahmen unstrittig wären, könnten sie keinen dauerhaften Effekt auf die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts besitzen. Auch eine einmalige Aufwertung der neuen D-Mark hätte – so schmerzlich sie kurzfristig für die Exportindustrie auch sein

mag – im vorliegenden Modellrahmen lediglich einen Niveaueffekt. Wenn die Studie von Bertelsmann und Prognos also findet, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Eurosenario dauerhaft um rund 0,5 Prozentpunkte schneller zunimmt als im Austrittsszenario, so liegt dies allein an der unterstellten mittelfristigen Wechselkursentwicklung.<sup>4</sup> Es wird nämlich angenommen, dass der Euro trendmäßig real abwertet, während die Flexibilität der D-Mark bewirkt, dass der reale Wechselkurs Deutschlands nach einer anfänglichen schockartigen Aufwertung konstant bleibt. Die stetige Abwertung im Eurosenario erhöht fortwährend die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie, stimuliert dadurch die Nachfrage des Auslands nach deutschen Gütern und letztlich auch die hiesige Produktion. Das wichtigste Ergebnis der Studie, dass Deutschland im Euro dauerhaft schneller wächst als nach einer Rückkehr zur D-Mark, entspringt also *ausschließlich* einer Annahme über die Entwicklung des realen Wechselkurses. Ein starker Beleg für die Vorteile der Währungsunion sieht anders aus.

### Wohlstand durch Abwertung?

Darüber hinaus ist zu fragen, ob eine dauerhafte abwertungsbedingte Produktionsausweitung überhaupt wohlfahrtssteigernd wirkt. Zwar ist das der Prognose zugrunde liegende Weltwirtschaftsmodell VIEW der Prognos AG unveröffentlicht, weshalb dessen Transmissionsmechanismen und deren Plausibilität im Dunkeln bleiben. Es liegt aber nahe zu vermuten, dass die Abwertung und Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit anhaltend hohe deutsche Exportüberschüsse generieren. Damit wird die Entwicklung fortgeschrieben, die seit Einführung des Euro beobachtet werden konnte. Es ist jedoch schwerlich vorstellbar, dass eine Überwindung der Eurokrise gelingen kann, ohne dass es zu einer Verringerung der Handels- und Leistungsbilanzsalden im Euroraum kommt. Dies würde aber eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer gegenüber Deutschland erfordern und damit eine stetige reale Aufwertung Deutschlands in der Währungsunion. Auch im Verhältnis zum außereuropäischen Ausland erscheint eine permanente reale Abwertung Deutschlands kaum vereinbar mit der Forderung nach einer Reduktion »globaler Ungleichgewichte«. Aus der internationalen Perspektive betrachtet, birgt das Eurosenario der Bertelsmann-Prognos-Studie daher erhebliche Risiken für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Es ist zudem nicht leicht nachzuvollziehen, warum sich im VIEW-Modell keine endogenen Anpassungsbewegungen in Deutschland oder bei den Handelspartnern einstellen, die in Richtung eines Saldenausgleichs wirken. Derartige Prozesse, z.B. bei der Lohn-

<sup>2</sup> Problematisch ist die Implementierung dieser Annahme im Prognosemodell der Prognos AG. Dort führen die höheren Transaktionskosten allein zu höheren Importpreisen, ohne die Exportpreise zu beeinflussen. Dadurch sinken die deutschen Terms of Trade. Implizit bedeutet dies, dass die »Technologie« für den Währungsumtausch und zur Absicherung gegen Wechselkursschwankungen lediglich im Ausland angeboten wird und die dafür eingesetzten Ressourcen der deutschen Volkswirtschaft entzogen werden.

<sup>3</sup> So kommt Posen zu dem Schluss: »It seems that the euro has proven on net 'irrelevant' to real growth performance of large continental European economies«, vgl. Adam S. Posen (2007), »The Euro«, Peterson Institute for International Economics, Entry in the New Palgrave Dictionary of Economics, online verfügbar unter: [www.iie.com/publications/papers/print.cfm?ResearchId=759&doc=pub](http://www.iie.com/publications/papers/print.cfm?ResearchId=759&doc=pub), aufgerufen am 20. Mai 2013.

<sup>4</sup> Diese Vermutung wurde in einer E-Mail-Korrespondenz mit einem der Autoren der Studie, Herrn Dr. Michael Böhmer, bestätigt, wofür wir ihm noch einmal herzlich danken.

und Preisfindung, mögen zwar sehr langsam sein, sie bis 2025 aber gänzlich auszublenden, erscheint unplausibel.<sup>5</sup>

Auch aus deutscher Sicht ist keineswegs klar, warum – ausgehend von heute schon großen Exportüberschüssen – permanente Abwertungen wünschenswert sein sollten. Eine Perpetuierung der positiven Leistungsbilanzsalden impliziert nämlich, dass kontinuierlich deutsches Sparkapital ins Ausland fließt.<sup>6</sup> Bei gegebener Sparquote reduziert dies die Investitionen im Inland und damit die mittelfristigen Wachstumsperspektiven. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob ein immer weiter steigendes deutsches Auslandsvermögen noch sicher und rentabel angelegt werden kann. So besteht bereits heute ein nicht unwesentlicher Teil der Ansprüche in Form von unrentablen und möglicherweise schwer rückholbaren Target2-Forderungen der Bundesbank gegenüber dem Eurosystem.

Noch problematischer an der Studie von Bertelsmann und Prognos ist, dass dort zur Bewertung einer abwertungsbedingter Produktionsausweitung allein die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts herangezogen wird. Der Verweis auf höhere Wachstumsraten im Euroscenario genügt den Autoren als Beleg für die Vorteile eines Verbleibs in der Währungsunion. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass eine reale Abwertung aus deutscher Sicht gleichbedeutend ist mit einer Verschlechterung des realen Tauschverhältnisses: Im Tausch für einen im Inland produzierten BMW erhält die deutsche Volkswirtschaft statt 100 nur noch, sagen wir, 90 im Ausland hergestellte iPhones. Dieser »Terms-of-Trade-Effekt« macht die deutschen Konsumenten für sich genommen ärmer. Da der BMW im Ausland nun »billiger« ist, steigen zwar die Nachfrage und damit Produktion und Einkommen in Deutschland. Diese Einkommen sind aber, ausgedrückt in Importgütern, weniger wert. Hinzu kommt, dass die zusätzlichen Einkommen als Kredit ans Ausland gegeben werden – nichts anderes sind nämlich die Leistungsbilanzüberschüsse. Dies legt nahe, dass die abwertungsbedingte Mehrproduktion per saldo ein schlechtes Geschäft für Deutsch-

land ist. Das gilt umso mehr, wenn damit zu rechnen wäre, dass ein Teil der Auslandskredite abgeschrieben werden muss. Die Eurokrise lehrt nun, dass genau dies geschieht, wenn es zu dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschüssen kommt. Eine sinnvolle Bewertung der Szenarien würde daher nicht auf einen Vergleich der Expansionsraten des Bruttoinlandsprodukts, sondern vielmehr auf den langfristigen Konsumpfad abstellen.<sup>7</sup>

### Fehlende Risikoszenarien

Eine übliche Kritik an Fortschreibungen gerade mit Hilfe von eher traditionellen makroökonomischen Modellen – zu denen das VIEW-Modell offenbar zählt – setzt an der impliziten Annahme an, die Modellstruktur sei im gesamten Projektionszeitraum konstant. Diese Annahme ist problematisch, da wirtschaftspolitische Maßnahmen das Verhalten der privaten Akteure verändern können. Diese sogenannte Lucas-Kritik (nach dem Wirtschaftsnobelpreisträger Robert E. Lucas) ist immer dann besonders ernst zu nehmen, wenn die Wirtschaftspolitik erheblich von ihrem bisherigen Kurs abgewichen ist. Genau dies ist aber im Zuge der Eurokrise geschehen. So hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine Fülle neuer Instrumente eingeführt. Es sei an dieser Stelle dahingestellt, ob dieser Politikwechsel gerechtfertigt war oder nicht – entscheidend ist die Tatsache, dass die Haushalte und Unternehmen mit einer anderen Geldpolitik konfrontiert sind, was ihr zukünftiges Verhalten verändern dürfte. So könnte es zu einer Entankerung der Inflationserwartungen kommen, wenn sich Erwartungen der privaten Akteure dahingehend verfestigen, dass die EZB in eine Politik der monetären Staatsfinanzierung eingeschwenkt ist oder dies im Projektionszeitraum tun wird.

Auch die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik hat in den zurückliegenden Jahren weitreichende Reformen hinter sich gebracht mit dem Ziel, den Stabilitätsgedanken in der Währungsunion erneut zu verankern. Indes ist ungewiss, ob dies auch gelingen wird. Ausnahmen bei den Konsolidierungserfordernissen für Frankreich und andere Länder verdeutlichen, wie schwer es fällt, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Zudem wird derzeit unter dem Stichwort Bankenunion nicht nur um zukünftige Regulierungsfragen gegangen, sondern auch über Finanztransfers zwischen den Euroländern im Falle von Bankenpleiten. Auch hier ist der Ausgang offen. Insgesamt ist also unklar, wie sich die europäische Finanzpolitik in den kommenden Jahren verhalten wird. Umso schwerer ist es, die daraus resultierenden Erwartungs- und Verhaltenseffekte der privaten Akteure auch nur annähernd korrekt abzugreifen.

<sup>5</sup> So sind die Löhne und Preise in den heutigen Krisenländern während der ersten Jahre der Währungsunion kräftig gestiegen, weil die am Euroraum-durchschnitt orientierten Leitzinsen für sie zu niedrig waren. Dieser Mechanismus könnte in den kommenden Jahren in Deutschland wirken. Angesichts der hierzulande überdurchschnittlich guten konjunkturellen Lage dürften die Leitzinsen auf absehbare Zeit für Deutschland zu niedrig bleiben. Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gelehrt, dass dies nicht nur übermäßige Lohn- und Preissteigerungen fördert, sondern auch das Entstehen spekulativer Blasen bei Vermögenseiteln wie Aktien und Immobilien begünstigt, deren Platzen mit erheblichen makroökonomischen Verwerfungen einhergehen kann.

<sup>6</sup> Ein Motiv für Nettoauslandsinvestitionen kann darin bestehen, dass die alternde deutsche Gesellschaft Kapital in jüngeren, dynamischen Volkswirtschaften anlegt, um in den kommenden Jahrzehnten von den Früchten dieser Investitionen zu leben. Nach einer Studie des Sachverständigenrats dürfte der demographiebedingte Leistungsbilanzsaldo Deutschlands aber unter 1% des Bruttoinlandsprodukts liegen und mittelfristig nicht über 1,5% steigen. Insofern lässt sich ein anhaltend hoher Überschuss von derzeit rund 7% nicht durch demographische Überlegungen rechtfertigen. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), Herausforderungen des demografischen Wandels, Expertise im Auftrag der Bundesregierung, S. 50 ff.

<sup>7</sup> Auch dies kann natürlich nur eine Näherung sein, da die gesellschaftliche Wohlfahrt von vielen Faktoren abhängt. So ist von zwei identischen Konsumpfaden derjenige vorzuziehen, der einen geringeren Arbeitseinsatz erfordert (z.B. mit einer 35-Stunden-Woche statt mit einer 40-Stunden-Woche).

All dies bedeutet nicht, dass makroökonomische Modellprojektionen nutzlos sind. Mathematische Modelle disziplinieren den Nutzer und legen die Annahmen und die Transmissionskanäle offen – zumindest wenn das Modell publiziert wird. Wenn aber die Wirtschaftspolitik dramatischen Änderungen unterworfen ist, besitzen traditionelle Modelle nur begrenzte Aussagekraft, die auf der Annahme der Strukturkonstanz basieren. Diese Einschränkung muss offengelegt und diskutiert werden. Um das Problem abzumildern, könnten Risikoszenarien verwendet werden, in denen untersucht wird, wie die privaten Akteure reagieren würden, wenn sich die Wirtschaftspolitik in einer bestimmten Weise verhält, also wenn z.B. die EZB den Weg der monetären Staatsfinanzierung verfolgt und die europäische Finanzpolitik dies nutzt, um die Konsolidierung zu verschleppen.<sup>8</sup>

### Bedeutung der Abschreibungsverluste

Immerhin untersucht die Studie von Bertelsmann und Prognos im Rahmen eines einzelnen Risikoszenarios, in welchem Maße mögliche Forderungsausfälle gegenüber den hoch verschuldeten Staaten Griechenland, Portugal, Spanien und Italien die ansonsten diagnostizierten Vorteile eines Verbleibs in der Währungsunion schmälern könnten. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass selbst Staatspleiten in allen vier Ländern, die zu Abschreibungen von 60% der Staatsschulden führen, für Deutschland unproblematisch wären. Die Zuwachsraten des deutschen Bruttoinlandsprodukts würden, so die Studie, um wenige Hundertstel Prozentpunkte hinter dem Basisszenario ohne Schuldenschnitt zurückbleiben und die Arbeitslosenzahl würde um einige tausend Personen zunehmen.

Wiederum bleibt unklar, wie genau dieses Szenario im VIEW-Modell implementiert wurde. Die Ergebnisse sind aber, gelinde gesagt, überraschend. Denn es geht ja nicht um eine Staatsinsolvenz Griechenlands oder Portugals, die bei entsprechender Vorbereitung beherrschbar sein dürften, wie die zurückliegende Umschuldung der griechischen Verbindlichkeiten gezeigt hat. Schon damals konnte ein Zusammenbruch des griechischen Bankensystems allerdings nur durch umfangreiche europäische Hilfen verhindert werden. Die nun betroffenen vier Länder hatten 2012 jedoch Staatsschulden von knapp 3,4 Billionen Euro. Bei einem Haircut von 60% fielen demnach Forderungen von rund 2 Billionen Euro aus. Dies würde unweigerlich alle oder zumindest die meisten Banken in diesen Ländern in massive Schieflagen bringen. Da Rettungspakete in der benötigten Größenordnung selbst Deutschland überfordern dürften, wäre mit Bank Runs

und Bankinsolvenzen in Südeuropa zu rechnen, in deren Folge die Investoren und privaten Sparer große Teile ihres Vermögens verlieren würden. Über eine Reihe von Wirkungskanälen würde die dortige Wirtschaft in einen Abwärtsstrudel geraten.

Die Rückwirkungen auf Deutschland wären keinesfalls unbedeutend. So belaufen sich die Forderungen des deutschen Bankensystems gegenüber den betreffenden Ländern auf über 200 Mrd. Euro, von denen ein großer Teil abgeschrieben werden müsste. Auch über andere Transmissionsmechanismen – in die Höhe schnellende Unsicherheit, Rückschläge an den Aktienmärkten, einbrechende Exporte – wäre die deutsche Wirtschaft in großem Maße betroffen.

All dem zum Trotz behauptet die Studie von Bertelsmann und Prognos, dass Deutschland praktisch nichts zu befürchten hätte. Dieses Ergebnis kann nur so interpretiert werden, dass das VIEW-Modell die maßgeblichen Wirkungsketten ausblendet oder unzureichend beachtet. Das ist keine Schande, denn makroökonomische Prognosemodelle sind typischerweise nicht für derartige Szenarien konstruiert worden. Auch das VIEW-Modell erscheint völlig ungeeignet, die Auswirkungen von Staatsinsolvenzen zu studieren, und sollte daher besser nicht dafür verwendet werden.

Die Resultate der Studie sind aber auch deshalb unverstänlich, weil eine frühere Studie von Bertelsmann und Prognos, wiederum mit Hilfe des VIEW-Modells erstellt, zu dem Ergebnis gelangt war, dass ein Austritt Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens aus der Währungsunion verbunden mit einem öffentlichen Schuldenschnitt von ebenfalls 60% zu einer massiven weltwirtschaftlichen Rezession führen würde. Deutschland müsste jener Studie zufolge von 2013 bis 2020 mit Einbußen des Bruttoinlandsprodukts von kumuliert 1,7 Billionen Euro rechnen.

### Fazit

Die Vor- und Nachteile zu quantifizieren, die der Euro der deutschen Wirtschaft gebracht hat, ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die sich nicht allein dadurch befriedigend erfüllen lässt, dass einfache Austrittsszenarien in ein makroökonomisches Modell gefüttert werden, das nicht für diesen Analysezweck konzipiert wurde. Bezeichnend dafür ist, dass das wichtigste Ergebnis, nämlich dass ein Verbleib im Euro Deutschland zu permanent höheren Wachstumsraten verhilft als ein Ausscheiden, allein vor der Annahme bestimmt wird, dass Deutschland im Euro kontinuierlich real abwertet, nicht aber mit einer eigenen Währung. Hinzu kommt, dass der mit einer realen Abwertung einhergehende Terms-of-Trade-Effekt, der die deutschen Konsumenten ärmer macht, bei der Darstellung der Ergebnisse komplett unbe-

<sup>8</sup> Streng genommen sind herkömmliche makroökonomische Modelle wie offenbar das VIEW-Modell allerdings nicht geeignet, derartige Politikwechsel zu simulieren. Hierzu müssten moderne, zu diesem Zweck konzipierte allgemeine Gleichgewichtsmodelle vom sogenannten DSGE-Typ herangezogen werden.

rücksichtigt bleibt. Die zur Absicherung der Ergebnisse durchgeführte Szenarienrechnung über die Auswirkungen einer Staatsinsolvenz in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien auf die deutsche Wirtschaft ist zudem komplett unglaubwürdig, denn sie vernachlässigt offenbar die dafür maßgeblichen Transmissionskanäle. Insgesamt bestehen daher erhebliche Zweifel an der Validität der Studienergebnisse. Ob und wie stark Deutschland vom Euro profitiert, ist demnach weiter offen.



Gernot Nerb und Johanna Plenk

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist weiter gestiegen, wenn auch nur leicht (vgl. Abb. 1). Sowohl die Beurteilung zur aktuellen Lage als auch der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate haben sich im Vergleich zum Vorquartal geringfügig verbessert (vgl. Abb. 3). Es mehren sich die Anzeichen für eine Stabilisierung der Weltkonjunktur.

### Die wichtigsten Ergebnisse

- In den meisten Regionen hat sich die Beurteilung zur *derzeitigen wirtschaftlichen Lage* kaum verändert, nur in Asien sind die Urteile erheblich freundlicher als noch im Vorquartal.
- Die *Erwartungen für die kommenden sechs Monate* bleiben im positiven Bereich.
- Die *Inflationserwartungen* der befragten Experten für das Jahr 2013 sind geringfügig von 3,3 auf 3,2% zurückgenommen worden.
- Die WES-Experten gehen im Durchschnitt von weitgehend unveränderten *kurzfristigen Zinsen* im Lauf der nächsten sechs Monate aus. Die *langfristigen Zinsen* werden ihrer Meinung nach etwas steigen.
- Im weltweiten Durchschnitt erwarten die Wirtschaftsexperten einen moderaten Wertzuwachs des *US-Dollar* im nächsten halben Jahr.

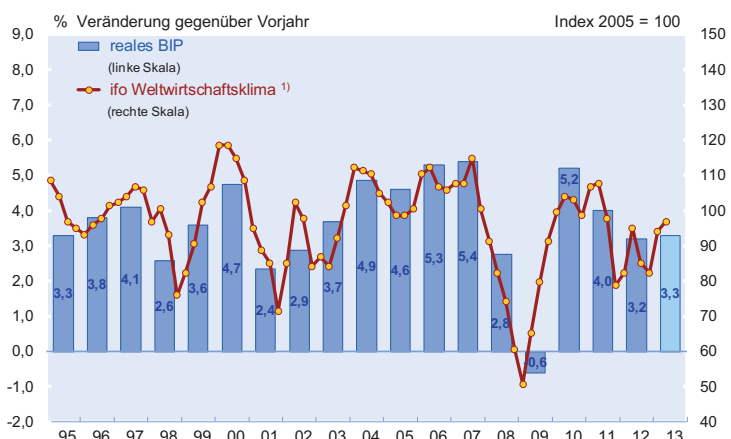
### Konjunkturentwicklung in den Weltregionen

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum verharrt auf niedrigem Ni-

veau (vgl. Abb. 2). Die befragten Experten beurteilen die aktuelle Lage noch etwas ungünstiger als bei der vorangegangenen Umfrage. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind nur geringfügig positiver ausgefallen als im Vorquartal. Zu den derzeit wichtigsten Problemen im Euroraum zählen laut den befragten Experten eine fehlende Nachfrage (vor allem in *Belgien, Estland, Finnland* und den *Niederlanden*), eine hohe Arbeitslosigkeit (besonders in *Frankreich, Griechenland, Irland, der Slowakei, Spanien* und *Portugal*) sowie generell hohe Haushaltsdefizite. In *Italien* fehlt es derzeit vor allem an ausreichendem Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung. In *Deutschland* gibt es laut WES-Experten derzeit kein besonders dringendes wirtschaftliches Problem. Relativ am häufigsten wurde ein Mangel an Fachkräften von den Wirtschaftsexperten genannt. Hier und in *Finnland* wird die aktuelle Wirtschaftslage von den WES-Experten besser als im Vorquartal bewertet. In den meisten anderen Ländern hat sich die Situation dagegen verschlechtert. In *Griechenland, Portugal* und *Zypern* liegt sie auf dem niedrigsten Wert der Antwortskala. Nur geringfügig darüber rangiert die Bewertung für *Italien* und *Spanien*. Auch in *Bel-*

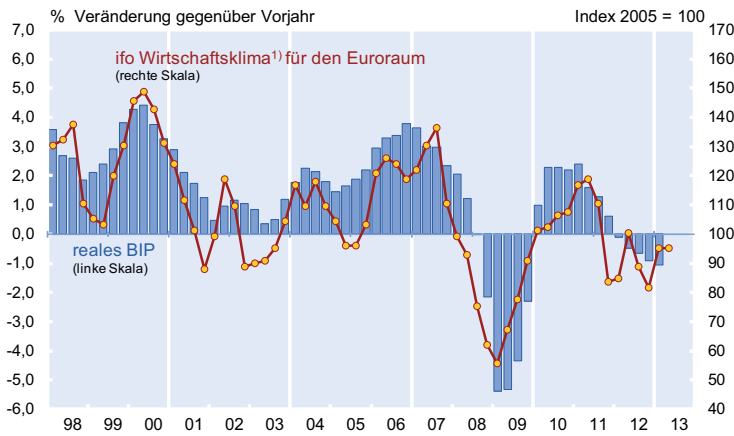
<sup>1</sup> Im April 2013 hat das ifo Institut zum 120. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 178 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 125 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris durchgeführt.

Abb. 1  
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



<sup>1</sup> Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.  
Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2013; Ifo World Economic Survey (WES) II/2013.

**Abb. 2**  
**Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum**



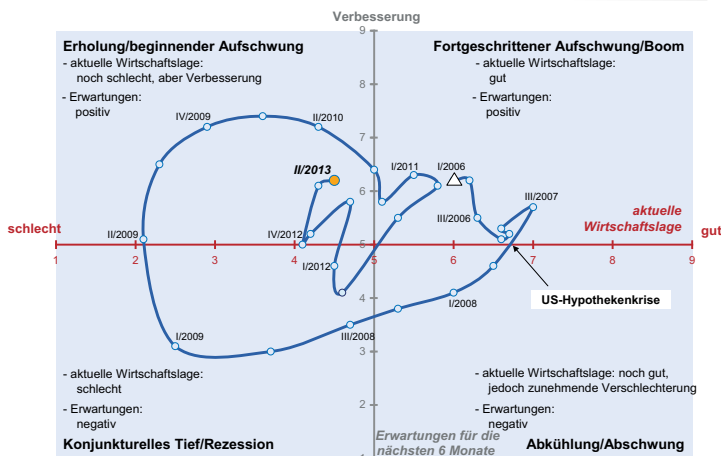
<sup>1)</sup> Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) II/2013.

**Box 1**  
**ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima**

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. In der April-Umfrage stieg der ifo-Indikator für das Weltwirtschaftsklima nach dem beobachteten starken Anstieg im Januar diesmal nur leicht. Der Anstieg des Indikators resultierte sowohl aus positiveren Lage- als auch Erwartungsbeurteilungen. Insgesamt zeigte der Indikator wenig Bewegung und liegt weiterhin im Erholungs-/Aufschwungsquadranten. Es mehren sich die Anzeichen für eine Stabilisierung der Weltkonjunktur.

**ifo Weltwirtschaftsklima**



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2013.

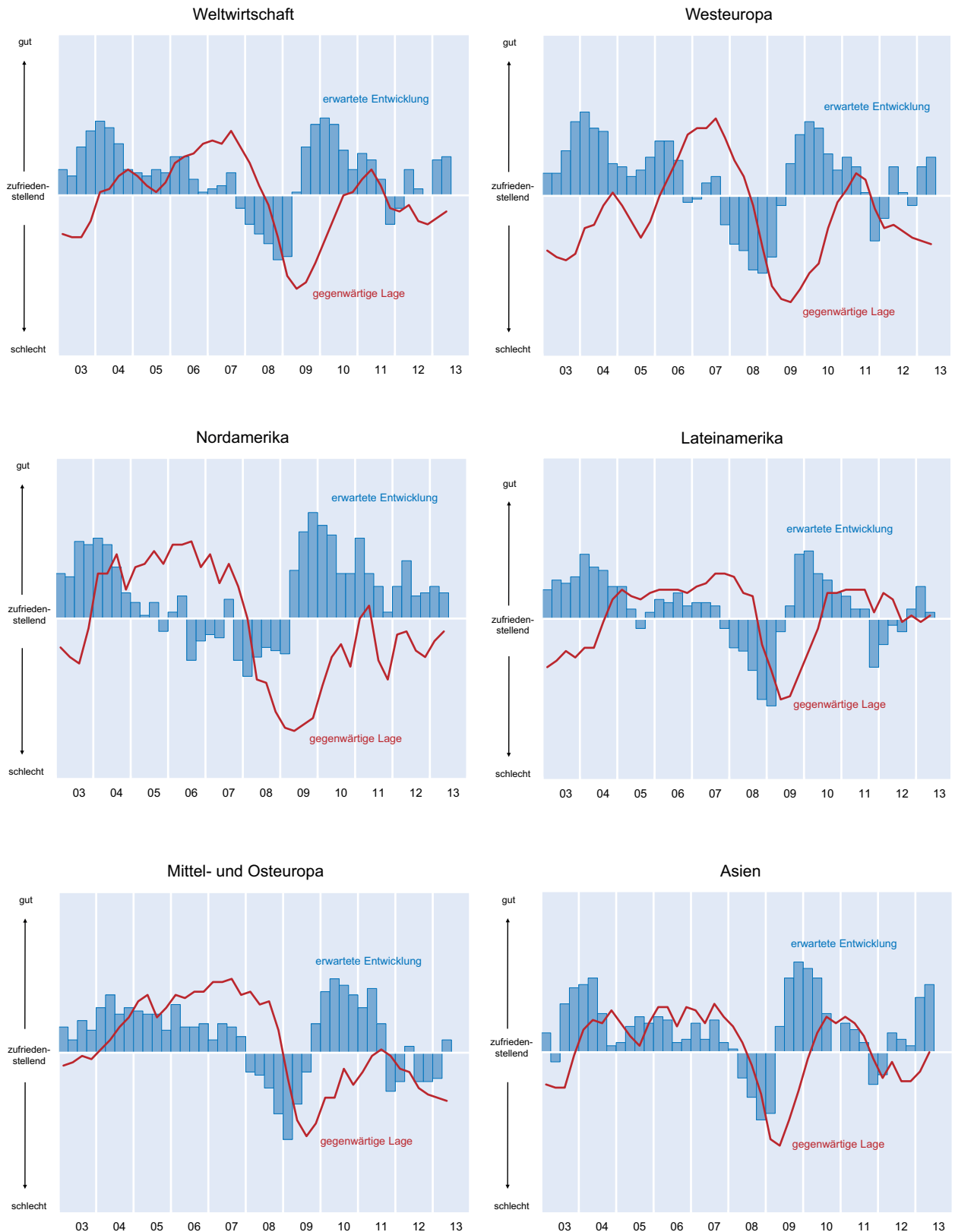
Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

gien, Frankreich, Irland und den Niederlanden ist die aktuelle Lage sehr ungünstig. Etwas besser fallen die Urteile über Finnland, Österreich und die Slowakei aus, allerdings liegen sie noch unter der Marke »befriedigend«. Lediglich in Deutschland und Estland ist die wirtschaftliche Lage nach Meinung der befragten Experten zufriedenstellend. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich in der Mehrzahl der Euroländer verbessert. In Griechenland, Irland, Italien und den Niederlanden haben sie sich dagegen eingetrübt. Dennoch liegen sie in den meisten Mitgliedsländern im positiven Bereich. Nur in Frankreich, Portugal und Zypern erwarten die befragten Experten eine Verschlechterung der Wirtschaftslage.

In den Ländern Westeuropas außerhalb des Euroraums, in Norwegen und der Schweiz, ist das Wirtschaftsklima bei weitem freundlicher. In beiden Ländern beurteilen die WES-Experten die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als sehr günstig, und sie bleiben auch hinsichtlich der Konjunkturerwartungen in den nächsten sechs Monaten positiv. In Schweden hat sich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation verbessert und liegt nun im zufriedenstellenden Bereich. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sind die schwedischen Wirtschaftsexperten weit positiver gestimmt als in der WES-Umfrage im Januar. In Dänemark und dem Vereinigten Königreich hat sich die wirtschaftliche Situation im Vergleich zur Vorquartalsumfrage verschlechtert und wird als ungünstig angesehen. In beiden Ländern wird gegenwärtig eine unzureichende Nachfrage als eines der wichtigsten Probleme eingeschätzt. Während keine wesentliche Verbesserung im Lauf des nächsten halben Jahres in Dänemark erwartet wird, drücken die WES-Experten im Vereinigten Königreich mehr Zuversicht im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung aus.

Der Wirtschaftsklimaindikator in Nordamerika hat sich kaum bewegt und liegt nun bei 87,0, im Vergleich zu 86,2 im Vorquartal und einem langfristigen Durchschnitt von 91,3 (1997–2012). Der leichte Anstieg resultiert von besseren Einschätzungen zur derzeitigen Wirtschaftslage. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten für die nächsten sechs Monate etwas weniger positiv als noch vor drei Monaten. Trotz dieser Verbesserung ist die

Abb. 3  
Wirtschaftliche Lage



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2013.

derzeitige wirtschaftliche Situation in den USA noch nicht ganz zufriedenstellend. Den WES-Experten zufolge sind die *Vereinigten Staaten* gegenwärtig vor allem mit Arbeitslosigkeit und hohen öffentlichen Defiziten konfrontiert. Bezüglich der Konjunkturaussichten im nächsten halben Jahr sind die befragten Experten nicht mehr ganz so positiv wie in der Januar-Umfrage. In *Kanada* bleiben die Einschätzungen der WES-Experten zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage unverändert gegenüber dem Vorquartal und damit unterhalb eines zufriedenstellenden Niveaus. Andererseits wurden die Konjunkturerwartungen etwas aufgewertet und deuten auf eine gewisse Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den nächsten sechs Monaten hin. Hier präsentiert sich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als landesweit wichtigstes wirtschaftliches Problem.

Der ifo-Indikator für das Wirtschaftsklima in **Asien** ist weiter gestiegen und erreichte mit 106,1 seinen höchsten Wert seit Ende 2010 (langfristiger Durchschnitt: 90,0, 1997 bis 2012). Die Beurteilungen sowohl der gegenwärtigen Situation als auch der wirtschaftlichen Erwartungen haben sich im Vergleich zu der vorherigen Umfrage weiter aufgehellt. Während die wirtschaftliche Lage im Durchschnitt für diese Region mehr oder weniger als zufriedenstellend betrachtet wird, sind die Befragten ziemlich zuversichtlich über die wirtschaftlichen Aussichten für die nächsten sechs Monate. Die aktuell leistungsstärksten Volkswirtschaften in der Region sind den WES-Experten zufolge *Hongkong, Indonesien, Malaysia, die Philippinen* und *Thailand*. In diesen Ländern herrscht eine sehr günstige konjunkturelle Situation. Dagegen verschlechterten sich die Konjunkturerwartungen in *Hongkong* und auf den *Philippinen* im Vergleich zum Vorquartal deutlich, bleiben aber im Durchschnitt positiv. In allen anderen Ländern wurden die wirtschaftlichen Aussichten nach oben revidiert, und die WES-Experten sind ziemlich zuversichtlich, was die nächsten sechs Monate angeht. Das derzeitige wirtschaftliche Hauptproblem der oben genannten Länder ist nach Meinung der befragten Experten der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. In *China* und *Singapur* wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wie schon in der letzten Umfrage als zufriedenstellend bewertet. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate sind relativ zuversichtlich. In *Bangladesch, Südkorea* und *Sri Lanka* hat sich die wirtschaftliche Lage verglichen mit der vorangegangenen Umfrage verschlechtert und wird als ungünstig bewertet. Diese Einschätzung gilt auch für *Indien, Japan, Taiwan* und *Vietnam*, trotz einer Aufwärtskorrektur gegenüber der Umfrage im Januar. Im Großen und Ganzen wird sich die Wirtschaftsleistung in den meisten dieser Länder im Laufe der nächsten sechs Monate voraussichtlich verbessern. Vor allem zunehmende Exporte dürften die Wirtschaft in *Japan* und *Taiwan* stärken. In *Bangladesch* dagegen dürften makroökonomische Entwicklungen in den kommenden Monaten nach Meinung der befragten Wirtschaftsexperten verhalten bleiben. In *Pakistan* wird von einer aktuell schwa-

chen wirtschaftlichen Leistung berichtet, die sich aber laut WES-Experten im Laufe der nächsten sechs Monate etwas verbessern dürfte.

Nachdem der Wirtschaftsklimaindikator für **Mittel- und Osteuropa** in der vorhergehenden Erhebung auf den niedrigsten Wert seit Ende 2009 gesunken ist, begann der Indikator in diesem Quartal wieder zu steigen. Dennoch liegt er bei 70,8 immer noch weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von 85,4 (1997–2012). Während die aktuelle wirtschaftliche Situation erneut als ungünstig bewertet wird, sind die Konjunkturerwartungen deutlich positiver und signalisieren eine Verbesserung in den nächsten sechs Monaten. Nach Meinung der befragten Wirtschaftsexperten sind die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme für diese Region eine unzureichende Nachfrage und Arbeitslosigkeit. Über die derzeit relativ stärkste Wirtschaftsleistung in dieser Region wird erneut in *Lettland* und *Litauen* berichtet, wenn auch in etwas geringerem Maße als in der vorherigen Umfrage. WES-Experten beurteilen die aktuelle wirtschaftliche Situation in *Lettland* als zufriedenstellend und in *Litauen* als günstig. Lediglich Bau- und Ausrüstungsinvestitionen werden in *Litauen* als schwach angesehen. Innerhalb der nächsten sechs Monate werden sie sich voraussichtlich etwas erholen, zusammen mit verstärkter Exporttätigkeit. In beiden Ländern sind die WES-Experten bezüglich der wirtschaftlichen Aussichten in den nächsten sechs Monaten ziemlich zuversichtlich. In *Bulgarien* hat sich die derzeitige Wirtschaftslage verglichen zur vorherigen Umfrage erheblich verschlechtert und wird als ungünstig angesehen. Auch die befragten Experten in der *Tschechischen Republik, Ungarn, Polen* und *Rumänien* berichten über eine unbefriedigende wirtschaftliche Situation. Für die nächsten sechs Monate erwarten die WES-Teilnehmer keine große Verbesserung in diesen Ländern. In *Ungarn* und *Rumänien* ist ihr Pessimismus teilweise auf einen Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung zurückzuführen. *Tschechien* ist das einzige Land, in dem die WES-Experten in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten zuversichtlicher geworden sind. In den *mittel- und osteuropäischen* Ländern außerhalb der EU hat sich die derzeitige Wirtschaftslage im Vergleich zur Umfrage im Januar verschlechtert und wird in *Albanien* und *Mazedonien* als ungünstig, in *Bosnien und Herzegowina, Kroatien* und *Serbien* sogar als ausgesprochen schwach bewertet. Die wirtschaftlichen Aussichten für das nächste halbe Jahr haben sich nur in *Mazedonien* leicht aufgehellt. In *Serbien* sind die WES-Experten insgesamt auch weiterhin hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten positiv gestimmt – trotz nach unten revidierten Erwartungen. Dagegen rechnen die Experten in *Bosnien und Herzegowina* mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im nächsten halben Jahr. In den meisten Ländern der Region außerhalb der EU sind die wichtigsten Probleme derzeit: Arbeitslosigkeit, öffentliche Defizite und mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung.

## Box 2

## Sind multilaterale Kreditgeber vorrangige Gläubiger in der Eurokrise?

Der vorrangige Gläubigerstatus multilateraler Kreditgeber ist juristisch oft nicht eindeutig geregelt. Der Internationale Währungsfonds, der sich in den Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte immer wieder als vorrangiger Gläubiger gegenüber privaten Geldgebern erwiesen hat, vergibt seine Kredite zum Beispiel ohne entsprechende Klauseln in Verträgen oder institutionellen Rahmenrichtlinien. Die vorrangige Bedienung der von ihm gewährten Kredite ist lediglich eine Konvention, die weitgehend anerkannt wird.

Vorrangigkeit, bzw. Seniorität bedeutet, dass im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der vorrangige Gläubiger als erster sein Geld zurückbekommt, wenn nur noch eine Teilmenge der Kredite bedient werden kann. Der nachrangige Gläubiger geht dagegen meist leer aus oder bekommt nur eine unvollständige Rückzahlung. Finanzmarktanalysten und Rating-Agenturen nehmen diese Frage sehr ernst und berücksichtigen für die Risikoeinschätzung von Ländern die Rangfolge von Ansprüchen.

Auch bei den Rettungspaketen, die im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise gewährt wurden, sind die Regelungen nicht immer eindeutig. Die EFSF war zunächst als gleichrangig mit den privaten Gläubigern geplant. Im Einrichtungsbeschluss steht jedoch »at least« pari-pasu. Weiterhin wurde festgelegt, dass auch bei künftiger Kreditvergabe kein anderer Gläubiger vorrangig gegenüber der EFSF gestellt werden darf. Dies lässt den Spielraum für andere Interpretationen zu, insbesondere da parallel Hilfskredite durch den IWF organisiert wurden.

Der ESM hingegen war von Beginn an als vorrangiger Gläubiger vorgesehen: »In all cases, in order to protect taxpayers' money, and to send a clear signal to private creditors that their claims are subordinated to those of the official sector, an ESM loan will enjoy preferred creditor status, junior only to the IMF loan.« (Euro-Gruppe, 28. Oktober 2010). Jedoch wurde diese Klausel im Falle der spanischen Bankenrekaptalisierung durch eine Ausnahmeregelung außer Kraft gesetzt.

Im World Economic Survey vom April 2013 befragte das ifo Institut Experten weltweit nach ihren Erwartungen bezüglich des Senioritätsstatus der verschiedenen Komponenten des Rettungsschirms. Insgesamt kann man sagen, dass die Erwartungen bezüglich der De-Facto-Seniorität von multilateralen Krediten sehr hoch ist: 88% der Befragten<sup>1</sup> sehen mindestens eine der Komponenten des Rettungsschirms als vorrangig gegenüber privaten Gläubigern an.

Jedoch gibt es Unterschiede im Detail. 70% der Befragten sehen den IWF als vorrangigen Gläubiger an. Dies ist der höchste Anteil unter allen Komponenten des Rettungsschirms. 65% antworteten, dass die bilateralen Kredite (als Teil der EFSM-Vereinbarung) einen vorrangigen Gläubigerstatus haben. Deutlich geringer sind die Erwartungen bei der EFSF und dem ESM mit jeweils 53%. Interessant ist, dass die beiden zuletzt genannten Rettungsmaßnahmen trotz ihrer juristischen Unterschiedlichkeit nahezu identisch eingestuft werden.

Ein Teil der Fragestellung betraf auch den vorrangigen Gläubigerstatus der EZB und der nationalen Zentralbanken. Insgesamt wird die Seniorität von den Befragten hier etwas niedriger eingeschätzt. Den höchsten Stellenwert haben die Refinanzierungskredite der nationalen Notenbanken, die z.T. mit Staatspapieren des jeweiligen Landes besichert sind. 61% der Befragten gehen davon aus, dass die Notenbanken ihren Anspruch auf Seniorität im Falle einer Insolvenz durchsetzen könnten. Bei den nicht explizit besicherten TARGET2-Salden ist der Anteil geringer. Hier rechnen nur 42% damit, dass diesen Krediten ein bevorzugter Gläubigerstatus eingeräumt werden würde.

Bei den Rückkäufen von Staatspapieren durch die EZB gaben 39% der Befragten an, dass die Papiere, die im Rahmen des SMP-Programms angekauft wurden, einen vorrangigen Gläubigerstatus haben werden, während 45% mit einem solchen Status beim neueren OMT-Programm rechnen. Auch in diesem letzten Fall spiegelt sich die Diskrepanz zwischen »De-Jure«- und »De-Facto«-Seniorität wider. Im SMP-Programm hatte die EZB formal auf ihrem Senioritätsanspruch bestanden und dies auch beim Schuldenschnitt im Frühjahr 2012 durchgesetzt. Das OMT-Programm – das bislang noch nicht eingesetzt wurde – ist dagegen als »pari pasu« angekündigt worden. Jedoch bekräftigte die EZB zeitgleich, dass sie sich nicht an weiteren Schuldenschnitten beteiligen wird.

Unterschiede gibt es auch bezüglich verschiedener Regionen innerhalb des WES. Betrachtet man nur die Antworten der ca. 260 Teilnehmer aus den 17 Euroländern, sehen sogar 91% mindestens einen der Rettungsschirmkomponenten als vorrangigen Gläubiger an. Der größte Unterschied bei den einzelnen Komponenten besteht beim ESM, der innerhalb der Europäischen Währungsunion von 65% der Befragten als vorrangig angesehen wird.

Eine tiefere Untergliederung der Antworten nach Regionen stößt aufgrund des geringen Stichprobenumfangs an ihre Grenzen. Es ist jedoch bemerkenswert, dass innerhalb Europas die rund 100 Befragten in den Nettokreditnehmerländern (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) eine deutlich niedrigere Erwartung an die Seniorität haben als die 90 Befragten in den Nettokreditgeberländern (Deutschland, Niederlande, Finnland und Luxemburg). Im Falle des ESM erwarten nur 52% der ersten Ländergruppe Seniorität des ESM, während in der zweiten Gruppe 71% mit der Seniorität des ESM rechnen. Ähnliche Erwartungsunterschiede zwischen beiden Gruppen gibt es bezüglich der EFSF und der IWF-Kredite, jedoch nicht bezüglich der Kredite des Eurosystems.

<sup>1</sup> Die angegebenen Prozentzahlen im Text beziehen sich nur auf diejenigen Befragten, die die Frage auch beantwortet haben. Ca. 20% machten keine Angaben.

*Prof. Frank Westermann, Ph.D., Leiter des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Osnabrück.*

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima für die GUS-Staaten (*Russland, Weißrussland, Ukraine, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Armenien*) ist aufgrund der weniger positiven Urteile zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation gesunken. Die Konjunkturerwartungen, auf der anderen Seite, haben sich zwar wieder aufgehellt, erreichen aber noch nicht

ganz den positiven Bereich. Das für die Region wichtigste wirtschaftliche Problem ist die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit. In *Russland* und der *Ukraine* wird zusätzlich »Korruption« als problematische wirtschaftliche Hürde genannt. In der Mehrheit der GUS-Staaten herrscht derzeit eine zufriedenstellende wirtschaftliche Situation. Dies ist der

Fall für *Armenien, Weißrussland, Kasachstan* und *Usbekistan*. In allen diesen Ländern erwarten die befragten Experten, dass sich ihre Volkswirtschaften in den nächsten sechs Monaten auf dem aktuellen guten Niveau stabilisieren. In *Russland* hat sich die Wirtschaftslage im Vergleich zur letzten Umfrage deutlich verschlechtert und wird nun als ungünstig angesehen. Die wirtschaftlichen Aussichten für die nächsten sechs Monate sind auch eher vorsichtig. Nach Meinung der befragten Wirtschaftsexperten ist hier mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme. Auch in *Kirgisien* und der *Ukraine* wird die aktuelle wirtschaftliche Situation als ungünstig bewertet. WES-Experten in beiden Ländern erwarten keine signifikante Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den nächsten sechs Monaten.

Der Anstieg des Wirtschaftsklimaindikatoren für *Ozeanien* im ersten Quartal 2013 war nur von kurzer Dauer. Im zweiten Quartal begann er wieder zu sinken und liegt mit 94,3 unter dem langfristigen Durchschnitt von 100,9. In *Australien* sind beide Klimakomponenten – Lage und Erwartung – weniger positiv als noch vor drei Monaten. Trotz der Korrektur nach unten wird die aktuelle wirtschaftliche Situation noch als befriedigend betrachtet. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aussichten drücken die WES-Experten aber eher Vorsicht aus. Die wichtigsten Probleme, mit denen sich *Australien* derzeit konfrontiert sieht, sind eine schlechte internationale Wettbewerbsfähigkeit und mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung. In *Neuseeland* hat sich die Einschätzung zur aktuellen wirtschaftlichen Situation etwas verbessert und kehrt auf ein zufriedenstellendes Niveau zurück. Die Konjunkturerwartungen auf der anderen Seite sind etwas zurückgegangen, bleiben aber im positiven Bereich. Als die dringendsten Probleme wurden hier von den befragten Wirtschaftsexperten Fachkräftemangel, Auslandsschulden und unzureichende Nachfrage genannt.

Nach zwei Anstiegen in Folge begann der Wirtschaftsklimaindikator in *Lateinamerika* wieder zu fallen. Während sich die aktuelle wirtschaftliche Lage gegenüber der letzten Um-

frage etwas verbessert hat und für eine zufriedenstellende Wirtschaftslage spricht, haben die Konjunkturerwartungen an Boden verloren, bleiben aber auf positivem Terrain. Das derzeit für die Region wichtigste wirtschaftliche Problem ist eine mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit. *Argentinien* und *Venezuela* sowie *Brasilien* und *Uruguay* leiden zusätzlich unter Inflation. In *Chile* und *Peru* berichten die WES-Experten weiterhin über eine sehr günstige gegenwärtige Wirtschaftslage. In *Paraguay* und *Ecuador* hat sich die wirtschaftliche Situation im Vergleich zur letzten Quartalsumfrage stark verbessert und wird nun auch als günstig angesehen. Der wirtschaftliche Ausblick bleibt in den meisten vorher genannten Ländern positiv. In *Paraguay* drücken die befragten Experten sogar wachsenden Optimismus im Hinblick auf die Entwicklungen in den nächsten sechs Monaten aus. Andererseits behalten die Wirtschaftsexperten in *Chile* ihren vorsichtigen Blick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten bei. In *Chile, Paraguay* und *Peru* wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als das dringendste wirtschaftliche Problem derzeit gesehen. In *Bolivien, Kolumbien, Mexiko* und *Uruguay* läuft die Wirtschaft den WES-Experten zufolge derzeit gut. In *Costa Rica, Guatemala* und *Panama* wird die Situation als zufriedenstellend beurteilt. In allen vorher genannten Ländern bleibt die gute Wirtschaftslage voraussichtlich über die nächsten sechs Monate bestehen. *Uruguay* ist eine Ausnahme. Dort äußern sich die WES-Teilnehmer eher skeptisch über die künftige wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Handelshemmnisse auf Exporte werden hier als bedeutendes aktuelles wirtschaftliches Problem von den WES-Experten identifiziert. In *Brasilien* bleibt die wirtschaftliche Situation zur Vorquartalsumfrage unverändert und wird leicht unter dem »zufriedenstellenden« Niveau bewertet. Während der private Konsum derzeit eine starke Performance zeigt, bleiben Bau- und Ausstattungsinvestitionen schwach. Allerdings erwarten die WES-Experten eine Verbesserung der Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten, einschließlich eines Anstiegs der Investitionen. In *Argentinien* hat sich die Wirtschaftslage im Vergleich zur vorherigen Umfrage verschlechtert. Die Ein-

**Tab. 1**  
**Rangfolge der drei bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme**

	Welt	West-europa	Nord-amerika	Latein-amerika	Ozeanien	Asien	Naher Osten	Afrika	Mittel- u. Osteuropa	GUS
Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung	1,5		3	3	2	2		2	3	2
Unzureichende Nachfrage	1,5	1				1	3		1	
Arbeitslosigkeit		3	1				2	1	2	
Inflation						3				
Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit				1	1			3		1
Mangel an Fachkräften				2	3		1			3
Haushaltsdefizite	3	2	2							

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2013.

schätzungen sowohl zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch zu den wirtschaftlichen Erwartungen wurden herabgestuft: Die aktuelle Wirtschaftslage wird als schwach empfunden, und auch für die nächsten sechs Monate bleiben die befragten Wirtschaftsexperten vorsichtig. Ihrer Meinung nach verliert die Bevölkerung zunehmend das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung. In *El Salvador* und *Venezuela* melden die befragten Experten erneut eine schwache wirtschaftliche Verfassung. In *El Salvador* wird keine wesentliche Verbesserung des derzeit niedrigen Niveaus der wirtschaftlichen Aktivität in den nächsten sechs Monaten erwartet. In *Venezuela* erwarten die WES-Experten sogar, dass sich die Situation weiter verschlechtert.

Im **Nahen Osten** ist das Wirtschaftsklima weiterhin günstig, trotz einer leichten Korrektur beider Komponenten nach unten. Mit 92,0 liegt der Indikator immer noch auf einem sehr hohen Niveau und befindet sich über seinem langfristigen Durchschnitt von 84,9 (1997–2012). Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist das derzeit wichtigste wirtschaftliche Problem der Region. In *Saudi-Arabien* und den *Vereinigten Arabischen Emiraten* herrscht eine sehr günstige gegenwärtige wirtschaftliche Situation, die auch in den nächsten sechs Monaten voraussichtlich so gut bleiben dürfte. In *Israel* und der *Türkei* wird die aktuelle Wirtschaftslage als günstig bewertet. Hinsichtlich der Konjunkturerwartungen bleiben die WES-Experten in der *Türkei* ziemlich zuversichtlich, während sie in *Israel* eher pessimistisch geworden sind.

In den **nordafrikanischen** Ländern *Algerien* und *Libyen* bleibt die gegenwärtige wirtschaftliche Situation im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage unverändert auf zufriedenstellendem Niveau. Die Konjunkturerwartungen wurden zwar nach unten revidiert, deuten aber im Großen und Ganzen auf eine wirtschaftliche Stabilisierung in den nächsten sechs Monaten hin. In *Ägypten*, *Marokko* und *Tunesien* hat sich die wirtschaftliche Lage im Vergleich zur Januar-Umfrage verschlechtert und wird als schwach beurteilt. Die befragten Experten in den genannten Ländern erwarten in den nächsten sechs Monaten keine Veränderung zum Besseren für die wirtschaftliche Situation. Die Wirtschaftsexperten in *Ägypten* befürchten sogar eine weitere Verschärfung der Situation. Das Wirtschaftsklima in *Südafrika* hat sich aufgrund weniger positiver Beurteilungen erneut eingetrübt. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wird als schwach beschrieben. Auch in den nächsten sechs Monaten werden keine wesentlichen Verbesserungen erwartet.

### Verlangsamter Preisanstieg erwartet

#### Weltweite Trends

Für das Gesamtjahr 2013 erwarten die WES-Experten im weltweiten Durchschnitt einen Preisanstieg von 3,2% (vgl.

Tab. 2). Dieser Wert ist etwas niedriger als zu Anfang des Jahres erwartet worden war (3,3%), und liegt spürbar unter der für das vergangene Jahr gemeldeten Inflationsrate von 3,6%. Die Tendenz zur Inflationsabschwächung ist weit verbreitet. Ausnahmen hiervon sind *Lateinamerika* und die *GUS-Staaten*, wo sich nach Ansicht der WES-Experten der Preisanstieg im laufenden Jahr etwas verstärken dürfte.

#### Inflationstrends nach ausgewählten Ländern

Die von den WES-Experten für den **Euroraum** erwartete Inflationsrate 2013 beläuft sich auf 1,9% und liegt etwas unter dem Wert, der in der WES-Umfrage im Januar gemeldet worden war (2,1%). Die 2013 erwartete Preissteigerungsrate entspricht nun den mittelfristigen Zielvorstellungen der Europäischen Zentralbank. Mit den niedrigsten Inflationsraten im *Euroraum* für das Jahr 2013 rechnen nach der jüngsten Umfrage die »Krisenländer« *Griechenland* (0,8%), *Irland* (1,2%), *Portugal* und *Zypern* (1,5% bzw. 1,0%). In *Deutschland* wird laut WES die Inflationsrate in diesem Jahr 2,0% betragen, wie schon zu Jahresanfang erwartet worden war. Über dem Durchschnitt des *Euroraums* liegen die Inflationsraten in diesem Jahr wohl vor allem wiederum in *Estland* (3,5%) und der *Slowakei* (2,5%).

In **Westeuropa außerhalb des Euroraums** werden weiterhin das *Vereinigte Königreich* (2,8%) das obere und die *Schweiz* (0,4%) das untere Ende der Preisskala bilden; in beiden Ländern haben seit Jahresbeginn die Inflationserwartungen allerdings geringfügig zugenommen.

In **Mittel- und Osteuropa** haben sich die Preiserwartungen für 2013 seit Jahresanfang deutlich zurückgebildet (von 3,3% auf 2,6%). Tendenziell trifft diese Aussage für alle in dieser Region beobachteten Länder zu. Niedriger als im Durchschnitt der Region sind die Inflationsschätzungen der WES-Experten für 2013 vor allem in *Polen* (1,8%) sowie in *Lettland*, *Slowenien* und *Tschechien* (jeweils 2,0%). Auf der anderen Seite liegen die Inflationserwartungen vor allem in *Serbien* über dem Durchschnitt in der Region, auch wenn hier im Vergleich zum Vorjahr durchaus eine Verbesserung bei der Inflationsbekämpfung festzustellen ist (5,5% nach 6,4% im Januar und gemeldeten 11,0% 2012).

In **Nordamerika** liegt die sich für 2013 abzeichnende Inflationsrate bei 2,1% für die *USA* und bei 1,7% für *Kanada*. Gegenüber der WES-Umfrage im Januar bedeutet dies in beiden Fällen einen leichten Rückgang der erwarteten Preissteigerung.

Auch in **Asien** gingen die Inflationserwartungen für 2013 seit Jahresanfang leicht zurück (von 3,3% auf 3,1%). Mit Abstand die höchste Preissteigerung wird weiterhin in *Pakistan* (10,4%) erwartet. Auch in *Sri Lanka* (10,0%), *Bangladesch* (8,8%) und *Vietnam* (7,5%) wird die Inflation deutlich über dem Durchschnittswert in der Region liegen. In *China*

Tab. 2  
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2013 (im April und Januar 2013)

Region	II/2013	I/2013	Region	II/2013	I/2013
<b>Durchschnitt der Länder</b> <sup>a)</sup>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>Nordamerika</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>
EU (27 Länder)	2,1	2,2	Kanada	1,7	1,9
EU (alte Mitglieder) <sup>b)</sup>	2,0	2,1	USA	2,1	2,2
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup>	2,5	3,2	<b>Ozeanien</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>
Euroraum <sup>d)</sup>	1,9	2,1	Australien	2,6	2,9
<b>Westeuropa</b>	<b>1,9</b>	<b>2,0</b>	Neuseeland	1,7	1,7
Belgien	1,5	2,0	<b>Lateinamerika</b>	<b>7,9</b>	<b>7,7</b>
Dänemark	1,6	2,2	Argentinien	26,5	27,2
Deutschland	2,0	2,0	Bolivien	5,8	5,4
Finnland	2,1	2,4	Brasilien	5,9	5,6
Frankreich	1,5	1,7	Chile	2,6	2,8
Griechenland	0,8	1,3	Costa Rica	(6,0)	(6,0)
Irland	1,2	1,6	Dominikanische Republik	5,4	5,0
Island	(4,2)	(4,1)	Ecuador	4,2	4,7
Italien	2,1	2,5	El Salvador	2,5	2,7
Luxemburg	1,9	1,9	Guatemala	4,8	4,1
Monaco	2,0	2,0	Kolumbien	2,6	2,9
Niederlande	2,5	2,3	Kuba	(3,0)	(4,0)
Norwegen	2,2	1,9	Mexiko	4,1	4,1
Österreich	2,3	2,3	Panama	(5,0)	(6,5)
Portugal	1,5	1,8	Paraguay	4,4	5,7
Schweden	0,9	0,9	Peru	2,9	2,7
Schweiz	0,4	0,3	Uruguay	8,1	8,1
Spanien	2,3	2,3	Venezuela	33,0	34,7
Vereinigtes Königreich	2,8	2,6	<b>GUS</b>	<b>8,0</b>	<b>7,8</b>
Zypern	(1,0)	1,8	Armenien	6,4	6,8
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>2,6</b>	<b>3,3</b>	Kasachstan	7,1	6,9
Albanien	3,0	3,4	Kirgisien	9,0	9,0
Bosnien und Herzegowina	2,6	3,6	Russland	7,1	7,1
Bulgarien	3,2	3,3	Ukraine	5,6	5,5
Estland	3,5	3,8	Usbekistan	(18,6)	---
Kroatien	3,1	3,4	Weißrussland	(18,0)	(19,0)
Lettland	2,0	2,5	<b>Afrika</b>	<b>7,5</b>	<b>7,8</b>
Litauen	2,8	3,1	<b>Nördliches Afrika</b>	<b>6,0</b>	<b>7,0</b>
Polen	1,8	2,6	Ägypten	12,6	12,0
Rumänien	4,1	4,6	Algerien	4,0	6,6
Serbien	5,5	6,4	Libyen	(7,0)	(10,0)
Slowakei	2,5	2,7	Marokko	2,4	2,1
Slowenien	2,0	2,5	Tunesien	6,0	4,2
Tschechien	2,0	2,8	<b>Subsaharisches Afrika</b>	<b>8,5</b>	<b>8,3</b>
Ungarn	3,2	4,5	Angola	(9,5)	(9,7)
<b>Naher Osten</b>	<b>4,3</b>	<b>4,5</b>	Benin	4,2	5,6
Israel	2,4	2,0	Burkina Faso	(2,0)	(2,6)
Jordanien	(7,0)	4,8	Burundi	21,5	23,0
Katar	(3,0)	---	Gabun	(3,2)	(3,1)
Libanon	---	6,0	Ghana	(9,0)	(10,0)
Saudi-Arabien	5,3	5,3	Kenia	6,6	5,0
Türkei	6,8	6,6	Komoren	(3,0)	5,0
Vereinigte Arabische Emirate	2,2	2,2	Kongo Demokratische Rep.	3,8	5,6
<b>Asien</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	Republik Kongo	3,4	(2,5)
Bangladesch	8,8	8,0	Lesotho	6,4	6,3
China	3,4	3,7	Liberia	7,2	7,1
Hongkong	3,4	3,8	Madagaskar	8,1	7,3
Indien	7,1	7,6	Malawi	24,0	(20,0)
Indonesien	6,3	6,3	Mauretanien	6,8	5,6
Japan	0,4	0,3	Mauritius	4,4	4,3
Malaysia	2,6	3,3	Namibia	6,2	6,2
Pakistan	10,4	11,1	Niger	3,7	4,0
Papua Neuguinea	(6,0)	(6,0)	Nigeria	11,5	10,6
Philippinen	3,4	3,5	Sambia	7,3	7,9
Singapur	(3,0)	3,0	Sierra Leone	10,3	10,9
Sri Lanka	10,0	8,8	Simbabwe	4,2	3,8
Südkorea	2,8	3,1	Sudan	31,7	36,5
Taiwan	1,7	1,6	Südafrika	5,9	5,9
Thailand	3,4	3,2	Swasiland	6,1	6,2
Vietnam	7,5	7,5	Uganda	(5,0)	(5,0)

<sup>a)</sup> Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. –  
<sup>b)</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. –  
<sup>c)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. –  
<sup>d)</sup> Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ( ) Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2013 und I/2013.



sind die Inflationserwartungen für 2013 zwar leicht zurückgegangen, liegen aber weiter über der 3%-Schwelle (3,4% nach erwarteten 3,7% im Januar). Auch in *Südkorea* wurde die Inflationsschätzung für 2013 etwas nach unten revidiert (von 3,1% auf 2,8%). Eine geringfügige Abschwächung der immer noch hohen Inflationsrate wird in *Indien* erwartet (7,1% nach 7,6% im Januar). In *Indonesien*, einem anderen Hochinflationsland, bleiben die befragten WES-Experten bei ihrer bereits zu Jahresanfang geäußerten Schätzung von 6,3%. In *Taiwan* dürfte nach Ansicht der WES-Experten das hier traditionell niedrige Inflationssklima auch 2013 vorliegen (1,7%). In *Japan* wird nach dem Umschwenken der Geldpolitik auf einen sehr expansiven Kurs nicht mehr mit einer Fortsetzung des deflationären Trends der vergangenen Jahre gerechnet. Die Preise dürften 2013 nach Ansicht der WES-Experten immerhin um 0,4% steigen, was aber immer noch weit vom mittelfristigen Inflationsziel der neuen japanischen Regierung in Höhe von ca. 2% entfernt wäre.

In *Ozeanien* gingen die Inflationserwartungen für 2013 in *Australien* etwas zurück (von 2,9% auf 2,6%) und bleiben unverändert niedrig in *Neuseeland* (1,7%).

*Lateinamerika* ist eine der beiden Weltregionen, in der sich seit Jahresanfang die Inflationserwartungen der WES-Experten für 2013 etwas erhöht haben (von 7,7% auf 7,9%). Länder mit dem höchsten Preisanstieg in der Region sind voraussichtlich wieder die beiden Hochinflationsländer *Argentinien* (26,5%) und *Venezuela* (33,0%). Auf der anderen Seite brillieren erneut *El Salvador* (2,5%), *Chile* und *Kolumbien* (jeweils 2,6%) sowie *Peru* (2,9%) mit niedrigen Inflationsraten. In *Brasilien*, der größten Volkswirtschaft in der Region, wird für 2013 eine Inflationsrate von 5,9% erwartet, was leicht über der Schätzung vom Jahresanfang liegt (5,6%).

In den *GUS*-Staaten wurde die Inflationsschätzung für 2013 geringfügig nach oben korrigiert (von 7,8% auf 8,0%). Dies liegt vor allem an der voraussichtlich hohen Inflationsrate in *Usbekistan* und *Weißrussland* (jeweils fast 20%). Niedriger als im Durchschnitt der Region sind weiterhin die Inflationsschätzungen für die *Ukraine* (5,6% nach 5,5%), *Russland* (unverändert bei 7,1%), *Kasachstan* (7,1% nach 6,9%) und *Armenien* (6,4% nach 6,8%).

Im *Nahen Osten* bleiben die Inflationserwartungen für 2013 weitgehend unverändert bei etwas über 4%. Innerhalb der Region sind die Inflationserwartungen am niedrigsten für die *Vereinigten Arabischen Emirate* (2,2%) und für *Israel* (2,4%). In *Saudi-Arabien* liegt der Prognosewert für die Inflation im Jahre 2013 weiterhin bei 5,3%, der mit der Preissteigerungsrate im Vorjahr nahezu identisch ist. Für die *Türkei* haben die WES-Experten die Inflationsschätzung für 2013 gegenüber der Umfrage im Januar nur leicht angehoben (6,8% gegenüber 6,6% im Januar). Verglichen mit der Inflationsrate

im Durchschnitt des Jahres 2012 (8,1%) würde diese Rate aber nach wie vor eine erhebliche Verbesserung bedeuten.

In *Afrika* ergibt sich weiterhin ein sehr heterogenes Bild bei den Inflationstendenzen: Relativ niedrige Inflationsraten werden für 2013 in *Marokko* (2,4%), *Burkina Faso* (2,0%), *Gabun* (3,2%) sowie in *Kongo-Brazzaville* (3,4%) und der *Demokratischen Republik Kongo* (3,8%) erwartet. In einem Mittelfeld (zwischen 4 und 9%) liegen die für 2013 prognostizierten Inflationsraten in der Mehrheit der untersuchten *afrikanischen Länder*, z.B. in *Algerien* (4,0%), *Benin* (4,2%), *Südafrika* (5,9%), *Tunesien* (6,0%), *Namibia* (6,2%), *Lesotho* (6,4%), *Kenia* (6,6%) und *Mauretanien* (6,8%). Hohe Inflationsraten von über 10% dürften auch in diesem Jahr besonders im *Sudan* (31,7%), *Burundi* (21,5%) und *Malawi* (24,0%) und zu einem etwas geringeren Grade auch in *Ägypten* (12,6%), *Nigeria* (11,5%) und *Sierra Leone* (10,3%) vorherrschen.

### WES-Experten erwarten weiterhin leichten Anstieg der langfristigen Zinsen

Im weltweiten Durchschnitt werden nach Ansicht der WES-Experten die von Zentralbankentscheidungen geprägten kurzfristigen Zinsen auf ihrem derzeit niedrigen Niveau verharren. Die mehr marktbestimmten langfristigen Zinsen, die im Zeichen des weit verbreiteten »Quantitative Easing« (systematischer Aufkauf von Wertpapieren durch die Zentralbanken) ebenfalls stark von den Notenbanken beeinflusst werden, dürften nach Meinung der befragten Experten im Laufe der nächsten sechs Monate dagegen etwas steigen (vgl. Abb. 4). Nach Ländern differenziert, ergeben sich einige Besonderheiten: Die in den »Euro-Krisenländern« – *Griechenland*, *Irland*, *Italien*, *Spanien* und *Portugal* – immer noch relativ hohen Kapitalmarktzinsen werden nach Ansicht der WES-Experten im Laufe der nächsten sechs Monate weiter sinken. In *Westeuropa* außerhalb des *Euroraums* wird in *Norwegen* mit stabilen langfristigen, aber mit steigenden kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten gerechnet. Auf der anderen Seite dürften nach Ansicht der befragten Wirtschaftsexperten in *Schweden* sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten Monate steigen. Dieses Muster – tendenziell leicht steigende kurz- und langfristige Zinsen – wird auch für die *USA* erwartet. In *Australien* dürften laut Umfrage die kurzfristigen Zinsen in den kommenden Monaten sinken und die langfristigen Zinsen stabil bleiben. Die bisher eher enttäuschende konjunkturelle Erholung in *Mittel- und Osteuropa* hat die WES-Experten wohl in ihrer Annahme bestärkt, dass hier die kurzfristigen und in geringerem Maße auch die langfristigen Zinsen im nächsten halben Jahr weiter zurückgehen werden. In *Russland*, wie im Durchschnitt aller *GUS*-Staaten, dürften die kurzfristigen Zinsen in den nächsten sechs Monaten stabil bleiben, während die langfristigen Zinsen –

**Abb. 4**  
**Kurzfristige Zinsen**  
 – Aktuelle Zinssätze<sup>a)</sup> und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



<sup>a)</sup> Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. – <sup>b)</sup> Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.  
 Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2013.

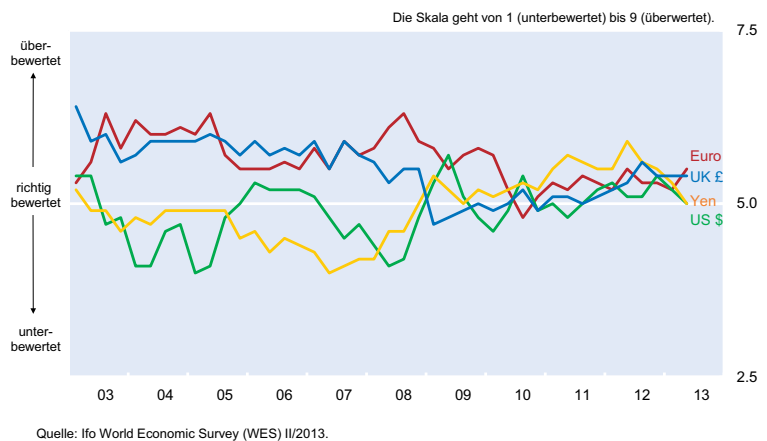
anders als noch zu Jahresanfang erwartet – in nächster Zeit leicht steigen werden. In *Lateinamerika* wird mit einem Anstieg sowohl der kurz- als auch der langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet. Diese Tendenz ist besonders in *Brasilien* stark ausgeprägt und löst damit den hier seit Mitte 2011 anhaltenden Trend sinkender Zinsen ab. Abweichend von der in der Region insgesamt erwarteten Zinssteigerung wird in *Kolumbien* und in *Mexiko* mit weiter sinkenden kurzfristigen und stabilen langfristigen Zinsen gerechnet. Im Hochinflationland *Venezuela* werden die Zinsen nach Ansicht der WES-Experten auch künftig auf ihrem derzeitigen hohen Niveau verharren. In *Asien* wird nunmehr – anders als in der vorangegangenen Umfrage – mit leicht sinkenden kurz- wie langfristigen Zinsen gerechnet. Dieser neue Trend wird maßgeblich von *Japan* beeinflusst, wo die Zentralbank seit dem jüngsten Regierungswechsel einen ausgeprägt expansiven Kurs verfolgt, um die Deflation zu bekämpfen und *Japan* auf einen Wachstumspfad, verbunden mit einer Inflationsrate von etwa 2%, zu bringen. Der bei einer solchen Politik einhergehende Rückgang der kurz- und langfristigen Zinsen wird – wenn auch aus anderen Gründen – auch in *Indien* und *Südkorea* erwartet. Auf der anderen Seite scheint nach Ansicht der WES-Experten der seit Ende 2011 anhaltende Zinsrückgang in *China* in den nächsten Monaten von leicht steigenden kurz- und langfristigen Zinsen abgelöst zu werden. Noch ausgeprägter als in *China* wird in *Indonesien*, *Malaysia* und *Taiwan* im Laufe der nächsten sechs Monate mit steigenden kurz- und langfristigen Zinsen gerechnet.

In *Afrika* stehen nach Meinung der WES-Experten die Zeichen bei kurz- und langfristigen Zinsen in den nächsten Monaten auf Anstieg. Von diesem Trend gibt es nur wenige Ausnahmen: *Sierra Leone* und *Sudan* sowie in geringerem Maße *Kenia*, *Namibia* und *Angola*. Hier wird in den nächsten Monaten mit rückläufigen Zinsen gerechnet.

### Japanischer Yen nicht mehr überbewertet

Im weltweiten Durchschnitt werden der *US-Dollar* und der *japanische Yen* von den WES-Experten nahe bei ihrem Gleichgewichtskurs gesehen. Der *Euro* und das *britische Pfund* gelten dagegen als leicht überbewertet (vgl. Abb. 5). Nach Ländern differenziert, ergeben sich jedoch deutliche Abweichungen von diesem Gesamtbild: Weiterhin **überbewertet** sehen die WES-Experten ihre eigene Währung in *Australien*, *Argentinien*, *Venezuela*, *Serbien* sowie in *Bosnien und Herzegowina*. Auf der anderen Seite gilt die eigene Landeswährung nach Ansicht der befragten Wirt-

Abb. 5  
Währungsbeurteilung



schaftsexperten als **unterbewertet** in *Kanada*, einigen *ost- und mitteleuropäischen* Ländern wie *Ungarn* und *Polen*, in drei *GUS-Staaten* (*Russland*, *Kasachstan* und *Kirgisien*) und nicht zuletzt in einigen *asiatischen* Ländern (*China*, *Indien*, den *Philippinen* und *Vietnam*). Ferner gehören zu dieser Gruppe mit unterbewerteten eigenen Währungen einige *afrikanische* Länder wie *Ägypten*, *Marokko*, *Benin*, *Kenia*, *Madagaskar* und *Sierra Leone* wie auch zwei *lateinamerikanische* Länder (*Kuba* und *Dominikanische Republik*).

Auf die zusätzliche Frage nach der Entwicklung des *Dollar*-Kurses in den nächsten sechs Monaten, unabhängig davon, wie die einzelnen Währungen fundamental eingeschätzt werden, ergibt sich im Weltdurchschnitt ein insgesamt leicht steigender Wert des *US-Dollar*. Nach Ländern differenziert, liegen aber wiederum erhebliche Unterschiede vor: Ein erwarteter Wertzuwachs des *US-Dollar* dominiert zwar in der Mehrheit der untersuchten Länder, ist aber besonders ausgeprägt in den *lateinamerikanischen* Ländern *Argentinien* und *Venezuela* sowie generell in den *GUS-Staaten*. Der *japanische Yen* wird von den in *Japan* befragten WES-Experten als angemessen, teilweise sogar schon als leicht unterbewertet eingestuft. Trotzdem dürfte sich ihrer Meinung nach der *US-Dollar* gegenüber dem *Yen* in den nächsten sechs Monaten weiter verteuern, da die japanische Zentralbank massiv versucht, die Zinsen zu drücken und auf Zwei-Jahres-Sicht eine Inflationsrate von rund 2% herbeizuführen. Auf der anderen Seite wird in einigen Ländern von den WES-Experten mit einer Schwächung des *US-Dollar* gegenüber der einheimischen Währung gerechnet. Hierzu zählen einige *asiatische* Länder (z.B. *China*, *Malaysia*, die *Philippinen*, *Südkorea* und *Thailand*), einige wenige *mittel- und osteuropäische* Länder (*Bosnien und Herzegowina* und *Lettland*), ein paar Länder *Lateinamerikas* (*Paraguay* und *Peru*) sowie *Afrikas* (*Kenia*, *Algerien*, *Senegal*, *Sierra Leone* und der *Sudan*).

Tab. 3

Wachstumserwartungen des realen Bruttoinlandsprodukts für 2013 und 2012 (April 2013 und April 2012)

Region	II/2013	II/2012	Region	II/2013	II/2012
<b>Durchschnitt der Länder</b> <sup>a)</sup>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>Nordamerika</b>	<b>2,0</b>	<b>2,4</b>
EU (27 Länder)	0,4	0,5	Kanada	1,8	2,6
EU (alte Mitglieder) <sup>b)</sup>	0,3	0,3	USA	2,0	2,3
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup>	0,9	1,5	<b>Ozeanien</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>
Euroraum <sup>d)</sup>	0,2	0,3	Australien	2,8	3,1
<b>Westeuropa</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	Neuseeland	2,4	2,2
Belgien	0,3	0,4	<b>Lateinamerika</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>
Dänemark	0,8	1,2	Argentinien	2,7	3,2
Deutschland	0,9	1,1	Bolivien	4,0	4,3
Finnland	0,4	0,9	Brasilien	2,8	3,4
Frankreich	0,1	0,9	Chile	4,9	4,8
Griechenland	-4,0	-4,3	Costa Rica	(4,0)	(3,8)
Irland	0,9	0,7	Dominikanische Republik	2,7	4,6
Island	(1,9)	---	Ecuador	4,2	4,7
Italien	-0,6	-1,0	El Salvador	1,7	2,1
Luxemburg	0,9	0,4	Guatemala	3,4	3,1
Monaco	1,7	2,3	Kolumbien	4,0	5,0
Niederlande	0,0	-0,2	Kuba	(3,5)	(3,0)
Norwegen	2,5	2,0	Mexiko	3,4	3,1
Österreich	0,9	0,8	Panama	(7,0)	(8,0)
Portugal	-1,4	-3,2	Paraguay	10,6	-0,3
Schweden	1,3	0,7	Peru	6,2	5,8
Schweiz	1,2	1,0	Uruguay	3,4	4,2
Spanien	-1,1	-0,8	Venezuela	1,2	3,1
Vereinigtes Königreich	0,8	0,8	<b>GUS</b>	<b>2,8</b>	<b>4,0</b>
Zypern	(-8,0)	-0,4	Armenien	4,9	---
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>0,9</b>	<b>1,5</b>	Kasachstan	5,0	5,6
Albanien	1,3	1,8	Kirgisien	5,5	4,0
Bosnien und Herzegowina	1,1	1,3	Russland	2,7	3,8
Bulgarien	1,1	1,3	Ukraine	1,7	3,2
Estland	3,0	2,3	Usbekistan	(8,5)	(7,0)
Kroatien	-0,7	-0,7	Weißrussland	(2,0)	(4,0)
Lettland	3,7	2,6	<b>Afrika</b>	<b>4,0</b>	<b>4,1</b>
Litauen	3,5	3,1	<b>Nördliches Afrika</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>
Polen	1,4	2,9	Ägypten	2,4	1,9
Rumänien	1,0	1,5	Algerien	4,5	3,6
Serbien	2,1	0,3	Libyen	(17,0)	(50,0)
Slowakei	1,2	1,7	Marokko	3,5	(2,9)
Slowenien	-1,2	-0,4	Tunesien	3,2	2,8
Tschechien	0,1	0,5	<b>Subsaharisches Afrika</b>	<b>4,3</b>	<b>4,9</b>
Ungarn	0,2	0,4	Benin	5,3	3,4
<b>Naher Osten</b>	<b>3,7</b>	<b>4,1</b>	Burkina Faso	(8,0)	(8,0)
Israel	2,9	3,0	Burundi	6,0	3,4
Katar	(4,7)	(7,0)	Gabun	(5,4)	(4,5)
Kuwait	(3,2)	(5,0)	Ghana	(7,5)	8,9
Libanon	(2,5)	4,0	Kenia	5,7	4,3
Saudi-Arabien	3,8	4,1	Komoren	(2,5)	(2,5)
Türkei	3,6	4,4	Kongo Demokratische Rep.	8,0	7,2
Vereinigte Arabische Emirate	4,0	(3,0)	Kongo Republik	(4,0)	5,0
<b>Asien</b>	<b>3,7</b>	<b>4,0</b>	Lesotho	3,3	3,2
Bangladesch	6,1	6,6	Liberia	8,0	6,8
China	7,7	8,0	Madagaskar	2,5	2,3
Hongkong	3,3	3,3	Malawi	4,3	(5,0)
Indien	5,8	7,1	Mauretanien	5,5	4,3
Indonesien	6,4	6,2	Mauritius	3,7	3,7
Japan	1,6	1,8	Namibia	4,6	4,0
Malaysia	5,2	4,0	Niger	-0,8	7,6
Pakistan	3,3	3,4	Nigeria	6,0	7,2
Papua Neuguinea	(3,7)	---	Sambia	6,9	5,8
Philippinen	6,1	4,6	Senegal	(4,0)	(3,8)
Singapur	(2,0)	---	Sierra Leone	6,6	26,9
Sri Lanka	6,1	6,5	Simbabwe	4,5	7,6
Südkorea	2,6	3,2	Sudan	2,9	4,8
Taiwan	3,6	3,5	Südafrika	2,6	3,1
Thailand	5,1	5,3	Swasiland	1,6	1,2
Vietnam	4,8	4,3	Uganda	(5,5)	---

<sup>a)</sup> Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – <sup>b)</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – <sup>c)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – <sup>d)</sup> Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ( ) Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2013 und II/2012.

### Erwartetes Wirtschaftswachstum 2013

Wie jedes Jahr wird in der WES-Umfrage für das zweite Quartal nach der erwarteten quantitativen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>2</sup> gefragt (vgl. Tab. 3). In diesem Jahr wird von den WES-Experten mit einem Wachstum der Weltwirtschaft um 2,2% gerechnet. Diese Schätzung entspricht weitgehend jener vom Frühjahr des vergangenen Jahres (2,3%), liegt aber deutlich unter dem Durchschnitt in konjunkturellen »Normaljahren« (z.B. 3,3% im Zeitraum 2004 bis 2007). Auch wenn in allen Weltregionen die Wachstumsschätzungen im Vergleich zum Vorjahr zurückgenommen wurden, so fallen die Revisionen vor allem in *Ost- und Mitteleuropa* (0,9% nach erwarteten 1,5% im Vorjahr) und in den *GUS*-Staaten (2,8% nach 4,0% im Vorjahr) überdurchschnittlich stark aus. Unabhängig von solchen Revisionen werden die Wachstumsperspektiven jedoch in diesem Jahr mit Abstand am niedrigsten in *Westeuropa* (0,4%) und hier vor allem im *Euroraum* (0,2%) eingeschätzt.

#### Wachstumsschätzungen nach Ländern

Die höchsten Expansionsraten werden 2013 nach Einschätzung der WES-Experten in *China* (7,7%), *Indonesien* (6,4%), den *Philippinen* (6,1%) und in *Indien* (5,8%) erzielt werden. Im Falle *Indiens* bedeutet die aktuelle Schätzung allerdings eine spürbare Zurücknahme der in den Vorjahren erwarteten Wachstumsraten, die meist zwischen 7 und 8% lagen. Auch einige *lateinamerikanische* Länder tragen überdurchschnittlich zum Wachstum der Weltwirtschaft bei, so vor allem *Peru* (6,2%) und *Chile* (4,9%). In *Afrika* gibt es ebenfalls eine Reihe stark expandierender Volkswirtschaften, wie vor allem die *Demokratische Republik Kongo* (8,0%), *Liberia* (8,0%), *Ghana* (7,5%), *Sambia* (6,9%) und *Nigeria* (6,0%). *Brasilien* weist zwar weiterhin im Weltvergleich ein überdurchschnittliches Wachstum auf, gehört aber mit einem erwarteten Zuwachs von 2,8% 2013 nicht mehr zur Wachstumsspitzengruppe in *Lateinamerika*. Andere Länder mit einer voraussichtlich stark steigenden gesamtwirtschaftlichen Produktion 2013 sind die *Vereinigten Arabischen Emirate* (4,0%) und die *Türkei* (3,6%).

Auf der anderen Seite wird ein Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität 2013 vor allem in einigen europäischen Krisenländern erwartet, so in *Griechenland* (-4,0%), *Portugal* (-1,4%), *Spanien* (-1,1%) und *Italien* (-0,6%). In *Frankreich* und in den *Niederlanden* rechnen die WES-Experten mit einer Stagnation der wirtschaftlichen Leistung 2013. Ein positives Beispiel dafür, dass sich Umstrukturierungsmaßnah-

men mit etwas Verzögerung auch in Form von besseren Wachstumsperspektiven auszahlen, bietet *Irland*, wo 2013 zumindest ein moderates Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,9% erwartet wird.

<sup>2</sup> Es handelt sich hierbei um Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Ländern, zusammengewichtet mit dem jeweiligen Länderanteil am Welthandel. Diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, bei denen Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde liegen, wie dies z.B. bei Schätzungen des IWF üblich ist.

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

# Gefährden die aktuellen Mindereinnahmen den Konsolidierungskurs?

68

## Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2013

Christian Breuer

Nach den Ergebnissen der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« werden im Vergleich zur Prognose vom November 2012 Mindereinnahmen erwartet. Ähnlich wie der konjunkturelle Verlauf blieben auch die Steuereinnahmen des Staates bereits im vierten Quartal 2012 hinter den Erwartungen zurück. Zudem dämpfen Steuersenkungen das Aufkommen. Das erneut niedriger eingeschätzte Produktionspotenzial führt für sich genommen (im Vergleich zu den Schätzungen vom Herbst 2012) auch zu einer strukturellen Verschlechterung der Haushaltslage.

### Steuerschätzung und Prognose-revision

Auf der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« wurde die Prognose des Steueraufkommens nach unten korrigiert. Abbildung 1 zeigt die Struktur der Steuereinnahmen seit dem Jahr 1991, wobei ab 2013 die Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« dargestellt ist.

Für das laufende Jahr wird nun ein Steueraufkommen in Höhe von 615,2 Mrd. Euro erwartet, während im Oktober 2012 noch mit 618,0 Mrd. Euro gerechnet wurde (vgl. Tab. 1). Bereits das Steueraufkommen im vierten Quartal 2012 blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. So wurden im Jahr 2012 insgesamt 2,3 Mrd. Euro weniger eingenommen, als im vergangenen Oktober geschätzt wurde. Für das Jahr 2014 wird mit einem Gesamtsteueraufkommen in Höhe von 638,5 Mrd. Euro ein um 3,8 Mrd. Euro geringeres Aufkommen erwartet. Im mittelfristigen Zeitraum 2015–2017 reduzieren sich die Mindereinnahmen wieder. Am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2017 wird mit 704,5 Mrd. Euro ein um ca. 2,1 Mrd. Euro geringeres Aufkommen prognostiziert als noch im Oktober ge-

schätzt. Die Prognosen für den mittelfristigen Zeitraum unterliegen jedoch einer erheblichen Unsicherheit.

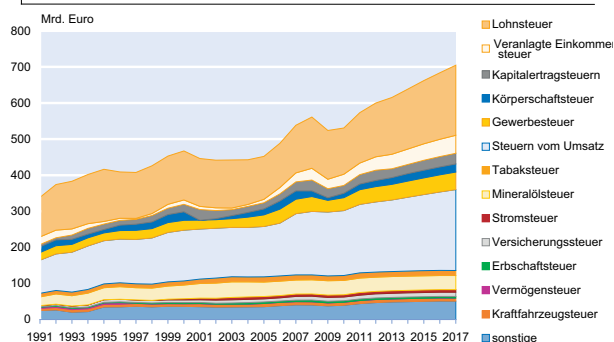
### Gesamtwirtschaftlicher Rahmen

Auch die konjunkturelle Entwicklung verlief am aktuellen Rand ungünstiger als erwartet. So wurde die Überschätzung der Steuereinnahmen für das Jahr 2012 auch durch eine Überschätzung der wirtschaftlichen Dynamik im vierten Quartal 2012 verursacht. Die für das Jahr 2012 erwartete Entwicklung des nominalen BIP wurde im Oktober um 0,4 Prozentpunkte zu hoch eingeschätzt (vgl. Tab. 2). Auch für das Jahr 2013 erwartete die der Schätzung des Arbeitskreises zugrunde liegende Frühjahrsprojektion der Bundesregierung einen Zuwachs des nominalen BIP in Höhe von nur noch 2,2%, während im Oktober noch mit einem Wachstum von 2,8% gerechnet wurde. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute hat die Prognose für das Jahr 2013 ebenfalls reduziert und prognostizierte im Frühjahr ein (nominales) Wachstum in Höhe von 2,5% für das Jahr 2013 (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013).

Besonders ergiebig für das Steueraufkommen ist die Entwicklung der Löhne und Gehälter, da das Lohnsteueraufkommen der Progression unterliegt und dies die Elastizität der Steuereinnahmen zu ihrer Bemessungsgrundlage deutlich erhöht. Obgleich die Entwicklung des BIP hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, werden die erwarteten Zuwachsraten der Arbeitnehmerentgelte im gesamten Projektionszeitraum leicht angehoben (vgl. Tab. 3).

Für die mittelfristige Projektion wird davon ausgegangen, dass die deutsche Wirt-

Abb. 1  
Steueraufkommen



Ab 2013: Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«.  
Quelle: BMF (2013a).

**Tab. 1**  
**Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises**  
**»Steuerschätzungen« in Mrd. Euro**

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Okt. 2012	602,4	618,0	642,3	664,2	685,9	706,6
Mai 2013 Schätzungs- korrektur	600,0	615,2	638,5	661,9	683,7	704,5
	- 2,3	- 2,8	- 3,8	- 2,3	- 2,2	- 2,1

Quelle: BMF (2012; 2013a).

**Tab. 2**  
**Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, Prognose der Bundesregierung							
Okt. 2012	3,9	2,4	2,8	2,9	2,9	2,9	2,9
Apr. 2013	3,9	2	2,2	3,3	3	3	3
Differenz	0	- 0,4	- 0,6	0,4	0,1	0,1	0,1
Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«							
Okt. 2012	8,1	5,1	2,6	3,9	3,4	3,3	3
Apr. 2013	8,1	4,7	2,5	3,8	3,7	3,3	3
Differenz	0	- 0,4	- 0,1	- 0,1	0,3	0	0

Quelle: BMF (2012; 2013a).

**Tab. 3**  
**Arbeitnehmerentgelte und Lohnsteueraufkommen**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Arbeitnehmerentgelte, Prognose der Bundesregierung							
Okt. 2012	4,5	3,5	2,6	2,5	2,5	2,6	2,6
Apr. 2013	4,5	3,7	3	3,1	2,7	2,7	2,7
Differenz	0	0,2	0,4	0,6	0,2	0,1	0,1
Lohnsteueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«							
Okt. 12	9,3	6,5	5,5	5,6	5,3	5,2	5,3
Apr. 13	9,3	6,7	5,4	5,6	5,5	5,3	5,3
Differenz	0	0,2	- 0,1	0	0,2	0,1	0

Quelle: BMF und BMWi (2012; 2013); BMF (2012; 2013a).

schaft bis zum Jahr 2017 das Produktionspotenzial erreicht. Das nun erwartete Produktionspotenzial hat sich allerdings reduziert (vgl. BMF und BMWi 2012; 2013).

### Schätzfehler und Prognoserevision bei einzelnen Steuerarten

Die Schätzungskorrektur wird insbesondere von Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer sowie der Körperschaftsteuer verursacht (vgl. Abb. 2 bis Abb. 7). Tabelle 5 zeigt die aktuellen Schätzungen des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«, getrennt nach einzelnen Steuerarten. Der Arbeitskreis hatte auf der vergangenen Sitzung im Oktober das Auf-

kommen der Körperschaftsteuer für das Jahr 2012 um 1,5 Mrd. Euro zu optimistisch eingeschätzt (vgl. Abb. 2).<sup>1</sup> Dabei fielen im vierten Quartal insbesondere die Nachzahlungen für Vorjahre schwächer aus als noch im Jahr zuvor.

Zu Mindereinnahmen im Jahr 2012 führte auch das Umsatzsteueraufkommen, das ebenfalls bereits im Jahr 2012 hinter den Erwartungen vom Herbst zurückblieb. Während im Herbst noch für das Jahr 2012 ein Wachstum des realen Konsums von 1,0% erwartet wurde (vgl. BMWi 2012), wurde tatsächlich nur ein Wachstum von 0,6% erreicht (vgl. BMWi 2013). Für das Jahr 2013 werden die erwarteten Wachstumsraten des privaten Verbrauchs ebenfalls reduziert (von 1,1% auf 0,6%). Der negative Gesamteffekt für das nominale Steueraufkommen verstärkt sich in den Folgejahren entsprechend (vgl. Abb. 3 bis Abb. 7).

Die Lohnsteuereinnahmen entwickeln sich am aktuellen Rand leicht besser als noch im Oktober geschätzt und reagieren dabei auf die Entwicklung ihrer Bemessungsgrundlage. So fielen die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2012 geringfügig höher aus, als im Oktober unterstellt wurde (vgl. Tab. 3).

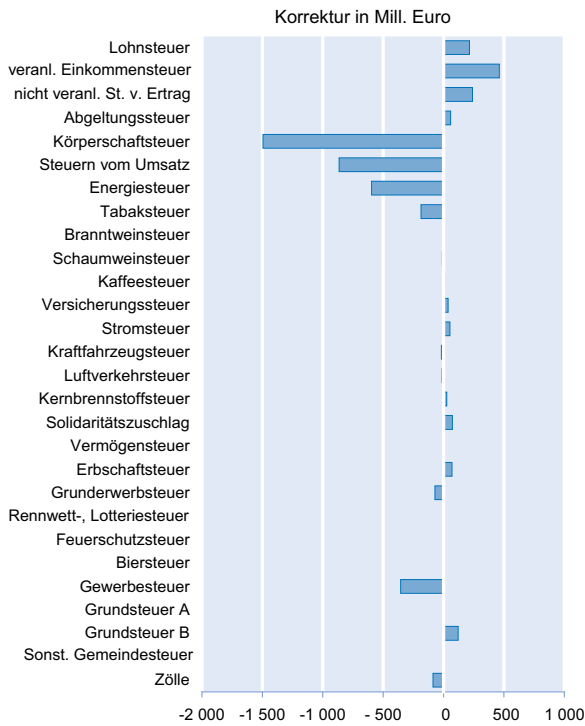
Den Lohnsteuermehreinnahmen am aktuellen Rand stehen allerdings Mindereinnahmen durch Rechtsänderungen gegenüber. Allein das Gesetz zum Abbau der kalten Progression reduziert das Steueraufkommen in den Jahren 2014–2017 um ca. 2,5 Mrd. Euro jährlich. Per saldo ergeben sich für die Lohnsteuer so in den Jahren 2014–2017 kaum Änderungen.

### Konjunkturbereinigung und Schuldengrenze des Bundes

Die Mindereinnahmen am aktuellen Rand lassen sich also vor allem auf die leicht eingetrübte konjunkturelle Situation zurückführen. Theoretisch sollte die strukturelle Lage der Staatsfinanzen von dieser kurzfristigen Entwicklung nicht beeinträchtigt werden. Die Steuerquote (Steueraufkommen im Verhältnis zum BIP) ist im Jahr 2012 sogar noch einmal deutlich angestiegen (vgl. Abb. 8), und vieles deutet darauf

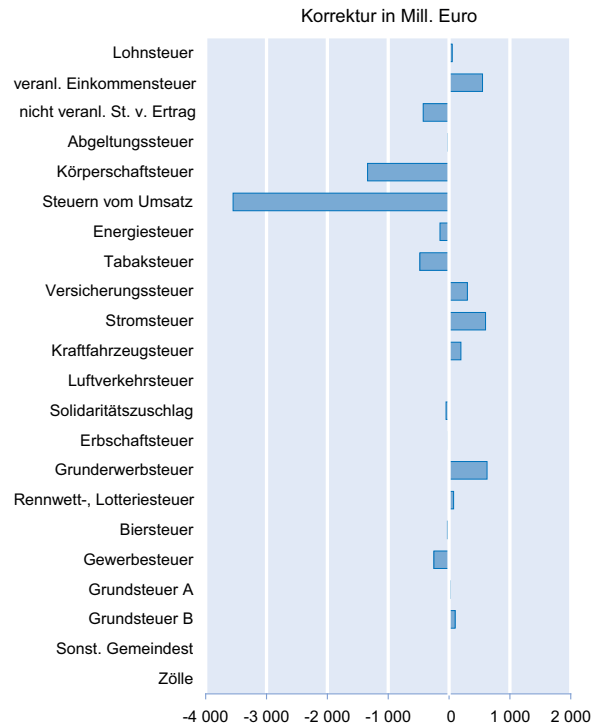
<sup>1</sup> Zur Steuerschätzung vom Oktober vgl. auch Breuer (2012a).

**Abb. 2**  
**Prognosefehler für das Jahr 2012**  
 Steueraufkommen im Jahr 2012 gegenüber Schätzung vom Okt. 2012



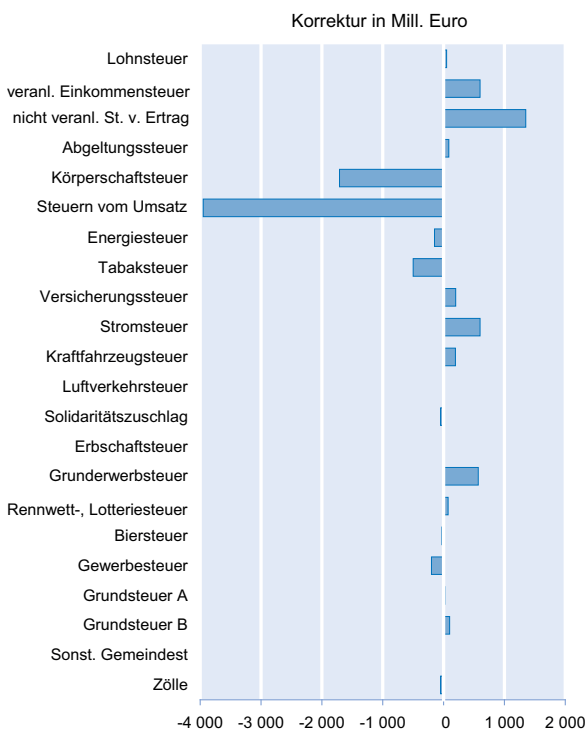
Quelle: BMF (2012; 2013a).

**Abb. 4**  
**Veränderung der Prognosen für das Jahr 2014 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012**



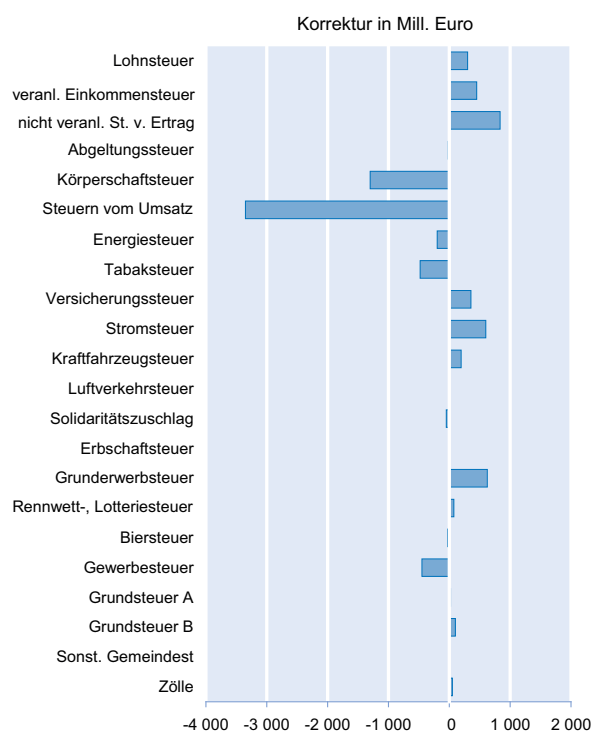
Quelle: BMF (2012; 2013a).

**Abb. 3**  
**Veränderung der Prognosen für das Jahr 2013 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012**



Quelle: BMF (2012; 2013a).

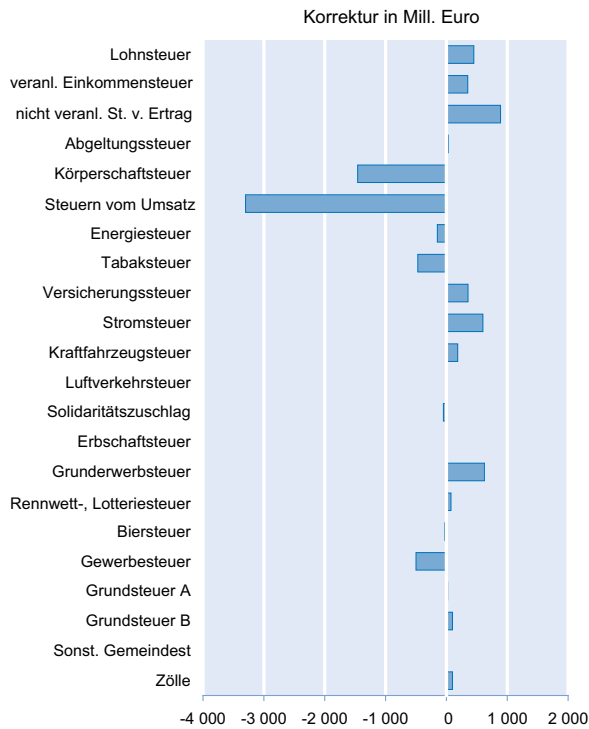
**Abb. 5**  
**Veränderung der Prognosen für das Jahr 2015 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012**



Quelle: BMF (2012; 2013a).

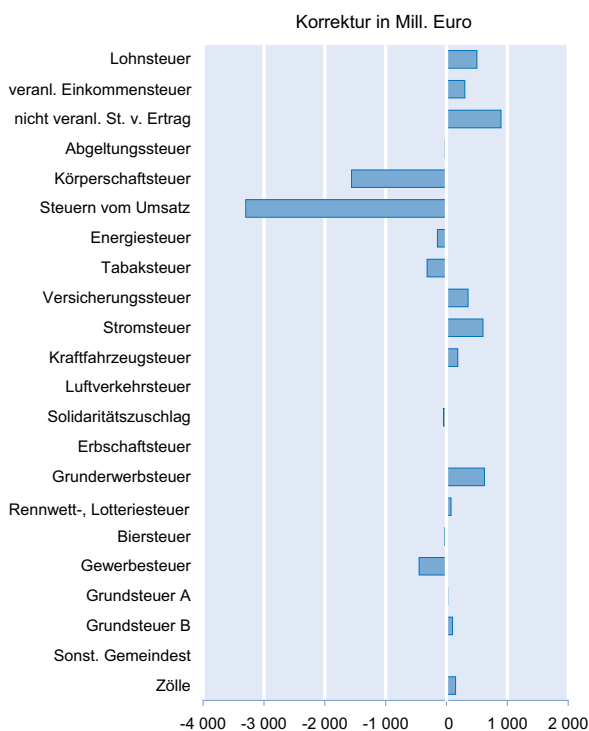


Abb. 6  
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2016 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



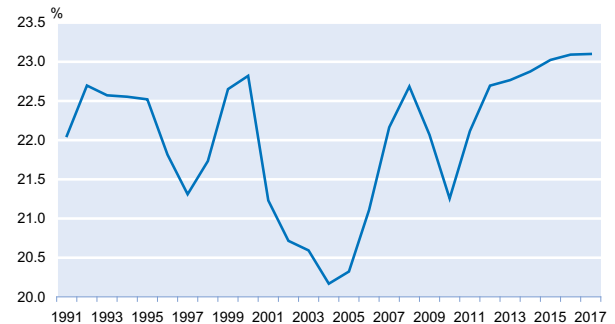
Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 7  
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2017 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 8  
Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt



Ab 2013: Prognose des Arbeitskreises "Steuerschätzungen".  
Quelle: BMF (2012a).

hin, dass die Steuerquote sich auch im weiteren Verlauf verbessert, sollte es nicht zu weiteren Rechtsänderungen kommen (vgl. Breuer 2012b). Die Steuerquote steigt sogar nun stärker an, als noch im Oktober erwartet wurde. Dies spricht dafür, dass die strukturellen Mindereinnahmen in Folge von Rechtsänderungen durch andere Faktoren überkompensiert werden und so das strukturelle Defizit für die Berechnungen der Schuldenregel nicht beeinträchtigt wird. Allerdings ist nach aktuellen Schätzungen das Produktionspotenzial leicht reduziert worden, was für sich genommen das strukturelle Defizit erhöht.

Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes unter Berücksichtigung der Steuerschätzung vom Mai 2013. Dabei werden Ausgaben sowie nicht-steuerliche Einnahmen entsprechend des Eckwertebeschlusses der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und zum Finanzplan 2013 bis 2017 vom März 2013 unterstellt. Im Vergleich zu den Eckwerten der Bundesregierung erhöht der korrigierte Verlauf der Steuereinnahmen die Nettokreditaufnahme der Jahre 2013 bis 2015.

Die Konjunkturbereinigung erfolgt auf Basis der Berechnungen der Bundesregierung zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial und den Konjunkturkomponenten zum Stand der Frühjahrsprojektion 2013 (vgl. BMF und BMWi 2013). Es zeigt sich, dass im Ergebnis der Pfad voraussichtlich trotz Einnahmekorrektur und des leicht geringeren Produktionspotenzials laut Eckwerteplanung eingehalten werden kann. Den defiziterhöhenden Faktoren (Steuersenkungen und niedrigeres Potenzial) stehen daher defizitsenkende Faktoren gegenüber. Die entgegen dem konjunkturellen Verlauf günstigere Entwicklung der Löhne und Gehälter dürfte hierzu beigetragen haben (vgl. auch Breuer 2012b). Gegenüber dem Stand vom November 2012 führen aber auch die nun niedriger angesetzten Ausgaben zu einer Verringerung des strukturellen Defizits. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts insgesamt scheint daher kaum gefährdet zu sein.

**Tab. 4**  
**Bundshaushalt und strukturelles Defizit (in Mrd. Euro)**

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgaben*	306,8	302,0	296,9	299,2	303,4	308,7
Einnahmen	284,3	283,0	290,1	298,5	312,2	319,7
Steuern**	256,1	258,7	268,6	277,7	291,3	298,8
Sonstige Einnahmen*	28,2	24,3	21,5	20,8	20,9	20,9
Nettokreditaufnahme	22,5	19,0	6,8	0,7	-8,8	-11,0
Bruttoinlandsprodukt***	2 643,9	2 701,6	2 791,4	2 875	2 961,1	3 049,8
Produktionspotenzial***	2 648,8	2 731,5	2 813,7	2 890,7	2 968,3	3 049,8
Produktionslücke***	- 4,9	- 29,9	- 22,3	- 15,7	- 7,2	0,0
Konjunkturkomponente***	- 0,9	- 5,7	- 4,2	- 3,0	- 1,4	0,0
Strukturelles Defizit	14,0	8,1	- 0,2	- 1,6	- 9,9	- 10,5
In % des BIP des vorvergangenen Jahres	0,6	0,3	0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,4

Quelle: \* BMF (2013b); \*\* BMF (2013a); \*\*\* BMF und BMWi (2013); Berechnungen des ifo Instituts.

### Prognoserisiko

Die Prognose des Arbeitskreises ist jedoch mit Risiken behaftet. Dies gilt umso mehr, da die Prognose an strenge Annahmen gebunden ist. So kann sich die Konjunktur deutlich verändert entwickeln, als in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung unterstellt wurde, mit entsprechenden Wirkungen auf das Steueraufkommen. Insbesondere bei der Prognose der gewinnabhängigen Veranlagungssteuern bleibt abzuwarten, ob sich die Annahmen als stabil erweisen. Nachdem die Gewinne des Jahres 2010 etwa bei der veranlagten Einkommensteuer im Jahr 2012 zu deutlichen Nachzahlungen führten, haben die daraufhin angepassten Vorauszahlungen nun einen besonders hohen Stand erreicht. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind seit 2010 jedoch kaum angestiegen. Es ist denkbar, dass die Nachzahlungen ab 2013 deutlich geringer ausfallen werden als in den Vorjahren und die Vorauszahlungen kaum noch nach oben angepasst werden. Sollte es zudem zu Erstattungen für Vorjahre kommen, könnte das Aufkommen der Veranlagungssteuern dann geringer ausfallen als in der Prognose unterstellt.

### Finanzpolitische Implikationen

Ein besonderes Risiko stellt die Ausrichtung der Finanzpolitik dar. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese nach der Bundestagswahl im Herbst verändern wird. Einige Parteien haben bereits Steuererhöhungen für den Fall eines Wahlsieges angekündigt. Andere Parteien haben sich mit Steuersenkungsversprechen in diesem Wahljahr eher zurückgehalten. Alle Parteien wollen allerdings die Belastung für kleine und mittlere Einkommen reduzieren, weshalb Projektionen unter der Annahme des geltenden Steuerrechts nicht unbedingt realistische Einschätzungen über die Zukunft darstellen müssen. Vielmehr dürfte es wohl bis zum Jahr 2017 zu weiteren expansiven Impulsen kommen. Dies gilt umso mehr, da

die Planungen des Bundes von strukturellen Überschüssen ausgehen. Zwar sollte die Politik sich auch an der im Grundgesetz verankerten Schuldengrenze orientieren, was umfangreiche Steuersenkungen in der aktuellen Situation kaum zulassen dürfte. Der Spielraum, den die Finanzpolitik nach den aktuellen Planungen hat, um das Defizitziel der Schuldengrenze einzuhalten (0,35% des BIP für den Bundeshaushalt), steigt jedoch mit dem Planungshorizont (vgl. Tab. 4). 2016 und 2017 erzielt der Bund wohl sogar Überschüsse in Höhe von 0,4% des BIP.

Diese Konsolidierung des Bundeshaushalts basiert allerdings auch auf einer Kürzung von Zuschüssen an die Sozialversicherungszweige und profitiert zudem von einem besonders günstigen Zinsniveau. Insgesamt werden im Jahr 2014 die Ausgaben des Bundes um 6,8 Mrd. Euro zu Lasten der Sozialversicherung gekürzt, obgleich die versicherungsfremden Leistungen der Ausgaben der Sozialversicherung wohl höher sind als der steuerfinanzierte Anteil dieser Ausgaben (vgl. auch Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013). Die Rückführung des strukturellen Defizits ist daher zu einem Teil »unecht«, da die Kürzung der Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung die Haushalte der Sozialversicherungszweige belasten und sich gesamtstaatlich nur deshalb das Defizit reduziert, weil Beitragssatzsenkungen verhindert werden.

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts wird so trotz niedrigerer Steuereinnahmen erreicht werden, jedoch unter Inkaufnahme verhältnismäßig hoher Sozialbeiträge. Die von vielen Parteien befürwortete Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ließe sich allerdings am ehesten mit einer Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge erreichen und weniger mit einkommensteuerlichen Instrumenten, da die Sozialbeiträge ausschließlich Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen belasten. Würden die Überschüsse im Bundeshaushalt in der nächsten Legislaturperiode für Steuersenkungen verwendet, dürfte dies dem Ziel der

**Tab. 5**  
**Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2013**

Steuereinnahmen in Mill. Euro	realisiert				Prognose Mai 2013		
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Gemeinsch. Steuern</b>	<b>403 567</b>	<b>426 190</b>	<b>438 805</b>	<b>459 458</b>	<b>480 733</b>	<b>500 263</b>	<b>519 933</b>
Lohnsteuer	139 749,3	149 064,6	157 150	165 950	175 000	184 250	193 950
veranl. Einkommensteuer	31 995,7	37 262,4	40 400	43 000	45 750	48 050	49 900
nicht veranl. St. v. Ertrag	18 135,6	20 059,5	15 835	16 620	18 510	19 195	19 930
Abgeltungssteuer	8 019,8	8 234,1	8 360	8 558	8 913	93 18	9 723
Körperschaftsteuer	15 634,1	16 934,5	18 860	20 530	21 410	21 900	22 330
Steuern vom Umsatz	190 032,9	194 634,9	198 200	204 800	211 150	217 550	224 100
<b>Bundessteuern</b>	<b>99 133</b>	<b>99 794</b>	<b>100 282</b>	<b>101 002</b>	<b>101 412</b>	<b>101 897</b>	<b>101 212</b>
Energiesteuer	40 036,2	39 304,7	39 500	39 400	39 300	39 250	39 150
Tabaksteuer	14 413,8	14 143,4	13 950	14 090	13 980	14 010	13 860
Branntweinsteuer	2 149,4	2 121,4	2 100	2 080	2 060	2 040	2 020
Alkopopsteuer	1,6	2	1	1	1	1	1
Schaumweinsteuer	454,3	450	460	460	460	460	460
Zwischenerzeugnissteuer	15,7	14,3	14	14	14	14	14
Kaffeesteuer	1 028,3	1 053,5	1 045	1 045	1 045	1 045	1 045
Versicherungsteuer	10 754,5	11 138	11 350	11 525	11 655	11 730	11 805
Stromsteuer	7 246,9	6 973,2	7 000	7 000	7 000	7 000	7 000
Kraftfahrzeugsteuer	8 422,3	8 442,7	8 500	8 515	8 465	8 405	8 405
Luftverkehrssteuer	905,1	948,4	960	970	980	990	1 000
Kernbrennstoffsteuer	922,5	1 577	1 400	1 300	1 200	1 100	0
Solidaritätszuschlag	12 780,7	13 623,7	14 000	14 600	15 250	15 850	16 450
Sonstige Bundessteuern	0	0,1	0	0	0	0	0
Pauschal. Einfuhrabgaben	1,6	1,7	2	2	2	2	2
<b>Ländersteuern</b>	<b>13 096</b>	<b>14 201</b>	<b>15 102</b>	<b>15 334</b>	<b>15 491</b>	<b>15 648</b>	<b>15 805</b>
Vermögensteuer	- 4	- 1	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	4 245,9	4 304,6	4 235	4 298	4 351	4 404	4 457
Grunderwerbsteuer	6 365,5	7 389,1	8 260	8 435	8 545	8 655	8 765
Rennwett- u. Lotteriesteuer	1 420,5	1 431,7	1 560	1 560	1 560	1 560	1 560
Feuerschutzsteuer	365,4	380,4	382	382	382	382	382
Biersteuer	702,2	696,6	665	659	653	647	641
<b>Gemeindesteuern</b>	<b>52 984</b>	<b>55 398</b>	<b>56 473</b>	<b>58 138</b>	<b>59 703</b>	<b>61 268</b>	<b>62 883</b>
Gewerbesteuer	40 423,8	42 344,5	43 150	44 600	45 950	47 300	48 700
Grundsteuer A	367,8	375	390	390	390	390	390
Grundsteuer B	11 306,3	11 641,6	11 895	12 110	12 325	12 540	12 755
Grunderwerbsteuer	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gemeindesteuern	886	1 037	1 038	1 038	1 038	1 038	1 038
<b>Zölle</b>	<b>4 570,8</b>	<b>4 462,4</b>	<b>4 500</b>	<b>4 550</b>	<b>4 600</b>	<b>4 650</b>	<b>4 700</b>
<b>Steuern insgesamt</b>	<b>573 351</b>	<b>600 046</b>	<b>615 162</b>	<b>638 482</b>	<b>661 939</b>	<b>683 726</b>	<b>704 533</b>

Quelle: BMF (2013a).

Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen weniger entsprechen.

**Literatur**

BMF (2012), *Ergebnis der 141. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 29. bis 31. Oktober 2012 in Frankfurt/Main*, online verfügbar unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2012/10/2012-10-31-steuerschaetzung.html>.

BMF (2013a), *Ergebnis der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 6. bis 8. Mai 2013 in Weimar*, online verfügbar unter:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2013/05/2013-05-08-pm-steuerschaetzung.html>.

BMF (2013b), *Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und zum Finanzplan 2013 bis 2017 sowie zum Sondervermögen »Energie- und Klimafonds«*, März 2013, online verfügbar unter: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Pressemitteilungen/2013/2013-03-13-key-figures-2014-federal-budget-03.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Pressemitteilungen/2013/2013-03-13-key-figures-2014-federal-budget-03.pdf?__blob=publicationFile&v=2).

BMWi (2012), »Die Herbstprojektion 2012 der Bundesregierung«, *Monatsbericht* (11).

BMWi (2013), »Die Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung«, *Monatsbericht* (5).

BMWi und BMF (2012), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 17. Oktober 2012*, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-herbstprojektion-2012,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

BMWi und BMF (2013), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013*, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-fruehjahrsprojektion-2013,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Breuer, Chr. (2012a), »Keine strukturelle Verbesserung der Haushaltslage – zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2012«, *ifo Schnelldienst* 65(22), 13–18.

Breuer, Chr. (2012b), »Strukturelle Konsolidierung ohne Finanzpolitik – zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2012«, *ifo Schnelldienst* 65(10), 38–43.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2012), *Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, München.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013), *Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, München.

Die EU-Kommission hat das Jahr 2013 zum Jahr der Luft erklärt, um damit auf die Bedeutung sauberer Luft aufmerksam zu machen und verschiedene bisherige und künftige Anstrengungen für saubere Luft in den Vordergrund zu stellen (vgl. BMBF 2013). Die Weltgesundheitsorganisation WHO fordert seit längerem strengere Regeln für die Bekämpfung der Luftverschmutzung in Europa. In Deutschland werden aber beispielsweise die zulässigen Grenzwerte für inhalierbaren Feinstaub (PM<sub>10</sub>) von 0 µg/m<sup>3</sup> pro Tag regelmäßig überschritten (mehr als 35 Tage im Jahr), und auch im gesamten Europa betragen die zulässigen Werte verschiedener Schadstoffe oft mehr als das Doppelte der von der WHO empfohlenen Standards, was jährlich zu mehr als 350 000 Todesfällen in der EU führt (vgl. Euractiv 2013). Zum Ende des Jahres werden daher Neuerungen in der europäischen Gesetzgebung erwartet, da saubere Luft nicht nur lebenswichtig für Menschen, sondern auch für die Umwelt ist und zudem eine wichtige Rolle bezüglich des Klimawandels spielt.

## Welche Schadstoffe belasten die Umwelt?

Ein starker Anstieg an Luftschadstoffen war in Europa schon seit Beginn der industriellen Revolution zu beobachten, vor allem zählt dazu das Schwefeldioxid aus der Zink- und Kohleherstellung (vgl. Communities in Change 2002). Aber auch bereits vor der Industrialisierung wurde die Luft vielerorts durch die Metallverarbeitung verschmutzt. Zu den wichtigsten Schadstoffen in der Luft zählen Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Kohlenmonoxid (CO), Ammoniak (NH<sub>3</sub>), Ozon (O<sub>3</sub>), Stickoxide (abgekürzt als NO<sub>x</sub>) sowie Feinstaub und flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC). Sie alle entstehen größtenteils durch menschliche Aktivitäten in Städten, in der Industrie und Landwirtschaft sowie im Verkehr und wirken sich sowohl auf die menschliche Gesundheit als auch auf die Umwelt aus.

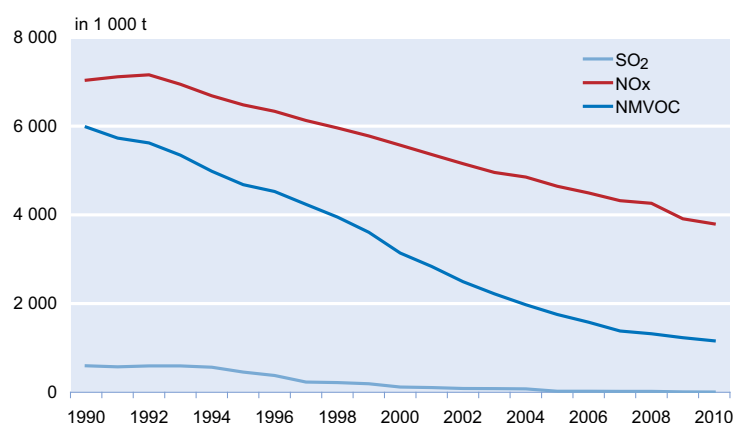
Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid sind Produkte der Verbrennung von Kohle und Heizöl sowie von Kraftfahrzeugen, wobei bei Kohlenmonoxid das Fehlen von Sauerstoff eine große Rolle bei der Entstehung spielt. Schwefeldioxid führte bereits während der Industrialisierung zur Entstehung von saurem Regen und besonders in den 1980er Jahren zu dem lange in der öffentlichen Wahrnehmung vorhandenen Waldsterben (vgl. Umweltbundesamt 2013). Zudem löst es Atemwegserkrankungen aus. Ähnliches gilt für das Kohlenmonoxid, das vor allem in Gebäuden als gefährliches Atemgift gilt. Durch massive Anstrengungen konnten die SO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 erfolgreich gesenkt werden (vgl. Abb. 1). Während Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid vor allem durch Verbrennungsprozesse verursacht werden, ent-

steht Ammoniak hauptsächlich in der Landwirtschaft durch den Abbau von Düngemitteln, der Lagerung von Gülle sowie der Fütterungsmaßnahmen. Aufgrund seines stark reaktiven Charakters geht der Stoff schnell in die Atmosphäre, den Boden und Wasser über und ist neben der Eutrophierung von Gewässern für die Bildung von Feinstaub mitverantwortlich (vgl. Umweltbundesamt 2013).

Ozon entsteht in der höheren Atmosphäre aus der Reaktion von Sauerstoff und der UV-Strahlung, in Erdnähe entsteht es dagegen zusätzlich zur UV-Strahlung hauptsächlich aus der Reaktion des Sauerstoffs mit Stickoxiden und flüchtigen organischen Verbindungen (vgl. Umweltbundesamt 2013) und ist besonders in den Sommermonaten für den städtischen Smog verantwortlich. Durch erhöhte Konzentrationen in Bodennähe kommt es dadurch häufig zur Reizung der Atemwege, Asthma und Kopfschmerzen. Zudem beeinträchtigt Ozon auch das Pflanzenwachstum. Durch das nationale Programm zur Ozonminderung, in dem die Reduktion von Vorläufersubstanzen vorangetrieben wurde, konnten die Ozonwerte bereits deutlich gesenkt werden (vgl. Umweltbundesamt 2013). Das langfristige Ziel, den Wert auf 120 µg/m<sup>3</sup> als Acht-Stunden-Mittelwert (an mindestens 25 Tagen pro Jahr) zu senken, konnte bisher allerdings noch nicht flächendeckend realisiert werden. Zielführend ist hierbei die weitere Senkung der Substanzen, die zur Ozonbildung beitragen. Global wurden schärfere Richtlinien durch die WHO festgelegt, wonach der Ozonwert langfristig auf 100 µg/m<sup>3</sup> gesenkt werden soll (vgl. WHO 2006).

Zu den wichtigsten für den Menschen gefährlichen Stickoxiden zählen NO<sub>2</sub> (Stickstoffdioxid) und NO (Stickstoffmonoxid), wobei die Gefahr bei NO hauptsächlich darin besteht, dass es als Vorläuferstoff von Ozon dienen kann. Insofern könnten durch sinkende NO-Emissionen auch die Ozonwerte dauerhaft gesenkt werden. Stickstoffdioxid dagegen schä-

Abb. 1  
Schadstoff-Emissionen im Straßenverkehr in der EU 27



Anmerkung: Die Kohlenmonoxid-Emissionen (CO) nahmen im gleichen Zeitraum um 80% ab.  
Quelle: UNFCCC (2013).

digd direkt die Atemwege, kann zu Herz- und Kreislauferkrankungen führen und schädigt zudem die Umwelt durch Bodenversauerung und die Beeinträchtigung des Pflanzenwachstums (vgl. Umweltbundesamt 2013). Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid  $\text{NO}_2$  werden von der WHO und der EU mit  $40\mu\text{g}/\text{m}^3$  im Jahresmittel angegeben.

Zu den aktuell wichtigsten und am häufigsten diskutierten Schadstoffen zählen neben dem Ozon und  $\text{NO}_x$  verschiedene Arten von Feinstaub. Unter Feinstaub werden im Allgemeinen Partikel verstanden, die mit dem bloßen Auge nicht sichtbar sind und über eine bestimmte Zeit in der Luft verbleiben. Eingeteilt werden die Partikel nach ihrer Größe. So gibt es den Gesamtschwebstaub mit einem Durchmesser von bis zu  $15\text{--}30\mu\text{m}$ , den inhalierbaren Schwebstaub ( $< 10\mu\text{m}$ ,  $\text{PM}_{10}$ ), den lungengängigen Schwebstaub ( $< 2,5\mu\text{m}$ ,  $\text{PM}_{2,5}$ ) sowie ultrafeine Partikel unter  $0,1\mu\text{m}$  (vgl. Umweltbundesamt (2009), die bis in die Blutbahn vordringen können. Natürliche Quellen hierbei sind u.a. Vulkanismus, Meere, Wüsten, Bodenerosion und Waldbrände. Anthropogen werden die Stäube durch den Verkehr, Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen verursacht, jedoch auch durch veraltete Öfen, Industrieprozesse, Schüttgutumschläge und Ammoniak aus der Landwirtschaft. Aufgebaut werden sie neben Ammoniak vor allem aus Stickoxiden, Schwefeldioxid und flüchtigen Substanzen, aber auch aus Metallpartikeln (vgl. Umweltbundesamt 2013). In den Entwicklungsländern spielt zudem die Luftverschmutzung in Innenräumen, die durch das Kochen mit offenem Feuer ausgelöst wird, eine Rolle. Im Bereich des Verkehrs liegt die Hauptquelle bei Dieselfahrzeugen, aber auch beim Brems- und Reifenabrieb sowie dem Straßenbelag (vgl. Umweltbundesamt (2009). Laut WHO (2011) beeinträchtigt Feinstaub die menschliche Gesundheit mehr als jeder andere Luftschadstoff. Die Belastung kann zu Herz- und Kreislauferkrankungen und Lungenkrebs führen, dabei spielt vor allem die Partikelgröße eine wichtige Rolle. Weiterhin ist das Gesundheitsrisiko größer, wenn sich Schwermetalle und krebserregende Stoffe den Partikeln anlagern (vgl. Umweltbundesamt (2013). In neueren Studien wurde zudem nachgewiesen, dass die Feinstaubbelastung das Diabetesrisiko bei Kindern erhöhen kann (vgl. Thiering et al. 2013). In Städten mit hohen Verschmutzungspegeln übersteigt die Sterblichkeitsrate jene in weniger belasteten Städten um  $15\text{--}20\%$  (vgl. WHO 2011). In der Karte (vgl. Abb. 2) ist neben der Bevölkerungszahl die prozentual von Feinstaub belastete Bevölkerung in europäischen Städten im Jahr 2005 dargestellt. Sichtbar aus den im Datensatz vorhandenen Städten wird hierbei, dass vor allem die norditalienischen Städte Mailand, Venedig und Turin stark von Feinstaubbelastungen betroffen sind. Die Werte resultieren hauptsächlich aus der aufgrund hoher Industrialisierung verursachten Feinstaubbelastung aus der Poebene und den dortigen meteorologischen Bedingungen (vgl. Ferraro et al.). Auch

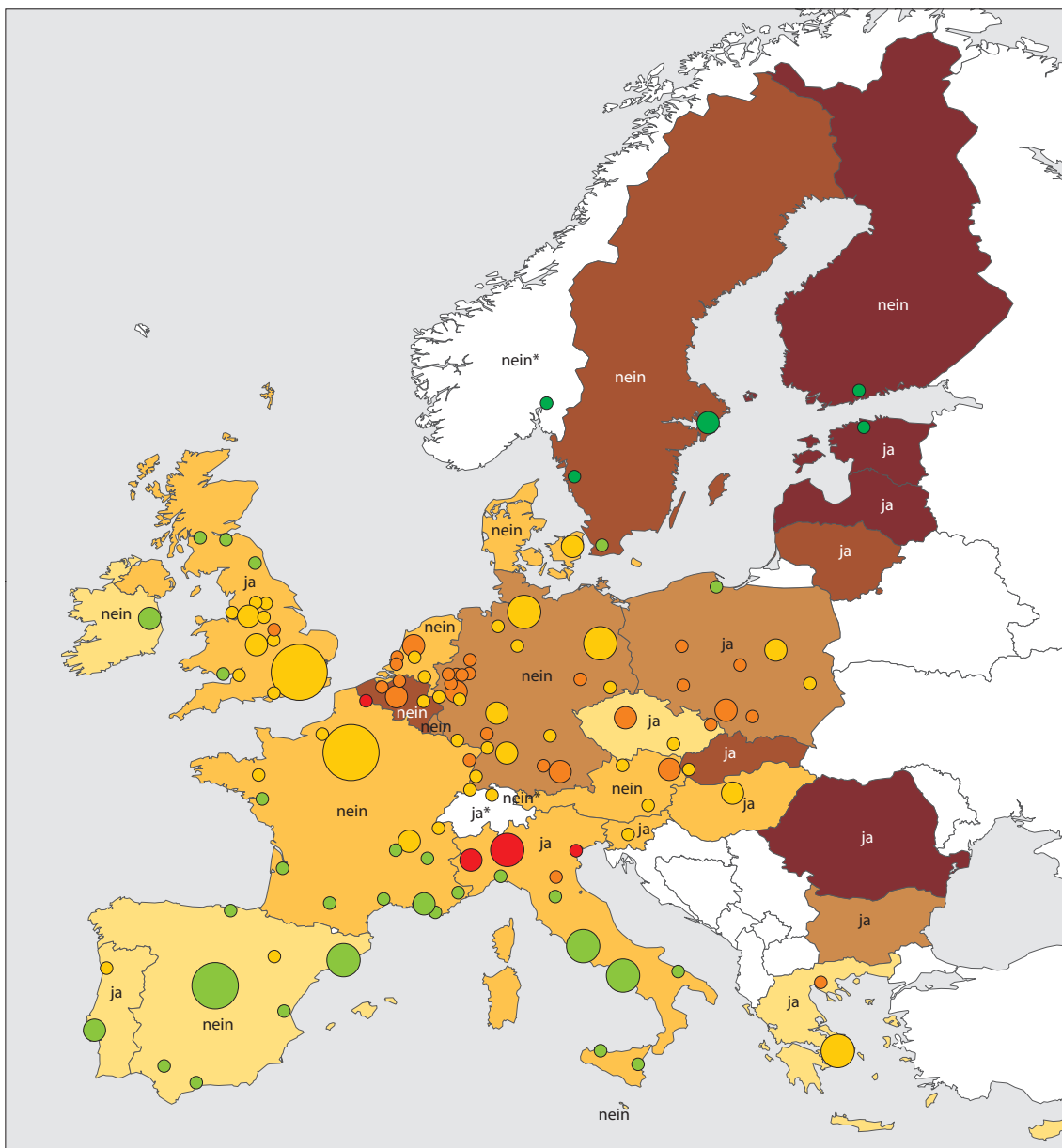
in Deutschland liegt vielerorts eine relativ hohe Belastung der Bevölkerung mit mehr als  $50\mu\text{g}/\text{m}^3$  im Jahr vor. In den meisten südeuropäischen Städten fiel die Belastung dagegen relativ niedrig aus. In Deutschland ist seit dem Jahr 2000 ein langsamer Abwärtstrend in der Feinstaubbelastung zu beobachten. Europaweit liegen die jährlichen Grenzwerte für Feinstaub bei  $25\mu\text{g}/\text{m}^3$  für  $\text{PM}_{2,5}$ . Dies wird von der WHO, die hierfür Werte von  $10\mu\text{g}/\text{m}^3$  vorgibt, zunehmend bemängelt, da durch verschiedene Studien belegt wurde, dass die Belastungen langfristig bereits unter diesen Grenzen zu erheblichen Schäden führen können. Die von der WHO vorgegebenen Werte für  $\text{PM}_{10}$  liegen im Jahresmittel bei  $20\mu\text{g}/\text{m}^3$  (EU: 40) (vgl. Euractiv 2013).

### Gegenmaßnahmen

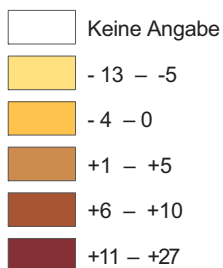
In Europa und Deutschland bewegen sich die  $\text{NO}_x$ -Emissionen weiterhin auf einem hohen Niveau und zeigen trotz bisheriger Bemühungen nur einen geringen Rückgang (vgl. EEA 2012a), was vor allem auf die unerwartet starke Zunahme des Verkehrs zurückzuführen ist. Der Straßenverkehr ist in Europa für rund 40% der  $\text{NO}_x$ -Emissionen verantwortlich, vor allem Dieselfahrzeuge stoßen große Mengen  $\text{NO}_2$  aus. Obwohl die  $\text{NO}_x$ -Emissionen und die Emissionen von  $\text{SO}_2$  und NMVOC seit 1990 kontinuierlich gesunken sind (vgl. Abb. 1), konnten die von der EU auferlegten Ziele im Rahmen der National Emission Ceilings Directive (2001), die ab 2010 Jahresemissionshöchstgrenzen für die Schadstoffe  $\text{SO}_2$ ,  $\text{NO}_x$ ,  $\text{NH}_3$  und volatile Verbindungen festlegt, im Bereich  $\text{NO}_x$  bis 2010 in vielen Ländern nicht erreicht werden (vgl. Abb. 2). Hierfür besteht seit 2008 mit der neuen Luftqualitätsrichtlinie der EU (2008) die Möglichkeit der Fristverlängerung, bei der es möglich wird, die festgelegten Höchstgrenzen in weiteren fünf Jahren, d.h. bis Januar 2015, einzuhalten (vgl. EEA 2012b). Zur Erreichung dieser Ziele dient in Deutschland zusätzlich der Luftreinhalteplan bzw. der Luftqualitätsplan (EU), der unterschiedliche Maßnahmen und Analysen bündelt mit denen die Luftqualität in den Regionen oder Städten verbessern soll. Zudem dient er als Voraussetzung für die oben beschriebene Fristverlängerung. Im Hinblick auf derzeitige Immissionsprognosen ist die Erreichung der  $\text{NO}_2$ -Grenzwerte bis 2015 in Deutschland und anderen Ländern jedoch aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens bereits zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich (vgl. Umweltbundesamt 2011).

Maßnahmen zur Minderung von Feinstaub liegen vor allem im Bereich der Minderung von Ammoniak- und  $\text{NO}_x$ -Emissionen, Geschwindigkeitsbegrenzungen, der Verstärkung des öffentlichen Nahverkehrs und dem Nachrüsten mit Partikelfiltern für Dieselfahrzeuge. Durch die Einführung der Euro-Norm mit Abgasgrenzwerten für Fahrzeuge mit Otto- und Dieselmotor im Vier- bis Fünfjahresrhyth-

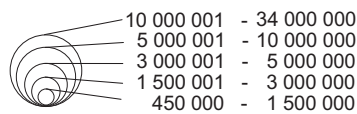
Abb. 2  
Feinstaubbelastung in Städten und NO<sub>x</sub>-Emissionen



**Änderung der NO<sub>x</sub>-Emissionen 2009-2010 (%)**



**Einwohnerzahl**

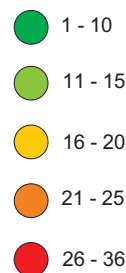


**EU NO<sub>x</sub>-Grenzwerte 2010 eingehalten?**

ja/nein

\*) Norwegen, Schweiz und Liechtenstein unterliegen der Gesetzgebung unter dem Göteborg-Protokoll

**Anteil der Bevölkerung, der durch Feinstaub (PM<sub>2,5</sub> > 10µg/m<sup>3</sup>) belastet wird (%) (2005)**



Quellen: OECD (2012); EEA – Air pollutant emissions data viewer (2013); EEA (2012) NEC directive status report 2011.

mus konnte der Ausstoß von Feinstaub (neben CO und NO<sub>x</sub>) damit seit 1992 bereits erheblich gesenkt werden, wobei der Rückgang auch hier geringer ausfiel als erwartet (vgl. BMU 2010). Ab 2014 gilt der neue Euro-6-Standard für PKW, für neu zugelassene LKW ist er bereits seit diesem Jahr verpflichtend. Um der Feinstaubbelastung entgegenzutreten, werden zudem mit dem Inkrafttreten verschiedener EU-Richtlinien seit Ende der 1990er Jahre Umweltzonen in verschiedenen europäischen Städten eingeführt. Seit 2008 existieren die Umweltzonen auch in Deutschland und wurden auf der Grundlage der 35. Bundesimmissionsschutzverordnung (BlmschV) zunächst in Berlin, Köln und Hannover eingerichtet, um damit das Ein- und Ausfahren in die Innenstädte durch Fahrzeuge ohne Plakette zu unterbinden (vgl. Umwelt-Plakette 2013). Derzeit besteht Uneinigkeit darüber, ob die Umweltzonen ihren Zweck erfüllen, da die Feinstaubemissionen sowie insbesondere die NO<sub>x</sub>-Belastung in einigen deutschen Städten bisher nur gering abgenommen haben (vgl. Handelsblatt 2012). Die Wirksamkeit dieser Zonen hängt im Wesentlichen von konsequenten Kontrollen der Einhaltung der Fahrverbote sowie von der Erweiterung auf andere Schadstoffquellen ab. Aufgrund verschiedener Störfaktoren, wie witterungsbedingte Verhältnisse, sind die Wirkungen anhand von Messdaten meist nur schwer quantifizierbar und nur anhand langjähriger Emissionsmessungen möglich (vgl. Umweltbundesamt 2011).

Neben Umwelt- und Gesundheitsschäden haben einige Luftschadstoffe außerdem einen direkten bzw. indirekten Einfluss auf den Klimawandel. Schwarzer Kohlenstoff aus Verbrennungsprozessen (v.a. Dieselmotoren, aber auch Waldbrände) absorbiert das Sonnenlicht und begünstigt somit die Erwärmung der Atmosphäre (vgl. EEA 2012b). Andere Schadstoffe wie Kohlenmonoxid, Stickstoffdioxid und flüchtige organische Verbindungen wiederum dienen als Vorläufersubstanzen für CO<sub>2</sub> und Ozon, das in der Troposphäre, anders als in der Stratosphäre, ein sehr klimawirksames Gas ist (vgl. Deutscher Wetterdienst 2004).

Laut der EU-Kommission stellten rund die Hälfte der EU-Bürger eine Verschlechterung der Luftqualität innerhalb der letzten zehn Jahre fest (vgl. Flash Eurobarometer 2013). Im Hinblick auf die EU-Gesetzgebung zur Luftqualität ist festzuhalten, dass einige Standards in vielen Regionen und Städten bisher nur unzureichend umgesetzt wurden. Vor dem Hintergrund der von der WHO geforderten Grenzwerte für Luftschadstoffe soll die Luftpolitik zum Ende dieses Jahres durch neue Luftqualitätsrichtlinien, die über das Jahr 2020 hinausgehen, verschärft werden (vgl. EEA 2012b). Dies vor allem, da die Grenzwerte der EU für NO<sub>x</sub>- und Feinstaubemissionen weiterhin zu hoch sind und bisher nicht flächendeckend eingedämmt werden konnten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist dabei in der Eindämmung des Verkehrs und dem Ausbau der eMobilität zu sehen.

## Literatur

BMF (2013), »Europäische Kommission erklärt 2013 zum Jahr der Luft«, online verfügbar unter: <http://www.kooperation-international.de/detail/info/kommission-erklart-2013-zum-jahr-der-luft.html>.

BMU (2010), »Neue EU-Luftqualitätsrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt«, online verfügbar unter: <http://www.bmu.de/bmu/presse-reden/pressemitteilungen/pm/artikel/neue-eu-luftqualitaetsrichtlinie-in-deutsches-recht-umgesetzt/>.

Communities in Change (2002), »Umweltprobleme in der industriellen Revolution«, online verfügbar unter: [http://www.ghs-mh.de/comenius/projects/comm/mh\\_env1.htm](http://www.ghs-mh.de/comenius/projects/comm/mh_env1.htm).

Deutscher Wetterdienst (2004), »Ozonbulletin des Deutschen Wetterdienstes Nr. 100. Troposphärisches Ozon in den Tropen, Subtropen und der Südhemisphäre gestiegen«, online verfügbar unter: [http://www.dwd.de/bvbw/generator/DWDWWW/Content/Forschung/FEHP/OZON/DL/OZON\\_BULLETTIN/2004/Ozonbulletin\\_\\_100\\_\\_0408\\_\\_de\\_\\_pdf.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Ozonbulletin\\_100\\_0408\\_de\\_pdf.pdf](http://www.dwd.de/bvbw/generator/DWDWWW/Content/Forschung/FEHP/OZON/DL/OZON_BULLETTIN/2004/Ozonbulletin__100__0408__de__pdf.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Ozonbulletin_100_0408_de_pdf.pdf).

EEA (2012a), »Nitrogen Oxide Emissions still a Major Problem in Europe«, online verfügbar unter: <http://www.eea.europa.eu/highlights/nitrogen-oxide-emissions-still-a>.

EEA (2012b), »Review of the EU Air Policy«, online verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/environment/air/review\\_air\\_policy.htm](http://ec.europa.eu/environment/air/review_air_policy.htm).

Euractiv (2013), »WHO Air Pollution Review Prompts New EU Policy Premises«, online verfügbar unter: <http://www.euractiv.com/sustainability/urgestougher-eu-air-pollution-l-news-517503>.

Europäische Kommission (2013), »Attitudes of Europeans towards Air Quality. Flash Eurobarometer 360«, online verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_360\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_360_en.pdf).

Ferraio, M. E., A.M. Rossa, M. Sansone und A. de la Valle (2010), »Heterogeneity of Accumulation and Dispersion Conditions for PM10 in the Po Valley«, online verfügbar unter: [http://www.harmo.org/Conferences/Proceedings/\\_Paris/publishedSections/H13-038-abst.pdf](http://www.harmo.org/Conferences/Proceedings/_Paris/publishedSections/H13-038-abst.pdf).

Handelsblatt (2012), »Streit um Umweltzonen geht weiter«, 16. Januar, online verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/auto/nachrichten/wirkung-oder-nicht-streit-um-umweltzonen-geht-weiter/6070938.html>.

Thiering, E., J. Cyrus, J. Kratzsch, C. Meisinger, B. Hoffmann, D. Berdel, A. von Berg, S. Koletzko, C.-P. Bauer und J. Heinrich (2013), »Long-Term Exposure to Traffic-Related Air Pollution and Insulin Resistance in Children: Results from the GINIplus and LISAPplus Birth Cohorts. Diabetologia«, online verfügbar unter: <http://www.diabetologia-journal.org/files/Thiering.pdf>.

Umweltbundesamt (2009), »Feinstaubbelastung in Deutschland«, online verfügbar unter: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3565.pdf>.

Umweltbundesamt (2011), »Schwerpunktthema Umweltzonen«, online verfügbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0411.pdf>.

Umweltbundesamt (2013), »Luft und Luftreinhaltung«, online verfügbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/luft/index.htm>.

Umwelt-Plakette (2013), »Die Umwelt-Plakette/Feinstaubplakette – Umweltzonen und Schadstoffgruppen in Deutschland«, online verfügbar unter: <http://www.umwelt-plakette.de/feinstaubplakette%20umweltplakette.php?SID=34a3e9ec3f3a79d1e6f976da18657a01>.

WHO (2006), »WHO Air Quality Guidelines for Particulate Matter, Ozone, Nitrogen Dioxide and Sulphur Dioxide, Global Update 2005«, online verfügbar unter: [http://whqlibdoc.who.int/hq/2006/WHO\\_SDE\\_PHE\\_OEH\\_06.02\\_eng.pdf](http://whqlibdoc.who.int/hq/2006/WHO_SDE_PHE_OEH_06.02_eng.pdf).

WHO (2011), »Air Quality and Health, Fact Sheet No. 313«, online verfügbar unter: <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs313/en/index.html>.



## Online-Informationendienste der CESifo Gruppe München



Der ifo Newsletter ist ein kostenloser Service des ifo Instituts und wird einmal im Monat per E-Mail verschickt. Er informiert Sie in deutscher Sprache über neue Forschungsergebnisse, wichtige Publikationen, ausgewählte Veranstaltungen, Personalien, Termine und vieles mehr aus dem ifo Institut.

Wenn Sie den ifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: [newsletter@ifo.de](mailto:newsletter@ifo.de).



CESifo veröffentlicht monatlich über 30 Working Papers mit den Forschungsergebnissen seines weltweiten akademischen Netzwerks. Der CESifo Newsletter präsentiert in englischer Sprache ausgewählte Papers in einem leicht verständlichen Stil mit dem Ziel, den wissenschaftlichen Output für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen.

Wenn Sie den CESifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: [saavedra@cesifo.de](mailto:saavedra@cesifo.de).

Möchten Sie zusätzlich unsere aktuellen Pressemitteilungen beziehen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: [presseabteilung@ifo.de](mailto:presseabteilung@ifo.de).

Sie können uns auch gerne ein Fax schicken an:

ifo Institut, Fax: (089) 9224-1267

Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler auf für:

- ifo Newsletter       CESifo Newsletter       Pressemitteilungen

Name: .....  
Institution: .....  
Straße: .....  
Ort: .....  
Telefon: .....  
Telefax: .....  
E-Mail: .....



**ifo Institut**

**im Internet:**

**<http://www.cesifo-group.de>**

